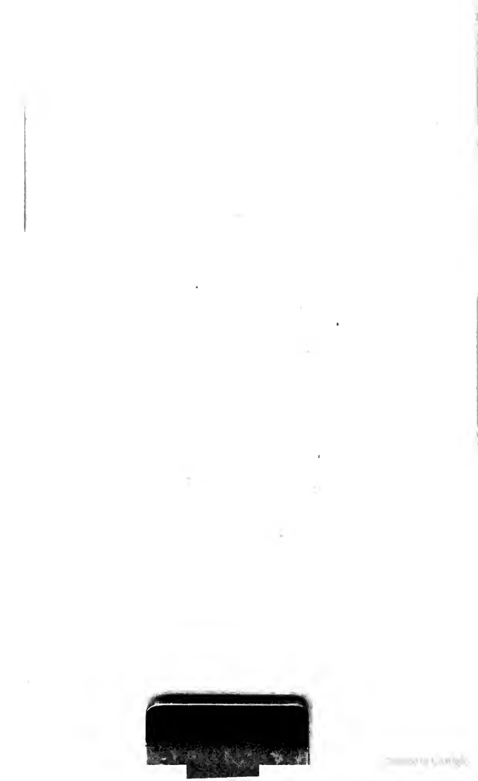
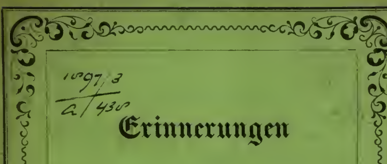










Erinnerungen

aus der

Paulskirche.

Von

Karl Biedermann.

Leipzig,
Verlag von Gustav Mayer.
1849.



Erinnerungen

aus der

Paulskirche.

Von

Karl Biedermann.



Leipzig,

Verlag von Gustav Mayer.

1849.

Vorwort.

Erinnerungen — Das ist ja beinahe das Einzige, was die mühe- und schmerzensvolle Arbeit eines ganzen Jahres uns hinterlassen hat! Die äußeren Erfolge dieser Arbeit, beziehendlich die Ursachen ihrer Erfolglosigkeit ausführlich und mit vollkommen historischer Objectivität zu schildern, dürfte erst einer späteren Zeit und einer abgeklärteren Stimmung gelingen. Was im gegenwärtigen Augenblicke, wo kaum noch die Wunden jener schweren Zeit in den Gemüthern vernarbt sind, an Schilderungen aus der Mitte der Versammlung selbst hervortritt, Das wird immer mehr oder weniger den Charakter des Persönlichen, des subjectiv Erlebten und Empfundenen an sich tragen. Diesen Charakter wollen auch die nachstehenden „Erinnerungen" nirgends verleugnen. Auch darin nicht, daß sie der damaligen Sachlage und dem damaligen Eindruck überall ihr volles Recht widerfahren lassen. Die Klugheit hätte rathen können, Manches, was in Frankfurt gewollt, gesagt und gethan ward, jetzt, bei veränderten Umständen, zu verschweigen oder zu beschönigen; allein die Offenheit und Treue gegen sich selbst, die

dem Schriftsteller und dem Manne des öffentlichen Lebens ziemt, wies solchen Rath zurück. Es ist wahr, die Lage unserer Verhältnisse und der Stand der öffentlichen Meinung ist in den letzten vier Monaten wesentlich ein anderer geworden, als er zur Zeit des Parlaments, als er selbst noch während der letzten Wochen desselben war. Leicht mag daher, was damals seine Begründung und Rechtfertigung in den Verhältnissen fand oder doch zu finden glaubte, jetzt als phantastisch, unklug, wohl gar unberechtigt erscheinen. Insbesondere gilt Dies von Dem, was in den letzten Wochen zu Frankfurt die Versammlung zur Rettung der Volkssouveränetät gegen die Politik der größeren Kabinette unternahm. Das Princip der Volkssouveränetät, auch in seiner edelsten und erhabensten Gestalt, als Machtbefugniß der Gesammtvertretung der Nation, ist für Viele schon wieder ein Gegenstand des Spottes, des achselzuckenden oder vorwurfsvollen Herabsehens geworden, und zwar zumeist für Solche, welche im vorigen Jahre am demüthigsten ihr Haupt vor dem über sie dahin brausenden Sturme beugten, wohl gar selbst um den Altar einer falschen Volkssouveränetät tanzten. Solcher Charakterlosigkeit gegenüber jenes Princip wenigstens seiner Idee nach in unverfälschter Reinheit und ungebeugter Kraft lebendig zu erhalten, als den Talisman, den die Nation früher oder später einlösen muß und wird, schien mir heilige Pflicht, zumal für die Partei, der man von anderer Seite her so gern den Vorwurf macht, als habe sie dasselbe aufgegeben, weil sie seine Durchführung im Augenblicke mit ihren Mitteln für unmöglich, mit solchen Mitteln aber, die niemals die ihrigen sein konnten, für unstatthaft ansah.

Das Werk der nationalen Einigung ist den Händen der Nation entwunden worden und an die Kabinette übergegangen. Wenn wir jetzt den Absichten Dieser, so weit sie auf die Begründung eines starken Bundesstaates mit freien Institutionen hinstreben, Erfolg wünschen und Unterstützung gewähren, weil uns Alles daran gelegen, daß die Einheit zu Stande komme, so ist damit die Ueberzeugung weder entkräftet noch aufgegeben, daß jener andere Weg, der Weg der Selbstconstituirung der Nation, wie der berechtigtere, so auch der geradere und sicherere gewesen wäre, so ist damit der Widerstand, den die Nationalversammlung in Vertheidigung ihrer und des Volkes Rechte den Kabinetten entgegengesetzt hat, keineswegs für unberechtigt erklärt. Daß der furchtbare Riß, welcher durch den gewaltsamen Uebergang von dem einen auf den andern Weg in das Rechtsbewußtsein, das Vertrauen, in alle edelste Gefühle der Nation gemacht worden, sich bald und dauernd schließe, vor Allem: durch ehrliches und standhaftes Beharren der Regierungen auf diesem nun betretenen Wege, sodann durch eine aufrichtige Pflege der Freiheit innerhalb des Ganzen wie der Theile, darauf müssen die heißesten Wünsche, die kräftigsten Anstrengungen aller Patrioten gerichtet sein. Erst dann wird die Nation verschmerzen können, was man ihr geraubt, wenn ihr auf anderem Wege voller Ersatz dafür geleistet ist.

Ich habe meine Erfahrungen und Beobachtungen über das innere Leben der Nationalversammlung angeknüpft an die Schilderung der Parteien, ihres Entstehens, ihrer mannigfachen Umbildungen, ihrer Standpunkte und Gegensätze, ihrer Führer und Genossen. Eine solche Schilderung

der Parteien von Einem, der selbst innerhalb einer Partei und mit an deren Spitze gestanden, kann natürlich auf den Ruhm der Parteilosigkeit nicht Anspruch machen. Doch bin ich mir bewußt, daß ich dem ehrlichen, consequenten, tapfern, nur durch innere Ueberzeugung, nicht durch äußere Motive getriebenen Gegner volle Gerechtigkeit habe widerfahren lassen, wie ich andererseits auch die eigenen Parteigenossen nicht geschont habe, wo jene Eigenschaften sich vermissen ließen.

So mögen denn diese „Erinnerungen" hinausgehen, den Freunden ein vielleicht nicht unwillkommenes Gedenkbuch so vieler unter Kämpfen, Hoffnungen, Enttäuschungen und Schmerzen gemeinsam verlebter Stunden, den Draußenstehenden aber ein Anstoß, das innere Leben und Treiben der Nationalversammlung, welches noch viel zu wenig gekannt ist, genauer zu studiren und daraus wenigstens das Eine zu lernen: größere Billigkeit im Urtheilen über die Frankfurter Majorität.

Namenverzeichniß.

A.

B.

C.

H.

J.

K.

L.

M.

T.

U.

V.

W.

Z.

I.

Anfänge der Parteibildung.

Das Parteileben in der Nationalversammlung zu Frankfurt hat mannigfache Phasen durchlaufen. Gleich dem deutschen Volke selbst, dessen Geschichte hier gemacht werden sollte, hat dasselbe eine Periode primitiver Unbefangenheit und Unschuld — richtiger gesagt, politischer Unreife — eine Periode der Gemüthlichkeit, dann eine Periode der Zerrissenheit und der atomistischen Zerklüftung, und zuletzt noch wenigstens einen Anfang zu größerer Einigung und bewußter Verfolgung eines praktischen Zieles erlebt.

Beim Vorparlamente konnte es zu ausgeprägten Parteibildungen bei der Kürze der Zeit, welche das Vorparlament andauerte, und dem hastigen Drange der Begebenheiten nicht kommen. Einige Führer vereinigten wohl eine Schaar Gleichgesinnter um sich, mit denen sie die Taktik des nächsten Tages oder der nächsten Stunden berietben — so Hecker und Struve die extremste republikanische Partei, so Vater

Itzstein und Blum die etwas gemäßigtere oder doch vorsichtigere Linke, so H. v. Gagern, Welcker, Bassermann die conservativen Elemente der anderen Seite. Daneben florirte das eigentliche Club- und Versammlungswesen nach dem Muster der ersten französischen Revolution in jenen redeentflammten, thatendurstigen Zusammenkünften des Weidenbusches, des holländischen Hofes, des Wolfsecks, in denen ein Hecker, ein Kapp u. A. einer begeisterungglühenden, meist aus jugendlichen Feuerköpfen bestehenden Zuhörerschaft das Hohelied von der einen und untheilbaren deutschen Republik predigten, fast nach jeder schwungvollen Phrase von donnerndem Beifallssturm unterbrochen und nur zuweilen in ihren Illusionen von der Unfehlbarkeit und allgemeinen Ueberzeugungskraft ihrer Lehren gestört durch das kühne Wort eines Raveaux oder Jahn, die unerschrocken mitten in die hoffnungstrunkenen Träume der republikanischen Schwärmer besonnene Worte der Warnung und der Hindeutung auf die nüchterne Wirklichkeit hineinwarfen.

Auch während des Fünfzigerausschusses war ein ausgeprägtes Parteiwesen noch nicht vorhanden. Der Mitglieder waren zu wenige, sie standen sich persönlich und gesellig zu nahe, als daß Absonderungen und Gruppirungen dieser Art so leicht möglich gewesen wären; auch lag es in der Stellung und Aufgabe des Ausschusses, daß durchgreifende principielle Gegensätze seltener vorkamen. Wohl fanden sich auch hier die Gleichgesinnten und hielten zu-

sammen; wohl gab es in manchen Fragen eine Rechte und eine Linke, Männer des ungestümen und Männer des besonnenen Fortschritts, aber scharfgetrennte, organisirte Parteien existirten eigentlich noch nicht. Die mehr conservativ gesinnten Mitglieder pflegten sich bei Jürgens zu versammeln und die Taktik für die nächste Sitzung zu verabreden. Dahin gehörten namentlich Wächter aus Stuttgart, Stedmann und Cetto aus Rheinpreußen, Schwarzenberg und Wippermann aus Cassel, v. Closen aus Bayern, Buhl und Mathy aus Baden, Rüder aus Oldenburg u. A. Die Linke fand ihren Mittelpunkt in Blum und Jacoby, denen sich Raveaux, Lehne, Spatz, Kolb, Brunck, gewöhnlich auch, doch nicht immer, Reh, Heinrich Simon, Abegg, Venedey, Gülich und die Oesterreicher Wiesner und Schuselka anschlossen. Wieder Andere, wie Hergenhahn, Pagenstecher, Mappes, Freudentheil, Biedermann behaupteten eine Mittelstellung. Doch, wie gesagt, eigentlich geschlossene Parteien gab es noch nicht.

Als um den Anfang des Mai die neugewählten Abgeordneten zur constituirenden Nationalversammlung, einer nach dem andern, in Frankfurt eintrafen, da fanden sich theils Solche wieder, die sich schon beim Vorparlament als Gesinnungsgenossen erkannt hatten, theils bildeten die zurückgebliebenen Mitglieder des Fünfzigerausschusses den ersten Anhaltpunkt und Kern für politische Einigung. Von

letztern waren einzelne in dieser Hinsicht besonders thätig, nach der linken Seite hin vor allen Blum, nach der rechten Jürgens. Der Erstere, der in Vogt, H. Simon u. A. tüchtige Mitanführer, in seinen ihm blindlings ergebenen Landsleuten und anderen vom Vorparlament her ihm zugethanen Radicalen willige und gehorsame Elemente einer „entschieden freisinnigen" Partei fand, hatte bald eine solche zu Stande gebracht, auch das erste und nothwendigste Requisit dafür, ein dienstbares Parteiorgan, unter der Firma des „Reichstagsblattes" und später der „Reichstagszeitung" gegründet. Nicht so rasch ging es mit der Parteibildung auf der entgegengesetzten Seite. Der erste schwache Anfang zu einer solchen waren die geselligen Zusammenkünfte auf der Mainlust, wo sich ein Theil der neu angekommenen Abgeordneten, mehr nach zufälligem Begegnen oder persönlicher Bekanntschaft, als nach bewußter politischer Wahlverwandtschaft, zusammenfand. Vielleicht wäre aber doch hier der Keim zu einer gemäßigt liberalen Partei, im Gegensatz zu der radicalen Linken, gelegt worden, denn schon fanden ernstliche Berathungen und Einleitungen zur Gründung eines Blattes in diesem Sinne statt, bei denen namentlich Wurm aus Hamburg, Bernhardi aus Cassel, Biedermann aus Leipzig, Wydenbrugk aus Weimar u. A. sich betheiligten — wäre nicht durch die politische Takt- und Charakterlosigkeit eines der Theilnehmer, der plötzlich statt der verabredeten Opposition gegen die

Radicalen eine Verbrüderung mit denselben anstrebte, die begonnene Vereinigung total und für immer gesprengt worden. Jetzt fand sich eine kleinere Zahl näher Vertrauter bei Jürgens zusammen. Abermals ward die Gründung eines Parteiorgans und die wirksame Geltendmachung einer bestimmten, conservativ liberalen Parteiansicht in und außerhalb der Nationalversammlung Gegenstand vielfacher Berathungen — wiederum ohne augenblicklichen Erfolg. Die Zeit der festen Parteibildung war noch nicht gekommen. Die „Flugblätter" von Jürgens, Löw und Bernhardi datiren von später.

Unterdessen hatten sich noch andere Mittelpunkte politischer Gruppirung gebildet. Man kam zum Theil nach Landsmannschaften und Stämmen zusammen. Die stärkste und festeste Verbindung dieser Art bildeten die Oesterreicher, denen von ihrer Regierung auf Staatskosten ein geräumiges Local in der Sokratesloge nebst allem Comfort gesellig politischer Vereinigung dargeboten ward. Ob dem die Absicht zu Grunde lag, die Vertreter Oesterreichs von den Abgeordneten der andern deutschen Länder zu isoliren und unter sich desto fester zu verbinden — wer weiß es? Wie dem sei, die Oesterreicher aller Farben kamen dort zusammen, und seit jener Zeit hat immer ein engerer specifischer Zusammenhalt unter einem großen Theil derselben fortbestanden. Bald aber nahmen die Zusammenkünfte in der Sokratesloge neben dem Stammescharakter auch den Charakter

einer politischen Parteischattirung an. Unter den Oesterreichern herrschte das conservative Element vor, vertreten durch Schmerling, Somaruga, Mühlfeld, Würth u. A. Diese fühlten sich bald wahlverwandtschaftlich hingezogen zu ähnlichen Richtungen, die namentlich unter einem großen Theil der preußischen, aber auch der Abgeordneten anderer Länder vorwalteten. Zum Zeichen, daß man sich nicht abschließen wolle, stellte man das Local des österreichischen Clubs auch den nichtösterreichischen Abgeordneten zur Verfügung, und so geschah es, daß dort ein Zusammenfluß von Abgeordneten verschiedener Länder und verschiedener Richtungen stattfand, jedoch überwiegend solcher von conservativer Färbung, und insbesondere von Preußen. Hier war der emsige Graf Wartensleben beeifert, eine Partei der Rechten zu Stande zu bringen; hier hielt Lichnowsky seine ersten feurigen Reden, welche streng conservative Gesinnungen und entschiedenen Widerwillen gegen den Radicalismus athmeten; hier herrschte mit stiller, aber bewußter Macht der schlaue Staatsmann Graf Arnim-Boitzenburg. Neben diesen und andern Hauptacteurs aber fanden sich auch viele Solche ein, welche nur ab- und zugingen, die Reden der Wortführer anhörten und beklatschten oder kritisirten, aber keine Lust zeigten, sich dauernd an den Berathungen zu betheiligen oder gar zu den geäußerten Ansichten ernstlich zu bekennen.

Ueberhaupt war das damalige Parteiwesen noch ein

äußerst unbefangenes und harmloses. Die neuangekommenen Abgeordneten liefen schaarenweise von einem Club zum andern, um sich zu orientiren und die ihren politischen Neigungen und Ansichten entsprechende Stelle auszufinden, wobei denn Mancher durch puren Zufall, landsmannschaftliche Verbindungen und gesellige Sympathien hier oder dort haften blieb und weit mehr seine Ansichten der unbedacht gewählten Parteistellung anbequemte, als diese jenen. Nicht blos die Rechte, auch die Linke (die damals noch im Holländischen Hofe tagte) war in einem solchen schwankenden, halbflüssigen Zustande begriffen, obschon letztere jedenfalls ungleich besser organisirt und wenigstens ihrem Kern nach schon ziemlich in sich gefestet war.

Die Linke zog sich bald in den Deutschen Hof zurück und consolidirte sich mehr und mehr zu einer wirklichen, in sich abgeschlossenen und wohldisciplinirten Partei. Dagegen begann im Holländischen Hof ein Krystallisationsproceß zu einer neuen politischen Partei. Raveaux war es, der, von dem Treiben der radicalen Linken abgestoßen, hier die Bildung eines linken Centrums versuchte. Viel Heterogenes fand sich auch diesmal wieder zusammen, was später zum Theil weit auseinander ging. Da sah man bei einander Eisenmann und Jürgens, H. Simon und Detmold, da standen Vischer von Tübingen und Schoder neben Lette, Wiesner neben Rüder. Max v. Gagern, des Präsidenten Bruder, legte ein Programm vor,

welches, viele Tage hintereinander durchgesprochen, abgeändert und wieder durchgesprochen, zwar niemals zu einem abgeschlossenen Resultat, wohl aber zur Entfaltung eines großen Reichthums von Schlagwörtern, Theorien und Definitionen über Volkssouveränetät und ähnliche Dinge führte. Die Berathungsweise bei diesen Zusammenkünften hatte etwas sehr Einfaches und Formloses. Man kam zusammen, man drängte sich in einer Ecke des ziemlich engen Saales um einen Tisch herum, an welchem der Vorsitzende, für jeden Abend frisch gewählt, seinen Platz nahm und woneben ein Stuhl als Rednerbühne den hastig sich herbeidrängenden Sprechern diente. Dennoch ward unter dieser unscheinbaren und mangelhaften Form manches einzelne praktische Resultat erzielt und der Anfang zu einer politischen Einigung gemacht, deren Wirkungen sich schon in der Paulskirche spüren ließen. Hier war es, wo dem Raveaux-Werner'schen Antrage — dem Angelpunkte so vieler späteren Beschlußfassungen der Nationalversammlung — in lebhaften principiellen Vorberathungen und taktischen Verständigungen der Sieg gesichert ward, den er Tags darauf in der Versammlung so glänzend feierte. Im Ganzen freilich kam man aus der Theorie selten heraus und auch in ihr zu keiner recht befriedigenden Verständigung. Man stritt über Programmsätze, die dem Einen zu weit, dem Andern zu eng dünkten oder bei denen Jeder sich etwas Anderes dachte, so daß Leute der ver-

schiedensten Ansicht scheinbar zu derselben Richtung sich bekannten.

Zu einer festen und dauernden Parteibildung war auf diese Weise nicht zu gelangen. Noch viel weniger freilich auf dem Wege, auf welchem es Eisenmann versuchte, der sich durchaus zum politischen Parteistifter und Parteiführer prädestinirt wähnte. Mit dem Programm, welches er einer in den Weidenbusch zusammengerufenen Versammlung vorlegte und welches nichts mehr und nichts weniger enthielt, als die ganze künftige Verfassung Deutschlands in nuce, blieb er natürlich allein und hatte nur die Genugthuung, durch seine Berufung einer aus allen Farben bunt gemischten Versammlung den Anstoß zu dem allertollsten Durcheinander von Meinungen gegeben zu haben, wogegen das Reden mit fremden Zungen am Pfingstfest ein wahrer Spaß gewesen sein muß. Da entwickelte A. Ruge seine philosophisch-humanitären Ideen und ward von einem ultramontanen Altbayer heftig bekämpft; da hielt der Turnvater Jahn, als Fanatiker der Ordnung, antirepublikanische Strafpredigten; da lieferten sich die Polenfreunde und die Polenhasser heftige Schlachten — kurz, es war ein Tummelplatz pikanter Gegensätze und interessanter Debatten, aber freilich von Parteibildung keine Spur.

Nicht besser ging es mit dem Versuch, ein rechtes Centrum oder eine Rechte im Pariser Hof zu constituiren. Die Anstifter dieses Versuches, Leute von ziemlich entschieden

conservativer Färbung, hatten, um ihrem Unternehmen ein Relief durch einen gewichtigen Namen zu geben, den berühmten Mittermaier veranlaßt, den Vorsitz dabei zu übernehmen. Zum Unglück erinnerte sich Einer der Anwesenden, daß Mittermaier bei anderer Gelegenheit sich dafür ausgesprochen hatte, an die Spitze Deutschlands einen Präsidenten nach Art des amerikanischen zu stellen, und war boshaft genug, dieß zur Sprache zu bringen, zum nicht geringen Entsetzen der ehrenwerthen Gesellschaft, welche durch diese Ketzerei des von ihr gewählten Vorsitzenden ihre correct monarchischen Grundsätze arg compromittirt sah.

II.

Die Parteien und ihre Gegensätze bis zum Schluß des Jahres 1848.

Zu Anfang des Juni war der Proceß der Parteibildung so weit vollendet, daß von fertigen, constituirten und organisirten Parteien die Rede sein konnte. Jede Parteiung setzt gewisse durchgreifende Unterscheidungszeichen voraus, nach denen die Parteien sich sondern — seien dieß theoretische Principien, seien es Grundsätze des praktischen und taktischen Verhaltens. Von diesem letzten Gesichtspunkte aus konnte man zunächst zweierlei Hauptgruppirungen in der Versammlung unterscheiden. Ein tiefer Einschnitt ging beinahe vom ersten Tage der Sitzungen an durch die Versammlung hindurch; auf der einen Seite desselben lagen die organischen, die nach positiver Gestaltung, nach Herstellung eines festen Verfassungswerkes strebenden Elemente, auf der andern die negativen, organischer Bildung unfähigen, überall nur auf's Auflösen, nirgends auf's Schaffen gerichteten —

jene an der parlamentarischen Ordnung festhaltend und mit Ernst und Eifer die Aufgabe der Versammlung betreibend, diese den ruhigen Fortgang der Verhandlungen und die Ordnung des Hauses durch allerhand Zwischenfälle, Dringlichkeitsanträge und Lärmscenen unterbrechend. Auf diese letzte Seite mochten etwa ein anderthalbhundert Stimmen fallen, genug um Skandal und Störungen aller Art zu verursachen, wenn auch bei regelmäßigen Abstimmungen unschädlich.

Ein anderer, schon mehr principieller Unterschied (denn jenen ersten möchte ich eher einen sittlichen nennen) beruhte in der verschiedenartigen Auffassung der Zwecke und Befugnisse der Nationalversammlung. Während die Einen die Thätigkeit der Versammlung streng auf das Verfassungswerk einschränken, jede andere Wirksamkeit aber, und namentlich jede Einmischung in Regierungsmaßregeln, von derselben fern halten wollten, hätte die Linke gern diese letztere Thätigkeit zur Hauptsache, die Versammlung zu einer Art von Convent oder Wohlfahrtsausschuß gemacht. Zwischen beiden Extremen aber stand eine Mittelpartei, welche zwar die Ansichten und Absichten der Linken entschieden verwarf, aber doch für die Nationalversammlung die Nothwendigkeit und das Recht in Anspruch nahm, die Rolle des Vermittelns, Beaufsichtigens und selbst Mitregierens in solchen Fällen zu übernehmen, wo, in Folge der allgemeinen Erschütterung aller Verhältnisse,

die gewohnten Organe des Regierens kraftlos geworden, oder wo eine besonders dringende Noth, sei's im Innern, sei's nach außen, die Ergreifung außerordentlicher Maßnahmen und die Mitwirkung der die Vollkraft des Volkes repräsentirenden Nationalversammlung als rathsam erscheinen ließ. Der Grad dieser Nothwendigkeit mochte freilich im einzelnen Falle verschieden beurtheilt werden, und darum war jene Mittelpartei selbst sehr wechselnd in ihrer Zusammensetzung und numerischen Stärke; denn nur die äußerste Rechte versagte sich jeder Mitwirkung zu executiven Maßregeln, und nur die eigentliche Linke wollte wo möglich jede Regierungsangelegenheit in irgend einem Theile Deutschlands, die nicht nach ihrem Sinne war, vor das Forum der Nationalversammlung ziehen. Ich will, um diese verschiedenen Standpunkte zu charakterisiren, drei concrete Fälle anführen, in denen es sich um eine executive Thätigkeit der Nationalversammlung handelte und von denen jeder anders entschieden wurde. Der eine betraf die Ausweisung einiger Volksredner aus Frankfurt — die Linke forderte die sofortige Sistirung dieser Maßregel und die Anstellung einer Untersuchung von Seite der Nationalversammlung — sie blieb mit diesem Verlangen in der Minorität. Als in Mainz blutige Zwistigkeiten zwischen Garnison und Bürgerschaft entstanden und in deren Folge die Stadt in Belagerungsstand erklärt ward, entschied sich zuerst eine Majorität für Erörterung der Sache und

Absendung einer Deputation nach Mainz zu diesem Zwecke; nach erhobenem Thatbestand verwarf aber die Versammlung die Anträge auf ein wirkliches Einschreiten, obschon eine starke Minorität den Fall für dazu geeignet erkannte. Endlich bei dem Rückzug der deutschen Truppen aus Jütland und der dadurch herbeigeführten Gefährdung Schleswigs ward mit großer Mehrheit der damals noch bestehende Bundestag zur Wiederaufnahme der Offensive und zur energischen Wahrung der Interessen der Herzogthümer aufgefordert, also eine förmliche Initiative in einer Angelegenheit von executiver Natur ergriffen.

Unterschieden von dieser, doch mehr zufälligen und wechselnden Parteiung in der Versammlung selbst war die Organisation bestimmter, in sich abgeschlossener Parteien, von der ich jetzt sprechen will.

Es lag in der Natur einer verfassunggebenden Versammlung, daß die Parteien in ihr sich vorzugsweise nach Verfassungsprincipien constituirten. Als ein solches war von vorn herein eines ganz besonders wirksam — die Ansicht von der Machtvollkommenheit der Versammlung in Errichtung der Verfassung. Das „Einzig und allein“ des Vorparlaments ward bald zum Schiboleth, woran die Parteien sich erkannten. Durch den Raveaux'schen Antrag, das Verhältniß der Verfassungen der Einzelstaaten zum allgemeinen deutschen Verfassungswerke betreffend, und durch den darüber in der Sitzung vom 27. Mai gefaßten Be-

schluß war dieses Princip der Souveränetät der National=
versammlung noch mehr in den Vordergrund gerückt und
zum Gegenstande grundsätzlicher Erörterungen gemacht
worden. Fast alle Parteien haben daher einen Ausspruch
über dieses Princip an die Spitze ihrer politischen Glaubens=
bekenntnisse oder Programme gestellt. Die äußerste Rechte,
die sich anfänglich nach dem Orte ihrer Zusammenkunft
Partei des steinernen Hauses, später aus gleichem
Grunde Partei Milani nannte, sprach sich darüber fol=
gendermaßen aus: „Zweck und Aufgabe der Nationalver=
sammlung ist die Gründung der deutschen Verfassung. Die=
selbe kann nur durch Vereinbarung mit den Regierungen
der deutschen Einzelstaaten für diese rechtsgültig zu Stande
kommen. Die Zustimmung der Einzelstaaten kann aus=
drücklich oder stillschweigend ertheilt werden."

Die dem „Steinernen Haus" am nächsten stehende
Partei, der „Hirschgraben" oder, wie sie später hieß,
das „Casino", war ohne förmliches Programm zusammen=
getreten; man vermied hier absichtlich, sich über das Princip
der Vereinbarung oder der allein verfassunggebenden Macht=
befugniß der Nationalversammlung auszusprechen, weil
man in dieser Beziehung Meinungsverschiedenheiten unter
den im Uebrigen Gleichgesinnten voraussah, die man lieber
so lange ruhen lassen wollte, als die Frage selbst noch nicht
zur praktischen Entscheidung reif sei. Erst nach mehrmonat=
lichem Bestehen der Gesellschaft kam es zu einer Erörterung

jenes Streitpunktes, und diese ward denn auch sofort Veranlassung zur Spaltung der Partei, indem der Theil derselben, welcher ein entschiedenes Aussprechen des Grundsatzes von der verfassunggebenden Machtvollkommenheit der Nationalversammlung für nothwendig hielt, sich von den übrigen trennte und als besondere Partei constituirte — zuerst in der Mainlust, sodann im Landsberg, von welchem letzteren Orte die Partei später den Namen führte.

Die ältere Gesellschaft (das Casino) stellte zwar nun ein Programm auf, ließ aber auch jetzt die streitige Principfrage unentschieden, indem sie sich einfach auf den Beschluß vom 27. Mai bezog, welcher zwar das Verhältniß der einzelnen Landesverfassungen zu der künftigen deutschen Reichsverfassung festsetzte, ohne jedoch darüber, wie diese letztere zu Stande zu kommen habe — ob durch alleinige Entscheidung der Nationalversammlung, ob im Wege der Vereinbarung mit den Regierungen — eine Bestimmung zu treffen.

Dagegen nahm die jüngere Gesellschaft, der „Landsberg“, den Grundsatz der Nichtvereinbarung ausdrücklich in ihr Programm auf, indem sie der Reichsversammlung das Recht zusprach: „die Verfassung des deutschen Bundesstaates selbstständig herzustellen und über alle in dieser Beziehung gemachten Vorschläge endgültig zu beschließen.“ Factisch hat sich indessen gezeigt, daß die große Mehrzahl der Casinopartei — nur wenige Mitglieder ausgenommen — keines=

wegs auf dem Boden der Vereinbarung stand, vielmehr das Recht der Feststellung und Einführung der Verfassung unbedingt der Nationalversammlung zusprach und es lediglich von deren freiem Entschluß abhängig machte, inwieweit sie aus praktischen Rücksichten sich zu einer Verständigung mit den Regierungen und zu einer Inbetrachtziehung der von diesen ausgehenden Wünsche herbeilassen wolle. Als eigentliche „Partei der Vereinbarung" war somit nur die äußerste Rechte zu betrachten, welche in dieser Frage, einschließlich der einzelnen Zuzügler, die darin mit ihr gingen, höchstens **60** bis **70** Stimmen aufzubringen vermochte. So wenigstens stellte sich die Sache bei der entscheidenden Abstimmung über den Antrag Gombarts auf Vereinbarung der Grundrechte mit den Regierungen vor ihrer Einführung.

Gegenüber der äußersten Rechten, hatte schon früher, zu Anfang des Juni, die Partei des linken Centrums oder des Württemberger Hofes in ihrem Programm den Grundsatz der Vereinbarung entschieden zurückgewiesen. „Wir wollen", heißt es darin, „daß der verfassunggebende Reichstag selbstständig die allgemeine deutsche Verfassung gründe. Wir verwerfen somit die Ansicht, daß der Reichstag in dieser Beziehung auf dem Boden des Vertrages mit den Regierungen — als Organen der einzelnen deutschen Staaten — stehe. Wir erachten hierdurch eine Berücksichtigung der von gedachten Regierungen an den Reichstag gebrachten und von diesem geeignet befundenen Ansichten nicht

ausgeschlossen." Diesem Grundsatze blieben auch die beiden Abzweigungen des Württemberger Hofes (von denen später noch mehr die Rede sein wird), und zwar nicht blos die nach linke hin, die Westendhall, sondern auch die nach rechts hin, der Augsburger Hof, jederzeit getreu.

Daß die eigentliche Linke von einer Vereinbarung, ja selbst einer Verständigung mit den Regierungen, gemäß ihrem obersten Grundsatze: „die Volkssouveränetät in ihrem vollen Umfange!" nichts wissen wollte, versteht sich ohnehin. In dem Programme des Deutschen Hofes (der bis Ende Junis die gesammte Linke umfaßte) sagte diese Partei von sich: „sie will die Feststellung der Reichsverfassung ausschließlich durch die deutsche Reichsversammlung." Wie eifersüchtig sie darüber wachte, daß den Regierungen auch nicht der Schein einer Mitwirkung bei den Entscheidungen der Nationalversammlung eingeräumt würde, das zeigte sich unter Andern damals, als R. Blum, der Vorkämpfer dieser Partei, dem dahingeschiedenen Bundestage eine fulminante Anklage nachschleuderte, weil derselbe gewagt hatte, die von der Nationalversammlung geschaffene Centralgewalt im Namen der Einzelregierungen anzuerkennen.

Eine andere Frage neben dieser Frage des formellen Rechts der Versammlung war die: wie viel oder wie wenig man materiell den Interessen und der Selbstständigkeit der Einzelstaaten nachgeben oder, um mich eines bana-

len Ausdrucks der Paulskirche zu bedienen, „Rechnung tragen" solle. Auch dieser Punkt spielte in den Programmen der politischen Parteien eine große Rolle, eine noch bei weitem größere freilich in deren praktischem Verhalten bei den einschlägigen Fragen der Verfassung und Gesetzgebung.

Die Partei Milani erkannte nach ihrem Programm überhaupt kein Gesetzgebungsrecht der Nationalversammlung an, mit Ausnahme der Verfassung, der dieselbe ergänzenden und solcher Gesetze, welche die Geltendmachung der durch das Gesetz vom 28. Juni der Centralgewalt beigelegten Befugnisse betrafen. Sie hielt auch praktisch an dieser Ansicht mit großer Consequenz fest, und Gesetze, wie das über Aufhebung der Spielbanken in ganz Deutschland und ähnliche, fanden bei ihr aus diesem Grunde jederzeit beharrlichen Widerspruch. In der Verfassung suchte sie den Einzelstaaten so viele Rechte zu erhalten, als nur immer möglich ohne völlige Verleugnung des Einheitsprincips; daher stimmte sie für das geringste Maß von Competenz der Reichsgewalt in Betreff des Heerwesens, der Verkehrs- und anderer gemeinnütziger Anstalten rc., dagegen für größere Ausdehnung der Befugnisse des Staatenhauses gegenüber dem Volkshause, insbesondere bei Geldfragen. Ich will nicht sagen, daß diese Partei die nothwendigen Consequenzen des Bundesstaates aus Vorliebe für den Particularismus gänzlich bei Seite setzte, aber mindestens ging sie überall nur eben bis an die äußerste Gränze zwischen diesem und dem

Staatenbunde. Bei der eigentlich hierfür entscheidenden Frage, der des Oberhauptes, spaltete sich diese Partei, wie so viele andere — ein Theil, unter Vinckes Vorgang, trat unbedingt auf die Seite der Einheit, während der andere sich in particularistische Staatenbündelei verirrte.

Das Casino stand, in Bezug auf die Vertheilung von Macht und Recht zwischen der Centralgewalt und den Einzelstaaten, ziemlich entschieden auf dem Boden des Bundesstaates nach seinem strengen dogmatischen Begriffe, weder ein Zurückfallen in das lockere Staatenbundesverhältniß, noch aber auch ein Uebergreifen in die straffere Form des Einheitsstaates gestattend. Als Typus und Richtschnur dieser Parteiansicht kann im Allgemeinen der Verfassungsentwurf gelten, wie er aus den Händen der Herren Beseler, Waitz, Droysen hervorging und von der Mehrheit des Verfassungsausschusses angenommen wurde. Der einzige Dahlmann machte hiervon eine Ausnahme, indem seine Ansichten und Vorschläge in Betreff der Reichsgewalt weit mehr dem Einheitsstaate zuneigten. Bei der Oberhauptsfrage entschied die große Mehrheit des Casino sich für die strengste Form der Einheit, das erbliche Kaiserthum; der kleinere Theil fiel ebenfalls ab und der staatenbündlerischen Ansicht einer macht= und einheitslosen Vielregierung zu. In Gesetzgebungsfragen, die nicht unmittelbar aus der Verfassung oder dem Gesetz vom 28. Juni flossen, war das Casino zwar weniger spröde, als die Par=

tei Milani, liebte es aber doch auch, die Competenz der Nationalversammlung in diesem Betreff in möglichst enge Gränzen zu fassen.

Schon die nächsten Fractionen links vom Casino — der Landsberg und der Augsburger Hof — waren in diesem Punkte weniger streng, ich möchte sagen, weniger dogmatisch correct, als das Casino, neigten sich vielmehr einer größeren Berechtigung und Vollkraft der Centralmacht und einer größeren Beschränkung der Einzelstaaten zu. Sie schienen sich nicht sowohl an den theoretischen Begriff des Bundesstaates und seine logischen Consequenzen, als an die praktischen Bedürfnisse zu halten, welche die politische Lage Deutschlands an die Hand gab. Eine etwas schärfere Fassung dieses und jenes Punktes in dem Abschnitt von der Reichsgewalt fand daher hier leichter Anklang, als im Casino, wo man in dieser Hinsicht unerbittlich aus Princip war. Auch die Oberhauptsfrage ward in diesen beiden Fractionen am frühesten im Sinne der Einheit und Erblichkeit entschieden und fand hier die zweifelloseste und compacteste Majorität.

Je weiter nach links, desto geneigter waren die Parteien einer schärferen Concentration der Macht, desto rücksichtsloser verfuhren sie gegenüber dem Particularismus und der Souveränetät der Einzelstaaten. Württemberger Hof und Westendhall hielten hierin noch leidlich Maß; die eigentliche Linke aber, und namentlich die äußerste, ging in den

meisten Stücken auf eine vollständige Centralisation aus, natürlich im Interesse und in der Erwartung einer herzustellenden „einen und untheilbaren Republik". Denn für eine monarchische Einheitsmacht hätten sich diese Republikaner schwerlich so viel Mühe gegeben. Seitdem daher jene Hoffnung ihnen entrückt war, ließen sie in ihren Centralisationsbestrebungen großentheils nach, ja, wurden in vielen Beziehungen die ärgsten Particularisten.

Ein drittes Princip, welches hier in Betracht kommt, ist das der politischen Freiheit und der Volkssouveränetät. Im Allgemeinen kann man wohl sagen, daß die Revolution des März vorigen Jahres, wenn auch vielleicht nicht nach ihrer formellen Berechtigung, so doch in ihren materiellen Resultaten und Ausflüssen von allen Parteien in der Paulskirche anerkannt, von keiner wenigstens offen in Frage gestellt ward. Ob Einzelne in dieser Hinsicht Reactionsgedanken hegten — wer möchte dieß bestreiten oder behaupten wollen? Eine Partei aber, die als solche auf dergleichen Reactionsbestrebungen ausgegangen wäre, ist mir nicht bekannt. Selbst der am weitesten rechts stehenden Partei Milani traue ich derartige Hintergedanken nicht zu — dafür bürgt mir ihres Führers, des Herrn v. Vincke, unbestechlicher Rechtssinn, der, mag er über das formelle Recht der Märzrevolution denken wie er will, doch die in deren Folge von den gesetzlichen Gewalten anerkannten und gewährleisteten Volksfreiheiten ebenso gut

als den jetzt allein gültigen Rechtsboden ansieht und vertheidigt, wie er vordem die Versprechungen von 1815 und 1820 oder die historischen Rechte seines Standes und seiner Provinz als solchen Rechtsboden in Anspruch nahm. In ihrem Programm schwieg die Partei Milani über diesen Punkt.

Dagegen erklärte das Casino in dem seinigen ausdrücklich: „Die politische Freiheit soll begründet und gesichert werden — also keine Reaction! Aber mit aller Entschiedenheit ist für die öffentliche Ordnung gegen die Anarchie zu kämpfen."

Noch bestimmter sprach sich hierüber der Landsberg aus, indem er sagte: „Der Verein macht es sich zur Aufgabe, die durch die jüngste Staatsumwälzung zur Geltung gekommenen Rechte des deutschen Volkes weiter auszubilden und sicherzustellen, allen auf Rückführung der früheren Zustände wie auf Zerrüttung der gesetzlichen Ordnung hinzielenden Bestrebungen entgegenzuwirken und einen Rechtsstaat zu gründen."

Kaum ist ein Wort in neuester Zeit so vielfach gebraucht und gedeutet worden als das Wort „Volkssouveränetät". Kein Wunder, daß auch in den Parteiprogrammen dasselbe eine wichtige Rolle spielte! Zwar die nach rechts hin liegenden Parteischattirungen bis einschließlich des Landsbergs haben dieses Wort meistentheils sorgfältig vermieden, und es erregte gewaltiges Aufsehen, als ein sehr geachtetes Mit-

glied des Casino, welches leider später auf so traurige Weise der Versammlung und dem Vaterlande entrissen ward, fast unwillkürlich und mit halb widerstrebender Stimme sich auf der Tribüne zu dem Princip der Volkssouveränetät bekannte. In den politischen Glaubensbekenntnissen der andern Fractionen bildete dagegen dieses Princip einen wesentlichen Artikel. Nicht mit Unrecht dürfte man daher die Idee der Volkssouveränetät als die Wasserscheide ansehen, welche die ganze Versammlung in zwei große Hälften theilte, von denen die eine das demokratische Princip oder den Volkswillen als das unserer ganzen künftigen Staatsentwicklung zu Grunde liegende, treibende und normgebende Element ansah, während die andere dasselbe zwar in den Formen, die es sich bereits erobert hatte, gelten ließ, dessen Berechtigung aber zur Hervortreibung weiterer und weitergreifender Formen mehr oder weniger in Frage stellte. Wir würden so zu einer ähnlichen Parteiabgränzung gelangen, wie sie in England zwischen den sogenannten conservativen Whigs, welche die Reformbill als das äußerste der dem Volke zu machenden Zugeständnisse betrachten, und den darüber hinausgehenden Reformern besteht.

Der Württemberger Hof war die erste Partei nach links hin, welche den Grundsatz der Volkssouveränetät offen und bestimmt in ihrem Programm aussprach. „Wir wollen“, hieß es daselbst, „daß die zu gründende deutsche Bundes-

verfassung in allen ihren Theilen die Souveränetät des deutschen Volkes zur Grundlage habe und diese Grundlage sichere."

Das praktische Resultat dieser Ansicht in Bezug auf die Regierungsform war von demjenigen, zu welchem die rechten Fractionen von ihrem Standpunkt aus gelangten, weniger verschieden, als man vielleicht glauben könnte, denn auch der Württemberger Hof erkannte, seiner großen Mehrzahl nach, die constitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage als die den Umständen angemessenste Verwirklichung des Princips der Volkssouveränetät für Deutschland an. Noch entschiedener war dieß der Fall bei dem rechten Ausläufer dieser Partei, dem Augsburger Hof; weniger bei dem linken, der Westendhall, wo in der Mehrheit republikanische Sympathien überwucherten und nur aus Rücksichten der Klugheit die praktische Durchführung dieser Idee für den Augenblick noch in den Hintergrund gedrängt ward. Dennoch lag auch jener äußerlichen Gleichartigkeit der Resultate ein tiefer principieller Unterschied der Ansichten zu Grunde. Den Einen war die Monarchie als solche, als Princip, ein wesentlicher und unantastbarer Glaubensartikel, sei's aus dem Gesichtspunkte des Rechts, sei's aus dem der politischen Doctrin; den Andern war sie eine bloße Form, deren Bedeutung, Bestand und Berechtigung für sie bedingt war durch ihre Uebereinstimmung mit dem jeweiligen Stande des Volkswillens und seiner Entwicklung. Für

Jene war das demokratische Element ein bloßer Zusatz, womit das monarchische, als das in ihrem Sinn ursprüngliche und vorzugsweise berechtigte, lediglich verquickt und temperirt ward; für Diese dagegen war jenes die höhere, selbstberechtigte Macht, welche zwar aus eigener Selbstbestimmung sich in die monarchische Form kleidete, ohne jedoch damit ihr Recht, als den eigentlich bestimmenden Factor des Staatslebens, aufzugeben. Mit einem Worte: die Ersteren wollten zunächst und vor Allem die Monarchie, und nur daneben als schützende Garantie die „demokratische Grundlage"; die Letzteren erstrebten als ihren eigentlichen Zweck das Wesen der Volksherrschaft — unter der Form der Monarchie; die Ersteren hielten fest an dem historischen Königthum, dem sie nur die schädliche Macht des Gewaltmißbrauchs zu nehmen trachteten; die Letzteren erachteten dieses historische Königthum für gebrochen durch die Märzrevolution, die zwar „vor den Thronen stehen geblieben" sei, aber eben durch dieses freiwillige Stehenbleiben ihre Macht, über die Throne zu verfügen, kennen und fühlen gelernt habe; für sie war daher an die Stelle des Königthums „von Gottes Gnaden" das Königthum „von des Volkes Gnaden" oder „kraft der Volkssouveränetät" getreten. Die praktischen Consequenzen dieser entgegengesetzten Anschauungsweisen sind wichtig, wenn sie auch, wie schon gesagt, im Augenblick noch weniger entwickelt hervortraten. Um es kurz zu sagen:

die Männer des historischen Königthums werden bei vorkommenden Streitfällen immer das Recht der „Kronen," die Anhänger der Volkssouveränetät dagegen das entgegengesetzte Recht des Volkes als das maßgebende zu betrachten geneigt sein. Will man diesen Gegensatz der Ansichten vom Rechte des Königthums in zwei handgreiflichen Beispielen verkörpert haben, so vergleiche man das Verfahren Ludwig Philipps, der, den Ursprung seiner Macht, die Volkssouveränetät, verleugnend, sich wieder auf den alten Legitimitätsstandpunkt hinaufrücken wollte, mit dem des Königs der Belgier, der im März vorigen Jahres die vom Volk empfangene Krone freiwillig niederzulegen sich erbot, aber durch den allgemeinen Volkswillen sie auch ferner zu tragen glänzend legitimirt ward.

Wie in Bezug auf die Spitze, so unterschieden sich die Parteien auch in Betreff der Basis, die man der neuen Ordnung der Dinge geben wollte. Die „breiteste demokratische Grundlage", jenes seit dem März 1848 so unendlich oft gehörte Schlagwort, ward natürlich auch für die Parteien zu Frankfurt ein wichtiger Gegenstand des Streites und der Verhandlungen. Sollte doch von hier aus diese Grundlage nicht blos für das künftige deutsche Reich, sondern durch die Grundrechte auch für die einzelnen Staaten festgestellt werden. Nun war, soweit es sich nur um eine mittelbare Betheiligung des Volkes am Staate, um eine Selbstregierung desselben in den engern Kreisen des Privatverkehrs, der bürgerlichen und der religiösen Gemeinschaft,

um ein freies Sichausleben des Volksgeistes handelte, wie bei der Presse, beim Vereinsrecht, beim Gemeindewesen, bei den Volksgerichten u. s. w., im Ganzen über das Maß der zu gewährenden Freiheiten kein so großer Streit unter den Parteien. Der Verfassungsentwurf, der als Ausdruck der conservativen Mehrheit angesehen werden durfte, ging in allen diesen Beziehungen so weit, daß selbst den Vertheidigern der allerbreitesten demokratischen Grundlage kaum viel zu wünschen übrig blieb, — weiter mindestens, als irgend eine andere Verfassung. Dennoch fanden auch noch weitergehende Forderungen, sofern sie nur nicht geradezu den Bestand jeder Staatsordnung aufhoben, bei den mittlern Parteien, namentlich dem linken Centrum, in der Regel Unterstützung, bei der Rechten selbst gewöhnlich nur schwachen Widerspruch.

Um so heftiger entbrannte der Streit da, wo die „breiteste demokratische Grundlage" unmittelbar in die Gliederung des Staates selbst, ja wohl gar an die Spitze hinauf strebte. Das war der Fall beim Wahlgesetz und beim Veto. Die Vetofrage ward von der Linken als eine Frage der gesetzlichen Unterordnung des monarchischen unter das demokratische Princip, der Uebertragung der gesammten Gesetzgebungs- und Regierungsgewalt in letzter Instanz an die Volksvertretung betrachtet. Die Rechte begriff dieß wohl und kämpfte darum so wie aus Rücksichten auf die Ehre und Würde der Monarchie für das absolute Veto.

„Wenn man eine Krone anbieten will, so darf man nicht darauf spucken", soll ein einflußreiches Mitglied der conservativen Partei gesagt haben, als das absolute Veto bei der Gesetzgebung das erste Mal verworfen ward. Wenn diese Aeußerung wirklich gethan worden ist, so hat das Mitglied darin wohl mehr die muthmaßliche Meinung dessen, dem man die Krone anbieten wollte, als seine eigene ausgesprochen, denn nur vom strengen Legitimitätsstandpunkte kann man eine Entwürdigung der „angestammten Krone" darin erblicken, wenn der Einzelwille des Monarchen dem dreimal wiederholten Willen der Volksvertretung weichen muß. Gerade weil sie diese Mystik des alten Legitimitätsprincips nicht begünstigen wollten, stimmten das linke Centrum und ein Theil des rechten (der Württemberger Hof, etwa die Hälfte vom Augsburger Hof und vom Landsberg und Einzelne vom Casino) gegen das absolute Veto, dessen praktische Bedeutung sie, gestützt auf die Erfahrung aller größeren Verfassungsstaaten, nicht hoch anschlugen.

Entscheidender noch für die Linke war die Frage des Wahlgesetzes. Das Recht oder wenigstens die Macht der Volksvertretung zur factischen Alleinherrschaft würde, so dachte die Linke, sich schon finden, wenn nur durch das allgemeine Stimmrecht und nöthigenfalls noch durch den „Druck von außen" diese Volksvertretung zum unbedingten Werkzeug ihrer demokratischen Principien gemacht wäre.

Das allgemeine Wahlrecht war daher der Kaufpreis, um welchen die Linke, wie L. Simon ganz offen auf der Tribüne erklärte, ihre Bundesgenossenschaft verhandelte. Ohne eine solche künstliche Allianz vermochte sie dasselbe nicht durchzusetzen, wenn schon der Württemberger Hof und ein Theil des Landsberg darin mit ihr ging. Denn alle übrigen Fractionen waren darüber einig, daß irgend welche Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts nothwendig sei. Hatte doch selbst das Vorparlament in dem Erforderniß der „Selbstständigkeit" den einzelnen Staaten eine Handhabe gegeben, um Diejenigen von der Wahl auszuschließen, deren Lebensstellung gar keine Bürgschaft böte für eine freie und bewußte Ausübung eines so wichtigen und so leicht zu mißbrauchenden Rechtes! Ueber das Maß und die Art dieser Beschränkung waren freilich die Meinungen auf der Rechten sehr verschieden. Von denen, welche nur etwa ein reiferes Alter, oder einen eigenen Haushalt, oder feste Niederlassung in einer Gemeinde, oder die Zahlung irgend einer direkten Steuer, oder den Besitz eines, wenn auch kleinen Einkommens als Voraussetzungen der Wahlfähigkeit verlangten, bis zu Denen, welche durch künstliche Vertheilung der Wahl nach den verschiedenen Steuer- oder Vermögensclassen eine gradweise Abstufung dieses Rechts begründen wollten, welche Mannigfaltigkeit der Ansichten und der Vorschläge kam da zum Vorschein! Und zwar zweigten sich diese nicht gerade nach den Clubs ab — es

gab im Casino Solche, die sich der leichtesten, und wiederum im Augsburger Hofe Solche, die sich der stärksten Beschränkung zuneigten.

Ungleich größer und praktisch eingreifender war der Gegensatz, welcher die Anhänger der Volkssouveränetät in ihrer wahren und edlen Gestalt abschied von den Götzendienern jener fälschlich sogenannten Volkssouveränetät, deren eigentliches Ziel und Wesen weit richtiger die von Welcker erfundene Bezeichnung der „Krawallsouveränetät" ausdrückt. Jene Partei meine ich, welche keinen Begriff davon hat, wie der ächte, vernünftige Volkswille nur das Resultat sein könne eines organischen Zusammenwirkens aller Theile des Volkes in wohlgegliederten politischen Institutionen, nicht der ungeläuterte Ausdruck augenblicklicher Stimmungen einer zusammengelaufenen, leidenschaftlich erregten Menge, welche daher jeden politischen Club und jede Volksversammlung für einen berechtigteren Repräsentanten der Volksvernunft ansieht, als die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung (versteht sich, wenn jene in ihrem Sinne, diese sich gegen sie ausspricht, denn im entgegengesetzten Fall ist die Sache natürlich sofort eine andere); welche die Volkssouveränetät, die Wahrheit und die Freiheit jederzeit da und nur da erblickt, wo ihren Ansichten, ihren Wünschen, ihren Planen stattgegeben wird — jene Partei, welche zuerst die Nationalversammlung als das allein berechtigte Organ des souveränen Volkswillens

pries, so lange sie hoffte, hier ihre Ideen durchzusetzen, dann, als dieß mißlang, von ihr an die einzelnen Landesversammlungen appellirte, ferner da, wo diese gleichfalls nicht in ihrem Sinne handelten, sie durch Volksversammlungen und „souveräne Clubs" tyrannisirte, endlich bei den Volksversammlungen und in den Clubs auch wiederum nur ihre und ihrer Parteiführer souveräne Meinung zum Worte kommen ließ.

Dieses war leider ihrer Mehrheit nach der Charakter jener großen und wohldisciplinirten Partei der Nationalversammlung, welche man als die vereinigte Linke bezeichnen kann. Wenn man die Programme dieser Linken liest, so (um mit Goethe im Faust zu reden) „möcht's leidlich scheinen", denn, wenn da auch die Rede ist von einer „aus der freien Wahl aller volljährigen Deutschen hervorgehenden und nur auf das dauernde Vertrauen des Volkes gegründeten Volksvertretung" und einem ausschließlichen Gesetzgebungsrechte dieser (wie in dem Programm des Deutschen Hofes) oder von der ausgedehntesten Selbstbestimmung der Einzelnen, der Gemeinden, der Nationen (wie in jenem des Donnersbergs, der äußersten Linken), so ließe sich doch allenfalls noch eine Ausführung dieser Grundsätze denken, welche eine organische Staatsbildung nicht ausschlösse. Aber die Praxis, die Praxis! Daß diese Partei die Republik wollte, die demokratisch-constitutionelle Monarchie aber nur so lange ertrug, als sie sich nicht stark

genug fühlt, um ihre Plane durchzusetzen, das unterschied sie zwar wesentlich von der gemäßigten Linken und dem linken Centrum, welche, wenn auch zum Theil der Republik in der Idee den Vorzug gebend, doch die constitutionelle Monarchie aufrichtig und aus Ueberzeugung festhielten, als die zur Zeit für Deutschland heilsamste Regierungsform — allein daraus würde ich derselben noch keinen Vorwurf machen, wenn nur das, was sie unter der Form der Republik anstrebte, eine wirklich lebensfähige, organische, vor der Vernunft und Geschichte bestehende Gestaltung wäre. Aber das ist's ja eben, daß mit den Grundsätzen, welche diese Herren in der Praxis zur Anwendung bringen, mit der Mißachtung der parlamentarischen Majoritäten, mit den Appellationen an die unmittelbaren Aussprüche des Volkswillens, ja selbst an die rohe Gewalt der Massen, andererseits mit der Tyrannisirung der Minorität, wo sie selbst in der Majorität sind — daß mit solchen Grundsätzen überhaupt kein vernünftiges Staatswesen, am allerwenigsten aber ein republikanisches bestehen kann. Wenn Herr S i m o n von Trier die Anarchie und die Revolution für den normalen Zustand der Gesellschaft erklärt, weil da Jeder frei sich selbst bestimme, wenn Herr R u g e, ausgehend von der Idee, daß jeder kleinste Theil eines Staatsganzen sich souverän — politisch und national — entwickeln müsse, gegen die Unterdrückung panslavistischer Bestrebungen auf deutschem Gebiet eifert, wenn Herr S c h l ö f f e l eine sofortige

unentgeltliche Aufhebung aller möglichen Eigenthumsrechte predigt — so hört hier freilich alle politische Gestaltung auf und wir befinden uns an jenem schauerlichen Abgrunde der Auflösung jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in welchen zwar diese Partei mit frevelhaftem Uebermuthe — nicht sich selbst, wie der große Römer Curtius — nein, das Glück, den Wohlstand, das Leben von Tausenden und aber Tausenden ihrer Mitmenschen hineinzuwerfen sich nicht bedenkt, über welchen hinweg aber noch keiner dieser Weltverbesserer die sichere Brücke zu schlagen verstanden hat zu dem geträumten Eldorado der „socialen Republik", von dem sie doch so viel — zu reden wissen.

Ich weiß wohl, daß Theorien, wie die zuletzt erwähnten, nur der äußersten Linken, und auch hier nicht allen Mitgliedern, sondern nur den Aeußersten unter den Aeußersten angehörten, daß die eigentliche Linke oder die Partei des Deutschen Hofes weder im Princip sich so weit verirrte, noch in den praktischen Mitteln der Ausführung ihrer Ideen so frevelhaft oder so leichtsinnig wie jene direct an die rohesten Leidenschaften der Massen sich wendete. Ich weiß wohl, daß gerade darum jene Scheidung zwischen einer Linken und einer äußersten Linken eintrat, weil der eine Theil dem andern zu weit ging, dieser wiederum jenem nicht entschieden genug war. Ja, ich muß noch mehr sagen, ich muß erklären, daß manche Mitglieder des Deutschen Hofes, obschon im Herzen Republikaner, dennoch nicht wie ihre Parteigenossen nur

aus Klugheit die Durchführung dieses Herzenswunsches verschoben, sondern aus wirklicher Ueberzeugung von der Unzuträglichkeit und Gefährlichkeit eines solchen Experiments unter den bestehenden Verhältnissen. Alles dieß mag zugegeben werden, allein was ändert's? Die rohe, plumpe oder leichtfertige Art der Auffassung politischer Verhältnisse, der Mangel jedes tieferen Einblicks in die Natur des Staates und der Gesellschaft, überhaupt jedes Organs für positive Gestaltung, das kecke, anmaßliche Negiren und Opponiren gegen jede politische That, und dabei die gänzliche Ohnmacht des Bessermachens, die Unfähigkeit, den eigenen Willen und die eigene Einsicht dem objectiven Gesetz der Thatsachen oder der Autorität vernünftiger Gründe unterzuordnen, endlich der Ungestüm, welcher die einmal vorgefaßte Meinung als die alleinseligmachende Allen aufdringen und überall zur Geltung bringen möchte, und dazu die geringe Gewissenhaftigkeit in der Wahl der Mittel, diese Eigenschaften waren so ziemlich allen Mitgliedern der Linken — etwas mehr oder weniger, was trägt's aus? — gemeinsam und brachten unter ihnen eine Solidarität der Ansichten und der Handlungsweise hervor, welche die feine Gränze zwischen der „Linken" und der „äußersten Linken" jeden Augenblick zu verwischen drohte oder wirklich verwischte. Die „Linke" hatte allerdings nicht an den directen Aufreizungen des Volkes am **16.** und **17.** September theilgenommen; allein sie hatte indirect oft genug die rohe

Gewalt der Massen gegen die von ihr gehaßte Majorität des Parlaments aufgerufen und so mit vollen Händen den Samen ausstreuen helfen, der in so blutigen Thaten am 18. September aufging, und sie hat diese Thaten nicht minder als die „äußerste Linke" zu beschönigen und zu entschuldigen versucht. Der „Linken" gehörten jene Brentanos, Wiesners und Schmidts von Löwenberg nicht an, welche die Verletzung des parlamentarischen Anstandes auf's Aeußerste trieben; aber in der Mißachtung, in der Verhöhnung der Versammlung durch feinen und groben Spott ahmten ihnen die Röslers von Oels und die Vogts glücklich nach, und auch das Aergste, was in dieser Richtung geschah, fand es nicht bei der Linken ebenso gut wie bei der äußersten Linken ermunternden Zuruf und wieherndes Beifallslachen? Ja, hätte es überhaupt geschehen und sich wiederholen können, wenn die Linke es mit der parlamentarischen Sitte ernstlich gemeint und in aufrichtigem sittlichem Unwillen sich entschieden von der äußersten Linken getrennt hätte?

Daß dieses soeben gefällte Urtheil über das parlamentarische Verhalten der Linken kein ungerechtes oder parteilich befangenes ist, ergiebt sich daraus, daß viele achtbare Mitglieder der genannten Partei durch diesen Mangel an persönlicher Selbstachtung, den sie bei ihren Meinungsgenossen fanden und nicht zu beseitigen vermochten, aus der Parteiverbindung herausgetrieben worden sind. So traten schon früh die Abgeordneten H. und M. Simon von Breslau,

Venedey, Reh u. A. aus dem Deutschen Hofe in den Württemberger Hof, später in die Westendhall über, und aus dem gleichen Grunde sonderte sich eine eigene Fraction unter dem Namen des Nürnberger Hofes vom Deutschen Hofe ab — Leute von entschieden republikanischer Gesinnung, aber zu ehrenhaft, um nicht durch das allzu formlose Treiben ihrer Parteigenossen abgestoßen zu werden.

Ich gehe jetzt zu dem letzten Standpunkte der Parteigruppirung über. Es ist dieß die Stellung derselben zum Ministerium und zu den praktischen Fragen der Verwaltung. Bei der ersten Zusammensetzung des Reichsministeriums nahm man dasselbe zum größten Theil aus dem rechten Centrum, der damals noch ungetheilten Casinopartei, zog aber auch aus dem linken Centrum, dem Württemberger Hofe, einige Elemente hinein, um ihm die Unterstützung der gesammten Centren zu sichern. Die Linke war natürlich von vorn herein in principieller und systematischer Opposition gegen das Ministerium, welches sie durch beständige Interpellationen peinigte. Auch die Westendhall, welche zu Anfang des August sich vom Württemberger Hofe sonderte und eine Mittelstellung zwischen diesem und dem Deutschen Hofe als sogenannte „rationelle Linke" annahm, konnte sich eine solche Opposition — wenn schon in etwas gemäßigterer und gemessenerer Form — nicht versagen. Die äußerste Rechte zeigte sich unzufrieden mit gewissen, nach ihrer Meinung zu weit übergreifenden Maßnahmen des

Ministeriums gegenüber den Einzelregierungen, so namentlich mit jenem Huldigungsbefehl des Kriegsministers. Die Centren dagegen unterstützten das Ministerium getreulich bis zu jenen verhängnißvollen Verhandlungen über den Waffenstillstand von Malmoe, wo der Württemberger Hof sich gegen das Ministerium und gegen die aus seiner eigenen Mitte demselben angehörigen Mitglieder erklärte und durch sein entscheidendes Votum — nebst einer Anzahl schleswig-holsteinischer Abgeordneter aus dem rechten Centrum — die Ministerkrisis herbeiführte. Die Bildung eines neuen Ministeriums mißlang — weder Dahlmann, der Führer jener kleinen schleswig-holsteinischen Phalanx, noch Hermann aus München, den, als einen der hervorragenden Parteigänger des linken Centrums, der Reichsverweser nach Dahlmann mit der gleichen Mission betraute, brachte ein solches zu Stande. So kam der 16. September heran, wo die Majorität sich wandte. Dieß und die Ereignisse am Abend des 16., welche das Vorhandensein eines verantwortlichen Ministeriums dringend heischten, veranlaßten den Wiedereintritt des gestürzten Cabinets in sein Amt. Die blutigen Vorgänge des 18. Septembers, und was darauf folgte, bezeichneten die Bahn, welche das wiedererstandene Ministerium von jetzt ab zu gehen hatte und in welche es auch sofort mit Muth und Entschlossenheit eintrat. Das Ministerium unterstützen, hieß bei dieser Sachlage für die Ordnung Partei nehmen; ihm Opposition machen, hieß der

Anarchie wissentlich oder unwissentlich Vorschub leisten. Hier war es, wo der Württemberger Hof zum zweiten Mal sich spaltete, indem ein Theil dem Ministerium seine entschiedene Unterstützung im Interesse der Ordnung zusagte und, um diese Zusage beharrlich zu erfüllen, sich von dem andern, welcher nicht die gleiche Beharrlichkeit zeigte, auch äußerlich trennte. So entstand die Partei des Augsburger Hofes, die seitdem in allen praktischen und Cabinetsfragen von bedeutendem Einfluß auf die Entscheidungen des Hauses gewesen ist und ihr Ziel, welches dahin ging, die ministerielle Politik in strenger Aufrechthaltung der Ordnung, unbeschadet der wahren Freiheit, kräftig zu unterstützen, unverrückt verfolgt hat. Der zurückgebliebene Theil des Württemberger Hofes (der diesen Namen beibehielt) ward, unter dem Vorgange und der Anleitung zuerst Hermanns, später Wydenbrugks, mehr und mehr in die Opposition gegen das Ministerium hineingezogen und wetteiferte darin lange Zeit mit seinem frühern Abschößling, der Westendhall, bis auch diese Verhältnisse in ein anderes Stadium traten. Davon später.

Zwischen dem Augsburger Hof und den beiden Fractionen des rechten Centrums bildete sich in Bezug auf praktische und ministerielle Fragen eine engere Verbindung, die ihre organische Vermittlung in einem besondern, aus Deputirten der drei Clubs zusammengesetzten Ausschuß, der sogenannten Neuner-Commission, fand. Hier wurden wichtigere Fragen

dieser Art vorberathen und sodann, zur Erzielung gleichmäßiger Beschlüsse, den Berathungen der Clubs übergeben; von hier aus ward mit dem Ministerium direct ins Einvernehmen getreten, Auskunft von ihm über beabsichtigte Maßnahmen erbeten oder ihm solche ertheilt in Betreff der Stimmungen der drei Clubs für oder wider dergleichen Maßregeln. So bildeten diese drei centralen Clubs in Bezug auf alle Regierungsfragen fast nur eine einzige große Partei, die beim Hinzutritt der eigentlichen Rechten (welche in der Regel erfolgte) mit einer Mehrheit von 60 bis 80 Stimmen die aus den beiden Linken, der Westendhall und dem Württemberger Hof bestehende Opposition besiegte. Und so überwiegend war der Einfluß dieser praktischen Fragen auf die Stellung der Parteien, daß, obschon der Augsburger Hof in Verfassungsfragen dem Württemberger Hof entschieden näher stand, als dem Casino, ja sogar dessen Programm unverändert beibehalten hatte, dennoch mitten zwischen ihm und dem Württemberger Hof hindurch die scharfe Gränzlinie ging, welche fortan die Majorität und Minorität, die sogenannte Rechte und die sogenannte Linke (Beides im weiteren Sinne genommen) von einander trennte. Die Wahlverwandtschaft in der praktischen Politik zog den Augsburger Hof zur Rechten hin und immer weiter und weiter vom Württemberger Hof ab, der seinerseits durch die gleiche Wahlverwandtschaft sich so sehr der Linken annäherte, daß z. B. in jener öffentlichen Erklärung der

Minorität über den Beschluß in der preußischen Frage die Namen eines Mittermaier und Kierulff in unmittelbarster Nähe neben denen eines Wesendonck und Simon von Trier sich befanden.

Gegenüber der Organisation der Centren, von der ich eben sprach, schloß sich auch die Linke zu einer compacteren Einheit zusammen. Nach den Ereignissen von Wien und Berlin, wo die Demokratie in ihren äußersten Richtungen physisch und moralisch unterlag, fühlte die demokratische Partei in der Paulskirche die Nothwendigkeit, sich durch Anschluß an die weniger extremen Parteien zu verstärken und mit ihnen vereint eine umfassende Wirksamkeit, insbesondere nach außen, zu entfalten. So entstand der Märzverein, anfänglich mit dem ausgesprochenen und in zahlreichen Proklamationen ans Volk kundgegebenen Zweck: eine Verfassung für Deutschland zu machen im Sinn und Geist der unverkümmerten Märzerrungenschaften, d. h. auf streng demokratischen Grundlagen, als ein Gegenstück zu der vom Verfassungsausschuß entworfenen, deren Annahme seitens der Majorität der Versammlung in allen wesentlichen Punkten nicht zu bezweifeln schien. Das Volk, so meinte die Linke, möge dann seinen Ausspruch thun, welche von beiden Verfassungen seinen Wünschen mehr entspreche, welche es ins Leben geführt sehen wolle. Diese Vereinigung, von der äußersten Linken anhebend, griff bis nach Westendhall hinein, wovon der eine Theil dem Märzverein beitrat, während ein anderer sich

davon fernhielt. Der Württemberger Hof, obgleich ebenfalls zum Beitritt eingeladen, entschied sich nach mehrtägigen lebhaften Debatten gegen denselben.

Zu einer Durchführung seiner ursprünglichen Aufgabe scheint der Märzverein niemals gekommen zu sein; wenigstens ist mir kein von ihm ausgegangener fertiger Verfassungsentwurf bekannt. Dahingegen warf er sich später mit allen Kräften auf ein anderes Ziel seiner Thätigkeit, auf die Verbreitung demokratischer Grundsätze in allen deutschen Ländern durch Bildung von Zweigvereinen, welche in ihm ihren Mittelpunkt finden, von ihm Antrieb und Leitung empfangen sollten. Allerwärts ward die Begründung von Märzvereinen oder der Anschluß schon bestehender politischer Vereine an den Märzverein zu Frankfurt (der sich nunmehr Centralmärzverein nannte) mit großem Eifer betrieben. In manchen Gegenden, namentlich in Württemberg und Bayern, hatten diese Bestrebungen einen bedeutenden Erfolg; beide Länder bedeckten sich mit einem Netz demokratischer Vereine, die, unter sich und mit dem Frankfurter Hauptvereine eng verbunden, von letzterem die Parole empfingen. Als die deutsche Reichsverfassung, obschon in vielen Punkten gegen die Wünsche und Vorschläge der Linken, zu Stande gebracht und „endgültig" verkündet war, da beschlossen die Märzvereine auf einer Generalversammlung zu Heidelberg am 1. April, ihre ganze Thätigkeit auf die Durchsetzung dieser Verfassung zu wenden. Sie gaben ihren

grundsätzlichen Widerspruch gegen einzelne Hauptpunkte dieser Verfassung auf, um nur das Princip der in Frage gestellten Souveränetät der Nationalversammlung zu retten. Diesem Entschlusse der Märzvereine war es zu verdanken, wenn die Bewegung zu Gunsten der unbedingten Anerkennung der Reichsverfassung namentlich in Württemberg so rasche und unwiderstehliche Fortschritte machte. An der Spitze des Centralmärzvereins stand damals der unermüdliche und feurige Ludwig Simon aus Trier. Ein Theil der äußersten Linken war jedoch jenem Beschlusse nicht beigetreten, hatte sich vom Märzvereine losgesagt und verfolgte fortwährend den Grundsatz: daß man erst die Verfassung um jeden Preis von den in ihr enthaltenen antidemokratischen Elementen (z. B. dem erblichen Kaiserthum) reinigen müsse, bevor man für ihre Durchführung wirken könne. Freilich blieben auch die Märzvereine, sammt dem Centralmärzverein selbst, jener Fahne der Reichsverfassung nicht überall treu, mißbrauchten dieselbe vielmehr, um unter falscher Flagge ihre eigentlichen republikanischen Tendenzen einzuschmuggeln. Darauf komme ich später zurück.

Zum Schluß dieser Betrachtungen noch eine kurze Bemerkung über die ultramontane Partei und ihr Verhältniß zu den andern Parteien. Sie war jedenfalls unter allen Parteien am frühesten organisirt und disciplinirt, mit den bestimmtesten Stichwörtern versehen und von den tüchtigsten Führern geleitet. Ihr sicherer Einklang und ihr

Zusammenwirken auf's Wort machte sich bald in der Versammlung bemerkbar und geltend. Aeußerlich hielt sie sich größtentheils zur äußersten Rechten, wie diese im Steinernen Hause sich organisirte; später trennte sie sich einmal von diesen ihren politischen Freunden und stand für sich unter Radowitz, wie Jene unter Vincke; dann trat sie wieder mit ihnen zusammen zur Partei Milani, bis sie in der österreichischen Frage sich abermals absonderte.

Diese ultramontane Partei, welche sich äußerlich als solche darstellte, umfaßte aber bei weitem nicht die sämmtlichen ultramontanen Elemente der Nationalversammlung. Vielmehr waren diese, fast möchte man glauben absichtlich, beinahe durch alle Clubs (die Linke ausgenommen) verstreut oder vertheilt. Im Casino, im Württemberger, im Augsburger Hof gab es Ultramontane, welche in gleichgültigen Fragen mit diesen Clubs, in solchen dagegen, wo irgendwie nah oder fern ein Interesse der Kirche berührt ward, unverrückt und ohne die geringste Rücksicht auf ihre gewöhnliche Parteistellung mit ihrem Haupttreffen und nach den von den Führern ausgegebenen Losungsworten stimmten.

Dieß war der Charakter und die Stellung unserer politischen Parteien nach ihren principiellen sowohl als taktischen Gegensätzen und Berührungspunkten bis gegen das Ende des Jahres 1848. Um diese Zeit begann eine neue Parteibildung. Davon wird im nächsten Abschnitt die Rede sein.

III.

Neue Parteibildung zu Ende des Jahres 1848.

Gegen das Ende des Jahres begann eine tiefgreifende Umgestaltung des Parteiwesens in der Nationalversammlung. Was immer bis dahin die Parteien geeinigt oder getrennt hatte, es trat in den Hintergrund vor den neuen, entscheidenden Fragen, welche alle Geister und Herzen immer ausschließlicher zu beschäftigen anfingen, — der Frage wegen des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland und der damit zusammenhängenden Oberhauptsfrage.

Das Verhältniß Oesterreichs zur Nationalversammlung und zu dem von ihr zu gründenden Bundesstaate war schon längst ein Gegenstand ernstester Zweifel und Bedenken gewesen. Es ist bekannt, wie schon im April vorigen Jahres die Regierung Oesterreichs, der bevorstehenden deutschen Nationalversammlung gegenüber, den Standpunkt des bloßen Staatenbundes für sich in Anspruch

nahm, indem sie sich vorbehielt, nur das als bindendes Gesetz für Oesterreich anzuerkennen, was für dessen besondere Verhältnisse passe. Was es mit diesem Vorbehalt praktisch zu bedeuten habe, ließ die gleichzeitige Berufung eines Reichstages für Oesterreich ahnen, auf welchem neben den deutschen Provinzen auch nichtdeutsche vertreten waren, so daß das deutsche Element sich in entschiedener Minderheit gegen das slavische befand. Schon dadurch ward eine Unterwerfung Deutschösterreichs unter die nothwendigen Bedingungen eines deutschen Bundesstaates beinahe zur Unmöglichkeit. Aber die österreichische Regierung ging noch einen Schritt weiter. Die Selbstständigkeit, welche die Ungarn im März vorigen Jahres durch die dem Kaiser abgedrungenen Zugeständnisse errungen hatten, suchte sie mit Hinterlist und mit Gewalt wieder zu unterdrücken und in größere Abhängigkeit, denn vorher, zu verwandeln. Die Absicht, alle Theile des Kaiserstaates zu einer festgeschlossenen Einheit zu verbinden, trat immer deutlicher hervor. Was halfen dagegen die Betheuerungen deutscher Gesinnung, die Adressen, die aus diesem und jenem Theile Deutschösterreichs an uns kamen und den treuen Willen, den warmen Eifer des Volkes für den festen Anschluß an Deutschland bekundeten? War diese Gesinnung stark genug, um der Politik der Regierung eine andere Richtung zu geben? War sie sich selbst ganz klar über Das was sie wollte und was sie versprach? Bald sollte sie auf die Probe gestellt

werden. Die Wiener Revolution des Octobers, selbst ihren rein deutschen Charakter zugegeben, war doch lange nicht eine Erhebung des ganzen deutschen Theils von Oesterreich gegen die Centralisationspolitik der Regierung und für den unbedingten Anschluß an einen deutschen Bundesstaat. Aber selbst der Reichstag zu Wien, auf welchem jetzt, nach der Entfernung der meisten slavischen Abgeordneten, die Deutschen in der Mehrheit waren, that nichts für die eigentlich deutsche Sache. Sein erstes Wort war vielmehr ein Wort zu Gunsten der Gesammtmonarchie Oesterreich. Der Wiener Gemeinderath, die factisch herrschende Gewalt der Hauptstadt während jener Tage, sandte eine Deputation nach Frankfurt, aber nicht an uns, nicht an den deutschen Reichsverweser, sondern an den österreichischen Erzherzog Johann, und bat ihn, daß er, als Oheim des Kaisers, das Vermittleramt zwischen diesem und der Stadt Wien übernehme.

Inzwischen war man in Frankfurt bei dem Punkte angelangt, wo das Verhältniß des künftigen Bundesstaates zu seinen Theilen festgestellt werden sollte. Jedem Unbefangenen war klar, daß kein Theil des Bundesstaates zugleich organischer Theil eines andern Staates außerhalb des Bundesstaates sein könne. War es denn auch nur denkbar, daß ein und dasselbe Land zugleich von einer deutschen Nationalvertretung in Frankfurt und von einem zu $\frac{1}{5}$ deutschen, zu $\frac{4}{5}$ slavisch-magyarisch-romanischen

Reichstage in Wien Gesetze empfinge, zugleich für das deutsche Reich und für die österreichische Gesammtmonarchie Soldaten stellte, zugleich als deutsches Reichsland an einem Reichskriege Theil nähme und als österreichische Provinz vielleicht dem Reichsfeinde Hülfe leisten müßte, weil der österreichische Gesammtreichstag es so beschlösse?

Nein! Hier mußte scharf und klar das künftige Verhältniß der Theile zum Ganzen bestimmt werden. Man hatte es nicht mehr mit dem alten Staatenbunde zu thun, der eben seiner Unnatur halber ein ohnmächtig Ding war; man wollte eine straffere Einheit, man wollte ein wirklich starkes Reich schaffen, fest in sich gegründet und abgeschlossen. So entstanden jene §§. 2 und 3 des Abschnittes „vom Reiche", worin festgesetzt ward, daß ein deutsches Land, welches mit einem nichtdeutschen Lande das gleiche Oberhaupt habe, zu demselben in keinem andern Verhältnisse stehen dürfe, als in dem der reinen Personalunion, daß also das deutsche Land mit dem nichtdeutschen weder eine gemeinsame Regierung und Verwaltung, noch gemeinsame Stände, noch eine gemeinsame Vertretung nach außen, noch gemeinsame Finanzen, noch ein gemeinsames Kriegsheer, überhaupt gar nichts gemein haben dürfe, als die Person des Regenten. Diese §§. wurden in erster Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Außer dem Centrum stimmte auch die ganze Linke dafür; nur die conservativen Oesterreicher und eine

Anzahl Partikularisten aus andern Ländern waren dagegen.

Das war freilich ein scharfer Schnitt in den österreichischen Kaiserstaat. Jetzt mußte sich zeigen, ob die Sympathien für die deutsche Einheit, oder ob jene für die österreichische Gesammtmonarchie stärker wären in der Bevölkerung Deutschösterreichs. Die Probe fiel gegen uns aus. Ueberwiegend an Zahl wie an Gewicht waren die Kundgebungen der Ansicht, daß man um diesen Preis, um den Preis der Auflösung jenes vielhundertjährigen Verbandes mit den nichtdeutschen Provinzen, um den Preis der Vernichtung Oesterreichs als eines Gesammtstaates, nicht deutsch sein wolle. Die meisten Provinziallandtage der deutschösterreichischen Länder stellten sich auf diese Seite, auf die entgegengesetzte keiner. Die österreichische Regierung selbst antwortete auf jenen Beschluß der Nationalversammlung durch das Programm, mit welchem sie am 27. November vorigen Jahres vor den Reichstag zu Kremsier trat. Darin erklärte sie:

„Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwickelung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses (in Deutschland) entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen ge-

langt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten zu erfüllen."

Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ein deutsches, ein europäisches Bedürfniß! — Das war ja derselbe Gedanke, welchen Gagern schon bei der ersten Lesung der §§. 2 und 3 entwickelt, auf Grund dessen er schon damals eine Sonderstellung Oesterreichs außerhalb des Bundesstaates, eine Union zwischen dem Bundesstaate und Oesterreich beantragt hatte. Er hatte also richtig vorausgesehen, wie Oesterreich auf die Frage, welche man in jenen §§. an dasselbe stellte, antworten werde und müsse. Oesterreich schied mit dieser Erklärung aus dem Bundesstaate aus — Das schien klar. Nur seine „Bundespflichten", d. h. die Verpflichtungen, die es aus dem alten Bunde noch hatte, wollte es fortfahren zu erfüllen.

So hatte denn also die Nationalversammlung, Oesterreich gegenüber, nunmehr völlig freie Hand bei der ferneren Ausarbeitung der Verfassung. Die Voraussetzungen für diese und besonders für die Oberhauptsfrage wurden dadurch bedeutend vereinfacht. Alles schien einen raschen und leichten Fortgang der Verfassungsarbeiten zu versprechen, seitdem die österreichische Regierung selbst so klar, so offen, so loyal ihre Absichten und ihre Stellung zu dem deutschen Einheitswerke bezeichnet hatte.

Wie sehr täuschte man sich! Statt am Ende der Verwickelungen zu sein, war man erst am Anfange des Anfangs.

Das Programm von Kremsier sprach den Gedanken der Trennung Oesterreichs von Deutschland so nackt, beinahe schroff aus, daß selbst Die, welche in einer solchen Trennung das einzige Heil für beide Theile erblickten, schier über diese Offenheit erschraken und sich die Augen rieben, ob sie auch recht gelesen? Die Bedenklicheren fragten, ob denn die österreichische Regierung auch wohl in alle Konsequenzen des in dem Programme ausgesprochenen Gedankens eingehen werde? Eines schien wirklich darauf hinzudeuten: die Regierung Oesterreichs erklärte, fernerhin nur noch durch die beiderseitigen Ministerien des Aeußeren mit der Centralgewalt in Beziehungen treten zu wollen; sie schien also Deutschland bereits als Ausland zu betrachten. Aber die ungleich wichtigere Konsequenz, die doch ebenso gewiß in jener Erklärung lag — die Abberufung der österreichischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung — von dieser war nicht die Rede. Und doch konnten, wenn Oesterreich und Deutschland als zwei selbstständig constituirte Staaten sich gegenüberstehen sollten, wie es das Programm verlangte, ebensowenig österreichische Abgeordnete an der Constituirung Deutschlands Theil nehmen, wie man Abgeordnete des nichtösterreichischen Deutschlands bei der Begründung der österreichischen Gesammtmonarchie auf

dem Reichstage zu Kremsier oder sonstwo mitwirken lassen würde. Unmöglich konnten Vertreter Deutschösterreichs durch ihre Stimmen über eine Verfassung mitentscheiden, von der im Voraus erklärt war, daß sie auf Deutschösterreich keine Anwendung leide. Besonderen Scrupel erregten endlich die Schlußworte jener Erklärung:

„Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten zu erfüllen."

Oesterreich hatte es bisher mit der Erfüllung seiner Bundespflichten nicht besonders ernstlich genommen; es hatte weder Geld noch Soldaten der Centralgewalt geliefert. Woher jetzt auf einmal der Eifer, diese bisher vernachlässigten Pflichten zu erfüllen, oder wenigstens diese so ausdrücklich betonte Zusage? Sollte es vielleicht damit weniger auf die Erfüllung der Pflichten, als auf die Wahrung der diesen Pflichten gegenüberstehenden Rechte abgesehen sein? War vielleicht Dies der unscheinbare, aber unzerreißbare Faden, an dem man Deutschland, indem man es anscheinend losgab, nur um so sicherer festhalten und an sich ketten wollte, während Oesterreich für sich die volle Freiheit der Entwickelung, Abrundung und Befestigung seiner inneren Zustände erlangte?

So gab es, bei aller anscheinenden Klarheit des Programms von Kremsier, immer noch Mancherlei aufzuklären, festzustellen oder in seinen praktischen Konsequenzen weiter zu entwickeln. Und endlich, wenn die Erklärung

der österreichischen Regierung aufrichtig gemeint, wenn es wirklich die Absicht war, daß Oesterreich und Deutschland jedes für sich ihre Verfassungsverhältnisse ordnen, dann aber „ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich bestimmen" sollten — war es nicht besser, diese Verständigung über die gegenseitigen Beziehungen beider Staatencomplexe gleich jetzt, neben der Verfassungsbegründung eines jeden derselben hergehend, freilich ohne diese zu stören, stattfinden zu lassen? Der Gedanke einer Unionsakte, den Gagern bereits früher ausgesprochen, lebte wieder auf; man dachte nicht blos an ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Oesterreich und Deutschland, sondern an die Anbahnung, wenn nicht einer sofortigen Zolleinigung, so doch einer möglichst gemeinsamen Handelspolitik beider Staaten nach außen, an die gegenseitige Gewährleistung von Rechten an die beiderseitigen Staatsangehörigen und dergleichen mehr. Man stellte sich vor, daß eine solche Union, die vielfach in die inneren Verfassungszustände jeder der beiden Staatseinheiten eingreifen würde, besser gleichzeitig mit diesen Verfassungen selbst, als erst nach deren Abschluß, berathen werden möchte, daß für diese Berathungen vielleicht sogar ein passendes Organ zu gewinnen wäre in dem Zusammentritt von Abgeordneten der beiden Versammlungen, welchen die Feststellung der beiderseitigen Verfassungen oblag, der Nationalversammlung zu Frankfurt und des Reichstags von Kremsier.

So ehrlich, so loyal, so zutrauensvoll entgegenkommend ward diese Frage der künftigen Stellung Oesterreichs zu Deutschland — mindestens in dem Club, dem ich angehörte, dem Augsburger Hof — behandelt. Kindlich naiv — möchte man fast sagen, wenn man daran denkt, wie dieses vertrauensvolle Entgegenkommen österreichischerseits erwidert und gelohnt worden ist!

Bei solcher Stimmung der Gemüther fand der Vorschlag, direkte Unterhandlungen mit Oesterreich einzuleiten, unter uns wenigstens eine bereitwillige und eingehende Erwägung. Der Vorschlag ging von einem österreichischen Mitgliede des Clubs, Herrn Arneth, aus. Er ward begründet vom Standpunkte des Oesterreichers durch die Nothwendigkeit, in welcher er und seine Landsleute sich befänden, klar zu wissen, was eigentlich ihre Regierung wolle und ob sie, die österreichischen Abgeordneten, noch fernerhin mit Fug an den Arbeiten einer deutschen Nationalversammlung Theil nehmen könnten. Wir kannten Herrn Arneth als einen ehrenhaften Charakter und setzten bei ihm keine Hinterhaltgedanken voraus. Gleichzeitig ward derselbe Vorschlag im Casino vorgebracht, dort, so viel ich weiß, von den Herren Würth und Somaruga. Auch im Schooße des Ministeriums kam er zur Sprache. Beckerath versammelte bei sich einen kleinen Kreis von Mitgliedern der verschiedenen Fractionen, von der äußersten Rechten bis zum Württemberger Hof, um die Stimmung

dieser Fractionen über die obschwebende Frage kennen zu lernen. Bassermann befürwortete hier die Absendung von Bevollmächtigten nach Olmütz, um das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland definitiv zu ordnen. Schmerling erklärte mit jenem Anschein aufrichtigster Hingebung und Offenheit, den er so täuschend anzunehmen wußte: er wünsche, daß diese Unterhandlungen von einem Andern, als ihm, geführt würden, da er wohl fühle, daß solche in seiner, eines Oesterreichers, Hand mit Mißtrauen gesehen werden möchten. Daran knüpfte sich sofort, von mehrern Seiten ausgesprochen, der schon längst gehegte Wunsch, Gagern ins Ministerium eintreten zu sehen. Ihm, der zuerst den Gedanken ausgesprochen, den jetzt das österreichische Ministerium zu dem seinigen gemacht hatte, ihm schien es vor Allem zuzukommen, auch die Ausführung dieses Gedankens in die Hand zu nehmen. Gagern äußerte Bedenken, ob sein Vorschlag, der noch vor wenigen Wochen kaum ein Dutzend Stimmen in der Versammlung für sich gehabt habe, jetzt eine Majorität dort finden werde. Beseler und Droysen waren gegen alle Unterhandlungen; die Versammlung möge ihren Gang zur Vollendung der Verfassung ruhig und selbstständig fortgehen; das Andere werde sich seiner Zeit finden. Unterhandlungen könnten uns nur neue Verzögerungen und Verwicklungen bereiten und leicht wieder unklar machen, was jetzt klar sei. Man möge sich hüten, warnte Droysen, mit Oesterreichs vielerfahrener,

schlauer Diplomatie den ungleichen Kampf zu beginnen! Dahlmann fand es außerdem der Nationalversammlung nicht würdig, nochmals Oesterreich einen Schritt entgegenzukommen, welches uns auf unsere Anfrage in den §§. 2 und 3 noch die direkte Antwort (denn das Programm von Kremsier sei nicht an uns gerichtet) schulde. Dagegen sprach Gagern Worte der Versöhnlichkeit und des Patriotismus, hindeutend auf die hohe Wichtigkeit einer baldigen und rückhaltlosen Verständigung mit Oesterreich. Von uns, die wir den Augsburger Hof vertraten, ward Dem beigestimmt, jedoch dabei entschieden betont, daß, welcherlei Unterhandlungen man auch anknüpfen möge, dieselben das Verfassungswerk, die selbstständige innere Constituirung Deutschlands auf keine Weise stören oder verzögern dürften. Riesser insbesondere wies darauf hin, daß auch innerhalb der Versammlung man endlich einmal sich verständigen müsse, ob man denn wirklich, wie die Linke alles Ernstes zu fordern scheine, Deutsch-Oesterreich zum Eintritt in den Bundesstaat zwingen, ob man es nöthigenfalls mit Waffengewalt erobern wolle oder nicht, damit die Versammlung nicht länger unter der Fiction, Deutsch-Oesterreich gehöre uns an, Beschlüsse fasse, von denen sie im Voraus wisse, daß sie in den Wind gesprochen seien.

Ein peinlicher Zwischenfall war es, als Grumbrecht vom Würtemberger Hof mit seiner handfesten Derbheit dem Minister Schmerling gerade ins Gesicht warf: Gagern

dürfe nicht neben ihm im Ministerrathe sitzen, dürfe nicht die Solidarität des Hasses und des Mißtrauens auf sich nehmen, womit das Ministerium Schmerling belastet sei. Vergebens suchte Graf Schwerin den Angreifer zu bedeuten und sprach warme Worte der Vertheidigung für Schmerling — Grumbrechts ehrlicher, aber etwas grobkörniger Eifer für die unverhüllte Wahrheit und für Gagerns makellosen Namen entzündete sich nur um so stärker an diesem Widerstande und warf seinen Fehdehandschuh nun auch dem gräflichen Gegenredner plump ins Gesicht. Die Wahrheit hatte er freilich in Dem, was er gegen Schmerling sagte, getroffen, und Viele, die sein Benehmen vom geselligen Standpunkte mißbilligten, gaben ihm vom politischen im Stillen Recht. Schmerling selbst schwieg und lächelte wie immer bei Angriffen auf seine ministerielle Thätigkeit.

Bassermann zog seinen Antrag zurück — Gagern entschied sich nicht — man kam, wie gewöhnlich bei diesen Vorbesprechungen, zu keinem festen Resultat: es sollte erst weiter geforscht werden, was die Fractionen der Majorität zu dem Vorschlag wegen der Unterhandlungen und zu Gagerns Eintritt ins Ministerium sagen möchten.

Die Neunerkommission der Centren nahm die Sache nun in die Hand. Wir luden das Ministerium ein, uns seine Intentionen in Betreff der einzuleitenden Unterhandlungen mit Oesterreich bestimmt und klar mitzutheilen.

Herr v. Würth, Schmerlings Unterstaatssecretair und Vertrauter, erschien in unserer Mitte und machte Eröffnungen, die uns erkennen ließen, daß wenigstens auf Seiten der beiden österreichischen Mitglieder noch etwas Anderes beabsichtigt werde, als blos über das Verhältniß Oesterreichs zu dem in sich bundesstaatlich geeinten Deutschland zu verhandeln, daß man an Unterhandlungen über Abänderungen wesentlicher Verfassungsgrundlagen zu Gunsten Oesterreichs denke. Diese Absicht muß aber wohl im Ministerrathe sehr schlau verhüllt worden sein, denn andere Mitglieder des Ministeriums äußerten sich im Club über die Pläne des Ministeriums in einem Sinne, der an solche Hinterhaltgedanken nicht glauben ließ. Offenbar waren sie durch die diplomatische Feinheit des Herrn v. Schmerling getäuscht, und nur der geringern Schlauheit des Herrn v. Würth hatten wir es zu danken, daß uns nicht dasselbe geschah. Um ganz sicher zu gehen, formulirten wir einen Antrag, worin wir genau ausdrückten, zu welcher Art von Unterhandlungen wir allein unsere Zustimmung geben würden. Dieser Antrag sprach in sehr entschiedener Fassung aus, „daß in Folge des Programms von Kremsier und dafern nicht die österreichische Regierung bis zur zweiten Lesung der Verfassung eine unzweideutige und befriedigende Erklärung im entgegengesetzten Sinne abgebe, man annehmen müsse, Oesterreich wolle in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten, daß man jedoch die

Centralgewalt ermächtige, zur Anbahnung eines anderweiten, den beiderseitigen Interessen und stammverwandtschaftlichen Sympathien entsprechenden Verhältnisses Unterhandlungen einzuleiten."

Wir theilten diesen Antrag Herrn v. Gagern mit, um auch über dessen Auffassung des Verhältnisses zu Oesterreich ganz klar zu sein, und Gagern erklärte, daß der Antrag vollständig seine Ansichten ausspreche.

Die Sache kam nun an die einzelnen Clubs. Im Casino waren die Meinungen anfangs sehr getheilt: die Einen wollten von Unterhandlungen überhaupt nichts wissen, den Andern war die Form unseres Antrags zu scharf, sie wollten die Möglichkeit einer Verständigung mit Oesterreich über den Inhalt der deutschen Verfassung selbst nicht ganz ausgeschlossen wissen. Erst nach mehrtägigen lebhaften Berathungen stellte sich eine Mehrheit für unsern Antrag heraus. Im Augsburger Hof und im Landsberg dagegen fand derselbe sofort Billigung. Wir theilten ihn nun dem Ministerium mit, um diesem einen sichern Maßstab zu geben, bei welcher Politik in der österreichischen Frage es auf die Unterstützung der Centren zu rechnen habe.

An einem der nächsten Abende legte das Ministerium den befreundeten Fractionen den Entwurf eines Antrags vor, den es in die Versammlung bringen und worin es sich die Ermächtigung zu Unterhandlungen mit Oesterreich erbitten wollte. Der Antrag war zweideutig; er schloß Unter-

handlungen über die Verfassung selbst nicht aus; wenigstens konnte leicht ein Mißbrauch der Ermächtigung in diesem Sinne stattfinden. Aber so geschickt war die Fassung, daß die meisten Mitglieder des Ministeriums, daß selbst Gagern, den man bei den Berathungen darüber zugezogen, diese Zweideutigkeit nicht bemerkt hatten und alles Ernstes meinten: der Antrag enthalte vollkommen dasselbe, wie der unsere. Als man sich aber durch die genaue Prüfung des ministeriellen Antrags überzeugte, daß wirklich eine Zweideutigkeit vorhanden sei, da wandte sich auf einmal die ganze Verhandlung ausschließlich der Personenfrage zu. Die Verstimmung gegen Herrn v. Schmerling nahm in allen drei Clubs überhand. Manches kam hinzu, was auch dessen frühere Verfahrungsweise in den Beziehungen zu Oesterreich in ein zweideutiges Licht stellte; man glaubte in der ganzen bisherigen Behandlung dieser Sache einen wohlüberlegten Plan zu erblicken; man sah die Unmöglichkeit ein, die Unterhandlungen mit Oesterreich einem Ministerium anzuvertrauen, welchem dieser Mann angehöre, der, wenn auch nicht unmittelbar mit der Leitung der Unterhandlungen betraut, dennoch, und vielleicht gerade um so gewisser, einen höchst gefährlichen Einfluß darauf ausüben möchte, wie ja schon die Geschichte dieses Antrages zeigte. Auf keinen Fall wollte man zugeben, daß Gagern mit seinem nur allzuvertrauenden, offenen Gemüthe in einem Ministerium mit einem so verschlagenen Diplomaten, wie Schmerling, sitze.

Der Landsberg hatte gleich vom Anfange dieser Verhandlungen an auf Schmerlings gänzlichen Rücktritt gedrungen; im Augsburger Hof und im Casino war er noch gehalten worden durch die Fürsprache seiner Kollegen, die mit anerkennenswerther Loyalität seine Sache nicht von der ihrigen trennen wollten und den Rücktritt des ganzen Kabinets befürchten ließen, wenn man auf Schmerlings Entfernung bestehe. Sie machten seine Verdienste um die Erhaltung der Ordnung geltend; sie wiesen darauf hin, daß man ihn, den man so lange gegen die Angriffe der Linken unterstützt habe, auch jetzt nicht fallen lassen dürfe, um nicht dieser einen Triumph zu bereiten. Allein jetzt, nach solchen Entdeckungen, war jeder weitere Versuch, ihn zu halten, vergeblich. Der Augsburger Hof schloß sich mit großer Majorität dem Landsberg an; das Casino, wenn auch zögernd; folgte; selbst ein Theil der Westendhall vereinigte seine Stimmen mit denen der Centren, um die Entfernung Schmerlings und den Eintritt Gagerns an die Spitze der Geschäfte herbeizuführen.

Am 15. December erfolgte der Rücktritt der Herren Schmerling und Würth aus dem Ministerium. Gagern übernahm den Vorsitz im Ministerrathe und die beiden Portefeuilles des Aeußern und des Innern. Am 18. December legte er der Versammlung das bekannte Programm vor, in welchem er das Sonderverhältniß Oesterreichs anerkannte, „wonach es anspricht, in den zu errich-

tenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, welche die staatliche Verbindung der deutschen mit den nichtdeutschen österreichischen Bundestheilen alteriren, nicht einzutreten," worin er ferner die Anbahnung eines Unionsverhältnisses zu Oesterreich mittels einer besondern Unionsakte in Aussicht stellte, inzwischen aber die Erhaltung des bestehenden Bundesverhältnisses mit ihm für die Aufgabe der Centralgewalt erklärte und zur Anknüpfung gesandtschaftlicher Beziehungen mit Oesterreich für diese beiden Zwecke die Zustimmung der Versammlung verlangte.

„Die Verfassung des deutschen Bundesstaates", so erklärte das Programm ausdrücklich, „kann nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich sein."

Der erzwungene Rücktritt Schmerlings und Würths aus dem Ministerium und das Gagernsche Programm vom 18. December gaben das Signal zu einer ganz neuen Gestaltung der Parteien. Die Oesterreicher, alle ihre bisherigen Parteistandpunkte aufgebend, schaarten sich um die gemeinsame Fahne ihres Oesterreicherthums, welche Schmerling ihnen vorantrug. Sie machten dessen und Würths Sache zu der ihrigen, sprachen von einer beabsichtigten Ausstoßung der Oesterreicher, die sie sich nicht würden gefallen lassen, und schimpften auf Gagern, weil er sich auf einen Standpunkt stellte, welchen doch das österreichische Ministerium selbst so bestimmt als den einzig zulässigen bezeichnet hatte. Sie versammelten sich wieder regelmäßig

unter einander, unter Schmerlings Vorsitz, im Hotel Schröder und traten aus den Clubs, denen sie bisher angehört hatten, aus oder kehrten sich doch nicht mehr an Das, was dort beschlossen ward.

Neben sie stellten sich als Bundesgenossen eine Anzahl Partikularisten, namentlich aus Bayern und Hannover, ferner Ultramontane und Solche, denen die geographische Totalität Deutschlands und die Einigung seiner sämmtlichen Stämme über Alles ging. Sie waren, um nur Oesterreich bei Deutschland zu halten, zu Concessionen bereit, selbst auf Kosten der innern Einheit und Festigkeit des Bundesstaates.

Alle diese Elemente zogen sich gleichfalls aus ihren bisherigen Parteistellungen heraus und bildeten eine neue Partei im Pariser Hof, unter der Leitung der Herren Edel, Reichensperger, Jürgens, Welcker. Auch mehrere Oesterreicher schlossen sich dieser Partei an, ohne deshalb der Vereinigung im Hotel Schröder sich zu entziehen. Ihr Programm enthielt folgende Sätze:

„1) Wir erachten es als Aufgabe des verfassunggebenden Reichstages, die Einheit des ganzen Vaterlandes zu begründen und alle seine Bestandtheile auf der Grundlage freisinniger Institutionen im Bundesstaate zu vereinigen.

2) Die Nationalversammlung ist für die Begründung der deutschen Reichsverfassung das legale Organ des deutschen Volkes, sie ist in dieser Beziehung selbstständig.

Dies schließt nicht aus, daß mit den Regierungen der Einzelstaaten ein Vernehmen stattfinde und daß besondere Verhältnisse der letzteren nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Verständigung, wo sie nöthig, muß erfolgen, ehe sich Mißverständnisse in schroffen Gegensätzen befestigt haben.

3) Wir werden dem Partikularismus entgegentreten, so er die Einheit und Macht des Gesammtstaates gefährdet, dagegen wollen wir das Recht der einzelnen Stämme und Staaten zur Wahrung ihrer Interessen und zur Entwickelung ihres besonderen Lebens innerhalb der im Interesse der Einheit nöthigen Schranken gewahrt wissen.

4) Der Verein wird dahin trachten, die Vollendung des Verfassungswerkes möglichst zu fördern, alle Hemmungen des Hauptzweckes abzuwehren und durch gleiche Billigkeit gegen alle deutschen Stämme, durch Erstrebung des Erreichbaren und praktisch Brauchbaren, der Verfassung die Aufnahme in das Leben der Nation zu sichern.

Wir wollen eine lebendige Einigung und Verbrüderung aller Deutschen ohne Rücksicht auf Süd und Nord, auf Stämme, Stand oder Glaubensbekenntniß; darum soll Alles vermieden werden, was Stammesvorurtheile erregen, was die Interessen und Gefühle einzelner Stämme verletzen, was den confessionellen Frieden stören könnte. Wir wollen Einigung durch Versöhnung der Gegensätze, Ausgleichung der Interessen und Rechtsgleichheit für Alle."

Diese beiden Parteien, das Hotel Schröder und der Pariser Hof, trafen in ihrer Opposition gegen das Gagern'sche Programm mit der Linken zusammen, welche ebenfalls um jeden Preis Deutsch-Oesterreich bei Deutschland erhalten wollte. Ihre positiven Ansichten über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland gingen freilich weit auseinander. Die Oesterreicher, die Partikularisten und Ultramontanen wollten Oesterreich stark und ungetheilt erhalten wissen, wollten aber diesem starken, ungetheilten, nur zu $\frac{1}{3}$ deutschen, zu $\frac{2}{3}$ nichtdeutschen Oesterreich nicht blos einen Platz, sondern wo möglich die Herrschaft im deutschen Bundesstaate verschaffen. Die Linke dagegen ging von der Ansicht aus: Oesterreich werde und müsse zerfallen in eine Mehrheit einzelner, nur durch Personalunion verbundener Ländermassen; seine deutschen Provinzen gehörten unter allen Umständen zu uns, wären schlimmsten Falls mit Gewalt zum Eintritt in den Bundesstaat zu zwingen.

Eine Parteigemeinschaft bestand also zwischen der Linken und der österreichisch-partikularistischen Partei nicht, wenn man nämlich unter Partei nicht blos die Gemeinsamkeit des Opponirens, sondern die gemeinsame Verfolgung positiver Zwecke versteht. Es war nichts Anderes als eine Koalition, welche sich zwischen diesen, ihren positiven Zwecken nach so gänzlich verschiedenen Richtungen lediglich auf dem Boden des gleichen Widerwillens gegen das Gagern'sche Programm und in der Absicht, dessen Verwerfung

zu bewirken, bildete. Das zeigte sich ganz deutlich sowohl bei den Verhandlungen über dieses Programm, als namentlich in dem Bericht und Antrag der Ausschußmehrheit, welche in ihrer Zusammensetzung jene Koalition repräsentirte.

Unmittelbar nach der Vorlegung des Gagernschen Programms war Herr v. Schmerling nach Olmütz gereist und hatte von da das Patent als österreichischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt nebst einer Note der österreichischen Regierung mitgebracht, worin die Auffassung des Programms von Kremsier: „Oesterreich wolle in den deutschen Bundesstaat nicht eintreten", als eine irrige bezeichnet, die „Regelung der deutschen Verhältnisse" der „weitern Vereinbarung" vorbehalten und in fast drohender Wendung erklärt ward: „Oesterreich werde in dem neu zu bildenden deutschen Staatskörper seine Stelle zu behaupten wissen." Gagern seinerseits beharrte, auch dieser Note gegenüber, im Wesentlichen auf dem Standpunkte seines Programms. Zwar erklärte er sich gern bereit, seine Ansicht zurückzunehmen, sobald Oesterreich wirklich unter den für nothwendig erkannten Voraussetzungen in den Bundesstaat eintreten wolle, stellte jedoch die Wahrscheinlichkeit eines solchen Schrittes nach wie vor in Zweifel. Das Princip der Vereinbarung wies er entschieden zurück und warf der arglistigen österreichischen Diplomatie das offene Manneswort ins Gesicht:

„Die Hoffnung, wo sie auftauchen mochte, daß die Zeit gekommen sei, den starken Bundesstaat mit dauerhafter einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnung wird zu Schanden werden."

Die Linke konnte nicht wohl anders, als dieser Erklärung volle Anerkennung zollen; auch that sie dies ausdrücklich in dem Antrage der Ausschußmehrheit, und die österreichisch=partikularistischen Mitglieder dieser Mehrheit mußten wohl oder übel mit einstimmen, wie sehr sie auch dadurch sich und ihrer Regierung den Boden unter den Füßen abgruben. Dagegen machte der Berichterstatter, Herr Venedey, ihnen das Zugeständniß, daß er in seinem Berichte sagte: „die zukünftige Verfassung Deutschlands müsse von der Art sein, daß Oesterreich hinein=passe", und: „wenn dann je besondere Verhandlungen über Ausnahmen von der Regel nöthig werden sollten", so solle man diese „einer Zeit vorbehalten, wo die Regierung Oesterreichs geneigter erscheinen möchte, den deutschen Interessen ein offenes Ohr zu leihen." Wo blieb hier der Souveränetätsstandpunkt der Linken?

So blickte überall das Unnatürliche einer Verbindung hindurch, die zwar wohl in dem, was sie nicht wollte, nirgends aber in dem, was sie wollte, innerlich einig war.

Dieser Koalition gegenüber, also auf Seiten des Gagernschen Programms, standen alle Die, welche, wie Gagern sich so schön ausdrückte, die Hoffnung zu Schanden machen wollten, daß der starke Bundesstaat in der Geburt erstickt und durch ein Surrogat, ähnlich dem alten Bunde, ersetzt werde; welche die innere Festigkeit des zu bildenden neuen Staatskörpers höher anschlugen, als dessen äußeren Umfang, und daher lieber diesen letzten verringert, als jene erstere gefährdet sahen; welche endlich sich nicht entschließen konnten, vor der, wie auch immer schmerzlichen Wahrheit, daß Oesterreich wegen seiner eigenthümlichen Verhältnisse in einen deutschen Bundesstaat nicht eintreten könne, die Augen absichtlich zu verschließen, und ebensowenig sich noch länger der unnützen Täuschung hingeben mochten, als ob nur die Regierung, nicht auch das Volk von Oesterreich an dem Gedanken des untheilbaren Kaiserstaates festhalte, nachdem doch sowohl der Reichstag von Kremsier durch sein beifälliges Hinnehmen des Programms vom 27. November, als auch die Bevölkerung in mehrfachen Kundgebungen die Politik des Kabinets gebilligt hatte.

Die drei Centralparteien, Casino, Landsberg und Augsburger Hof, soweit nicht ihre Mitglieder zum Hotel Schröder oder zum Pariser Hof übergetreten waren, standen einmüthig in dieser Ansicht zusammen. Das Café Milani war getheilt; Vincke verfocht die Gagernsche Ansicht, Radowitz eine künstliche Combination der Gesammt-

monarchie Oesterreich mit dem deutschen Bundesstaate durch das, beiden gemeinsame, Mittelglied Deutsch-Oesterreich. Ebenso gespalten waren der Württemberger Hof und Westendhall, von deren Mitgliedern ein Theil sich den Ansichten der Linken und der Jungösterreicher, ein anderer dem Gagernschen Programm, noch ein anderer endlich dem Standpunkte des Pariser Hofes zuneigte. In der Westendhall hatte diese Spaltung der Ansichten eine auch äußerliche Trennung zur Folge. Die Minderheit, welche für Gagern stimmen wollte, trat aus und bildete einen neuen Verein, die Neuwestendhall. Der Württemberger Hof vollzog eine solche Scheidung nicht, büßte aber dadurch seine, schon längst zweifelhafte Parteistellung vollends ein.

So wogte und schwankte Alles durcheinander. Die alten Parteibildungen waren großentheils aufgelöst oder doch gelockert und noch keine neuen an ihre Stelle getreten. Während die, innerlich so ungleichartigen Elemente der Koalition äußerlich in einem, besonders von österreichischer Seite lebhaft unterhaltenen Wechselverkehr standen, fehlte es den, durch innere Uebereinstimmung verbundenen Anhängern Gagerns zur Zeit noch an einem festen äußeren Zusammenhang als Partei. Nur vorübergehend fanden einige Male, vor den entscheidenden Debatten in der Versammlung, allgemeine Vereinigungen und Besprechungen unter ihnen statt.

Die Abstimmung über das Gagernsche Programm

ergab ebenfalls noch keine ganz bestimmte Abscheidung der Parteien. Viele, die im Grunde mit dem Programm nicht einverstanden waren, stimmten doch dafür, um nicht Gagern zu stürzen, der eine Kabinetsfrage daraus gemacht hatte; Andere sahen in den anzuknüpfenden Unterhandlungen noch nicht die definitive Ausscheidung Oesterreichs ausgesprochen, weil, wie sie meinten, diese Unterhandlungen ja auch zum gegentheiligen Resultate führen könnten. Einige der bedeutendsten Parteiführer enthielten sich der Abstimmung, so Schmerling selbst, der freilich durch ein Votum gegen das Programm eingestanden haben würde, daß sein, angeblich dem Gagernschen ganz gleichlautender Antrag nicht aufrichtig gemeint gewesen sei.

Mit der Annahme des Gagernschen Programms war der Zweck der neuentstandenen Parteibildung keineswegs erledigt. Vielmehr begannen nun erst die rechten Kämpfe zwischen den beiden großen Gruppen, in welche sich das Parlament gespalten hatte, und dauerten mit immer gesteigerter Heftigkeit bis zur Vollendung der Verfassung fort.

Nächster Gegenstand dieses Kampfes ward die Frage wegen des Oberhauptes.

Die Ansichten über das Oberhaupt des künftigen Bundesstaates waren — ich darf das wohl behaupten — bei den meisten Abgeordneten im Augenblick ihres Eintrittes ins Parlament und noch geraume Zeit nachher ziemlich unklare und schwankende. Ich nehme davon natürlich die ent-

schiedenen Republikaner aus, welche hofften, mit Hülfe einer republikanischen Spitze früher oder später die Throne in den Einzelstaaten „aufzurollen" und Deutschland zur einen und untheilbaren Republik zu machen. Ferner nehme ich aus die entschiedenen Partikularisten, welche eine Form der Centralregierung anstrebten, durch welche das Interesse der Einzelstaaten und Einzelregierungen möglichst gewahrt sei, denen daher ein Directorium oder Etwas dergleichen als das Wünschenswertheste erschien. Endlich gab es wohl auch eine kleine Anzahl Solcher, deren weitschauender und sicherer staatsmännischer Blick bereits damals, wo noch Alles in Gährung begriffen war, die einzig mögliche Form einer starken einheitlichen Bundesgewalt für Deutschland in der Errichtung eines erblichen Kaiserthrones über den Thronen der Einzelfürsten erkannte. Schon bei jener Zusammenkunft in Heidelberg, wo die ersten kühnen Schritte zu unserer nationalen Neugestaltung geschahen, ward der Gedanke an ein Kaiserthum, und zwar ein erbliches, ausgesprochen und fand Anklang. Zur raschen Verwirklichung desselben wurden von mehreren süddeutschen Regierungen, die bereits in volksthümlichem Geiste neu constituirt waren, gemeinsame Schritte gethan, um den König von Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen. Die Gebrüder Heinrich und Max v. Gagern waren für diese Mission besonders thätig. Der Plan scheiterte theils an der zurückhaltenden Politik Bayerns und Sachsens, theils an den Ereignissen

des 18. März, welche eine Oberherrlichkeit des Königs von Preußen über Deutschland in diesem Augenblicke unmöglich machten. Unterdessen war auch Oesterreich in die allgemeine deutsche Bewegung eingetreten und schien sich mit voller Hingebung an der Neugestaltung Deutschlands betheiligen zu wollen. Oesterreichische Abgeordnete erschienen im Fünfzigerausschuß, österreichische Vertrauensmänner nahmen an den Berathungen über eine neue Verfassung für Deutschland Theil. Die Voraussetzungen für die künftige Gestaltung der deutschen Staatenverhältnisse, und namentlich für die Form des Oberhauptes, wurden dadurch wesentlich andere. Nichtsdestoweniger ging aus jenen Berathungen der 17 Vertrauensmänner ein Verfassungsentwurf hervor, welcher an die Spitze des zu gründenden Bundesstaates einen Erbkaiser stellte. Wer dieser Kaiser sein solle, war nicht gesagt; das Nebeneinanderbestehen beider Großmächte im Bundesstaate ward vorausgesetzt. Eine Veröffentlichung des Details jener Berathungen, um zu sehen, wie sich eigentlich jene 17 das Verhältniß Preußens und Oesterreichs neben einander gedacht haben, von denen doch nur das Eine oder das Andere zur erblichen Herrschaft gelangen konnte, müßte vom höchsten Interesse sein. Vielleicht werden wir eine solche Herrn Droysen zu verdanken haben, dem fleißigen Sammler und aufmerksamen Beobachter aller zur innern Geschichte unserer politischen Wiedergeburt gehörigen Vorkommnisse.

Im Allgemeinen vertrauten wohl jene Männer zu viel auf die Macht des Volksgeistes, der, wie sie meinten, durch das Parlament die widerstrebenden Einzelstaaten, selbst die größeren, unter die Einheit und deren gesetzliches Organ, die erbkaiserliche Gewalt, zwingen werde.

Bei Anderen brachte dasselbe Vertrauen eine ganz entgegengesetzte Richtung der Ansichten hervor. Die Idee des Erbkaiserthums war damals im höchsten Grade unpopulär; die handgreifliche Schwierigkeit, eine der beiden Großmächte unter die erbliche Herrschaft der anderen zu beugen, ließ diesen Gedanken noch unausführbarer erscheinen; die parlamentarische Regierung, welche das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß ohne Widerspruch über Deutschland und seine einzelnen Staaten, unbeschadet, wie es schien, des monarchischen Princips in letzteren, ausgeübt hatten, verleitete zu dem Glauben, es könne wohl auch bei der definitiven Gestaltung der Einheit die vornehmste Gewalt in das Parlament gelegt und die oberste Spitze entweder auf der gleichen volksthümlichen Basis — nach Art des amerikanischen Präsidenten oder des neuen schweizerischen Bundesrathes — oder aber, mit Berücksichtigung der monarchischen Einzelregierungen, in Form eines Directoriums oder eines wechselnden Vorortes eingerichtet werden. Würde doch, meinten sie, diese Spitze immer nur nach dem Willen der parlamentarischen Mehrheit regieren können.

Dieser Glaube erlitt einen bedeutenden Stoß durch die

Erfahrungen, welche die Nationalversammlung und die von ihr errichtete provisorische Centralgewalt bezüglich des Gehorsams der Einzelstaaten gegen ihre Anordnungen machten. Die kleinen gehorchten wohl; die mittlen gaben sich wenigstens den Schein zu gehorchen; allein die großen schienen je mehr und mehr auf ihre wiedererstarkte Macht zu pochen und der Schwäche der Centralgewalt zu spotten, welcher letztern freilich der solide Rückhalt einer eigenen materiellen Macht gänzlich abging. Ganz besonders war dies bei Oesterreich der Fall, dessen eigenthümliche Verhältnisse einen solchen Ungehorsam allerdings, wenn nicht rechtfertigten, doch als natürlich und fast unvermeidlich erscheinen ließen.

Je mehr durch diese Beobachtungen die Ueberzeugung wuchs, daß Oesterreich überhaupt auf die erste Bedingung eines Bundesstaates: Gleichheit der Rechte und Pflichten aller seiner Glieder, nicht eingehen könne, um so mehr entwickelte sich in ganz natürlicher Schlußfolge die Idee, daß, wenn einmal Oesterreich ausscheiden müsse, es das Beste sei, die dann allein übrig bleibende Großmacht Preußen an die Spitze des Bundes zu stellen, um ihrer Kräfte und Hülfsmittel für die Zwecke der Bundesgewalt sich zu versichern und durch sie auch die anderen Staaten zum Gehorsam zu bringen.

Der Gedanke des preußischen Erbkaiserthums war also der ganz natürliche und nothwendige Schlußstein einer

Politik, welche einerseits den Begriff des Bundesstaates — im Gegensatz zum alten lockeren Staatenbunde und in der straffern Form, wie sie Deutschlands eigenthümliche Verhältnisse fordern — verwirklichen, andererseits das Bestehende möglichst schonen, besonders das monarchische Princip in den Einzelstaaten nicht antasten wollte. Um eine starke Centralgewalt für den neuen Bundesstaat zu gründen, gab es nur zwei Wege. Entweder mußte man mit der in einem Punkte angesammelten Vollkraft der Nation jeden Widerstand der Einzelstaaten und Dynastien brechen — oder man mußte eine der vorhandenen Einzelmächte, und zwar die größte, mit der Centralgewalt dauernd, unabtrennbar identificiren, um durch sie der andern Herr zu werden. Jener erste Weg, wenn er mit Erfolg betreten werden sollte, führte zu einem sofortigen Vernichtungskampf gegen die Monarchie in den Einzelstaaten, denn Das war vorauszusehen, daß die Regierungen, einmal wieder erstarkt, gegen die Centralgewalt sich auflehnen, und daß selbst das Gewicht des vereinten Nationalwillens, des Parlaments, nimmermehr im Stande sein würde, auf die Länge diesen Kampf mit dem Partikularismus siegreich zu bestehen. Ganz richtig sagte daher von seinem Standpunkte aus Vogt: man hätte damit anfangen müssen, die Fürsten fortzujagen, um über den Trümmern ihrer Throne die einheitliche Gewalt auf demokratischer Grundlage zu errichten. Diesen Weg nicht zu betreten, war die Majorität des Par-

laments von vornherein entschlossen. So wurde sie mit Nothwendigkeit auf den andern hingetrieben, denn Alles, was dazwischen lag, das waren Afterformen, welche die Ohnmacht der Bundesgewalt und die Rückkehr zu den alten staatenbundlichen Zuständen in sich bargen.

Man hat von einer „Intrigue" gesprochen, durch welche der Idee des Erbkaiserthums der Sieg verschafft worden sei, von einer „preußischen Partei", welche vom Anfange des Parlaments an für diese Idee gewirkt habe. Alles, was man von inneren Wahrscheinlichkeitsgründen für diese Verdächtigung anzugeben weiß, beschränkt sich auf die Anwesenheit der preußischen Abgeordneten im Parlamente, denen man natürlich derartige Hegemoniegelüste a priori zuschreibt, und sodann — es ist fast komisch zu sagen — auf den Umstand, daß gerade vier Schleswig-Holsteiner im Verfassungsausschuß einen gewissen Einfluß übten. Die Schleswig-Holsteiner, sagt man nämlich, hatten allen Grund, Preußen an die Spitze zu bringen, weil nur Preußen ihrem engeren Vaterlande Hülfe schaffen konnte. Unter diesen Vieren war freilich der Vater der Erbkaiseridee, Dahlmann; es war aber auch darunter Waiz, der bei der ersten Lesung noch gegen die Erblichkeit stimmte; es war ferner noch ein fünfter Schleswig-Holsteiner im Ausschuß, Gülich, der bis zuletzt sich gegen den Erbkaiser sträubte. Und worin bestand die „Intrigue"? Darin, daß man die Verfassung so einrichtete, daß nur ein

erbliches Oberhaupt als Spitze darauf paßte! Aber den Bundesstaat an die Stelle des Staatenbundes wollte doch die große Mehrheit der Versammlung, nicht die Preußen allein und die Schleswig-Holsteiner; ja die „Kaisermacher" im Verfassungsausschuß und der eigentliche Preußenclub, das Casino, waren gerade Die, welche einer strafferen Centralisation (wie sie z. B. der Preußenfeind M. Mohl erstrebte) meist entgegentraten. Und die verhängnißvollen §§. 2 und 3, wer hat sie am Lebhaftesten unterstützt? Die Linke und beinahe die Hälfte der Oesterreicher. Ist durch eine Intrigue von der Paulskirche aus das Programm von Kremsier hervorgerufen worden? Oder war es etwa nur die „preußische Partei", welche die beanspruchte Unterstützung für die Wiener Octoberrevolution und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Magyaren versagte und dadurch allerdings der Politik des Gesammtstaates in Oesterreich freie Hand ließ? War es nicht vielmehr die ganze conservative Mehrheit, einschließlich des größten Theils der Oesterreicher, der Bayern, der Ultramontanen? Noch Eines hat man angeführt, um die „preußische Intrigue", um namentlich Gagern, der natürlich das Haupt derselben sein soll, anzuklagen. Wie widersinnig die Anschuldigung auch ist, so will ich sie doch hier wiedergeben. Es ist nichts Anderes, als — die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser. Damit, sagen diese Ankläger, wollte man Oesterreich abfinden, um bei Schaffung der definitiven Reichsgewalt

desto sicherer Preußen an die Spitze zu bringen. Bedarf es wohl der Widerlegung dieses ungereimten Verdachtes? Wer Zeuge gewesen ist, wie damals die allgemeine Stimme in und außerhalb der Paulskirche den Erzherzog Johann als den volksthümlichsten und, so glaubte man, deutschesten aller deutschen Fürsten für die Wahl zum Reichsverweser bezeichnete; wer es weiß, daß in Berlin man eigentlich viel lieber eine dreiköpfige Centralgewalt gesehen hätte, an der ein preußischer Prinz Theil nähme; wer sich erinnert, daß selbst der „Vater der Kaiseridee", Dahlmann, für die provisorische Bundesregierung eine Trias vorgeschlagen hatte; wer endlich gesehen hat, wie enragirte Preußen, z. B. Lichnowsky, gegen Gagern aufgebracht waren wegen seiner Hindeutung auf die Wahl des Erzherzogs — Der wird diese Beschuldigung nicht einmal gut erdacht finden. Allerdings, Das gebe ich zu, voraussichtig war es nicht von Gagern, daß er einen österreichischen Prinzen zum Reichsverweser empfahl, wenn er damals schon die feste Ueberzeugung hatte, daß Oesterreich an der definitiven Constituirung des Bundesstaates keinen Theil haben werde. Die Folgezeit hat es gelehrt. Aber Gagerns Natur ist so geartet, daß man ihm eher zwanzigmal Mangel an Voraussicht, als einmal Mangel an Aufrichtigkeit vorwerfen kann.

Wenn damals bereits intriguirt worden ist um die künftige Oberherrschaft Oesterreichs oder Preußens, so

geschah dies wohl eher von einer ganz andern Seite her. Wenigstens existirt ein Brief eines österreichischen Abgeordneten an Jemand aus der nächsten Umgebung des Reichsverwesers, ganz kurz nach der Wahl des Letztern geschrieben, worin genau die Mittel verzeichnet sind, die man anwenden müsse, um Preußen in der öffentlichen Meinung Deutschlands zu ruiniren, ferner der Plan einer Koalition mit der Linken, ganz in der Weise, wie solcher später wirklich von der österreichischen Partei ausgeführt worden ist.

Wäre Etwas anzuklagen, so wäre es die Täuschung, in der sich die Nationalversammlung und Deutschland über ein halbes Jahr lang gewiegt hat: als ob wirklich Österreich im Stande sei, uns ganz und vollständig anzugehören. Diese Täuschung war aber eine gegenseitige. Die Deutschösterreicher täuschten sich und uns mit einer Begeisterung für die deutsche Sache, die als Gefühl aufrichtig, aber, wie gewöhnlich Gefühle, unklar war und, als sie zur That übergehen sollte, nicht Stich hielt. Wir aber täuschten uns ebenfalls, indem wir die Österreicher mit Enthusiasmus in unserer Mitte aufnahmen, statt mit kaltem Blute zu erwägen, ob diese Betheiligung an unserer staatlichen Neugestaltung ihnen, ob sie uns frommen könne. Als wir je mehr und mehr einsahen, wie dies nicht der Fall sei, da mochte freilich die Hast, mit der wir, nachdem einmal das Scheidewort gesprochen war, uns nun ohne sie einzurichten eilten, die Österreicher, die noch unter uns saßen, verletzen. Aber

wer hätte im März vorigen Jahres, im Drange der ersten Begeisterung, als Österreich uns noch das Volk, und das Volk die deutschgesinnte Aula von Wien bedeutete, das nüchtern kalte Wort aussprechen mögen: Österreich bleibe draußen, denn es wird doch wieder hinausgehen? Und andererseits, wer mochte es uns verdenken, daß wir jetzt rasch zum Abschlusse eilten, da wir bemerkten, wie nicht mehr das deutschgesinnte Volk von Österreich, sondern eine undeutsche Kabinetspolitik uns gegenüberstand, das Volk aber schwieg?

Der Augsburger Hof war der erste Club, welcher sich für das preußische Erbkaiserthum entschied. Gerade in diesem Club waren weder die Preußen, noch die Schleswig-Holsteiner an Zahl oder Einfluß überwiegend. Der Ausschuß, den der Club zur Vorberathung der Oberhauptsfrage niedersetzte, bestand aus zwei Bayern — Barth und Stahl —, zwei Sachsen — Koch und Biedermann —, einem Württemberger — Rümelin —, einem Hessen-Darmstädter — Emmerling —, einem Österreicher — Arneth —, einem Schleswig-Holsteiner — W. Beseler — und einem Rheinpreußen — Breuning. Gleich bei der ersten Berathung begegneten sich Diese insgesammt in der Idee des preußischen Erbkaiserthums, mit Ausnahme Kochs, der anfangs für eine Wahl auf Lebenszeit war, und Rümelins, der eine für Süddeutschland minder anstößige Form der Spitze suchte. Aber auch diese Bei-

den gingen im Laufe der weitern Besprechung zu der Mehrheit über. Der Oesterreicher Arneth konnte freilich nicht mit einstimmen, aber auch er gab zu, daß die von uns erstrebte Lösung die der gegenwärtigen Sachlage angemessenste, wenn auch für die österreichischen Abgeordneten eine schmerzliche sei. Damals nämlich lag schon das Programm von Kremsier vor; ja es hatte dieses hauptsächlich uns veranlaßt, nunmehr, nachdem das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland klar geworden, auf Grundlage dieser Thatsache an die Erledigung der Oberhauptsfrage zu gehen. Der Landsberg, worin Hannoveraner, Braunschweiger, Bayern und Preußen saßen, folgte uns bald; nicht so das Casino. Hier mußte erst der früher geschilderte Ausscheidungsprozeß vor sich gehen, bevor das Erbkaiserthum eine Mehrheit gewinnen konnte. Bei Weitem nicht Alle, welche sich auf dem Boden des Gagernschen Programmes geeinigt hatten, blieben auch verbunden bei den Abstimmungen über das Oberhaupt, welche unmittelbar auf jene Verhandlungen folgten. Besonders unter Denen, welche vom Württemberger Hof und von Westendhall zu uns gekommen waren, gab es Viele, deren demokratisches Gewissen ihnen dermalen noch nicht zuließ, für den Erbkaiser zu stimmen. So fiel denn, wie bekannt, bei dieser ersten Lesung der Vorschlag eines erblichen Oberhauptes mit 263 gegen 211 Stimmen durch. Alle andern Anträge blieben freilich noch weit mehr in der Minderheit, und es kam für diesmal Nichts zu Stande.

Unterdessen erschien die preußische Note vom 23. Januar, die sich bezüglich des Verhältnisses zu Oesterreich ganz auf den Gagernschen Standpunkt stellte. Sogleich sandte Herr v. Schmerling seinen Vertrauten, Herrn v. Würth, nach Olmütz ab, um neue Instructionen zu holen. Schon um Weihnachten hatte Herr Buß, der bekannte Ultramontane, auf eigene Hand eine Reise dorthin gemacht. Sein und seiner Gesinnungsgenossen ganzes Streben ging dahin, die deutsche Kaiserwürde dem jungen Kaiser von Österreich zuzuwenden. „Man zeigte sich (in Olmütz) zu Allem bereit, wofern Oesterreich an die Spitze gestellt würde", schreibt ein Mitglied der österreichischen Partei, Wuttke, in einem Bericht an seine Wähler.

Herr v. Würth brachte die Note vom 4. Februar aus Olmütz mit. Darin hieß es: „Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor". Was man in Frankfurt wolle, sei kein Bundesstaat, sondern ein Einheitsstaat. „Auf der von der kaiserlichen Regierung in Aussicht zu stellenden Grundlage finden alle deutsche Staaten und alle ihre außerdeutschen Landestheile Platz". Am Schlusse ward erklärt: „Gegen eine Unterordnung Sr. Maj. des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahren Sich Se. Majestät,

der Kaiser und Allerhöchstdessen Regierung auf das Feierlichste".

Sogleich nach dem Bekanntwerden dieser Note versammelten sich die Oesterreicher unter Schmerlings Vorsitz. Einzelne darunter waren der Meinung: man dürfe die Bildung des Bundesstaates, den die österreichische Regierung lediglich verneine, ohne doch zu sagen, was sie eigentlich wolle, nicht länger stören; es sei Ehrensache für die österreichischen Abgeordneten, auszutreten. Mit großer Mehrheit ward jedoch beschlossen, zu bleiben und eine Erklärung zur Rechtfertigung dieses Schrittes vorzubereiten.

Eine zweite Zusammenkunft fand statt auf Antrieb der Herren Sommaruga, Welcker und Heckscher. Es war am 10. Februar. Etwa 50—60 Abgeordnete der österreichischen Partei waren versammelt. Sie erkannten die Nothwendigkeit an, daß endlich einmal positive Vorschläge über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland gemacht würden. Ein Ausschuß ward niedergesetzt, bestehend aus den Herren Ahrens, Edel, Giskra, v. Hermann, Heckscher, Reichensperger, Sommaruga, Welcker, Würth, Wydenbrugk, Wuttke. Man nannte ihn den „großdeutschen" Verfassungsausschuß — im Gegensatz zu jenem, der, wie man spottweise sagte, eine Verfassung nur für „Kleindeutschland" (ohne Oesterreich) gemacht habe.

Die Verfassung, welche dieser Ausschuß entwarf, stellte

eine Reichsregierung von 7 Mitgliedern auf — Vertretern der einzelnen Staaten, resp. Staatengruppen —, an ihrer Spitze eine Reichsstatthalterschaft, abwechselnd bekleidet von Oesterreich und Preußen. Reichsrath und Civilliste fielen weg. Das absolute Veto, selbst bei Verfassungsänderungen, ward in ein suspensives verwandelt.

Diesen Entwurf sandte Schmerling sofort nach Olmütz. Man war dort damit einverstanden; „nur in Beziehung auf den Wechsel der Reichsstatthalterschaft waltete noch ein Bedenken ob," schreibt Wuttke. Natürlich! Man hatte ja gegen jede Unterordnung des Kaisers unter einen andern deutschen Fürsten protestirt

Die §§. 2 und 3 waren in diesem Entwurfe so umgestaltet, daß es hieß: „Die Verbindung eines deutschen mit einem nichtdeutschen Landestheile sei so zu ordnen, daß die vollständige, von den Verfügungen einer andern Staatsgewalt unabhängige Erfüllung der durch die Reichsverfassung und die Beschlüsse der Reichsgewalt aufgelegten Verbindlichkeiten gesichert werde."

Fast zur selben Zeit erklärte aber die österreichische Regierung: eine unbedingte Geltung der in Frankfurt beschlossenen Reichsgesetze in Deutschösterreich sei darum unmöglich, weil dadurch allemal auch die nichtdeutschen Landestheile berührt würden. Also selbst diese so gemilderte Bedingung erwies sich für Oesterreich als unerfüllbar.

Am 14. Februar erging von Seiten jener „großdeut-

schen" Partei eine Einladung „an alle Abgeordnete, welche das Verbleiben der deutschösterreichischen Lande in einem wahren und kräftigen, das gesammte Deutschland umfassenden Bundesstaate anstreben," zu einer Besprechung in der Mainlust.

Hier theilte Welcker die Vorschläge des großdeutschen Ausschusses mit und betonte besonders die Punkte, welche als Lockspeise für die Linke dienen konnten, den Wegfall des Reichsraths und der Civilliste, das suspensive Veto.

Was Welcker versteckt andeutete, das sprach Vogt mit gewohnter Offenheit unverhüllt aus: es sei auf einen Handel mit gegenseitigen Concessionen abgesehen, man wolle die Linke, der man früher gerade von jener Seite am Schroffsten entgegengetreten sei, nun, da man sie brauche, mit schönen Zusagen ködern. In einer Beziehung, erklärte Vogt, sei er käuflich; für jeden Zoll Volksfreiheiten verhandle er einen Zoll vom Oberhaupte. „Man sichere uns ein freies Wahlgesetz, und ich willige in den Kauf." Heinrich Simon war zurückhaltender: man müsse die Sache erst in den Clubs berathen, könne heute keine bindende Erklärung geben. So ging die Versammlung auseinander. Der großdeutsche Entwurf ward den drei Clubs der Linken gedruckt mitgetheilt, von diesen durch eine eigens dazu niedergesetzte Commission geprüft und amendirt. Die Vorschläge dieser Commission waren im Ganzen den „Großdeutschen" günstig; die „Siebenprinzenregierung"

(wie es Riesser) oder der „Direktorialertrakt" (wie es L. Simon nannte) wurde genehmigt; die, seiner Zeit von der Linken so heftig verfochtenen §§. 2 und 3 wurden preisgegeben gegen die nichtssagende Phrase des großdeutschen Entwurfs; auch in dem Abschnitt von der Reichsgewalt ließ man Manches der Ausnahmestellung Oesterreichs nach.

Doch hütete sich die Linke wohl, sich fest zu binden. „Zu einem förmlichen Vertrage kam es nicht," klagt Wuttke. Die Verbindung blieb vielmehr eine lose und unsichere. Die Großdeutschen hatten verabredet, daß sie da, wo ihre Grundsätze ihnen mit der Linken zu gehen verböten, sich der Abstimmung enthalten, auch in ihren Reden die Linke schonen wollten. Aber nicht alle hielten diese Zusage. Doch bestand zwischen beiden Theilen ein fortgesetztes Einvernehmen; „als Bindemittel dienten die der Linken angehörigen Oesterreicher, Berger u. A."; „so kam es, daß die großdeutsche Partei und die Linke seitdem oftmals zusammenstimmten." Natürlich war und blieb das Bündniß auf gegenseitiges Mißtrauen begründet — jeder Theil suchte den andern zu überlisten, so viel als möglich für sich zu erreichen und so wenig als möglich dagegen zu gewähren. Mit einem, hier nicht wohl in seiner ganzen Natürlichkeit wiederzugebenden Cynismus drückte sich Vogt einmal so darüber aus: „Wir wissen recht wohl, daß es auf ein gegenseitiges Betrügen hinauskommt; es handelt sich nur darum, ob wir oder die Großdeutschen die Betrogenen sein

werden." Deshalb drang die Linke so entschieden darauf, daß vor der zweiten Lesung der Verfassung die zweite Lesung des Wahlgesetzes und die Vollendung des Abschnittes: „die Grundrechte" erfolge; deshalb machte sie es zur Bedingung, daß über den Abschnitt von der Reichsregierung zuletzt abgestimmt würde — sie wollte den Kaufpreis erst vollständig in der Tasche haben, bevor das Zahlungleisten an sie käme; dann, wie Vogt andeutete, konnte sie ja noch immer thun, was ihr gutdünkte. Die Großdeutschen freilich dachten ebenso. Diejenigen darunter, welche bei der ersten Lesung des Wahlgesetzes nur mit Widerstreben die Wünsche der Linken unterstützt oder sich der Abstimmung enthalten hatten, waren wenig geneigt, dies zum zweiten Male zu thun, noch dazu ohne sicher zu sein, daß damit für ihre Zwecke Etwas erreicht werde. So fiel der betreffende Antrag der Linken, wie oft er auch wiederholt ward, jedesmal durch. Nur die Vollendung der Grundrechte erreichte sie, freilich nicht ganz in der Weise, wie sie gehofft; auch hier ließen ihre großdeutschen Bundesgenossen sie theilweise im Stiche.

In einem Punkte trafen die Interessen beider Parteien zusammen, in der Verzögerung des eigentlichen Verfassungswerkes. Die Linke rechnete auf die Schwächung der conservativen Majorität durch den fortgesetzten Abgang von Mitgliedern aus deren Reihen, der in der That täglich zunahm, so wie durch den Zufluß solcher auf ihrer Seite, namentlich auch in Folge der neuen Wahlen in Oesterreich, die jetzt

ebenso sehr von der Regierung betrieben wurden, wie man sie früher trotz aller Mahnungen von Frankfurt aus vernachlässigt hatte. Noch unmittelbarer kam dieser letztere Umstand natürlich der großdeutschen Partei zu gute, die außerdem aber auch einen besondern Grund ihrer Zögerungspolitik hatte. Am 25. Februar war nämlich von ihr eine Deputation, bestehend aus den Herren Heckscher, v. Hermann und Sommaruga, nach Olmütz gesandt worden, „um das dortige Ministerium aus seiner Gleichgültigkeit gegen die Nationalversammlung herauszureißen und über seine Absichten sich zu vergewissern.“ Bis zu ihrer Rückkehr mußte man die Nationalversammlung von entscheidenden Beschlüssen abzuhalten suchen.

Die Reise der drei Deputirten kreuzte sich mit einer Depesche des österreichischen Ministeriums an Schmerling, welche die Bereitwilligkeit aussprach, auf das Direktorium einzugehen, jedoch ohne den Reichsstatthalter. „Der Vorsitz im Direktorium sei auf eine, der frühern Modalität (dem österreichischen Präsidium im Bundestage!) entsprechende Weise zu ordnen.“ Darüber sollte Schmerling vorläufig mit den andern Bevollmächtigten in Unterhandlung treten, „jedoch noch nicht über die Attribute, Grenzen und Modalitäten des Direktoriums.“

Ob Oesterreich eine allgemeine deutsche Volksvertretung neben dem Direktorium zugestehen wolle, und zwar eine gesetzgebende oder eine blos berathende, erfuhr man also

noch nicht. Erst eine weitere Depesche, vom 9. März, setzte dies ins Klare. Darin schlug das österreichische Kabinet vor: eine Eintheilung Deutschlands in Kreise, deren jeder eine gemeinsame Volksvertretung haben sollte; ein Staatenhaus, beschickt durch mittelbare Wahlen von den Regierungen und Ständen dieser Kreise, „welches mit der Centralgewalt (dem Direktorium) die gemeinsamen Interessen zu berathen habe" und „nicht gelähmt sei durch eine Volksvertretung neben und über ihm." Auf diese Bedingungen sei Oesterreich bereit, einen jener Kreise oder „Körper" zu bilden. Den Gefahren dagegen, die aus einem „Widerstreit der Gewalten" (d. h. einer Theilung der Gesetzgebungsgewalt zwischen Reichsregierung und Parlament nach constitutionellem System) für Deutschland entspringen müßten, könne Oesterreich sich nicht preisgeben.

Schon unterm 17. Januar hatte die Regierung Oesterreichs einen ähnlichen Plan nach Potsdam mitgetheilt, darauf berechnet, die sämmtlichen kleineren Staaten Deutschlands mit den größeren durch Gemeinsamkeit der Vertretung, des Heerwesens, der Justiz, der Verwaltung zu verschmelzen, richtiger gesagt: sie denselben einzuverleiben. Die Beherrscher der so entstehenden Staatencomplexe sollten mit den Regenten von Oesterreich und Preußen zusammen ohne Weiteres sich als „Gesammtvorstand" Deutschlands constituiren. Die Nationalversammlung wollte man entweder zur Einwilligung zwingen oder auflösen. Zu dem

Ende war in jener Note eine gemeinschaftliche Truppenaufstellung von Seiten Oesterreichs, Preußens und Bayerns in der Nähe Frankfurts beantragt. Preußen antwortete durch die Note vom 23. Januar. Auf jenen Plan kam man also jetzt zurück — jetzt, wo durch die octroyirte Verfassung vom 4. März die gesammte Ländermasse Oesterreichs zu einem vollständig centralisirten Einheitsstaate verbunden, wo also jede Möglichkeit einer abgesonderten, rein deutschen Politik der ehemals zum deutschen Bunde gehörigen Länder Oesterreichs abgeschnitten war! Aber das Ärgste erfuhr man auch aus dieser Note noch nicht, sondern aus Privatmittheilungen der von Olmütz zurückgekehrten großdeutschen Deputation und aus Andeutungen der Organe dieser Partei. Oesterreich gedachte mit seiner gesammten Ländermasse in den deutschen Bundesstaat einzutreten. Die Beschickung des Staatenhauses sollte nach dem Maßstabe von 1 Abgeordneten auf 1 Mill. Einwohner stattfinden, so daß Oesterreich 38 Abgeordnete (von einer zu mehr als $\frac{4}{5}$ nichtdeutschen Bevölkerung!), das übrige Deutschland 31 zu senden hätte. Den einzelnen Kreisen, in die Deutschland getheilt würde, sollte verwehrt sein, sich zu andern als „privatlichen" Zwecken unter einander zu verbinden. Also dem zerstückelten Deutschland mit nur 31 Mill. wollte das in sich festgeeinigte Oesterreich mit seinen 38 Mill. im Staatenhause gegenüberstehen!

Diese Vorgänge veranlaßten einen abermaligen Zusammentritt der österreichischen Abgeordneten, um zu berathen,

was nun zu thun sei. Wieder sprachen Arneth und Würth ehrenhafte Worte für den sofortigen Austritt; wieder wurden sie überstimmt. Ihr Beispiel, als sie bald darauf für sich allein ausschieden, fand keine Nachahmung. Die österreichische Regierung hatte ja inzwischen, in einer Depesche vom 17. März, an die österreichischen Abgeordneten die förmliche Aufforderung gerichtet, in der Paulskirche zu bleiben. „Oesterreich denke nicht daran, sich von Deutschland in den Berathungen über dessen künftige Verfassung loszusagen.“

Indessen wagte doch selbst die großdeutsche Partei nicht, die Vorschläge des österreichischen Kabinets in ihrer ganzen Schroffheit und Anmaßlichkeit zu den ihrigen zu machen. Wohl aber brachte sie folgenden Antrag in die Versammlung ein: „Der österreichische Gesammtstaat tritt in den deutschen Staatenverband ein. Die österreichische Regierung erkennt die Nothwendigkeit eines deutsch-österreichischen Gesammtparlaments an, bestehend aus einem Staatenhause und Volkshause. Oesterreich beschickt das Staatenhaus mit Vertretern aus allen österreichischen Ländern, das Volkshaus dagegen nur mit Vertretern aus den bisher zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen. Die Competenz des Staaten- und Volkshauses wird in der Weise abgegrenzt, daß das gesammte Staatenhaus allein und ausschließlich in Angelegenheiten der äußern Politik und des gemeinsamen Zoll-, Handels- und Verkehrs-

systems competent ist. Ueber alle übrigen inneren Angelegenheiten, welche in die Competenz der Volksvertretung gehören, beschließen beide Häuser mit Ausschluß derjenigen Mitglieder des Staatenhauses, welche außerdeutsche Provinzen vertreten. Die österreichische Regierung erkennt die Grundrechte des deutschen Volkes für die bisher zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen Oesterreichs als gültig an. Die Nationalversammlung sendet sofort eine Deputation an die österreichische Regierung zur Entgegennahme ihrer definitiven Erklärung ab. Die Nationalversammlung wird nach eingelangter Erklärung der österreichischen Regierung, oder wenn eine erschöpfende und definitive Erklärung binnen einem Monat nicht erfolgen sollte, über die Reichsverfassung ohne Discussion endgültig beschließen."

Dieser Antrag, der die eigentliche Nationalvertretung, das Volkshaus, zu einem Spott machte, der andererseits durch die geforderte Gültigkeit der Grundrechte in einem Theile des Gesammtstaates Oesterreichs direct gegen die Verfassung vom 4. März anging, war unterzeichnet sowohl von Oesterreichern der Linken und äußersten Linken und von Männern, die sich stets für Vertheidiger der Volkssouveränetät ausgegeben hatten, wie Heckscher und Wuttke, als auch von ganz conservativen Oesterreichern, denen es gewiß nicht im Ernste einfiel, an der von ihrer Regierung octroyirten Verfassung rütteln zu wollen. Entweder also lag hier die schnödeste Verleugnung aller bisher bekannten

Grundsätze, die schmählichste Gesinnungslosigkeit vor, oder der Antrag war nur darauf berechnet, abermals Zeit zu gewinnen und die Vollendung der Verfassung hinauszuschieben. Letzteres mochte wohl der eigentliche Zweck gewesen sein, denn der Antrag wurde, als diese Absicht mißglückte, vor der Abstimmung zurückgezogen.

So machte sich die österreichische Partei fortwährend zum Helfershelfer und Mitschuldigen aller der einheits- und freiheitsfeindlichen Bestrebungen, durch welche das österreichische Kabinet, getreu der von Metternich überkommenen Politik, die nationale Wiedergeburt Deutschlands zu hindern suchte. Und dabei verlangte diese Partei noch, wir sollten bei unserer Politik gegen Oesterreich das Verfahren der Regierung außer Augen lassen und nur an das Volk denken, welches, so sagte sie, ganz deutsch gesinnt, ganz aufrichtig der gemeinsamen Sache Deutschlands ergeben sei! Was durften wir aber wohl von diesem Volke in seiner Mehrheit erwarten, wenn dessen Auserwählte und Vertreter so gegen uns handelten?

Doch ich muß mich jetzt wieder zur Gegenpartei der Großdeutschen und zu deren weiteren Ausbildung wenden.

Nach dem Schlusse der Verhandlungen über das Gagernsche Programm und die Oberhauptsfrage hatte der Zusammenhang, der während dieser Verhandlungen unter den sogenannten „Kleindeutschen" bestand, wieder beinahe gänzlich aufgehört. Nur die schon früher verbundenen Clubs

der Centren blieben nach wie vor in regelmäßigem Wechselverkehr; mit den Gesinnungsgenossen nach links hin ward dagegen ein solcher nur dürftig durch einzelne Privatverhandlungen unterhalten. Die am 14. Februar auf der Mainlust versuchte Bildung einer großdeutschen Partei machte das Bedürfniß einer engeren Vereinigung auch unsererseits dringend fühlbar, und so ward, auf meinen Vorschlag im Schooße der Neunercommission, zuerst eine Vorbesprechung von Mitgliedern aller Clubs, die unserer Richtung angehörten, sodann, am 17. Februar, eine allgemeine Versammlung im Weidenbusch veranstaltet. Die Einladungen zu dieser letztern waren gerichtet „an alle Abgeordnete, welche eine wahre und kräftige Einheit Deutschlands nur in der wesentlichen Beibehaltung derjenigen Form des Bundesstaates erblicken, welche aus der ersten Lesung des Entwurfs der Reichsverfassung hervorgegangen ist.“ Das war die Antwort auf den „wahren und kräftigen Bundesstaat“ in der Einladung der Großdeutschen vom 14. Februar.

Als wesentliche Grundlagen des Bundesstaates und folglich auch unserer Vereinigung wurden in dieser ersten Versammlung aufgestellt: die §§. 2 und 3 vom Reiche, §. 1 vom Reichstag („der Reichstag besteht aus dem Staaten- und Volkshaus“), und §. 1 vom Reichsoberhaupt („die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen“). Damit war

unser Standpunkt, gegenüber der österreichischen Verfassung vom 4. März, gegenüber den Plänen auf Beseitigung des Volkshauses (von denen schon damals gerüchtweise verlautete), gegenüber endlich sowohl dem Direktorium als dem republikanischen Präsidenten klar und entschieden bezeichnet. Die Erblichkeit des Oberhauptes wurde, obgleich Viele, und zwar namentlich von der Linken (z. B. Reh, Backhaus u. A.), es wünschten, nicht in das Programm aufgenommen. Durch die angegebenen Punkte hielt man die Grenze gegen die großdeutsche Partei für hinlänglich scharf gezogen und wollte den Verein lieber vorläufig auf der allgemeineren Basis des blos einheitlichen und fürstlichen Oberhauptes begründen, die Frage der Erblichkeit späterer Verständigung überlassend.

Endlich verpflichtete man sich noch gegenseitig, „jeder Verzögerung des Verfassungswerkes, von woher sie auch komme, entschieden entgegenzutreten."

Der Verein, der von seinem Versammlungsorte den Namen: Weidenbuschverein erhielt, constituirte sich nun förmlich als Partei. Regelmäßige Versammlungen fanden statt; ein Vorstand von neun Mitgliedern ward gewählt — es waren die Herren v. Selchow (Cafe Milani), Rüder (Casino), Bauer von Bamberg und Breusing (Landsberg), Biedermann (Augsb. Hof), Zell und Kierulff (Württemb. Hof), Reh und Federer (Neuwestendhall); der ganze Verein (der bald über 200

Mitglieder zählte) ward in Sectionen getheilt, deren jeder einer der neun Führer vorstand, um auf diese Weise ein rasches und sicheres Zusammenwirken in der Paulskirche möglich zu machen. Einer besondern Verpflichtung zum gleichmäßigen Stimmen, zwingender Parteibeschlüsse bedurfte es kaum, da in allen wesentlichen Dingen eine vollkommene innere Uebereinstimmung stattfand, in solchen Punkten aber, welche mit der eigentlichen Hauptfrage nicht unmittelbar zusammenhingen, der Verein seinen Mitgliedern möglichste Freiheit ließ. Von jener mechanischen Disciplin, welche bei der österreichischen Partei herrschte, waren wir weit entfernt. Dort wurden beim Anfang jeder Sitzung gedruckte Stimmlisten vertheilt, nach denen die Masse der Partei mechanisch aufstand oder sitzen blieb. Waren diese Listen erschöpft, so mußten die Führer eilen, den Schluß zu beantragen, sonst erlebten sie, daß ihre eigenen Leute gegen sie stimmten. Denn, wie einer dieser Führer selbst ganz naiv bekannte: die Meisten wußten dann nicht, wofür sie stimmen sollten. Darin verrieth sich nicht blos die furchtbar mangelhafte politische Bildung und Selbstständigkeit eines großen, beinahe des größern Theils der österreichischen Mitglieder, sondern auch das Unnatürliche, Factieuse ihres Parteitreibens. Nicht wie bei uns war es ein einziger großer und einfacher Gedanke, der die Partei beseelte und gleichsam nur einen Willen in ihr lebendig sein ließ — nein! es waren verschiedenartige äußerliche Absichten, welche es galt künst-

lich zu combiniren und durch schlaues Manövriren durchzusetzen; nicht ein hohes, begeisterndes Ziel des Schaffens und Aufbauens trieb sie an, nein! nur die kalte, häßliche Lust am Zerstören, am Hemmen, am Verwirren fremder Zwecke, nachdem man eingesehen, daß man seine eigenen nicht erreichen könne. Oder wie anders soll man es erklären, wenn die großdeutsche Partei den Reichsrath auch da noch verwarf, als bereits das erbliche Oberhaupt angenommen war und es nun, zur Versöhnung des Partikularismus, der Aufnahme eines solchen Institutes zu bedürfen schien? wenn sie ferner die Linke in der Durchsetzung des aufschiebenden Veto selbst bei Verfassungsänderungen unterstützte, sie, die fast im selben Augenblicke noch in die Intentionen der österreichischen Regierung, welche auf die gänzliche Beseitigung der gesetzgebenden Volksvertretung abzielten, so bereitwillig eingegangen war?

Daß diese Verfahrungsweise der Großdeutschen und insbesondere der Oesterreicher in den Herzen aller aufrichtigen Patrioten eine tiefe Entrüstung, ja Erbitterung hervorrief, ist begreiflich. Wenn diese sich zu offenen Ausbrüchen, sogar in der Versammlung selbst, hinreißen ließ, so war Dies gewiß nur zu beklagen. Eher zu entschuldigen war der Gedanke an eine Ausschließung der Oesterreicher von den ferneren Berathungen über eine Bundesverfassung, deren erste und wesentlichste Bedingung — die Anwendbarkeit

des gemeinsam Beschlossenen auf alle Glieder des Bundes — sowohl von der großen Mehrzahl der Oesterreicher selbst, als von der Regierung ihres Landes entschieden geleugnet ward. Dieser Gedanke tauchte wiederholt in den Berathungen des Weidenbuschvereins auf, und mit immer gesteigerter Heftigkeit, je ersichtlicher durch das factieuse Treiben der Oesterreicher unser Werk uns unter den Händen zu nichte ward. Auch von auswärts, in Petitionen wie in der Presse, ward das Gleiche uns angesonnen, ja von uns als eine Pflicht gegen das deutsche Volk gefordert. Und doch durften wir diesem Gedanken nicht Raum geben, selbst abgesehen davon, ob es möglich war, ihn auszuführen. Wir hatten kein Recht zur Ausschließung der Oesterreicher. Der Auftrag der Nationalversammlung war hinsichtlich der Form der zu Stande zu bringenden Verfassung ein völlig unbeschränkter. Sie konnte daher, selbst noch im letzten Stadium, die Idee des Bundesstaates aufgeben und zu der loseren Form des Staatenbundes zurückkehren, in welcher dann auch Oesterreich, trotz seiner Gesammtverfassung, allenfalls einen Platz gefunden hätte. Und ebenso konnte der Entschluß der österreichischen Regierung betreffs ihrer Stellung zum deutschen Bundesstaate ein wesentlich anderer werden, je nachdem die Frage des Oberhauptes entschieden ward. Wie unnatürlich, innerlich unwahr und dem deutschen Einigungswerke verderblich daher auch immer die Stellung der Oesterreicher in der Paulskirche fortan war,

nicht uns stand es zu, sie daraus zu vertreiben. Wir waren es, welche weichen mußten, wenn wir es für unmöglich hielten, länger mit Jenen zusammen zu tagen. Auch Das kam in Frage, nachdem jener andere Plan wiederholt und entschieden von der Mehrheit des Vereins zurückgewiesen war. Dahlmann, der so leicht nicht von dem Platze weicht, wohin er einmal gestellt ist, äußerte in einer Besprechung bei Beckerath, in den letzten, heißesten Tagen des Kampfes um Bundesstaat und Staatenbund, die zweifelnde Besorgniß: daß uns am Ende doch Nichts übrig bleiben werde, als aus der Paulskirche zu weichen und uns als besondere Versammlung zur Begründung eines Bundesstaates zu constituiren. Da aber erhob sich Gagern und schlug mit jener überwältigenden Kraft, mit der er einfache politische Wahrheiten geltend zu machen weiß, jeden solchen Gedanken nieder. „Ja!" sagte er, „es kann der Fall eintreten, daß die Versammlung, unter dem Einfluß unnatürlicher Parteicombinationen, eine Verfassungsform beschließt, die wir als durchaus unheilvoll und unannehmbar für unser Vaterland erkennen müssen, und daß wir dann genöthigt sind, uns von dieser Verfassung und der Nationalversammlung loszusagen. Allein dann müssen wir uns auch klar bewußt sein, daß wir in demselben Augenblicke eine neue Revolution machen, daß wir den Boden selbst unter unseren Füßen abbrechen, auf den die Bewegung des vorigen Jahres uns gestellt hat, den

Boden der souverän beschließenden Nationalvertretung. Meine Herren! Ohne den äußersten Zwang der Noth dürfen wir diesen Boden nicht verlassen. Von uns am Wenigsten darf ein Schritt ausgehen, der das Princip der Nationalversammlung in Frage stellen, der es vielleicht für lange Zeit in Deutschland vernichten würde." Damit war auch der Gedanke des Austritts gründlich beseitigt, und, wie oft noch in den nächsten Tagen die Verzweiflung und der Unmuth über das wiederholte Unterliegen unserer Partei und die unheilvollen Siege der Koalition unsere Reihen zu sprengen oder die Heftigeren unter uns zu Uebereilungen fortzureißen drohten, so blieb die Mehrheit doch ihrem Entschlusse getreu: unverzagt auszuharren im parlamentarischen Kampfe bis auf's Aeußerste; denn die gute und ehrliche Sache müsse doch zuletzt siegen.

Doch ich bin abermals dem geschichtlichen Verlauf der Begebenheiten vorausgeeilt. Ich kehre dahin zurück.

Der Weidenbuschverein hatte erst kurze Zeit bestanden, da schlug, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, in die überraschte Nationalversammlung der Welcker'sche Antrag ein. Welcker, bisher einer der eifrigsten Vorkämpfer und Führer der großdeutschen Partei, sagte sich mit einem Male von dieser Partei los und erklärte sich für sofortige Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an den König von Preußen und für Annahme der Verfassung, wie sie vom Ausschusse zur zweiten Lesung vorbereitet sei, in einer einzigen Gesammt-

abstimmung. Dieser Antrag ward nun das Losungswort für die Partei des Weidenbusches. Zwar nahm die äußerste Rechte desselben (die Mitglieder des Café Milani) Anstoß an der im Antrage vorgeschlagenen sofortigen Uebertragung der Krone ohne vorgängige Verständigung mit den Regierungen; die Linke andererseits (Württemberger Hof und Neuwestendhall) hätte gern das absolute Veto beseitigt, wünschte wenigstens die gleichzeitige Annahme des Wahlgesetzes in der unveränderten freisinnigen Fassung der ersten Lesung, damit auch dem demokratischen Elemente des Volkes, nicht dem monarchischen allein, sein Recht zu Theil werde. Beide Gegensätze wurden indeß glücklich versöhnt: die Rechte ließ in patriotischer Selbstverleugnung ihre Bedenken fallen Angesichts der dringenden Gefahren des Vaterlandes, und dem Verlangen der mehr links stehenden Mitglieder des Vereins geschah Genüge, indem der Verfassungsausschuß selbst die Aufnahme des Wahlgesetzes in den Welckerschen Antrag vorschlug. Als Concession gegen die Linke außerhalb unseres Vereins, in der Absicht, damit ihre Stimmen für den Welckerschen Antrag zu gewinnen, konnte Dies nicht erscheinen, da feststand, daß diese selbst dann noch nicht für den Antrag stimmen würde.

So einigten wir uns denn vollständig auf dem Boden dieses Antrags und setzten Alles daran, ihm die Majorität zu verschaffen. Die Zahl der Mitglieder des Vereins wuchs; bedeutende Namen schlossen sich ihm an, die bis dahin

unter den Gegnern der Erblichkeit gezählt hatten, so die beiden Bayern Gieč und Rotenhan. Auch Herrn v. Radowitz sah man mehrmals in den Versammlungen des Vereins, obgleich er niemals demselben wirklich beitrat.

Wie dennoch der Welckersche Antrag fiel, ist bekannt. Nicht so bekannt dürfte vielleicht sein, daß dieses folgenschwere Resultat zum größten Theile daher kam, daß der Weidenbuschverein die Forderung Heinrich Simons und seiner Freunde, das absolute Veto aus der Verfassung und die öffentliche Abstimmung aus dem Wahlgesetze hinwegzulassen, wogegen diese Herren für das Erbkaiserthum stimmen wollten, rundweg abschlug. Die in den stenographischen Berichten niedergelegte Erklärung H. Simons giebt dafür offenes Zeugniß.

Nach dem Fall des Welckerschen Antrags mußte man nunmehr Das im Einzelnen zu erreichen suchen, was dieser Antrag auf einmal, als ein untheilbares Ganzes, hatte zu Stande bringen wollen. Mit Mühe setzte die Weidenbuschpartei einen Antrag durch, der eine beschleunigte Vollendung des Verfassungswerkes, ohne nochmalige Discussion, bezweckte. Eine solche nämlich schien bei dem Zustande völliger Ermattung, worin die Versammlung sich befand, und dem täglich zunehmenden Fortgehen von Mitgliedern fast unmöglich. Zudem brachte jeder Tag neue Gefahren für die Sache der Einheit, neue Intriguen von außen und innerhalb der Versammlung selbst.

Bei den sonach in rascher Folge vorangehenden Abstimmungen über die einzelnen Verfassungsabschnitte entstand für die Partei des Weidenbusches die ernste Frage: ob man sich gebunden erachte, wie man für den Welckerschen Antrag als ein untrennbares Ganzes gestimmt haben würde, so auch für alle einzelnen Punkte der Verfassung gerade so zu stimmen, wie solche dort zu Grunde gelegt waren. Mit anderen Worten: sollte es zur Parteifrage gemacht werden, daß alle Mitglieder des Weidenbusches für das absolute Veto einerseits, für das allgemeine Wahlrecht andererseits stimmen müßten? Es widersetzten sich Dem viele Mitglieder von der linken Seite des Vereins, welche ungern und nur aus der höhern Rücksicht, um die ganze Verfassung rasch zu Stande zu bringen, beim Welckerschen Antrage für das absolute Veto gestimmt hatten, während andererseits die entschiedenen Gegner des unbeschränkten Wahlrechts, z. B. Bassermann, ebenso für sich die Freiheit in Anspruch nahmen, nun, da einmal der Zweck des Welckerschen Antrags vereitelt sei, gegen die ihnen anstößigen Punkte des Wahlgesetzes zu stimmen. Bevor man noch innerhalb der Partei zu einem Abschluß hierüber kam, rückte die Entscheidung über den Angelpunkt der Verfassung, die Erblichkeitsfrage, zum zweiten Male heran. Man überzeugte sich, daß eine Majorität für die Erblichkeit durch die Weidenbuschpartei allein nicht zu erreichen sei, trotz aller Anstrengungen, die man gemacht hatte, um abwesende

Mitglieder herbeizurufen, schwankende zu gewinnen oder zu befestigen. Nur durch den Hinzutritt der Partei Simon ward es vielleicht möglich, die Erblichkeit durchzusetzen; aber diese Partei machte ihre Abstimmung für die Erblichkeit von der Voraussetzung abhängig, daß die Vetofrage ebenso wie in der ersten Lesung gelöst, d. h. das suspensive Veto bei der Gesetzgebung auch jetzt beibehalten, daß ferner das Wahlgesetz gleichfalls nach den Resultaten der ersten Lesung endgültig beschlossen werde. Diese Voraussetzung trat dann von selbst ein, wenn der Weidenbuschverein seine Mitglieder nicht durch einen Parteibeschluß zwang, für das absolute Veto und gegen das Wahlgesetz zu stimmen. Denn, wie schon gesagt, ein großer Theil Derer, welche jetzt der Weidenbuschpartei angehörten, hatte bei der ersten Lesung sowohl für das suspensive Veto, als auch für das unbeschränkteste Wahlrecht und die geheime Wahl gestimmt. Gab man diesen Mitgliedern frei, ebenso zu stimmen, wie damals, d. h. nach ihrer eigentlichen Ueberzeugung, so gingen ohne Zweifel beide Punkte wieder ganz so durch, wie bei der ersten Lesung. Die Frage stand also jetzt wesentlich anders, als beim Welckerschen Antrag. Dieser war ein einziges, untrennbares Ganzes; es konnten nicht einzelne Mitglieder des Vereins für den einen oder andern Punkt desselben, andere dagegen stimmen, sondern der ganze Verein als solcher mußte den Antrag in der einen oder anderen Form unterstützen. Jetzt dagegen handelte es sich nicht

darum, daß der Verein im Ganzen oder auch nur seiner Mehrheit nach in einer Weise stimmen sollte, die nicht der wirklichen Ueberzeugung dieser Mehrheit entspräche — eine solche Forderung ist nach dem Fall des Welckerschen Antrags an den Verein nicht wieder gestellt, wäre auch von ihm ganz gewiß ebenso entschieden zurückgewiesen worden, wie das erste Mal. Was man von dem Verein verlangte, war etwas rein Negatives: er sollte seine Mitglieder nicht zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen, er sollte die Fragen des Veto und des Wahlrechts nicht zu Parteifragen machen, sondern als offene behandeln. Weit entfernt also, daß dem Vereine zugemuthet worden wäre, Etwas gegen seine, d. h. der Mehrzahl seiner Mitglieder Ueberzeugung zu thun, verlangte man vielmehr von ihm blos, daß er die Ueberzeugung derjenigen seiner Mitglieder nicht binde, die, wären sie nicht Mitglieder des Vereins, unbedingt für das suspensive Veto und für das allgemeine Wahlrecht stimmen würden. Diesem Verlangen sich zu widersetzen, hatte der Verein gar nicht die Macht, denn, selbst wenn er jene beiden Fragen zu Parteifragen machte, die betreffenden Mitglieder aber darauf bestanden, dennoch nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen, so bewirkte er durch seinen Parteibeschluß höchstens Dies, daß jene Mitglieder sich vom Vereine trennten, der Verein auseinanderfiel, das suspensive Veto aber sammt Wahlgesetz dennoch durchging.

Das ist der einfache, wahrheitsgetreue Hergang jener

sogenannten Verhandlungen zwischen H. Simon und der Kaiserpartei. Es ist daher ungenau, wenn H. Simon in seiner in Nr. 78 des Frankfurter Journals veröffentlichten Erklärung von Unterhandlungen spricht, „in welche sich der Weidenbuschverein mit ihm eingelassen habe." Der Weidenbuschverein als solcher hat nicht mit H. Simon unterhandelt, konnte es auch nicht, da er ihm nichts Positives zu bieten hatte, um die „Voraussetzungen", unter denen H. Simon für das Erbkaiserthum stimmen wollte, zu verwirklichen. Unterhandelt ward zwischen H. Simon und denjenigen einzelnen Mitgliedern des Weidenbuschvereins, welche sich bereit zeigten, Herrn Simon die Erklärung zu geben, daß sie für suspensives Veto und Wahlgesetz stimmen würden. Der Verein that dabei Nichts und konnte Nichts thun, als daß er diese seine Mitglieder an Dem, was sie selbst zu thun wünschten, nicht hinderte. Niemandem ist von Vereinswegen Zwang angethan oder auch nur zugeredet worden, eine solche Erklärung zu geben. Sollten Einzelne gleichwohl gegen ihre Ueberzeugung dies Letztere gethan, sollten sie im Sinne H. Simons gestimmt haben, nur um seine und seiner Freunde Stimmen dem Erbkaiserthum zu sichern, so würde ich Das in hohem Grade mißbilligen und beklagen. Ich weiß es nicht; ich entnehme zwar aus den Abstimmungslisten, daß 11 Mitglieder des Vereins, die bei der ersten Lesung für das absolute Veto stimmten, bei der

zweiten für das suspensive gestimmt haben, und die Vermuthung liegt wenigstens nicht fern: es möchte dies aus jenen erwähnten äußerlichen Gründen geschehen sein. Freilich haben auch wiederum andere (ich glaube einige 20) ihre Vorliebe für das Suspensivveto bei der zweiten Lesung der Rücksicht auf die inzwischen ausgesprochenen Wünsche der Regierungen und das Zustandekommen einer Verständigung mit diesen geopfert, so daß der Verein im Ganzen mehr Stimmen, als bei der ersten Lesung, für das absolute Veto in Gesetzgebungsfragen geliefert hat. Die größere Stimmenzahl, welche gleichwohl das Suspensivveto erlangte, sowie dessen Annahme selbst bei Verfassungsänderungen ist lediglich auf Rechnung der großdeutschen Partei zu schreiben, von welcher über ein halbes Hundert, die das erste Mal für das absolute Veto gestimmt hatten, diesmal auch hierin auf die Seite ihrer neuen Alliirten, der Linken, traten. Für das absolute Veto bei Verfassungsänderungen hat der Weidenbuschverein wie ein Mann gestimmt.

Noch eine Bemerkung möge hier, zu Gunsten H. Simons, Platz finden. Auch von seiner Seite war es kein „Handel" mit Ueberzeugungen, etwa in der Art, wie bei jener Koalition der Linken mit den Großdeutschen, wo Jene ihre einheitlichen Tendenzen gegen die conservativen Grundsätze Dieser verkaufte. H. Simon und seine Freunde wollten aus innern Gründen, aus wirklicher Ueberzeugung für das Erbkaiserthum stimmen, allein sie wuß-

ten diese Abstimmung nicht mit ihren demokratischen Principien zu vereinigen und suchten daher für diese eine Versöhnung, eine Befriedigung. Sie machten deshalb auch nicht das Stimmen für ihre Grundsätze zur Bedingung, zum Kaufpreis ihrer Bundesgenossenschaft, sondern sie erklärten nur das Durchgehen dieser Grundsätze für die Voraussetzung, unter der allein sie ihrem Gewissen nach für die Erblichkeit stimmen könnten. Wären daher Suspensivveto und Wahlgesetz durchgegangen, und hätte auch die ganze Kaiserpartei dagegen gestimmt, so würden Simon und Genossen dennoch für den Erbkaiser gestimmt haben. Dieser Unterschied ist sehr wohl zu berücksichtigen.

Mit dem Wahlgesetze ging es folgendermaßen. Ueber **100** Mitglieder des Weidenbuschvereins, welche das erste Mal für das allgemeine Wahlrecht gestimmt, hatten, auf H. Simons Wunsch, Diesem schriftlich erklärt, daß sie auch diesmal dafür stimmen würden. Das abermalige Durchgehen des Gesetzes in der zuerst beschlossenen Fassung war daher gesichert, und der conservativer gesinnte Theil des Vereins, der Dies freilich gern verhindert hätte, konnte Nichts dagegen thun, selbst wenn er eine nochmalige Berathung des Gesetzes im Einzelnen durchsetzte. Als nun am Abend des 27. März die ganze Verfassung mit dem Erbkaiserthum glücklich zu Ende gebracht, also der so mühsam erstrebte Hauptzweck des Vereins erreicht, als, wie man hoffen durfte, nun endlich ein Abschluß der namenlosen

Wirren und der Anfang eines festen, gesicherten Zustandes für Deutschland herbeigeführt war — in der Aufregung dieses unbeschreiblichen Moments, wo selbst der Zwist und Groll der Parteien geendet schien, weil ihm sein Gegenstand entrückt war, wo namentlich, wie Dies in der Natur des Menschen liegt, die siegende Partei zur Versöhnlichkeit und zur Annäherung an die unterlegene sich geneigt fühlte — in dieser Stimmung, fast möchte ich sagen in diesem Rausche fand der Vorschlag, der zuerst von der linken Seite unsers Vereins ausging: sofort in einer einzigen Abstimmung auch das Wahlgesetz, wie es in erster Lesung angenommen, endgültig zu beschließen, bei uns Uebrigen bereitwilliges Entgegenkommen und rasche Ausführung. Es war kein Zugeständniß, welches wir der Linken machten, um sie zu gewinnen — wofür auch? die Verfassung war ja fertig, und, was die noch bevorstehende Wahl des Kaisers betraf, so waren wir nicht so thöricht, zu glauben, die Linke werde dem König von Preußen ihre Stimmen geben — es war vielmehr ein Akt der Versöhnung, ein Freudenopfer, welches wir nach gewonnenem Siege darbrachten, oder auch, wenn man will, ein Sühnopfer, womit wir die, wie wir wohl wußten, zahlreich vorhandenen Antipathien gegen das preußische Erbkaiserthum, mehr noch außerhalb als innerhalb der Versammlung, mit unseren Beschlüssen auszusöhnen hofften. Uebrigens wiederhole ich: an der Sache selbst wäre durch eine nochmalige schrittweise Berathung

des Gesetzes Nichts geändert worden; nur den Schein der Uebereilung oder einer falschen Nachgiebigkeit, den vielleicht in den Augen Mancher jener rasche Beschluß auf die Versammlung werfen mag, hätte man vermieden.

Noch einen Vorwurf endlich, den man der Kaiserpartei macht, muß ich entkräften. Er betrifft die „Erklärung der 80" wegen des unbedingten Festhaltens an der endgültig beschlossenen Verfassung. Abermals war es H. Simon, der auch diese Erklärung veranlaßte. Argwöhnisch, wie er war, und auf jedem Schritte Verrath gegen die Sache der Volkssouveränetät witternd, mißtraute er den conservativen Mitgliedern der Majorität, daß sie, wäre erst das Erbkaiserthum angenommen, die Hand dazu bieten möchten, das demokratische Beiwerk, welches sie mit in den Kauf hatten nehmen müssen, im Wege der Vereinbarung mit den Regierungen wieder auszumerzen. Er verlangte daher die bestimmte, schriftliche Zusicherung, daß wir von der einmal endgültig beschlossenen Verfassung nicht wieder zurückgehen, zu keiner Aenderung derselben durch die Versammlung die Hand bieten würden. Diese Erklärung abzugeben, trugen wir kein Bedenken, denn es war dies ja nur der Standpunkt, den wir von Haus aus festgehalten hatten und den wir unter den vorliegenden Verhältnissen nur um so entschiedener festhalten mußten. Mit den unsäglichsten Anstrengungen hatten wir der mächtigen feindlichen Ligue eine Verfassung abgekämpft, die wir, wenn

auch nicht mit allen darin aufgenommenen Punkten einverstanden, doch im Wesentlichen ebenso der Ordnung wie der Freiheit, ebenso dem monarchischen wie dem demokratischen Princip, ebenso der nothwendigen Einheit wie der zulässigen Mannigfaltigkeit entsprechend erachteten. Jedes Rütteln an dieser Verfassung stellte unser ganzes mühsames Werk wieder in Frage, denn, wenn wir auch nur einen Punkt darin den Anforderungen einer Regierung, wie gerecht diese sein mochten, nachgaben, mit welchem Rechte konnten wir dann verhindern, daß unsere Gegner auch andere Punkte, ja die ganze Verfassung einer nochmaligen Revision unterzogen? Ein Anlaß von außen, wenn sie dessen bedurften, würde ihnen nicht gefehlt haben.

Und war nicht dann das Erbkaiserthum, war nicht der Abschnitt von der Reichsgewalt und vom Reiche, war nicht der Kern der ganzen Verfassung gefährdet? Mit vier Stimmen hatten wir die Erblichkeit, mit einer ebenfalls nicht sehr großen Mehrheit die §§. 2 und 3 vom Reiche, und zwar nur in gemilderter Fassung, durchgesetzt. Täglich trafen neue Abgeordnete aus Oesterreich ein, und es konnten deren in kurzer Zeit noch so viele kommen, daß das ganze Stimmenverhältniß ein völlig anderes wurde. Nur durch strenges Halten an dem Grundsatze der endgültigen Feststellung der Verfassung in zweiter Lesung ward es möglich, zu verhindern, daß die ganze, mehr denn zehnmonatliche Arbeit der Nationalversammlung eine Sisyphusarbeit und

diese selbst am Ende noch genöthigt wäre, sich für bank-brüchig zu erklären. Nicht also jene „Erklärung der 80", sondern der Drang der Verhältnisse und eine aufrichtig patriotische Erwägung zwang die Weidenbuschpartei, das Princip der Vereinbarung von sich zu weisen, wie schon daraus erhellt, daß zu dem Beschlusse vom 11. April: „an der endgültig beschlossenen Verfassung festzuhalten", nicht blos jene 80 Mitglieder des Weidenbuschvereins mitwirkten, sondern die ganze bisherige Mehrheit mit sehr wenigen Ausnahmen. Ohnehin konnte die Vereinbarung zu keinem Resultate führen. Auf das amerikanische Princip des bloßen Annehmens oder Ablehnens, d. h. Beitretens oder Nichtbeitretens wären die Regierungen, zumal die größeren, nimmermehr eingegangen; sie hätten, wie Dies von Seiten Oesterreichs bereits geschehen war, verlangt, daß die fertige Verfassung nach ihren Anforderungen abgeändert werde. Damit war aber jegliche Aussicht auf das Zustandekommen des Bundesstaates vernichtet, denn jede einzelne Regierung hatte dann das Recht, auf ihren Forderungen zu bestehen und gegen die Verfassung ihr Veto einzulegen. Es gab für den Uebergang aus dem alten deutschen Bunde in eine neue Staatsordnung überhaupt nur drei Wege. Man konnte eine Reform der Bundesverfassung unter den in dieser selbst vorgeschriebenen Formen vornehmen — dazu war aber Einstimmigkeit aller Mitglieder des bisherigen Bundes nothwendig. Oder man konnte einen

Bund im Bunde, nach Art. XI. der alten Bundesverfassung, begründen — diesen Weg haben nach der Auflösung der Nationalversammlung die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover betreten. Oder endlich: man mußte die Nationalversammlung als eine constituirende anerkennen, wie dies der Bundesbeschluß vom 7. April 1848 wirklich that, d. h. man konnte zwar von ihr verlangen, daß sie sich mit den Regierungen verständigte, deren Einwendungen gegen ihre Verfassungsbeschlüsse prüfte und möglichst berücksichtigte, aber man mußte ihr überlassen, das letzte, entscheidende Wort zu sprechen. Ein Herüber- und Hinüberverhandeln ohne Ende, ohne letzte, endgültige Instanz war unmöglich; jeder erste Schritt aber auf der Bahn der Vereinbarung, den die Nationalversammlung that, führte dieses end- und hoffnungslose Hin- und Herverhandeln nicht blos zwischen ihr und den Regierungen, sondern auch unter diesen selbst herbei.. „Es ist unmöglich, mit 38 Staaten zu vereinbaren," hatte Gagern am ersten Tage der Versammlung gesagt; diese Unmöglichkeit bestand noch heute wie damals und darum gab es für uns und unser Werk, die Verfassung, kein anderes Heil, als: das endgültige Beschließen.

IV.

Die letzten Wochen der Nationalversammlung zu Frankfurt und die Stellung der Parteien während dieser Zeit.

Seit der ablehnenden Antwort des Königs von Preußen und der Rückkehr der Deputation von Berlin concentrirten sich alle Verhandlungen der Nationalversammlung und folglich auch alle Bewegungen der Parteien in dem einen Zweck der Aufrechthaltung und Durchführung der endgültig beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung. Schon in dem Beschluß vom 11. April hatte die Versammlung, neben der feierlichen Erklärung: „an der in zweiter Lesung beschlossenen und verkündeten Reichsverfassung und an dem in zweiter Lesung beschlossenen Wahlgesetz unwandelbar festzuhalten", einen eigens dazu erwählten Ausschuß — den sogenannten Dreißigerausschuß — mit der „Vorberathung derjenigen Maßregeln" beauftragt, „welche zur Durchführung der unter 1. gegebenen feierlichen Erklärung nöthig erscheinen." In diesem Beschluß begegneten sich damals di-

beiden Hauptparteien des Hauses, die Rechte und die Linke; nur die Extreme auf beiden Seiten — die Männer der Vereinbarung und die Großdeutschen dort, die entschiedenen Republikaner hier — schlossen sich von dieser Einigung aus.

Jener Beschluß sowohl, als die Annäherung der Parteien, deren Resultat er war, brachten im Volk allerwärts den günstigsten Eindruck hervor. Eine großartige Bewegung zu Gunsten der Verfassung begann, namentlich in den Ländern, wo die Anerkennung der Verfassung nicht sofort aus eigenem Antrieb der Regierungen erfolgte. Es ist bekannt, wie zunächst in Württemberg diese Bewegung ihr Ziel erreichte, wie der König nach hartnäckigem Widerstreben gezwungen ward, sich den Beschlüssen der Nationalversammlung zu unterwerfen. Gezwungen, sage ich, denn so sah er selbst es an, und so war es in der That, wenn auch glücklicherweise dieser Zwang ohne Anwendung äußerer Gewalt geschah.

Damals erklärte die Nationalversammlung in ihrer Sitzung vom 24. April mit großer Mehrheit: „Die württembergische Kammer der Abgeordneten, insbesondere durch ihren Beschluß vom 22. April, sowie das württembergische Volk überhaupt entsprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entschiedenen Festhalten an der deutschen Reichsverfassung den Erwartungen und dem Willen der deutschen Nation.“

Die Nationalversammlung, einschließlich der conservativen Partei, billigte es also, daß Zwang geübt worden war gegen einen königlichen Willen, weil dieser Wille dem Willen seines ganzen Volkes und den Beschlüssen der Nationalvertretung gegenübertrat; sie freute sich, daß dem königlichen Willen die Mittel versagt hatten, um diesen Zwang abzuwehren; sie nahm es mit Beifall auf, als der Reichskriegsminister erklärte, daß er den eigenmächtigen Befehl des württembergischen Corpscommandanten zur Rückkehr der württembergischen Truppen aus Baden sofort durch einen Gegenbefehl annullirt habe; sie erkannte damit stillschweigend an, daß ein fürstlicher Eigenwille nicht unterstützt werden dürfe durch fremde Hülfe oder von Reichswegen in dem Widerstande gegen eine auf Anerkennung der Reichsverfassung gerichtete Bewegung des Volkswillens.

Am 26. April faßte die Nationalversammlung weitere Beschlüsse auf Grund der vom Dreißigerausschuß ihr gemachten Vorschläge. Hier aber schieden sich schon wieder die Ansichten der beiden Hauptparteien. Die Linke verlangte sofort energische Mittel zur Durchführung der Verfassung — Beeidigung des Militärs, Ausschreibung der Wahlen, Proclamationen an's Volk, um es zur „thatkräftigen Durchführung der Verfassung" aufzufordern u. dgl. m. — die Rechte wollte es vorderhand noch mit sanfteren, „persuasiven" Mitteln versuchen. Die Mehrheit entschied sich für letztere; doch ging man bereits einen Schritt über den

strengformalen Rechtsboden der Versammlung hinaus, indem man die Regierungen aufforderte, „von ihrem Rechte der Vertagung und Auflösung ihrer Ständeversammlungen im gegenwärtigen Augenblick keinen Gebrauch zu machen.“ Dieser Beschluß, zuerst beantragt von einem Mitgliede des Ministeriums und bevorwortet von mehreren entschieden conservativen Männern der Rechten, entsprang offenbar aus der Ansicht, daß der Volkswille in dieser Sache eine entscheidende Stimme zu fordern berechtigt sei, daß er zur Geltung kommen müsse, daß die Regierungen im Unrecht seien, wenn sie ihm diese Geltung verweigerten.

Die Erwiderung auf den Beschluß vom 26. April war von Seiten der renitenten Regierungen die Auflösung der Kammern in Berlin, Hannover und Dresden. Die Nationalversammlung sprach am 30. April ihre Mißbilligung über dieses Verfahren aus, forderte die betreffenden Regierungen zur schleunigen Vornahme von Neuwahlen auf und richtete an die noch übrigen gesetzlichen Organe in den gedachten Staaten die Mahnung, „den Willen des Volkes in der deutschen Verfassungssache offen, muthig und schleunig kundzuthun.“ An die Anerkennung der Reichsverfassung, wie sie in dem Beschluß vom 26. April nochmals von den renitenten Regierungen gefordert ward, war natürlich nicht zu denken; die deshalb abgesandten Reichscommissäre wurden entweder nicht empfangen oder erhielten schnöde Abfertigungen. So war man am 4. Mai

(wo das Reichsministerium über den Erfolg seiner Bemühungen für Durchführung der Beschlüsse vom 26. April berichten sollte) um keinen Schritt weiter als vorher, ausgenommen, daß man nun ganz bestimmt wußte: es bestehe ein systematischer und höchst wahrscheinlich genau verabredeter Widerstand der größeren Regierungen gegen die Anerkennung der Reichsverfassung.

Unter diesen Umständen erschien ein weiterer Schritt zur Durchführung der Verfassung, gegenüber jenem Widerstande, auch der gemäßigten Partei der Nationalversammlung als nothwendig. Nach mehrfachen Vorberathungen darüber in engeren Kreisen, denen auch von den Reichsministern und von den Bevollmächtigten der verfassungstreuen Staaten mehrere beiwohnten, kam der Wydenbrugksche Antrag, als Ausdruck der Entschließungen der conservativen Majorität oder der sogenannten Weidenbuschpartei, zu Stande. Dieser Antrag setzte den Zusammentritt des ersten Reichstags auf den 15. August fest und verordnete die Ausschreibung der Wahlen dazu für den 15. Julius; traf ferner Vorkehrungen für den Fall, daß nicht alle deutsche Staaten schon auf diesem ersten Reichstag vertreten sein sollten, hielt jedoch ausdrücklich für Preußen, auch bei erst später erfolgendem Zutritt, die oberste Stelle im Bundesstaat offen. Gleichzeitig enthielt der Antrag eine Aufforderung an „die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk",

„die Verfassung des deutschen Reiches vom 28. März zur Anerkennung und Geltung zu bringen.“

Die Idee, welche diesem Antrage zu Grunde lag, war folgende: man wollte durch Ausschreibung der Wahlen zum Reichstag der Agitation für die Verfassung ein bestimmtes Ziel und einen neuen Schwung geben; man hoffte, daß die Volksstimme in den einzelnen Staaten die Regierungen zwingen werde, die angeordneten Wahlen zu vollziehen, soweit Dies nicht freiwillig geschähe; man glaubte, diese Bewegung werde so stark sein, daß keine Regierung sich ihr entziehen und die Beschickung des Reichstages verweigern könnte. Man nährte also absichtlich die Bewegung für die Verfassung, indem man ihr einen neuen Stoff, einen neuen Zielpunkt gab; man ermunterte, man legitimirte sie. Man stellte sich dabei (laut den Erwägungsgründen des Antrags) ausdrücklich auf einen Standpunkt „über dem geschriebenen Rechte“, auf den Standpunkt der politischen Nothwendigkeit, welcher „bei dieser Lage Deutschlands der Gesammtvertretung der Nation das Recht giebt und die Pflicht auferlegt, die Existenz des gemeinsamen Vaterlandes zu sichern und zu thun, was dasselbe allein zu retten vermag“; man erklärte für den eigentlichen Rechtsboden, worauf die Nationalversammlung und die Nation selbst fortan stehe, die von der erstern beschlossene und verkündete Verfassung, und man erkannte an, „daß, wenn nach dem Abschluß der deutschen Verfassung die Nationalversammlung sich auflösen

wollte, sie den ihr vom deutschen Volk unter Zustimmung der Regierungen ertheilten Auftrag nur zur Hälfte erfüllen würde, indem die neue Constituirung Deutschlands nicht mit dem Ausarbeiten einer Verfassung, sondern erst dann bewirkt ist, wenn Deutschland in Wirklichkeit unter der beschlossenen Verfassung geeinigt ist."

Hiermit war abermals, und zwar auf sehr entschiedene Weise, das Princip der thatkräftigen Durchführung der Verfassung anerkannt und die Bahn des blos vertrauensvollen Abwartens der freien Zustimmung der Regierungen verlassen. Mit Recht machte damals ein hochgeachtetes Mitglied der conservativen Partei, Herr v. Beckerath, darauf aufmerksam, daß es nur zwei Wege für die Versammlung gebe, um ihr ferneres Verhalten in Bezug auf die Verfassung zu regeln. Der eine Weg sei der der Resignation: diesem folgend, müsse die Versammlung, nachdem nun alle Mittel friedlicher und streng gesetzlicher Agitation für die Anerkennung der Verfassung erschöpft seien, ihr Mandat niederlegen, sich auflösen und ihr Werk, die Verfassung, dem Volk und der Zukunft überantworten. Jeder andere Weg, sobald man jenen verlasse und selbstthätig Hand anlege zur Durchführung der Verfassung, führe nothwendig zur Revolution, zur Ueberschreitung der gesetzlichen Befugnisse der Versammlung, und weiter dann, in unvermeidlicher Consequenz, zur Ergreifung ge=

waltsamer Maßregeln — denn auf halbem Wege könne man nicht stehen bleiben.

Die conservative Mehrheit verschmähte jenen erstern und beschritt diesen letztern Weg. Beckerath trat aus. Man kann diesen Austritt Beckeraths vom Gesichtspunkte des Patriotismus aus tadeln, ja, man muß es nach meiner Ueberzeugung; aber man muß zugestehen, daß Beckerath mit großer Consequenz die scharfe Grenzlinie zog, über welche hinaus er auch nicht um eines halben Schrittes Länge sich fortreißen ließ. Andere waren so consequent nicht; sie stimmten dem Beschluß in allen Punkten bei, nachdem sie nur hinsichtlich des ersten Punktes, der Aufforderung an das Volk, sich dahin verwahrt hatten, daß diese Aufforderung zur Durchführung der Verfassung lediglich „gesetzliche Mittel" im Auge habe.

Also die Mehrheit der conservativen Mitglieder blieb und stimmte für den Wydenbrugkschen Antrag, unbekümmert, wie es schien, um dessen Consequenzen. Sie glaubten ihre streng gesetzliche und friedliche Gesinnung hinlänglich zu documentiren, indem sie alle weiter gehende Anträge der Linken — Vereidigung des Militärs und der Beamten auf die Verfassung, Aufstellung eines Reichsheeres, Erwählung eines Reichsstatthalters, Aufforderung an die Stände der Einzelstaaten, kraft eigenen Rechts die Verfassung durchzuführen u. s. w. — entschieden von der Hand wiesen. So zog man sich fast eine Woche lang in der rein

passiven Stellung eines steten Verneinens hin. Unterdessen ging die Bewegung außerhalb ihren Gang fort. In Sachsen begann eine tiefgreifende, aber durchaus friedliche und würdig gehaltene Agitation für die Verfassung; in der Pfalz nahm die gleiche Bewegung, entsprechend dem erregteren Charakter der Bevölkerung und den eigenthümlichen Verhältnissen des Landes, gleich von vornherein einen hastigeren Schwung. Von der andern Seite schritt die Reaction gegen die Verfassungsbestrebungen nicht minder rasch und entschieden vorwärts. Die preußische Regierung trat nun offen hervor mit der Zurückweisung der Verfassung und der auf Grund derselben dem König dargebotenen Krone; sie lud die übrigen Regierungen zur Vereinbarung einer Gegenverfassung nach Berlin ein; sie sprach endlich den entschiedenen Willen aus, jede Erhebung, welche zur Durchführung der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung erfolgen möchte, sowohl im eigenen Lande als in den andern deutschen Staaten mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Hiermit griff die Regierung Preußens in die Befugnisse der Centralgewalt ein und maßte sich ein Recht der Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten an, welches selbst nach der alten Bundesverfassung keinem einzelnen Staate, nicht einmal auf Anrufen der Regierung des andern Staates, vielmehr einzig und allein der Bundesversammlung zustand. Denn der Beschluß vom Jahr 1830

und ein anderer vom März vorigen Jahres waren beide, da sie weder in der Bundesakte noch in der Schlußakte ihre Begründung fanden, bloße Ausnahmebeschlüsse, als solche aber durch einen spätern Bundesbeschluß (vom April v. J.), welcher sämmtliche Ausnahmegesetze aufhob, außer Kraft gesetzt. Ebenso stellte sich die preußische Regierung außerhalb des gesetzlichen Bodens, indem sie nicht etwa alle Regierungen, sondern nur die, „welche dazu geneigt wären", zur Vereinbarung einer Verfassung für Deutschland nach Berlin einlud, da doch (abgesehen von der verfassunggebenden Befugniß der Nationalversammlung, welche die Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April v. J. derselben übertrugen) auch nach altem Bundesrecht organische Beschlüsse und Verfassungsänderungen nur mit Einstimmigkeit sämmtlicher Bundesregierungen zu Stande kommen konnten. Der Ausweg, den man später ergriffen hat, diese Verfassung nur als einen freien Vertrag einzelner deutscher Staaten, nicht als eine für ganz Deutschland gegebene zu betrachten, war damals noch nicht gefunden, sonst hätte man nicht die Absicht aussprechen können, diese Verfassung auch mit der Nationalversammlung — welche das Organ für ganz Deutschland war — zu vereinbaren.

Die verfassungstreuen Regierungen erklärten, eine nach der andern, daß sie die Berliner Conferenz nicht beschicken, vielmehr an der einmal anerkannten Verfassung festhalten

würden, und gegen jene andere Anmaßung Preußens, durch welche es sich eigenmächtig zum Reichspolizeimeister für ganz Deutschland machte, ward von der Centralgewalt förmlich protestirt. Leider konnte alles Dies das Vorschreiten jener preußischen Politik nicht hemmen, welche schon ihren Fuß in das Nachbarland Sachsen setzte. Man hat des Einrücken preußischer Truppen nach Sachsen als eine für Herstellung der gestörten Ruhe und für Unterdrückung der Anarchie nothwendige, durch nachbarliche Rücksichten und durch ausdrückliche Anrufung seitens des Königs von Sachsen gebotene Bundeshülfe darzustellen versucht. Ich gebe zu, daß in dem Momente, wo jene Hülfe eintrat, sie allerdings nothwendig war und den Gesetz und Ordnung liebenden Bürgern willkommen sein mußte — allein die Art, wie sie zum voraus angeboten und angenommen war, hat selbst erst zum großen Theil jene furchtbare Katastrophe hervorgerufen, welche Sachsen in tiefe Trauer stürzte und die sächsische Dynastie mit dem schwer wieder zu tilgenden Haß ihres Volkes belastete. Hätte der König von Sachsen sich nicht, Preußen gegenüber, zum Widerstand gegen die Verfassung verpflichtet (wie man Dies, und wohl nicht ohne Grund, annimmt), hätte er nicht dafür die Zusage jeder zur Unterstützung dieses Widerstandes nöthigen Hülfe empfangen, nimmermehr wäre er in seiner unbeugsamen Weigerung, den Wünschen seines Volkes, den Anträgen seiner Stände, den dringenden Mahnungen der Mehrzahl

seiner constitutionellen Rathgeber nachzugeben, so weit gegangen, als er wirklich ging, und so wäre auf dem Wege friedlicher Agitation das Ziel gerechter Volkswünsche diesmal ebenso unblutig erreicht worden, wie im vorigen Jahr, wo man — obgleich damals noch das alte System herrschte — dennoch es zu einem solchen Aeußersten nicht kommen ließ. Wenn es Thatsache ist, daß der König den inständigen Bitten der Mehrzahl seiner Minister wegen Annahme der Verfassung bereits so weit nachgegeben hatte, daß letztere fest auf seine Zustimmung rechneten und nur in dieser Erwartung ihre Einwilligung zur Auflösung der Kammern gaben, um dem König die von ihm gewünschte Freiheit des Entschlusses zu verschaffen; wenn es wahr ist, daß das Dekret wegen Verkündigung der Verfassung bereits fertig und schon zum Theil gedruckt war, als, unmittelbar nach Ankunft eines diplomatischen Agenten von Berlin, plötzlich Befehl gegen die Publication erging; wenn es wahr ist, daß der König, als die Deputirten von Dresden und Leipzig ihn dringend, ja fußfällig baten, doch nachzugeben und dadurch dem schon entbrannten Kampfe ein Ende zu machen, schwankend und mit sich selbst uneins ausrief: „kann ich denn noch nachgeben?“ daß er aber nach kurzer Bedenkzeit erklärte: „ich kann es nicht!“ wenn alles dies sich so verhält, wie es von glaubwürdigen Männern erzählt wird, so ist hier augenscheinlich mit dem Wohl des Landes und den Interessen des Königthums ein bedenkliches Spiel

gespielt worden, und, was auch die Volkserhebung in Sachsen in ihrem blutigen und leider von so vielen unreinen Elementen getrübten Verlaufe verschuldet hat, die erste Schuld ist und bleibt jene, welche, indem sie die friedliche Agitation in allen ihren Formen und Abstufungen kalt und eigenwillig zurückstieß, der gewaltthätigen Erhebung Anlaß und Vorwand gab, die guten Bürger von der sofortigen Unterdrückung der schlechten Elemente abhielt und Tausende von Landeskindern verführte, an einem Kampf Theil zu nehmen, der, mochten die eigentlichen Absichten seiner Anstifter und Leiter sein, welche sie wollten, jedenfalls aus jenen zu Tage liegenden fremden Einflüssen einen Schein sittlicher Berechtigung zog.

Ich mußte diese sächsischen Zustände ausführlicher besprechen, weil sie einer der Hauptwendepunkte für die Stellung der Parteien in der Paulskirche wurden. Während täglich furchtbarere Nachrichten von dem unglücklichen Dresden anlangten, während ein Abgesandter nach dem andern aus Sachsen eintraf, um den Schutz und die Vermittlung der Centralgewalt und der Nationalversammlung anzurufen, während auf der andern Seite der preußische Staatsanzeiger die Beschlüsse der Versammlung vom 4. Mai schon als revolutionäre bezeichnete und die preußischen Behörden anwies, den Folgen derselben mit Nachdruck zu begegnen, griff gleichzeitig die Bewegung für die Verfassung in der bayerischen Pfalz, in Rheinland und West-

phalen immer weiter um sich, richteten auch von dort die Blicke sich vertrauensvoll nach Frankfurt, mit Sehnsucht erwartend, daß von hier aus das leitende und maßgebende Wort für die Verfassungsbestrebungen des Volkes gesprochen werde.

Die Linke drängte von neuem auf entscheidende Schritte; die Rechte widerstand zwar noch immer, allein schon machte sich bei Vielen in ihren Reihen, und zwar selbst bei sehr conservativen Männern, täglich lebhafter das Gefühl geltend, daß es so nicht länger gehe, daß man nicht immerfort nur verneinen könne, daß man eine bestimmte Stellung einnehmen, ein positives System des Handelns aufstellen müsse. Auch das Ministerium fühlte diese Nothwendigkeit und trat mit seiner Partei über das, was zu thun sei, in wiederholte ernste Berathungen. Das Ergebniß dieser Berathungen war einerseits jenes Programm, dessen Nichtannahme seitens des Reichsverwesers den definitiven Rücktritt des Ministeriums Gagern zur Folge hatte, andererseits ein diesem Programm im Wesentlichen sich anschließender Antrag, den eine Commission der Weidenbuschpartei in deren Auftrag entwarf. Zwei Punkte waren in beiden Documenten enthalten, dort milder, hier schärfer formulirt: die entschiedene Abwehr jedes einseitigen Einschreitens der Regierung eines Staates in die Verhältnisse eines andern Staates „zur Unterdrückung etwaiger Bewegungen zum Zwecke der Anerkennung der Reichsverfassung"

(wie es in dem ministeriellen Programm ausdrücklich heißt), und sodann die in Aussicht gestellte „Vermittlung" der Centralgewalt für Anerkennung der Verfassung, neben der ihr gleichfalls zur Aufgabe gemachten Unterdrückung anarchischer Bestrebungen, wo solche unter der Firma der Verfassung vorkämen.

Das ministerielle Programm ist seiner Zeit zur Oeffentlichkeit gebracht worden, nicht so der Antrag der Weidenbuschpartei in der ursprünglichen Fassung, in welcher er am Morgen des 9. Mai in der allgemeinen Parteiversammlung fast ohne Widerspruch genehmigt und auch von den Mitgliedern des Ministeriums gebilligt ward, welche letztere, nach Verwerfung ihres Programms von Seiten des Reichsverwesers, sich diesem Antrag anzuschließen bereit waren. Dieser ursprüngliche Antrag lautete: „Die Centralgewalt sei aufzufordern 1) da, wo in Folge der Verkümmerung oder Nichtbeachtung des auf Anerkennung der Reichsverfassung gerichteten Volkswillens Ruhestörungen vorkommen, die gestörte Ordnung wiederherzustellen und der entstandenen Bewegung, sofern dieselbe auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung oder gegen die Grundlagen der Gesellschaft gerichtet sein sollte, mit allem Ernst zu begegnen, dagegen aber auch, zur Vermittlung eines dauernden Friedenszustandes, mit gleicher Kraft und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf zu dringen, daß dem gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen

in Bezug auf die Anerkennung der Reichsverfassung die ihm gebührende Geltung nicht länger verweigert werde; 2) jedem Eingriff von Seiten eines Einzelstaates in die Befugnisse der Centralgewalt, namentlich auch dem unbefugten militärischen Einschreiten der preußischen Regierung in andere deutsche Staaten, mit Entschiedenheit entgegenzutreten."

Hier war also der ordnungstiftenden Thätigkeit der Centralgewalt gegenübergestellt als gleichberechtigt und gleichverpflichtet das thatkräftige Eintreten derselben für die Anerkennung der Reichsverfassung, wo solche von dem auf gesetzliche Weise kundgegebenen Volkswillen begehrt werde. Wenn die Worte: „mit gleicher Kraft und allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln" nicht ein leeres Gerede sein sollten, so mußte die Centralgewalt die Anerkennung der Verfassung, sobald irgendwo der Volkswille in allen constitutionellen Formen sich dafür ausgesprochen hatte, gegen die einseitig widerstrebende Regierung nöthigenfalls selbst mit Zwang durchsetzen, mindestens insoweit, daß sie mit ihrer Autorität auf die Seite des Volkes trat und den Widerstand der Regierung für unberechtigt erklärte. Wollte man Dies nicht, so war Alles blos Phrase und Schein; denn, wie weit man mit den lediglich „persuasiven" Mitteln komme, hatte man ja an den Folgen des Beschlusses vom 26. April hinlänglich erfahren. Es ward ferner in jenem Antrage das eigenmächtige Einschreiten Preußens als „un-

befugt" zurückgewiesen — ganz in Uebereinstimmung mit dem Protest, welchen schon das Reichsministerium im Namen der Centralgewalt dagegen eingelegt hatte. Daß durch alles dies die Grenze der blos persuasiven Mittel zur Durchführung der Verfassung überschritten und ein Standpunkt eingenommen ward, auf welchem man allenfalls auch bereit sein mußte, der unbefugten Gewalt von der andern Seite Gewalt entgegenzusetzen — diese Bedeutung und Consequenz wird man jenem Antrage niemals absprechen können, zumal wenn man hinzunimmt, daß derselbe vorzugsweise unter dem Eindruck und im Hinblick auf die sächsischen Vorgänge entstand, deren Auffassung in dem Sinne, wie ich sie oben gab, dabei entschieden maßgebend war.

In der Abendversammlung der Weidenbuschpartei am 9. Mai ward nun aber dieser, am Morgen bereits gutgeheißene Antrag durch allerhand Einwände und Abänderungen auf's Neue in Frage gestellt. Insbesondere drang ein Theil der Versammlung, meist Preußen, auf Entfernung der Bezeichnung „unbefugt" in Betreff des militärischen Einschreitens eines Staates in den andern, sowie der ausdrücklichen Erwähnung „Preußens" an dieser Stelle. Vergebens ward ihnen vorgestellt, daß die Sache ja doch, so oder so, ganz dieselbe bleibe und es nur als eine der Nationalversammlung nicht würdige Halbheit erscheinen müsse, wenn man Das nicht offen sage, was man doch ganz handgreiflich meine. Vergebens ward darauf

aufmerksam gemacht, daß diese übelangebrachte Rücksicht-nahme, wenn sie den einen Theil der Partei zufriedenstelle, ebenso gewiß einen andern Theil zurückstoßen, ja vielleicht ihn dem ganzen Antrag abwendig machen werde. Umsonst! Die Rücksichtsvollen siegten; der Antrag ward nach allen Seiten hin abgeschwächt und seiner entschiedenen Haltung entkleidet.

Dieser so eben geschilderte Verlauf der Verhandlungen über den Antrag war es hauptsächlich, was den entschiedeneren Theil der Weidenbuschpartei verletzte, weil man darin den Beweis zu finden glaubte, daß die Mehrheit der Partei es mit dem thatkräftigen Auftreten für die Verfassung und gegen die preußische Reaction nicht ernstlich meine, daß sie zwar den Schein annehme, etwas thun zu wollen, daß sie aber im Grund ihres Herzens nicht gesonnen sei, wirklich etwas Entschiedenes in dieser Richtung zu unternehmen. Aus diesem Gefühle des Verletztseins durch die Halbheit der Partei, aus dem Bedürfnisse, die Consequenzen der bisherigen Beschlüsse der Majorität in Bezug auf die Durchführung der Verfassung ernstlich und aufrichtig zu ziehen und eine entschiedene Stellung zu der Verfassungsbewegung außerhalb zu gewinnen — aus diesen Motiven ging jene Ausscheidung eines Theils der Weidenbuschpartei hervor, welche zunächst am 10. Mai in der Abstimmung über den Reden'schen Antrag zu Tage trat. Die ausscheidende Fraction stimmte für den Redenschen Antrag (obgleich seine

Fassung die Wenigsten befriedigte), weil sie für den Antrag der Weidenbuschpartei nach den erwähnten Vorgängen und der damit vorgenommenen Umwandlung nicht mehr stimmen konnte, während sie gleichzeitig — und das sollte man nicht vergessen! — den Simon-Vogtschen Antrag, welcher die Erhebungen in der Pfalz und in Sachsen mit Stumpf und Stiel in Schutz nahm und legitimirt wissen wollte, also auch deren anarchische Elemente mit inbegriffen, entschieden zurückwies und dessen Zurücknahme bewirkte. Daß man sich nicht über eine angemessenere Fassung unter sich und mit den übrigen Elementen der bisherigen Majorität verständigte, kam daher, daß die Majorität eine Aussetzung der Verhandlungen, nachdem die Verwerfung des ministeriellen Programms und der definitive Rücktritt des Ministeriums angekündigt sein würde, beantragen wollte und durchzusetzen hoffte. In dieser Erwartung war in der Berathung im Weidenbusch am Morgen des 10. Mai die definitive Entschließung über das nun einzuhaltende Verfahren verschoben und von Seiten der dissentirenden Minderheit nur vorläufig angekündigt worden, daß sie dann auch über den Standpunkt, den sie mit Rücksicht auf die neuesten Vorgänge in und außerhalb der Versammlung einzunehmen gedenke, sich aussprechen werde. Der Antrag auf Aussetzung unterblieb, weil man, dem heftigen Widerspruch der Linken gegenüber, nicht den Schein einer absichtlichen Verzögerung der schon mehrmals vertagten Entschei-

dung auf sich nehmen wollte, und so erfolgte die Beschluß-fassung, ohne daß man zuvor zu einer nochmaligen Verständigung Zeit hatte.

So viel zur Entkräftung des Vorwurfes, als ob die dissentirende Fraction der Weidenbuschpartei ihren bisherigen Parteigenossen gar keine Mittheilung von ihrer veränderten Richtung gemacht hätte. Was den Gegenstand der Spaltung selbst, den Redenschen Antrag vom 10. Mai, betrifft, so hat man diesen als einen ungeheuerlichen, den gesetzlichen Rechtsboden gänzlich verlassenden, revolutionären verschrien. Wie gesagt: an der Form desselben mag Manches auszusetzen sein; gegen den Inhalt aber sollte man doch etwas weniger grimmig verfahren, da sich bei ruhiger Erwägung finden wird, daß die zumeist anstößigen Punkte des Antrages ihrer Substanz nach auch in dem Antrage der Weidenbuschpartei, selbst noch in dessen späterer, abgeschwächter Fassung enthalten sind.*) Denn auch

*) Diese spätere Fassung lautete so: „Die Nationalversammlung beschließt, die Centralgewalt aufzufordern: 1) Jeder Störung des Reichsfriedens, von woher sie auch komme, zu begegnen und demgemäß einen gewaltsamen Angriff gegen die Regierungen mit aller Kraft zurückzuweisen und die gestörte Ordnung wiederherzustellen, dagegen aber auch, zur Vermittelung dauernden Friedenszustandes, mit gleicher Kraft und allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf zu dringen, daß dem gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen in Bezug auf die Anerkennung der Reichsverfassung die ihm gebührende Geltung nicht länger verweigert werde; 2) jedem Eingriff von Seiten eines Einzelstaates in die Befugnisse der Cen-



dieser Antrag spricht von „Störungen des Reichsfriedens, von woher sie auch kommen", geht also von der Voraussetzung aus, daß solche auch von oben her kommen; er weist ferner das militärische Einschreiten eines Staates in den andern ohne Autorisation der Centralgewalt entschieden zurück, muß also doch ebenfalls dieses Einschreiten für „unbefugt" halten; er verlangt endlich, die Centralgewalt solle mit der gleichen Kraft, mit der sie Angriffe auf Regierungen zurückzuweisen habe, auch dem gesetzlich ausgesprochenen Volkswillen die ihm gebührende Geltung verschaffen. Ist damit wohl, dem Wesen nach, etwas Anderes gesagt, als in dem Redenschen Antrage? Ist damit nicht ebenfalls die preußische Intervention in Sachsen als unbefugt verurtheilt und der Centralgewalt ein activer Widerstand dagegen zur Pflicht gemacht? Ist nicht ferner in dem Antrage die Berechtigung des Volkswillens anerkannt, nicht blos sich in allen gesetzlichen Formen auszusprechen, sondern auch für diese seine Aussprüche Geltung zu verlangen? Worin also liegt der ungeheuere Unterschied zwischen dem Antrage von Beseler und Genossen und dem Redenschen, wenn nicht in der Form? Oder soll man ihn etwa darin suchen, daß die für den Beselerschen Antrag Stimmenden sich über die darin liegen-

---

tralgewalt, namentlich auch dem militärischen Einschreiten eines Staates in andere deutsche Staaten ohne Autorisation der Centralgewalt, mit Entschiedenheit entgegenzutreten."

den praktischen Consequenzen leichter täuschen konnten, während bei dem Redenschen diese Consequenzen allerdings unverhüllt und weniger leicht verleugbar zu Tage traten?

Ja, so war es in der That. Der Schritt, den die Majorität der Weidenbuschpartei durch den Antrag von Beseler und Genossen zu thun im Begriff stand, war ein durch die Gewalt der Ereignisse und durch ein gewisses Gefühl sittlicher und logischer Consequenz ihr aufgedrungener; sie that diesen Schritt wie Einer, der auf einer abschüssigen Bahn vorwärtsgestoßen wird, sich aber dabei mit aller Kraft rückwärts wirft, um ja nicht weiter fortgerissen zu werden. Es war das Aeußerste, was zu thun sie sich nicht sowohl selbst bestimmte, als vielmehr bestimmen ließ — nicht aber war es der Anfang einer wahrhaft neuen Politik, durch welche man sich entschlossen hätte, den Bann der bisher befolgten Politik des Wartens und Zögerns entschieden zu durchbrechen. In diesem letztern Sinne ward dagegen die Entscheidung des 10. Mai von der Minderheit des Weidenbuschvereins — der fortan im Nürnberger Hof vereinigten Fraction — aufgefaßt. Sie glaubte den Augenblick gekommen, wo man eine entschiedenere Stellung, als bisher, zu der gesammten Verfassungsbewegung einnehmen müsse, wenn man nicht überhaupt den Gedanken einer Durchführung der Verfassung gänzlich aufgeben und auf den schon vor dem 4. Mai von Beckerath empfohlenen,

von der conservativen Mehrheit aber verschmähten Weg der Resignation zurückgehen wolle. Die Abstimmung am 10. Mai war somit nicht die Ursache, sondern blos das Symptom einer tieferen principiellen Scheidung, welche die bisherige Majorität spaltete und den Anfang einer neuen Combination der Parteien bezeichnete.

Während bereits diese Scheidung begonnen hatte, an jenem verhängnißvollen Abend des 9. Mai, nach dem Schlusse der Weidenbuschversammlung, kamen von Seiten der Linken zuerst an Einzelne, am folgenden Morgen an die Partei selbst Anträge auf ein gemeinsames Handeln in so bedrängten und drängenden Verhältnissen. Es ward vorgestellt: die Linke (getrennt von der äußersten Linken) sei entschlossen, sich an die gemäßigte Partei anzuschließen, sobald nur diese mit ihr Hand in Hand gehe; sie sehe ein, daß für sich allein sie die Bewegung zwar wohl hervorrufen, nicht aber bewältigen und zu einem gedeihlichen Ende führen könne, daß sie vielmehr in solchem Falle nothwendig bald überrannt werden müsse von jener äußersten Linken, während, wenn die Gemäßigten mit ihr gingen, man die Mittelklassen für sich haben und dadurch die Bewegung in eine zugleich erfolgreichere und gemessenere Bahn leiten werde.

Solchen Anträgen sich von vornherein zu verschließen, erschien vielen aufrichtig conservativen Mitgliedern der Weidenbuschpartei als eine Gewissenssache. War es denn

nicht begründet, daß die Nationalversammlung, und zwar auch deren conservative Mehrheit, die Bewegung für die Verfassung ermuthigt, genährt, autorisirt hatte? Hatte man nicht durch die Beschlüsse vom 11., 26. April und 4. Mai eine Bahn betreten, auf welcher plötzlich stehen zu bleiben unmöglich war, ohne auch die bisher gethanen Schritte als unberechtigte zu verdammen? War man nicht schon viel zu weit gegangen, wenn man nicht noch weiter gehen wollte? Konnte man es verantworten, die Bewegung, nachdem man sie entzündet, nun sich selbst schutz- und leitungslos zu überlassen und dadurch schuld zu sein, daß sie entweder kraftlos in sich zusammenbreche oder, was weit mehr zu befürchten, daß sie in unreine Hände falle und ausarte? Durfte man selbst die der Verfassung beigetretenen Staaten hülflos ihrem Schicksal überlassen, welches sie entweder zu einer Beute für die größern Staaten oder zum Tummelplatz einer regellosen Bewegung in ihrem eigenen Innern, beim gerechten Widerstand der Bevölkerungen gegen Uebergriffe der verfassungsfeindlichen Regierungen, zu machen drohte? Hatte man endlich nicht sehr ernste Verpflichtungen gegenüber dem sittlichen und dem Rechtsgefühl der Nation, welches man nicht verwirren und vergiften lassen durfte durch die gewaltsame und eigenmächtige Wiederaufhebung oder Verdrängung einer Verfassung, die von der Nationalvertretung, von den Regierungen und den Gerichten der 29 Staaten als rechtsgültig

anerkannt und gehandhabt worden war? Wenn die gemäßigte Partei noch in diesem Momente die Bewegung in die Hand nahm, wenn sie dieselbe einerseits durch die Autorität der Nationalversammlung unterstützte, andererseits mit fester Hand auf der rechten Bahn zum alleinigen Ziel der Verfassung erhielt und vor Ausschreitungen bewahrte, wenn sie durch ihr Vorangehen den Mittelstand zur Theilnahme an der Bewegung ermuthigte und durch diese wiederum die schlechten Elemente, die sich jeder solchen Bewegung beizumischen pflegen, beherrschte und niederhielt — so war es wenigstens möglich, daß die Bewegung, von Gewaltthätigkeiten fern, schon durch ihre imposante Haltung ihr Ziel, die Anerkennung der Verfassung in allen deutschen Ländern, erreichte, während es so gut wie gewiß war, daß, von der gemäßigten Partei aufgegeben und sich selbst überlassen, die Bewegung jenes Ziel verfehlen und grenzenloses Unheil nach allen Seiten anrichten würde.

Der Gang, den man zu nehmen hatte, wenn man die Bewegung im Sinne der gemäßigten und streng verfassungstreuen Partei in die Hand nehmen wollte, erschien durch die Verhältnisse und Ereignisse selbst vorgezeichnet. In 29 deutschen Staaten war die Verfassung von Regierung und Volk anerkannt; hier bestand also schon ein Rechtsboden, den man zu vertheidigen, auf den man sich zu stützen hatte. Aus diesen 29 Staaten mußte sofort ein fester Kern gebildet, es mußten deren militärische und

materielle Kräfte organisirt und in einer Hand vereinigt werden. Man mußte den Bevölkerungen dieser Staaten die Garantie geben, daß nicht etwa ihre Regierungen durch Lockungen oder Einschüchterungen von Seiten der größern Staaten sich wieder der Reichsverfassung abtrünnig machen lassen würden. War Dies geschehen, dann konnte und mußte man mit der gleichen Energie diese verfassungstreuen Regierungen gegen unbefugte Anmuthungen übelwollender Agitatoren, gegen verfassungswidrige Bewegungen in ihren Ländern in Schutz nehmen. Man konnte Dies um so leichter, weil solchen Bewegungen aller Vorwand fehlte, und weil man befugt war, jede regellose Aufbietung der Volkskraft zu verhindern, sobald man diese Volkskraft auf geregeltem Wege organisirte und verwendete. Gegenüber den größeren Regierungen, welche die von der Nationalversammlung endgültig beschlossene Reichsverfassung nicht annehmen, vielmehr selbst eine solche octroyiren wollten, befand man sich offenbar im Zustand der Nothwehr. Hier galt es zunächst, die verfassungstreuen Staaten sowohl gegen einen directen Zwang, als auch gegen indirecte Zumuthungen solcher Art zu schützen. Sodann aber mußte man, gleichwie das preußische Kabinet seinen Willen kundgegeben und bethätigt hatte: die gegen die Reichsverfassung renitenten oder von ihr wieder abtrünnig werdenden Kabinette mit Waffengewalt zu unterstützen, so von hier aus die Bevölkerungen jener Staaten in ihren Kundgebungen für die als

rechtsgültig verkündete Verfassung gegen einen solchen Zwang von außen schützen und unterstützen, wie das ja laut dem ministeriellen Programm von dem Ministerium Gagern auch beabsichtigt worden war. Dabei verstand sich von selbst, daß die unreinen Elemente der Bewegung mit kräftiger Hand niedergehalten und daß die Erhebung überall streng in den Bahnen einer wirklich blos auf die Durchführung der Verfassung gerichteten, nicht aber republikanische oder anarchische Zwecke verfolgenden Bewegung erhalten werden mußte.

Die Richtigkeit dieser Grundsätze und die Statthaftigkeit eines solchen den Erhebungen für die Reichsverfassung zu gewährenden Schutzes ward von der conservativen Partei selbst und von ihrem Führer, dem Ministerpräsidenten v. Gagern (abgesehen von jenen Andeutungen des Programms) auch in einem concreten Fall anerkannt, indem am 15. Mai ein von Gagern selbst gutgeheißener Antrag Annahme fand, nach welchem die Nationalversammlung „die bayerische Rheinpfalz bei der in derselben zur Durchführung der Reichsverfassung entstandenen Bewegung unter den Schutz des Reichs stellte und die Centralgewalt aufforderte, sofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung dieses Schutzes, der allen Rechten und Interessen gebührt, zu treffen."

Der Erfolg einer Politik, wie ich sie so eben an-

gedeutet habe, hing wesentlich von zwei Bedingungen ab: einmal von einer kräftigen Betheiligung des Mittelstandes an der Verfassungsbewegung, sodann davon daß die Bewegung sich nicht in einzelnen Ländern überstürzte, in andern zurückblieb, daß sie vielmehr allerwärts möglichst gleichmäßig und stetig voranschritt. Von der Nationalversammlung aus konnte in beiderlei Richtung viel geschehen, wenn einerseits die ganze bisherige Mehrheit in diese Politik eintrat und der Bewegung den Stempel ihrer Autorität bei den Mittelklassen aufdrückte, wenn andererseits die Linke, statt die Bewegung einseitig zu schüren, ihren Einfluß bei den untern Klassen anwandte, um dieselben von Ausschreitungen zurückzuhalten und sie zur strengen Verfolgung der Bahn zu ermahnen, auf welcher die Mittelklassen ihnen vorangehen würden. In beiderlei Hinsicht wurden von der neuentstandenen Mittelpartei, dem Nürnberger Hof, die ernstesten und ausdauerndsten Anstrengungen gemacht. Insbesondere ward mit Herrn v. Gagern wegen dessen Betheiligung an jenem Plane lange und wiederholt unterhandelt. Die Linke selbst, oder wenigstens ihre einsichtsvolleren Führer, schien zu begreifen, daß nur mit Gagern an der Spitze die Bewegung einen Erfolg haben könne. Für die Partei des Nürnberger Hofs war Gagerns Führerschaft die Lebensbedingung ihres eigenen Mitgehens: mit ihm trug sie kein Bedenken, sich in die Bewegung hineinzuwerfen; ohne ihn und die ihm anhän-

genden conservativen Elemente in und außerhalb der Versammlung schien eine Fortleitung der Bewegung auf dem Wege, welchen allein jene Mittelpartei zu gehen entschlossen war, kaum möglich, vielmehr ein alsbaldiges Ueberschlagen derselben in eine Herrschaft der regellosen, anarchischen Elemente nur zu gewiß.

Die Unterhandlungen mit Hrn. v. Gagern führten zu keinem Resultate. Einigemal zwar schien er fast entschlossen, die ihm zugedachte Rolle zu übernehmen, allein bald traten wieder seine Bedenken dagegen in voller Kraft hervor, bis er zuletzt entschieden jedes Eingehen in die oben angedeutete Richtung verweigerte. Jene Bedenken Gagerns entsprangen theils einem tiefen, aus seiner edlen Natur und den bittern Erfahrungen dieses letzten Jahres wohl erklärbaren Widerwillen gegen die Männer der Bewegung und die Bewegung selbst, in welcher er, vielleicht zu einseitig, nur die schlechten, unreinen Elemente sah und von der er deshalb nur Unheil fürchtete, theils der Besorgniß, daß eine solche gegen Preußen gerichtete Bewegung den alten, kaum etwas vernarbten Preußenhaß und überhaupt den Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland von neuem aufwecken und dadurch das preußische Kaiserthum vollends unmöglich machen möchte (als ob dahin nicht leider schon die verkehrte und gewaltthätige Politik Preußens führte!), theils endlich einem Mißtrauen in seine eigene Kraft, dem Gefühl, nicht mehr Das zu sein, was er beim

Beginn der Bewegung im vorigen Jahre gewesen, dem Zweifel an seiner Popularität, welche er, gewiß mit Unrecht, durch die planmäßigen Verleumdungen der demokratischen Partei geschwächt, wo nicht vernichtet glaubte. Einigen Antheil an seinem Widerstreben hatte wohl auch der noch immer in ihm lebende Glaube an die Möglichkeit einer gütlichen Verständigung mit Preußen und einer friedlichen Lösung der unseligen Wirren. Wie viel nebenbei die Zusprache seiner politischen Freunde aus der Casinopartei dazu mitgewirkt, daß jene Bedenklichkeiten, wenn sie auch einmal besiegt schienen, immer wieder auflebten und zuletzt den Sieg davon trugen, bleibe dahingestellt. Daß nicht ein Mangel an Hingebung für die Sache der Freiheit und Einheit, noch viel weniger ein Mangel an Muth und Freudigkeit der Selbstaufopferung es war, was Gagern abhielt, dem an ihn ergangenen Rufe zu folgen und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, das könnte nur die jämmerlichste Verkleinerungssucht und der boshafteste Parteigeist in Zweifel ziehen, jener Parteigeist, dessen ekelhafte Begeiferungen, dessen rohe Ausbrüche gerade die größte Schuld daran hatten, wenn Gagerns edler Geist, verbittert, angewidert, entmuthigt von einer Bewegung sich abwandte, die er zum großen Theil in solch' unreinen Händen sehen mußte. Nicht die Gerechtigkeit des Kampfes gegen ungerechte Gewaltthat und freiheitsfeindliche Reaction war es, woran Gagern zweifelte; mehrfache Aeußerungen von ihm

deuten darauf hin, daß er unter Umständen, z. B. gegen eine mit Rußland verbündete Reaction, selbst eine neue Revolution für gerechtfertigt gehalten haben würde. Aber er glaubte nicht an die innere Berechtigung dieser Bewegung, an ihre sittliche Kraft und Reinheit, darum auch nicht an einen heilsamen, der Einheit und Freiheit Deutschlands günstigen Ausgang derselben. Ohne einen solchen Glauben aber läßt sich eine Bewegung weder machen noch leiten.

Inzwischen hatte freilich auch in der That die Bewegung in manchen Theilen Deutschlands eine Richtung genommen, die es zweifelhaft machte, ob mit solchen Elementen noch Etwas für die Verfassung auszurichten sei. In Baden fand ein Ausbruch statt, zwar theilweise unter der Firma der Reichsverfassung, aber offenbar zu ganz andern Zwecken. Hier sowohl wie in Rheinbayern nahm die Bewegung einen wesentlich republikanischen Charakter an, wenn schon man die förmliche Proclamation der Republik zur Zeit noch unterließ. Auch in Elberfeld und Iserlohn hatten sich fremdartige, communistische Elemente der Bewegung für die Verfassung beigemischt, und diese war dadurch erstickt worden.

Die Linke in der Paulskirche, welcher man solche Erscheinungen vorwurfsvoll entgegenhielt, gab diesen Vorwurf der gemäßigten Partei zurück, deren zaudernde und passive Politik, wie sie sagte, das Ausarten der Bewegung verschulde. Doch konnte man nicht verkennen, daß die

Linke selbst theils unter sich über das jenen Ereignissen gegenüber einzuhaltende Verfahren uneins war, theils sich täuschte oder getäuscht ward, theils aber auch Andere über ihre eigentlichen Absichten täuschen wollte. Die Klügern begriffen wohl, daß mit solch vereinzelten und regellosen Bewegungen wie in Baden der Sache der Freiheit und Einheit im Ganzen nur geschadet werde; sie drangen daher fortwährend auf Mäßigung, auf Annäherung an die Mittelpartei, und opferten diesem Zweck manchen Antrag in der Versammlung, den sie von ihrem Standpunkt aus gern durchgesetzt hätten. Andere, die Fanatiker des Princips, konnten es zu einer solchen Selbstüberwindung nicht bringen, sondern gingen schnurstracks auf ihrem Wege fort von Consequenz zu Consequenz. Das Schlimmste war, daß die ganze Partei beinahe willenlos vorwärtsgerissen ward von der zwar kleinen, aber entschlossenen Schaar der Revolutionäre von Profession, denen der Aufstand um des Aufstandes, die Unordnung um der Unordnung willen lieb und erwünscht ist, die das Volk rastlos hetzen und stacheln und gar leicht in dessen Augen sich als die allein getreuen und muthigen Vorfechter der Volkssache, jene Andern aber, die etwas gemäßigtern Demokraten, als Feiglinge oder Abtrünnige darzustellen wissen. Solche Angriffe auf ihre Popularität ruhig über sich ergehen zu lassen, diesen Muth hatten auf die Länge nur Wenige. Die Meisten verfielen wieder in ihre alte Ungeduld des Vorwärtsdrängens; die

angebahnte Verbindung mit der Mittelpartei fing an, ihnen lästig zu werden, weil sie sich dadurch nur gehemmt und gezügelt fühlten, und, je mehr die Hoffnung auf eine allgemeine und siegreiche Verfassungsbewegung über ganz Deutschland schwand, je mehr die conservative Partei in und außerhalb der Paulskirche von dieser Bewegung sich zurückzuziehen oder doch nur schwach und ohne die rechte Hingebung sich daran zu betheiligen schien, um so stärker trat für die Linke der Gedanke in den Vordergrund, daß man sich ganz auf die Erhebung in Süddeutschland stützen und von da aus den Norden „erobern" müsse — ein Gedanke, der ja ohnehin mit den geheimen Wünschen dieser Partei, welche sich stets mehr den republikanischen Gesinnungen des Südens, als den monarchischen des Nordens zugeneigt hatte, trefflich übereinstimmte. So bedingte Eines das Andere. Die spröde Zurückhaltung der conservativen Majorität und ihrer Führer warf die Bewegung fast gewaltsam nach der andern Seite hin, in die Hände der Agitatoren von Profession; die Energie, meinte man, müsse ersetzen, was der Sache an der allgemeinen Betheiligung aller Parteien abgehe. Umgekehrt aber zogen sich die Conservativen nur um so ängstlicher von der Bewegung zurück, einen je rascheren Schwung diese nahm. Das Mißtrauen der Linken gegen die Constitutionellen, von denen sie glaubten, sie meinten es nicht ehrlich mit der Durchführung der beschlossenen Verfassung, sie wünschten

selbst deren Beseitigung durch eine mehr im conservativen und strengmonarchischen Geist verfaßte, dieses Mißtrauen fand sein natürliches Gegenspiel in dem Argwohn der Constitutionellen, daß die Linke nur zum Schein für die Reichsverfassung, in der That aber für die Republik agitire. Vielleicht war der eine wie der andere Verdacht ebenso ungerecht im Ganzen, wie gerecht im Einzelnen.

Die schwierigste Stellung hierbei hatte jene Mittelpartei des Nürnberger Hofes mit ihrem wohlgemeinten, aber erfolglosen Versuch, eine Annäherung zwischen der conservativen und der radicalen Partei und ein gemeinsames Wirken beider für Durchführung der Verfassung zu vermitteln. Ihre bisherigen Freunde, die Conservativen, ließen sie im Stich, indem sie entschieden jede fernere Betheiligung an der Bewegung verweigerten und sich streng auf den Standpunkt der „friedlichen" Agitation mit lediglich „persuasiven" Mitteln zurückzogen — als ob sie diesen Standpunkt nicht schon längst durch ihre Beschlüsse vom 26. und 30. April, vom 4. und 15. Mai verlassen hätten! Es herrschte unter den Conservativen eine traurige Rath= und Thatlosigkeit. Sie konnten sich eben so wenig zu einer Politik der That entschließen, als es ihnen möglich schien, eine andere Politik unter den gegenwärtigen Umständen zu vertreten und durchzuführen. So blieb ihnen Nichts übrig, als entweder ein völlig passives, blos verneinendes oder abwehrendes Verfahren in der Versammlung, oder — der Austritt. Die

Meisten wählten das Letztere. Ich komme darauf später zurück. Von den Conservativen also verlassen, sah sich die Mittelpartei auch für ihren Theil außer Stand, eine Politik durchzuführen, deren wesentlichste Voraussetzung eben die Mitwirkung der conservativen Partei und der von ihr repräsentirten Mittelklassen war. Für sich allein konnte sie in die Bewegung nicht eintreten, ohne ganz der Herrschaft der Linken zu verfallen und somit gerade Das herbeizuführen, was sie durch ihre Betheiligung hatte vermeiden wollen.

In dieser peinlichen Lage schleppte man sich über eine Woche lang hin. Die Linke, nachdem sie am 12. Mai mit Hülfe eines Theiles der Mittelpartei ihren Lieblingswunsch, die „feierliche Verpflichtung des Militärs und der Bürgerwehr auf die Reichsverfassung", endlich durchgesetzt hatte, drang auf Schaffung einer neuen, der Versammlung unbedingt unterworfenen Regierungsgewalt — eines Vollziehungsausschusses oder einer Regentschaft — sodann auf Verlegung der Nationalversammlung an einen andern Ort, wo sie weniger in der Gewalt der gegenwärtigen Centralregierung und der verfassungsfeindlichen Mächte sei, endlich auf Herabsetzung der beschlußfähigen Zahl von 150 auf 100. Die beiden letzten Forderungen wurden ihr vom Nürnberger Hof rundweg abgeschlagen; die Nothwendigkeit einer neuen Gewalt zur Ausführung der Verfassung ward zugegeben, jedoch die Bedingung gestellt, daß diese Gewalt eine wirklich verfassungsmäßige, d. h. selbstständige und

unverantwortliche seyn müsse, nicht ein bloßes Werkzeug der Versammlung. Man erklärte der Linken ganz entschieden: dem „Conventspielen," dem offenen wie dem versteckten, werde sich der Nürnberger Hof mit allen Kräften widersetzen. Eine verfassungsmäßige Reichsgewalt dagegen war allerdings nicht wohl länger zu entbehren, wenn man überhaupt die Verfassung aus- und durchführen, wenn man sie nicht blos auf dem Papier stehen lassen wollte. Schon der Beschluß vom 4. Mai zielte auf eine solche ab: an die Stelle des zur Zeit noch nicht zu erlangenden Reichsoberhauptes sollte vorläufig ein Reichsstatthalter mit allen Rechten und Pflichten eines Kaisers treten. Das war freilich wieder ein Provisorium, aber doch auf dem Boden der definitiven Verfassung — ein Provisorium nur in Bezug auf die Person, nicht in Bezug auf die Gewalt selbst und ihre Attribute. Als selbstverstanden war daher auch im Beschluß vom 4. Mai vorausgesetzt, daß mit dem Eintritt des Reichsstatthalters die provisorische Centralgewalt aufhören müsse. Nach dem Beschluß vom 4. Mai sollte jedoch diese Reichsstatthalterschaft erst am 15. August beginnen. Bis dahin blieb die Verfassung lückenhaft, bis dahin fehlte es an einer Gewalt, die vom Boden der Verfassung selbst aus und mit deren Mitteln die Durchführung derselben übernähme, die den vereinzelen Bewegungen für die Verfassung einen gemeinsamen Mittelpunkt und einen gesetzlichen Anhalt böte. Die provisorische Central-

gewalt wollte und konnte Dies nicht sein; abgesehen von der Weigerung des Reichsverwesers, die Verfassung anzuerkennen und durchführen zu helfen, war auch in der That die Centralgewalt zur Verwirklichung der Verfassung nicht geeignet, da sie auf einem andern Rechtsboden als dem dieser Verfassung, auf dem Gesetz vom 28. Juni 1848 stand. Nur eine wirkliche, verfassungsmäßig constituirte Reichsgewalt war im Stande, die zur Ausführung der Verfassung nothwendigen Acte zu vollziehen; nur eine solche war verpflichtet, den Eid auf die Verfassung zu leisten, und befugt, ihn vom Militär, von den Beamten, vom Volke zu fordern; eine solche konnte das Heer und die Bürgerwehr der verfassungstreuen Staaten zur Vertheidigung der Verfassung aufbieten und commandiren; eine solche endlich vermochte allein die Vollziehung der schon gefaßten Beschlüsse wegen der Wahlen zum Reichstag &c. wirksam durchzusetzen. Die sofortige Herstellung einer Reichsgewalt nach den Bestimmungen des Abschnitts III der Verfassung und nach Analogie der Beschlüsse vom 4. Mai sei, so urtheilten die Mitglieder des Nürnberger Hofes, formell vollkommen gerechtfertigt, weit mehr gerechtfertigt, als jene Beschlüsse selbst, bei welchen die Nationalversammlung eingestandenermaßen in die Vollziehungsgewalt übergegriffen hatte. Sie sei aber auch materiell gerechtfertigt durch alles Vorangegangene und durch die ganze Lage der Versammlung. Wenn diese nicht

überhaupt jede Thätigkeit für Durchführung der Verfassung aufgeben wolle, so müsse sie eine Gewalt schaffen, in deren Hände sie diese Thätigkeit lege. Ohne eine solche, selbstständig neben ihr und doch in ihrem Sinne wirkende Gewalt müsse die Versammlung fast mit Nothwendigkeit zum Convent werden. Sei dagegen eine verfassungsmäßig constituirte Reichsgewalt vorhanden, so trete die Versammlung dieser gegenüber in die genau abgemessenen Rechte und Pflichten des Reichstags ein, und ein Uebergreifen derselben in die Executive sei nicht mehr zu befürchten. Ja es könne dann sogar eine Vertagung der Versammlung stattfinden, nachdem solchergestalt für die fortgesetzte Durchführung der Verfassung gesorgt sei.

Aus solchen Erwägungen ging jener Antrag des Nürnberger Hofes hervor, welcher den Beschluß vom **19.** Mai hervorrief. Nach diesem Antrag sollte „auf Grundlage und zur Ergänzung der Beschlüsse vom **4.** Mai" von der Versammlung sofort ein Reichsstatthalter — wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten — erwählt werden, welcher bis zu dem in jenen Beschlüssen vorgesehenen Zeitpunkte (dem Zusammentritt des ersten Reichstags) alle Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes (nach Abschnitt III der Verfassung) auszuüben hätte. Derselbe sollte den Eid auf die Verfassung leisten, solchen auch von den Reichsbeamten und den Angehörigen der Einzelstaaten fordern (nach den §§. **190**, **191**, **194** der Verfassung); er

sollte ferner für Vollziehung des Beschlusses wegen der Wahlen zum Reichstag Sorge tragen. Nachdem somit eine verfassungsmäßige Reichsregierung begründet, also das Verfassungswerk in Ausführung gebracht sein würde, sollte, gemäß dem Gesetze vom 28. Juni 1848, §. 18, die Thätigkeit der provisorischen Centralgewalt aufhören und deren Befugnisse in dem erweiterten Umfange, wie Solches der Abschnitt der Verfassung „von der Reichsgewalt" vorschreibe, auf den Reichsstatthalter übergehen. Endlich war bestimmt, daß der gewählte Reichsstatthalter, „falls der in den Beschlüssen vom 4. Mai vorgesehenen Uebertragung der Oberhauptswürde auf den Monarchen des größten oder eines der nächstgrößten Staaten Deutschlands nicht zu beseitigende Hindernisse entgegenstünden, sein Amt auch nach dem Zusammentritt des Reichstages fortführen, und daß dann der Reichstag wegen Ausführung des §. 69 der Verfassung (die Erblichkeit der Oberhauptswürde betreffend) das Nöthige vorkehren sollte."

Das war der ursprüngliche Antrag. Man hatte dabei die Möglichkeit im Auge, einen thatkräftigen und unternehmenden Fürsten zu finden, der, bekleidet mit dem formellen Recht des Oberhauptes über ganz Deutschland, sich zunächst an die Spitze der vereinten verfassungstreuen Staaten stellte und, gestützt auf deren Kräfte, auf die allerwärts in Deutschland sich regenden Sympathien für die Verfassung und auf die vom Volk und den Ständen aller deut=

schen Länder anerkannte Autorität der Nationalversammlung, den eigenmächtigen Octroyirungsgelüsten des preußischen und einiger anderen Kabinette kühn entgegenträte. Man verhehlte sich nicht, daß es schwer sein würde, unter den deutschen Fürsten einen zu finden, der die Kühnheit besäße und das Herz hätte, den Kampf zu wagen, selbst wenn der Preis dieses Kampfes im günstigsten Fall eine Kaiserkrone wäre. Es war wohl die Rede von dem jungen Beherrscher eines der kleineren Staaten, dessen Haus durch ein seltenes Glück gleichsam dazu ausersehen scheint, Throne einzunehmen, und den vielleicht dieses lockende Familienfatum sowie sein eigener bewährter ritterlicher Sinn dazu anfeuern mochte, sich einem Wagniß zu unterziehen, bei dem er wenig verlieren und viel gewinnen konnte. Andere dachten an den Monarchen des größten unter den bisher beigetretenen Staaten. Es ward mit Gagern über den Plan gesprochen; er schien denselben zu billigen, ja es gab einen Moment, wo man glauben durfte, er selbst werde sich an dessen Ausführung thätig betheiligen. In dieser Hoffnung entstand ein Zusatz zu dem ursprünglichen Antrage, wonach bis zum Regierungsantritt des zu wählenden Reichsstatthalters Herr v. Gagern in dessen Namen die Regierung führen und unter seiner Verantwortlichkeit ein Ministerium bilden sollte. So glaubte man die Macht des populärsten Namens in Deutschland mit dem strengen Fest-

halten an §. 68 der Verfassung und dem Nimbus des fürstlichen Oberhauptes wirksam verbinden zu können.

Die Linke wollte von diesem Plan anfänglich durchaus Nichts wissen: sie drang vielmehr fortwährend auf eine Regentschaft aus dem Schooß der Versammlung. Herrn v. Gagern wollte man zwar in diese Regentschaft aufnehmen, denn die Linke fühlte wohl die Unentbehrlichkeit seines Namens für das Gelingen eines solchen Unternehmens; nur sollte er nicht die Mehrheit darin für seine Richtung haben, sondern in der Minderheit sein neben den ihm beigegebenen Collegen von der Linken. In der That, ein naiver Vorschlag! Dagegen interessirten sich mehrere einflußreiche Mitglieder der alten Weidenbuschpartei eine Zeit lang lebhaft für die Idee der Reichsstatthalterschaft und für Gagerns Betheiligung daran.

Nachdem freilich dieser letzte Theil des Plans durch Gagerns entschiedene Ablehnung jeder persönlichen Mitwirkung unmöglich geworden, nachdem überhaupt inzwischen die Verhältnisse sowohl in der Versammlung als draußen eine ganz veränderte Gestalt angenommen hatten (wie ich Dies oben dargestellt), hatte der Antrag an seiner praktischen Möglichkeit und Ausführbarkeit bedeutend verloren, und seine Urheber würden ihn wahrscheinlich ganz zurückgezogen haben, wenn sie nicht geglaubt hätten, den Anträgen der Linken auf Regentschaft u. dergl. einen Vorschlag entgegensetzen zu müssen, in welchem sowohl ihre

Absicht, etwas Positives für die Vollendung und Durchführung der Verfassung zu thun, als auch ihr entschiedener Gegensatz gegen die Conventsgedanken der Linken klar zu Tage läge.

So kam der Antrag, ohne den Zusatz, von der Minorität des Dreißigerausschusses — Welcker, Kierulff, Eckert, Wurm — aufgenommen, neben jenen Vorschlägen der Linken zur Berathung. Die Rechte stimmte gegen alle Anträge; sie beharrte bei ihrer Politik des bloßen Verneinens; die Linke dagegen, nachdem alle ihre Vorschläge durchgefallen, schloß sich zum größern Theil dem Antrage des Nürnberger Hofes an und verschaffte so diesem die Majorität. Einen Hintergedanken schien sie dabei nicht zu haben, sondern wirklich zu wünschen, daß wenigstens Etwas zu Stande komme. Für den Nürnberger Hof war freilich durch diesen unerwarteten Beitritt der Linken zu seinem Antrag und die ebenso unerwartete und unerwünschte gänzliche Zurückziehung der Rechten von demselben der Standpunkt, von welchem aus der Vorschlag ursprünglich gemacht war, abermals wesentlich verrückt. Ein Reichsstatthalter, der sich lediglich auf die Linke und eine kleine Mittelpartei stützen, der daraus sein Ministerium nehmen sollte, war sicherlich ebenso wenig zu finden, als, wenn er sich auch fand, seine Wirksamkeit von vornherein eine höchst zweifelhafte sein mußte. Die Macht des Reichsstatthalters auf die moralische Gewalt der Nationalversammlung und auf die die-

ser dienstbaren Kräfte des Volkes zu gründen — einen solchen Gedanken mußte man jetzt also aufgeben. Nur in einem Fall war vielleicht der Plan noch ausführbar, wenn es nämlich gelang, einen Fürsten an die Spitze zu stellen, welcher eine starke Hausmacht mitbrächte. Gerade damals verlautete, daß Bayern sich von den Octroyirungsconferenzen in Berlin lossagen und eine entschieden selbstständige Stellung Preußen gegenüber einnehmen wolle. Darauf gründete man die, freilich immerhin sehr schwache Hoffnung, daß vielleicht der König von Bayern die Verfassung annehmen und sich als Reichsstatthalter an die Spitze der Verfassungsstaaten stellen könne. Es geschahen vertrauliche Schritte nach dieser Richtung hin in München, die aber, obgleich von hochstehenden Personen lebhaft unterstützt, zu keinem Resultat führten. Vielleicht wäre man glücklicher gewesen, wenn man mehr und Dauernderes hätte bieten können.

Freilich hatten sich unterdessen auch innerhalb der Versammlung zwischen den Beschluß vom 19. Mai und dessen Ausführung abermals Ereignisse so unvorhergesehener Art gedrängt, daß diese Ausführung schon dadurch fast unmöglich ward. Durch den massenhaften Austritt der conservativen Partei war beinahe die ganze rechte Seite des Hauses geleert, und die wenigen zurückgebliebenen Mitglieder derselben sahen sich sammt dem Nürnberger Hof in einer entschiedenen Minorität gegenüber der Linken. Die Versamm=

lung repräsentirte wesentlich nur noch eine politische Richtung, nicht mehr die Gesammtmeinung des Volkes, sie war, wenn auch formell noch beschlußfähig, doch moralisch kaum mehr als ein Rumpfparlament.

Ich komme hier auf eines der traurigsten Capitel in der ganzen langen Geschichte dieser ersten deutschen Nationalversammlung, auf jene Flucht vom parlamentarischen Kampfplatz, nicht Einzelner, sondern ganzer Parteien, und die dadurch in so rascher Folge herbeigeführte moralische und physische Zerbröckelung der Versammlung. Vielen auf der rechten Seite des Hauses war es schon lange nicht mehr recht geheuer gewesen. Den Männern der Vereinbarung konnte man Dies nicht gerade übel nehmen, denn für sie stand die Versammlung längst außerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse, seitdem sie von der Berathung der Verfassung zu deren einseitiger Durchführung übergegangen war, statt sich mit den Regierungen zu vereinbaren. Sie hatten sich daher auch seit der Rückkunft der Kaiserdeputation aus Berlin und den darauf gefolgten Beschlüssen allmälig größtentheils aus den Weidenbuschversammlungen zurückgezogen. Ebenso ging es den Partikularisten und den sogenannten Großdeutschen, welche sahen, daß man von der einmal beschlossenen Verfassung und dem erblichen Oberhaupt darin selbst dann nicht abging, als deren Ausführbarkeit durch die Weigerung Preußens unmöglich geworden zu sein schien. Von diesen beiden Fractionen waren daher schon im April und zu An-

fang Mais, besonders aber nach dem 4. Mai Viele ausgetreten.

Aber auch inmitten der erbkaiserlichen Partei begannen sich Scrupel und Aengsten zu regen in Bezug auf den Weg, den die Mehrheit der Versammlung zur Durchführung der Verfassung einschlug. Zwar hatte früher einmal ein sehr conservatives Mitglied aus Preußen die trotzigen Worte gesprochen: „Wenn man uns eine Verfassung octroyiren will, dann trete auch ich mit auf die Barrikaden." Aber seitdem war das geehrte Mitglied längst in seine Heimath gegangen und nicht wiedergekommen. Zwar donnerte ein berühmter Historiker noch unmittelbar vor dem 10. Mai in allen Parteiversammlungen gegen das preußische Kabinet und dessen ungerechtes Verfahren gegen die Nationalversammlung, mahnte zum energischen Beharren auf der Verfassung und „daß Alle zusammenstehen müßten wie ein Mann" — aber derselbe kühne Sprecher war einer der Ersten, welche nach dem 10. Mai ihren Austritt aus der Versammlung erklärten. Auch Andere, welche noch kurz zuvor von Entschiedenheit überflossen, unablässig von der Nothwendigkeit energischer Maßregeln sprachen und nur mit Mühe von der Zustimmung zu den extremen Vorschlägen der Linken zurückgehalten werden konnten, waren jetzt auf einmal sehr kleinlaut geworden, und mancher von ihnen schlich sich ganz still aus der Versammlung hinweg, um nicht wiederzukehren. Dieser moralische Bankbruch der Charakterlosigkeit konnte

nicht befremden. Aber auch über die Besseren und Tüchtigeren der Partei war eine solche Verzagtheit und Verzweiflung an der Möglichkeit ferneren Wirkens der Versammlung gekommen, daß sie offenbar nur mit innerem Widerstreben noch länger in der Paulskirche ausharrten, ja zum Theil mit Mühe durch die eindringlichen patriotischen Ermahnungen eines Dahlmann, Gagern und Anderer von dem sofortigen Austritt zurückgehalten werden konnten.

Inzwischen erschien die preußische Verordnung, welche das Mandat der preußischen Abgeordneten für erloschen erklärte. Gegen diese Verordnung legte in der Sitzung vom **16.** Mai eine große Anzahl preußischer Abgeordneter, an ihrer Spitze G. Beseler, Saucken, Mevissen, Ed. Simson, feierlich Verwahrung ein und erklärte: „Ueberzeugt, daß die Durchführung des deutschen Verfassungswerkes nur mit gesetzlichen Mitteln zu erstreben ist, werden sie der Nationalversammlung solange angehören, als sie sich im Stande sehen, mit Erfolg in diesem Sinne zu wirken, und nehmen das Recht für sich in Anspruch, allein nach ihrem gewissenhaften Ermessen über ihr Bleiben oder Austreten zu entscheiden." Diese Herren mußten also wohl die Bahn der Gesetzlichkeit durch den Beschluß vom **10.** Mai noch nicht für verlassen ansehen, wie es die am **11.** Mai Ausgetretenen gethan hatten. In derselben Sitzung des **16.** Mai beschloß die Versammlung auf den Antrag von

Wiedenmann und Genossen mit einer Mehrheit, wie sie noch nie vorher dagewesen: „Die Versammlung erklärt die preußische Verordnung vom 14. Mai als unverbindlich für die preußischen Abgeordneten und erwartet von dem deutschen Patriotismus der preußischen Abgeordneten, daß sie sich der fernern Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung nicht entziehen werden."

Gleichwohl verließ am Tage nach dieser Beschlußfassung abermals ein halbes Dutzend preußischer Abgeordneter die Versammlung. Allerdings solche, welche gegen den Beschluß gestimmt oder sich der Abstimmung enthalten hatten. Dawider war wenig zu sagen. Aber leider bewahrheitete sich auch noch an mehreren andern Mitgliedern aus Preußen die in dem Brandenburgschen Schreiben ausgesprochene Voraussetzung: „daß Viele nur auf die Erklärung der Regierung warteten, um einen gleichen Schritt wie die freiwillig Ausgetretenen zu thun." Man wollte zwar den Schein retten, nicht auf Ordre fortgegangen zu sein, aber man fühlte sich doch im offenen Widerstand gegen den Befehl seiner Regierung unbehaglich und wartete nur auf den ersten passenden Vorwand, um sich mit guter Manier aus dieser peinlichen Lage herauszuziehen. Was dieser Instinkt des Gehorchens bei den Einen, dasselbe wirkte bei Andern die angeborene und unaustilgbare Vorliebe für ihr engeres Vaterland und seine Macht, welcher entgegenzutreten,

selbst wo es die Pflicht gegen das allgemeine deutsche Vaterland zu fordern schien, ihnen allzuschwer fiel. Bei solchen specifisch preußischen Patrioten mußte freilich die Berufung an ihren „deutschen Patriotismus" verloren gehen.

So gingen wieder mehrere Tage hin, während welcher eine Anzahl von 20—30 Mitgliedern der Rechten immerfort gleichsam auf dem Sprunge stand. Da kam der Beschluß vom 19. Mai, und nun war das Signal gegeben. Sofort am selben Tage wollten 30 Abgeordnete von der Rechten ihr Mandat niederlegen — darunter 28 Preußen! — doch ließen sie sich bewegen, Nichts für sich allein zu thun. Die ganze Partei trat noch am Abend in Berathung über die Frage des Austritts in Masse. Am eifrigsten drängten auf den Austritt hin Waitz, Droysen, auch Beseler, der früher dagegen gewesen; dagegen kämpften Soiron, Wiedenmann und, mit unerschütterlicher Festigkeit, Dahlmann. Auch Gagern und der frühere Präsident Simson erklärten sich dafür, daß man noch bleiben solle. Aber die Ungeduld des Fortgehens war schon zu groß; Gründe verfingen nicht mehr, weil man nicht überzeugt sein wollte; ein Vorschlag auf Vertagung der Nationalversammlung, wodurch man dasselbe, was der Austritt bezweckte, erreicht und doch den Fortbestand der Versammlung und die Möglichkeit eines Wiederzusammentritts derselben zu günstiger Zeit gesichert hätte, konnte nur wenig

Stimmen für sich gewinnen. Gagern, der krank zu Hause lag, ward wiederholt beschickt und erklärte zuletzt, sich der Mehrheit der Partei zu unterwerfen, ebenso Simson; auch Dahlmann, nachdem er lange widerstanden und abgemahnt, unterordnete seine persönliche Autorität — einer frühern Zusage gemäß — der Entscheidung nach der Kopfzahl; endlich kam's zur Abstimmung, und 47 Stimmen gegen 38 entschieden für's Fortgehen. So erfolgte denn am 21. Mai der Austritt der 65, unter denen die glänzendsten Namen der Centren und der ganzen Versammlung, H. v. Gagern, Dahlmann, Ed. Simson, Arndt, Beseler, Waitz, Droysen, Saucken, Mevissen, Sylvester Jordan, Mathy u. A. Die Erklärung, worin sie ihren Austritt motivirten, ging davon aus, daß, nachdem die Versammlung alle gesetzlichen und friedlichen Mittel zur Durchführung der Verfassung erschöpft, nachdem aber auf der einen Seite die preußische und drei andere Regierungen die Anerkennung dieser Verfassung versagt, nachdem auf der andern Seite eine gewaltthätige Bewegung außerhalb der Reichsverfassung und gegen einen ihrer wesentlichsten Theile, die Oberhauptsfrage, sich erhoben, nachdem endlich die Centralgewalt ihre Mitwirkung zur Durchführung der Verfassung verweigert habe, für die Versammlung nur die Wahl bleibe, entweder einen andern Weg zu betreten und, unter Beseitigung der Centralgewalt, einen Bürgerkrieg zu verbreiten, oder auf die weitere Durchfüh-

rung der Reichsverfassung durch ihre gesetzgebende Thätigkeit zu verzichten und das Verfassungswerk für jetzt den gesetzlichen Organen der Einzelstaaten und der selbstthätigen Fortbildung der Nation zu übergeben. Auch könne die Versammlung in ihrer gegenwärtigen Lage und Zusammensetzung, wobei ganze Landschaften nicht mehr vertreten seien, dem deutschen Volke keine ersprießlichen Dienste mehr leisten.

Dieser letzte Grund war sehr schwach, denn noch waren alle deutschen Länder vertreten, mit Ausnahme von Oesterreich, von dessen Abgeordneten nur wenige übrig geblieben. Aber konnte man darauf ein solches Gewicht legen, nachdem gerade von dieser Seite her der Austritt der Oesterreicher so oft gewünscht, ja beinahe gefordert worden war? Daß man, nachdem die freie Anerkennung der Verfassung auf Hindernisse gestoßen, entweder auf deren Durchführung verzichten, oder aber dem schroffen Widerstande von der andern Seite einen ebenso energischen Widerstand entgegensetzen mußte, war richtig; aber diese Ueberlegung kam etwas spät, nachdem man bereits seit dem 11. April die Durchführung der Verfassung zur Parole der Versammlung und damit auch der Nation gemacht, nachdem man das Volk wiederholt zu dieser Durchführung aufgefordert, es sogar durch legislative Maßregeln dazu förmlich angeleitet hatte. Für's Andere aber führte dieser Gedanke in richtiger Consequenz nicht zum Austritt, sondern zu dem Versuche, eine

Vertagung oder Auflösung der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß herbeizuführen. Noch hatte man, im Verein mit dem Nürnberger Hof, die Majorität; der Nürnberger Hof war geneigt, auf eine Vertagung einzugehen; dadurch ward die Thätigkeit der Versammlung, wenn solche wirklich nur noch eine unheilbringende sein konnte — wie die „Erklärung" annahm — unschädlich gemacht, nicht aber durch einen Austritt in Masse, welcher die Reste der rechten Seite und die Mittelpartei in eine vollständige Minorität gegen die Linke brachte, also dieser gänzlich die Zügel der Versammlung überließ. Der Austritt der 65 war darum so verhängnißvoll, weil er zuerst die Mehrheit entschieden und unwiederbringlich auf die Seite der Linken warf, weil er ferner durch das Gewicht der Namen, die hier auf einmal sich der Versammlung entzogen, diese in den Augen eines großen Theils der Nation moralisch tödtete, ohne sie doch physisch aufzulösen, während wiederum bei einem andern Theile das Vertrauen zu diesen Namen selbst und zu den Männern, auf die das Volk bisher, als auf seine Führer, in unbedingtem Glauben geschaut hatte, bedeutend erschüttert ward. Wenn man die Verantwortung für diesen Schritt auf die Majorität vom 19. Mai abzuwälzen sucht, so thut man Unrecht. Der Beschluß wegen des Reichsstatthalters mochte unter den gegebenen Umständen ein unausführbarer sein, aber ein rechtswidriger und verderblicher, als welchen man ihn darzustellen suchte, war er nicht. Er

war nicht aus Feindseligkeit gegen den Reichsverweser entsprungen, sondern nur aus der consequenten Absicht, die Verfassung zur Ausführung zu bringen und dadurch leichter durchzusetzen. Wenn darin eine Feindseligkeit oder gar der Grund zu einem Bürgerkriege gesucht ward, so lag ein solcher gerade ebenso in dem Beschlusse vom 4. Mai, demzufolge auch der Reichsstatthalter an die Stelle des Reichsverwesers treten sollte. Was dort am 15. August, das sollte jetzt nur ein paar Wochen früher geschehen. Fürchtete man, der Reichsverweser werde nicht ohne Kampf weichen, so hatte man ganz dasselbe auch am 15. August zu fürchten. Daß man mit Aufhebung der provisorischen Centralgewalt „das letzte gemeinsame Band zwischen allen deutschen Regierungen und Völkern löste," war freilich schlimm, aber war dieses Band nicht bereits factisch so gut wie gelöst, und ist es seitdem nicht von anderer Seite her vollends ganz und förmlich gelöst worden? Schon damals wußte man, daß Preußen der Centralgewalt den Gehorsam in vielen Stücken aufgekündigt hatte, daß es mit Dänemark auf eigene Hand unterhandelte, daß gleichermaßen andere Staaten ihre Verpflichtungen gegen die Centralgewalt großentheils nicht mehr erfüllten; seitdem haben Preußen, Sachsen, Hannover sich förmlich von ihr losgesagt, also das „gemeinsame Band" wirklich zerrissen und einen Sonderbund gestiftet, der kaum auf einem so guten Rechte beruht, wie ein auf dem Boden

der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung begründeter.

Seit dem Austritt der 65 erfüllte sich das unvermeidliche Geschick der Versammlung in beschleunigter Geschwindigkeit. Der zurückgebliebene Rest der Rechten — meist dem Augsburger Hof angehörend — machte einen letzten Versuch, den Bestand der Versammlung wenigstens in der Idee zu retten, und beantragte eine Vertagung, um in der Zwischenzeit die Versammlung durch Neuwahlen und Einberufung von Stellvertretern wieder zu ergänzen. Als die Linke diesen Antrag mit Hohn zurückwies, traten abermals 22 aus, unter ihnen Wiedenmann, Fallati, Wurm, Rümelin u. A. Die Linke setzte nunmehr ihren langgehegten Wunsch durch, die beschlußfähige Zahl auf 100 herabzusetzen. Noch harrte der Nürnberger Hof aus, dem sich die schwachen Reste der frühern Centralparteien angeschlossen hatten. Als aber ein Aufruf an das deutsche Volk beschlossen und dabei die Aufnahme des Welckerschen Zusatzes, welcher zur Treue gegen die Reichsverfassung mahnte und fremde Einmischung in unsere inneren Zwiste zurückwies, abgelehnt worden war, da schied wieder ein Theil dieser Minorität aus — beinahe die letzten Namen von allgemeinerem Klang auf dieser Seite: Riesser, Welcker, Kierulff, Zachariä von Göttingen, Cetto, Biedermann u. A., weil sie nicht die Mitverantwortlichkeit für

Beschlüsse theilen mochten, durch welche die Versammlung gänzlich ihre Aufgabe: ein Organ zur Durchführung der Verfassung für Deutschland zu sein, verleugnete. Drei Tage darauf erfolgte der Beschluß wegen Verlegung der Versammlung nach Stuttgart; die Nationalversammlung zu Frankfurt hörte auf zu existiren.

V.

Das innere Leben der Parteien. Parteiführer und Parteigenossen.

Es war immer schon am Abend vorher wahrzunehmen, wenn die Tagesordnung der Nationalversammlung für den nächsten Morgen wichtige Fragen in Aussicht stellte. Dann begegnete man gewöhnlich noch in später Abendstunde in der Gegend zwischen dem Roßmarkt, dem Liebfrauenberg und den angrenzenden Straßen Gruppen von Abgeordneten, welche bald nach der, bald nach jener Seite hin gingen, zurückkehrten, sich kreuzten, auch wohl sich vereinigten, um entweder gemeinschaftlich ihren Weg fortzusetzen, oder mitten auf der Straße einen diplomatischen Notenwechsel zu eröffnen. Es waren das die Deputationen, durch welche die verschiedenen Parteien sich gegenseitig beschickten, um für die bevorstehenden Kämpfe des nächsten Tages entweder den gemeinschaftlichen Schlachtplan zu verabreden, oder die Friedenspräliminarien festzusetzen. Zwar fanden in der

Regel solche wechselseitige Beschickungen nur zwischen den einander näherstehenden und gesinnungsverwandten Parteien statt; in außerordentlichen Fällen jedoch unterhandelte man auch mit dem politischen Gegner, besonders wenn es galt, für einen zu erwartenden heißen Strauß die Kampfessitte und die Art der Waffen im Voraus zu verabreden, damit nicht durch unritterliches Wesen die gemeinsame Waffenehre der Versammlung vor den Augen der Welt beschimpft werde. Gewöhnlich übernahm in solchem Falle einer der Clubs, welche der Rechten eben so nahe standen als der Linken, dieses Vermittleramt; denn in die aristokratischen Räume des Café Milani hat wohl ebenso wenig einer der trotzigen Republikaner des Deutschen Hofes oder des Donnersbergs jemals den Fuß gesetzt, als umgekehrt ein Mitglied der Partei Vincke-Radowitz in diese Hallen der Demokratie.

Wer den Weg nicht scheute, konnte so an einem Abend vier, fünf verschiedene Clubs besuchen und dabei jeden in seiner besonderen Eigenthümlichkeit kennen lernen. Einem solchen Besucher mußte schon in der äußeren Haltung, ja, in den Versammlungslocalen der Clubs eine frappante Verschiedenheit auffallen. Die Herren vom Steinernen Haus oder Café Milani fand er in eleganter, comfortabler Umgebung mit gemessener Beobachtung feingeselliger Formen verkehrend. Die Cigarre war hier verbannt, und selbst die nothwendigen Lebensbedürfnisse (für welche übrigens, na-

mentlich im Café Milani, auch über das blos Nothwendige hinaus trefflich gesorgt war) mußten sich in bescheidener Ferne halten und durften den Ernst der Verhandlungen nicht sichtbar profaniren.

Weniger aristokratisch, doch ebenfalls gemessen in den äußeren Formen zeigte sich das Casino. Die Cigarre war zwar hier zugelassen, aber Essen und Trinken mußten sich ebenfalls eine weite Trennung von dem Orte der Verhandlungen gefallen lassen. Diese letzteren gingen, wie das schon die größere Zahl der Theilnehmer nöthig machte, mit einer gewissen Förmlichkeit und Umständlichkeit vor sich. Ein grüner Tisch, mit Papieren bedeckt, an welchem das geschäftsleitende Mitglied des Vorstandes und ein Protokollführer saßen, stand an dem einen Ende des Saales; vor demselben und zu beiden Seiten zogen sich Reihen von Stühlen hin, worauf die übrigen Mitglieder Platz nahmen; die Sprecher mußten, um besser gehört zu werden, an den Tisch, zur Seite des Vorstandes treten. Natürlich, daß, wer einmal diesen bevorzugten Platz erobert hatte, ihn nicht sogleich wieder aufgab (denn zum zweiten Mal an einem Abend ihn zu gewinnen, hielt schwer), daß daher die meisten Redner die Gesellschaft mit langen Vorträgen regalirten, und daß die ganze Verhandlung weniger einer vorbereitenden Besprechung im Club, als einer förmlichen Debatte in öffentlicher Versammlung glich.

Je weiter nach links, desto laxer wurden die Formen,

desto unscheinbarer die Oertlichkeiten, in denen die Clubs sich bewegten. Schon bei den dem Casino am nächsten stehenden (Augsburger Hof und Landsberg) erklang ungenirt mitten in die Berathung hinein das Klappern der Teller und Gläser; im Württemberger Hof nun gar, wo man im schmalen Zimmer dichtgedrängt beisammen saß, pflegte man sich's an heißen Sommerabenden auch mit der Kleidung bequem zu machen, warf Rock und Halstuch ab, und ein Fremder hätte, bei flüchtigem Einblick, die so dasitzende Gesellschaft gewiß weit eher für einen Studentencommers angesehen, als für eine Versammlung von Auserkorenen des Volkes, welche die wichtigsten Interessen der Nation beriethen und unter denen sich die höchsten Beamten des Reichs, Minister und Unterstaatssecretäre befanden.

Die Berathungen in diesen mittleren Clubs waren weniger breit und förmlich als im Casino; gelehrte Vorträge und Reden wurden nicht gehalten, sondern Jeder sagte seine Meinung kurz und bündig, ohne Schmuck und Zierrath, von seinem Platze aus. Besonders der Württemberger Hof in seiner guten Zeit, d. h. vor seinem inneren Zerfall, und später der aus ihm hervorgegangene Augsburger Hof genossen des Rufes einer bündigen und doch erschöpfenden, nicht weitschweifigen, doctrinären oder phrasenhaften Behandlung der zur Debatte gestellten Fragen.

Bei der Linken war dies schon weniger der Fall; hier behauptete die Phrase ihr Recht; hier suchte man sich gegen-

seitig durch schwungvolle Reden voll der bekannten Schlagwörter zu erhitzen und zu überbieten, um so mehr, je weniger man nöthig hatte, sich gegenseitig zu überzeugen, oder geneigt war, die Fragen des Tages gründlich und ruhig zu erörtern — hatte man doch für Alles den Leisten des Princips bereit, über den sich jedes Ding ohne viel Mühe schlagen ließ. Dieser Charakter der Clubverhandlungen als Rede- und Lungenübungen oder als Reizmittel zur Anfeuerung des Parteienthusiasmus, ward so weit ausgedehnt, daß der Deutsche Hof eine Zeit lang wöchentlich ein- oder zweimal öffentliche Sitzungen vor gefüllten Tribünen hielt, in denen seine Redner unter dem Publikum Propaganda zu machen suchten für ihre Parteiansichten.

Die Mittelclubs, obschon weit entfernt von solchem Schaugepränge, schlossen sich doch gegen Fremde, die ihren Berathungen beiwohnen wollten, nicht ab, so weit nicht der Gegenstand der Berathungen durchaus vertraulicher Natur war. Nach rechts hin ward solcher Fremdenbesuch weniger gern gesehen. Es gab dort noch Viele, welche sich alles Ernstes einbildeten, was unter hundert Menschen verhandelt werde (die sich zum Theil nur sehr oberflächlich kannten), das sei leichter geheim zu halten, als wenn zu diesen hundert noch ein Fremder hinzukomme.

Charakteristisch war auch das Verhältniß der verschiedenen Parteien zu ihren Führern. Die extremen Parteien,

welche einen scharf abgegrenzten Standpunkt einnahmen (mochte es nun ein Standpunkt des Princips oder des Interesses sein), hatten Das mit einander gemein, daß die Führer, welche gleichsam das verkörperte Parteiprincip in sich darstellten, hier den strengsten und willigsten Gehorsam fanden. Es ist schwer zu sagen, wer im Kreise seiner Parteigenossen unumschränkter herrschte, ob Vincke oder Blum. Bei den mittleren Parteien fand eine solche Abhängigkeit und Hörigkeit ungleich weniger statt. Zwar hatten auch sie ihre Führer, welche mehr oder minder vorwiegenden Einfluß auf die Berathungen und Entschließungen der Clubs ausübten; allein theils fand sich in diesen mittleren Regionen eine größere Summe von politischer Einsicht und Selbstständigkeit vor, als an den Endpunkten, theils waren es hier wirklich mehr staatsmännische Anschauungen, als abstracte Principien oder einseitige Interessen, welche die Richtung der Parteien bestimmten, und solche ließen sich nicht so leicht durch Schlagwörter oder kraft persönlicher Autorität octroyiren, mußten vielmehr im Wege der Erörterung und durch die Macht überzeugender Gründe gewonnen werden. War also immerhin persönlicher Einfluß auch hier nicht ganz ausgeschlossen, so war es wenigstens kein so ungetheilter und unwandelbarer, kein so blindlings an der Person haftender, wie dort, sondern ein solcher, der täglich neu erkämpft und behauptet sein wollte durch wahre geistige Ueberlegenheit. Blieb doch selbst das

„Professorenregiment“, welches im Casino das Szepter führte, auf die Länge nicht ohne Opposition, ward sogar eine Zeit lang bei Seite geschoben.

So viel zur allgemeinen Charakterisirung der Parteien! Ich versuche nun, die Zusammensetzung derselben im Einzelnen und die hervorragenden Persönlichkeiten einer jeden zu schildern. Dieser Schilderung lege ich den Stand der Parteien zu Grunde, welcher sich seit Anfang dieses Jahres durch die Ausscheidung der zwei großen politischen Hauptgruppen der Versammlung, der großdeutschen und der erbkaiserlichen (neben welchen als dritte die „vereinigte Linke“ fortbestand) gebildet hatte.

1) Die Großdeutschen.

Ich beginne meine Schilderung der großdeutschen Gruppe mit den

Ultramontanen.

Als deren Führer und Haupt galt

Herr v. Radowitz.

Ob mit Recht? wage ich nicht zu entscheiden. Dürfte man auf einzelne hingeworfene Aeußerungen von Mitgliedern dieser Partei Gewicht legen, so möchte man fast glauben, daß es Herrn v. Radowitz in dieser Hinsicht je zuweilen nach dem Spruch im Faust ergehe: „Du glaubst zu schieben, und du wirst geschoben.“ Gewiß ist, daß die Herrschaft, welche Radowitz über die Schaar der Ul=

tramontanen ausübte, nicht um ein Haar weiter reichte, als seine eigene strenge Unterordnung unter den Willen jener Macht, welcher allein unbedingt zu gehorchen diese Partei gelehrt und gewöhnt ist, daß er nicht im Stande war, derselben auch nur das kleinste Zugeständniß abzugewinnen, wenn er sie einmal, in bester Ueberzeugung, daß ihr Zweck damit nicht beeinträchtigt werde, einen andern Weg führen wollte, als den ihnen Gewohnheit oder höherer Befehl vorgezeichnet hatte. So trennten sich die Ultramontanen von Radowitz in der Frage wegen Einverleibung Deutsch-Posens in den deutschen Bund, weil sie darin eine Gefahr für die katholische Kirche in Posen erblickten, und achteten nicht darauf, daß Radowitz, um sie zu beruhigen und sich zu rechtfertigen, feierlich von der Tribune herab erklärte: „Sähe ich nur die geringste Gefahr für die Kirche, so müßten und würden alle anderen Rücksichten, politische wie nationale, schweigen. Aber nach meiner innigsten Ueberzeugung ist eine solche Gefahr nicht vorhanden.“ So verließen sie ihn abermals, als er für das preußische Erbkaiserthum in die Schranken trat. Selbst sein treuer Schildknappe Bally ließ ihn diesesmal im Stich. Merkwürdig war mir eine Aeußerung, die ich bei dieser Gelegenheit von einem Mitgliede der Rechten, also einem der politischen Gesinnungsgenossen des Herrn v. Radowitz (freilich keinem Ultramontanen), vernahm. Er meinte: „Vielleicht sei es Herrn v. Radowitz gar nicht unangenehm gewesen,

daß seine Partei in dieser Frage gegen ihn gestimmt habe, da er selbst um seiner Stellung willen nicht wohl anders hätte stimmen können." Ich führe Dieses nur an, um zu zeigen, wie wenig Zutrauen Herr v. Radowitz sogar bei Denen genoß, die mit ihm auf gleichem politischem Standpunkte und in den engsten persönlichen Beziehungen standen. Andere, noch schlagendere Beweise haben mir Dies neuerdings bestätigt. Kein Wunder, wenn ein gleiches Mißtrauen gegen ihn noch weit mehr in den übrigen Fractionen des Hauses herrschte. Um so staunenswerther war die fast zauberhafte Gewalt, welche sein Talent und seine Persönlichkeit, so oft er auftrat, auf die Versammlung übten. Als Radowitz zum ersten Male die Tribune betrat, ward er von der Linken mit unverhohlenen Zeichen des Widerwillens, von den Centren mit Kälte aufgenommen. Aber schon beim zweiten Auftreten waren jene Unterbrechungen verstummt, war diese Gleichgültigkeit in die lebendigste Aufmerksamkeit übergegangen, und seitdem gab es keinen Redner im ganzen Hause, der mit so gespannter Theilnahme, mit einer solchen fast andächtigen Ruhe angehört wurde, wie er. Der Zauber, wodurch Herr v. Radowitz dieses Wunder wirkte, bestand, neben dem Reiz seiner mysteriösen Persönlichkeit und seinen vielbesprochenen und vielgedeuteten Antecedentien, hauptsächlich in der außerordentlichen Sicherheit und Bestimmtheit, womit er seine Ansichten vortrug, nicht wie Meinungen, über die sich streiten lasse, sondern wie Orakelsprüche, an

die Jeder glauben müsse, in dem Anschein von Aufrichtigkeit und Offenheit, welchen alle seine Aeußerungen an sich trugen, in der festen Gliederung und dem architektonisch schönen Bau seiner Redesätze, die wie granitne Würfel einer an den andern gefügt hervortraten, endlich in einer, neben jener Schärfe doppelt wohlthuenden, versöhnlichen Objectivität seiner Anschauungsweise, die auch da, wo sie noch so entschieden den Standpunkten anderer Redner entgegentrat, Dies nie unter der Form einer subjectiven Parteiansicht that, sondern immer so, als ob der Redner darin nur das Gebot einer höheren Nothwendigkeit vollziehe, als ob er eben nicht anders könne. Radowitz arbeitete seine Reden sorgfältig aus, trug sie aber so vor, daß, wer ihn nicht scharf beobachtete, glauben mußte, er spreche vollkommen frei. Was er sagte, war kurz, gedrungen, kein Wort zu viel und keines an einem anderen Platze, als wohin es gehörte, um zu wirken. Es war, als hätte Radowitz die hierarchische Ordnung und Disciplin, die er als höchstes Gesetz im Völkerleben anerkennt, sich auch in seinen Reden zur Regel gemacht. Religiöse Streitfragen wußte er, wenn sie in die politische Debatte gemischt wurden, mit Takt und Geschick daraus zu entfernen. Ein einziges Mal betheiligte er sich an einer Debatte kirchlichen Inhalts, damals, als die Trennung der Kirche vom Staat zur Frage stand. Hier war es, wo er die, vom Hause ziemlich ungläubig aufgenommene Versicherung gab, daß seine, d. h. die katholische Partei

selbst die Zurückführung der Jesuiten nach Deutschland nicht wolle, nicht für zeitgemäß und nothwendig halte. Neben seinen oratorischen Talenten besaß Radowitz in hohem Grade die Kunst, im persönlichen Umgange Andere für sich einzunehmen. Sein Reichthum an Kenntnissen, seine geistvolle Art, die Dinge aufzufassen, und sein Talent, einem Jeden die Seite abzulauschen, wo er am leichtesten zugänglich war, wirkten hierbei zusammen. Jedem Gegenstande wußte er durch scharfsinniges Eingehen ein besonderes Interesse abzugewinnen, und, während er sich in der Unterhaltung ganz hinzugeben und rückhaltslos sein Inneres zu erschließen schien, sagte er doch nie mehr, als er gerade wollte und als nöthig war, um den andern Theil offenherzig und zutraulich zu machen. Er ist ein trefflicher Kenner menschlicher Leidenschaften und Schwächen und rechnet mit diesen wie der Mathematiker mit Zahlen. Auch weiß er sich seinen Umgebungen anzupassen, so weit er dies für seinen Zweck nöthig findet, ist daher in der Form seiner Meinungen sehr elastisch und scheut selbst den Wechsel nicht, während er sein Ziel nie aus dem Auge verliert.

Die Worte sind bekannt, welche Radowitz einmal in der Nationalversammlung sprach: „Man dient dem Vaterlande am besten, wenn man in Berlin sehr deutsch, in Frankfurt sehr preußisch ist." Damals ahnte wohl Niemand, vielleicht er selbst kaum, daß er bald in die Lage kommen würde, diesen Spruch in solchem Umfange

zu bewahrheiten, wie es später in seine Hand gegeben war. Radowitz ward nach Berlin berufen, um den König in der deutschen Verfassungsfrage zu berathen, zu der Zeit, wo zwar die unbedingte Annahme der zu Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung und der auf Grund derselben dem König angebotenen Kaiserkrone bereits verweigert, die definitive Ablehnung aber noch nicht ausgesprochen war.

Wie hat Radowitz in dieser wichtigen Stellung jenes Wort gelöst, welches er als Abgeordneter in Frankfurt gegeben? Ist er in Berlin „sehr deutsch" gewesen oder nicht? Sonderbarer Weise hört man auch hierüber, wie beinahe über alle Acte der politischen Wirksamkeit des Herrn v. Radowitz, die allerwidersprechendsten Auslegungen, und das aus dem Munde von Leuten, welche, die Einen wie die Anderen, ihm sehr nahe zu stehen und ihn ganz genau zu kennen versichern. Während die Einen in ihm augenblicklich den alleinigen Hort der deutschen Einheitsidee erblicken, gegenüber den Bestrebungen Derer, welche das Chaos des alten Staatenbundes oder etwas dem Aehnliches wiederherstellen möchten, namentlich gegenüber der bayerischen und österreichischen Politik, können sich die Anderen nicht von der Ansicht trennen, daß Radowitz dennoch in seiner ganzen Behandlung der deutschen Verfassungsfrage von einer tiefgewurzelten Vorliebe für Oesterreich und von einer unwandelbaren Rücksichtnahme auf gewisse „höhere Principien" geleitet werde, denen er alles Andere opfere. Ich muß hier

abermals eine Thatsache anführen, welche zwar nicht Radowitz selbst, aber doch die Meinung der Leute über ihn charakterisirt. An dem Tage, wo die sogenannte Kaiserdeputation von dem König den abschlägigen Bescheid erhielt, wollte man durchaus Radowitz in Berlin oder dessen Nähe gesehen haben. Man wollte wissen, daß eine günstigere Antwort vorbereitet gewesen, daß aber plötzlich ein unbekannter Einfluß dazwischen getreten sei, der die schlimme Wendung der Sache herbeigeführt habe. Wer anders konnte Dies sein, als Radowitz? So sehr war man gewöhnt, anzunehmen, daß Radowitz überall die Hand im Spiele habe, überall geheime Fäden auswerfe — und zwar keine schwarz-roth-goldenen.

Die offenkundigen Handlungen des Herrn v. Radowitz geben eben so wenig einen festen Anhalt zur Beurtheilung seiner eigentlichen Absichten in Betreff der deutschen Frage. In seiner Rede über den Welckerschen Antrag — jener Rede, welche eine so tiefe Bewegung in der Versammlung hervorrief — sprach Radowitz, nachdem er seine Bedenken gegen die zu sehr centralisirende Tendenz des Verfassungsentwurfes dargelegt, die bedeutungsvollen Worte: „Dennoch, meine Herren, bin ich davon durchaus und vollkommen überzeugt, daß wir diesen Weg jetzt nicht verlassen können; der Verfassungsentwurf ist auf gesetzlichem Wege zu Stande gekommen, er hat in den wesentlichsten Theilen vielseitige Zustimmung gefunden, er kann nie direct

oder indirect beseitigt oder durch Machtsprüche ersetzt werden. Wer für den Ausgang unserer Wirren einen solchen Gedanken faßte, dessen Vermessenheit könnte nicht tief genug beklagt werden." Und dennoch machte sich wenige Wochen später Herr v. Radowitz zum Werkzeug oder gar zum Leiter einer Politik, welche es unternahm, die Frankfurter Verfassung nicht blos zu „beseitigen', sondern „durch Machtsprüche", d. h. durch eine lediglich zwischen drei Regierungen vereinbarte Verfassung, zu „ersetzen"! Man könnte zwar zur Rechtfertigung des Herrn v. Radowitz sagen: die Versammlung habe damals den Rath, den er ihr gegeben, nicht befolgt; dadurch sei jene Wendung der Sache herbeigeführt worden, zu der er dann, da sie nicht mehr rückgängig zu machen war, selbst die Hand geboten habe, um wenigstens die nun einmal eingeschlagene Bahn zu dem möglichst erwünschten Ziele zu leiten. Aber jener Rath selbst war ein solcher, der zwar ehrlich und gut gemeint sein konnte, dem sich aber, wenn man ihn mit argwöhnischem Blick betrachten wollte, eben so leicht Hinterhaltgedanken unterlegen ließen. Denn was rieth Herr v. Radowitz der Versammlung? Sie sollte nach abgeschlossenem Verfassungswerk nicht sofort zur Wahl des Oberhauptes schreiten, sondern die Regierungen auffordern, ihren Anschluß an den Bundesstaat rückhaltlos zu erklären, erst nach Eingang dieser Erklärungen aber die Wahl vornehmen.

Unter andern Verhältnissen wäre dieser Rath unstreitig ein sehr beachtenswerther, ja vielleicht der beste gewesen; allein unter den Verhältnissen, welche damals in Frankfurt obwalteten, war es sicherlich ein sehr gefährlicher. Herr v. Radowitz konnte sich darüber nicht wohl täuschen, daß eine einfache Erklärung des Anschlusses oder Nichtanschlusses von den größeren deutschen Staaten, namentlich Oesterreich und Bayern, nicht erfolgen, sondern daß man von dieser Seite her, gestützt auf das Vereinbarungsprincip, eine Aenderung gewisser Punkte der Verfassung, insbesondere des Beschlusses über die Oberhauptsfrage, fordern würde. Herr v. Radowitz wußte ferner, daß die sehr starke Partei in der Versammlung, welche um jeden Preis das Erbkaiserthum beseitigen wollte, falls sie bei Feststellung der Oberhauptsfrage in zweiter Lesung unterläge, jeden Anlaß und Vorwand begierig ergreifen würde, um eine Revision dieses Beschlusses zu bewirken, und er wußte eben so gut, daß diese Partei durch täglichen Zuwachs österreichischer Abgeordneten in kurzer Zeit dermaßen verstärkt werden könnte, daß dann an eine Durchsetzung der Erbkaiseridee nicht mehr zu denken, vielmehr der Sieg entweder dem Directorium oder irgend einer andern Bastardform der Centralregierung ziemlich gewiß wäre. Er, der kluge Kenner und Berechner politischer Combinationen, mußte also begreifen, daß nur ein rascher und kühner Abschluß des Verfassungswerkes das Vaterland vor der Gefahr einer abermaligen Vernichtung

seiner theuersten Hoffnungen und vor dem Schlimmsten, was geschehen konnte, zu retten vermochte, davor nämlich, daß die Nationalversammlung selbst eine Verfassungsform beschlösse, welche den lauten und begründeten Anforderungen der Nation an eine starke einheitliche Regierung widerspräche und welche doch, als der formell gesetzliche Wille der Nationalvertreter, auf unbedingte Geltung Anspruch hätte. Diese Eventualität, die Herrn v. Radowitz nicht verborgen sein konnte, durfte er auf keine Weise begünstigen, sowohl wenn er „sehr deutsch", als wenn er „sehr preußisch" gesinnt war. Auch schien er selbst das Gewicht der Thatsachen, die seinen Rath unannehmbar machten, zuzugestehen. „Ich werde für jeden Antrag stimmen," sagte er, „der zum Abschlusse unseres Verfassungswerkes führen kann; ich fühle mich in meinem Gewissen dazu gedrungen." Und in der That stimmte er für den Welckerschen Antrag, ohne auf dem seinigen zu beharren.

Es liegt nahe, hier einen Vergleich anzustellen zwischen der Handlungsweise des Herrn v. Radowitz und jener des Herrn v. Vincke in Bezug auf die von der Nationalversammlung endgültig beschlossene Verfassung. Herr v. Vincke (wäre er zu jener Zeit in Frankfurt gewesen) würde sich vielleicht kaum haben entschließen können, für den Welckerschen Antrag zu stimmen, weil derselbe seinem Grundsatze von der Vereinbarung und der freien Zustimmung der Regierungen zuwiderlief und Herr v. Vincke in Sachen des

Grundsatzes unbeugsam ist. Allein, nachdem einmal die Verfassung — wennschon gegen sein Princip — zu Stande gekommen war und er die Nothwendigkeit einsah, daß sie rasch ins Leben trete, wenn nicht abermals Alles ins Schwanken kommen sollte, verfuhr Herr v. Vincke als echter Patriot und als ein Staatsmann, der große Zwecke mit großen Mitteln verfolgt, indem er zur ungesäumten und unbedingten Annahme der Krone sammt Verfassung rieth. Hätte Radowitz, als er nach Berlin berufen ward, dem König dasselbe gerathen und seinen ganzen persönlichen Einfluß dafür eingesetzt — wer weiß, ob nicht noch zur rechten Zeit auf den Weg eingelenkt worden wäre, welcher einen raschen, sichern und unblutigen Abschluß des Verfassungswerkes versprach! Und Herr v. Radowitz konnte diesen Rath leichter ertheilen, als Herr v. Vincke, da er die Frage gleich anfangs nicht vom Standpunkte eines starren Rechtsprincips, sondern vom Standpunkte der Staatsklugheit betrachtete, dieser Standpunkt aber, wie Herr v. Vincke so glänzend nachgewiesen hat, auch der preußischen Regierung den raschesten Abschluß der Verfassungswirren dringend gebot. Aber Radowitz ging nach Berlin mit der feststehenden Absicht, dem König nicht zur unbedingten Annahme der Verfassung zu rathen, vielmehr zur Einschlagung des Weges, der seitdem wirklich von Berlin aus verfolgt worden ist. Drei Richtpunkte bezeichnen diesen Weg, und alle drei stimmen eben so sehr zu der eigenthümlichen

Tendenz und Sinnesart des Herrn v. Radowitz, wie zu der seines königlichen Freundes; es läßt sich daher wohl begreifen, wie ein Rath, in dieser Richtung gegeben, von der andern Seite gern entgegengenommen und befolgt wurde. Das Eine ist die Wiederherstellung des Legitimitätsprincips durch Zurückweisung der dem König im Namen des Volkes dargebotenen Krone. Damit war es, bei Radowitz wenigstens gewiß, nicht blos auf eine pedantische Rechts- oder Gewissensfrage abgesehen, sondern er hatte dabei, wenn mich nicht Alles täuscht, die sehr praktische Rücksicht im Auge, daß eine vom Volke den Fürsten octroyirte Verfassung ihren demokratischen Ursprung auch in ihrer Entwickelung nicht verleugnet, daß dagegen umgekehrt eine von den Fürsten zu Stande gebrachte zu einer Wiederbelebung und Ausbreitung des alten Legitimitätsprincips in allen Theilen des Staatslebens den fruchtbaren und unvertilgbaren Keim in sich trägt. Damit hängt das Zweite eng zusammen, die Zurückdämmung des demokratischen Elements, welches sich namentlich im Reichswahlgesetze gar bedenklich breit zu machen schien, und die Herstellung einer „dynamischen" Grundlage der Staatsordnung in der Gliederung der Wähler nach Classen. In dieser künstlichen Combination glaube ich ganz Herrn v. Radowitz zu erkennen. Ist nicht darin das alte germanische Ständewesen wenigstens symbolisch nachgebildet, wenn auch übersetzt in das moderne Verhältniß der Einzelnen zum Staate, die Steuerzahlung?

Nur die besondere Vorliebe des Herrn v. Radowitz für dieses Princip der Wahlen (worin er nicht mit Unrecht den Ausgangspunkt einer ganzen Reihe von Restaurationen sogenannter „organischer", d. h. antidemokratischer Zustände sehen mag), eine Vorliebe, die beim König leicht Anklang fand, macht es erklärlich, wie die unbedingte Annahme dieses Princips beim Beitritt zu dem Berliner Entwurf gefordert werden konnte, da doch sonst zu einer solchen untrennbaren Verknüpfung des Wahlgesetzes mit der Verfassung kein Grund vorlag, ein Getrennthalten Beider vielmehr die Durchführung der letzteren bedeutend erleichtert haben würde. Das Dritte, worauf Radowitz entscheidenden Werth legt, ist das Verhältniß zu Oesterreich. Hier aber ist eben der dunkle Punkt, wo das eigentliche Wollen und Können des Herrn v. Radowitz in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt ist. Vertritt Herr v. Radowitz wirklich den Gedanken einer wahrhaft nationalen Politik, wie sie für Deutschland und Preußen gleichermaßen noth thut, gegenüber den Bundestagsgelüsten Oesterreichs? Oder dient er dem preußischen Interesse (welches hier zugleich das deutsche ist) nur insoweit, als dasselbe nicht mit jenen „höheren Principien" in Widerstreit geräth, denen, wie genaue Beobachter dieses merkwürdigen Mannes versichern, er alles Andere nachsetzt? Oder endlich ist er selbst unfrei und gehemmt in Dem, was er thun möchte? Stehen hinter ihm andere Mächte, welche seine Plane durchkreuzen? Ueber diese

Fragen ganz ins Reine zu kommen, scheint bisher selbst Solchen nicht gelungen zu sein, die Herrn v. Radowitz ziemlich nahe zu stehen und seines Vertrauens gewürdigt zu sein glauben. Herr v. Radowitz hat seine Ansichten über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in kurzer Zeit mehrfach modificirt. Zuerst, noch am Anfange dieses Jahres, stellte er ein sehr künstlich combinirtes System auf, nach welchem Großösterreich, Deutschland incl. Deutschösterreichs und Kleindeutschland in Gestalt dreier concentrischer Kreise mit einander verbunden werden sollten. Damals widerrieth er den Abschluß eines Bundesstaates ohne Oesterreich, und zwar, wie er versicherte, „weil er Deutschland, weil er Preußen liebe". Doch enthielt er sich der Abstimmung über das Gagernsche Programm. Jetzt, von Berlin aus, hat er mit dem Kabinette von Olmütz über eine „Union" Oesterreichs mit dem deutschen Bundesstaate zu unterhandeln versucht. Das scheint der Gagernsche Gedanke zu sein. Aber doch ist Etwas darin, was entweder an dem diplomatischen Scharfsinn des Herrn v. Radowitz, oder an seiner aufrichtigen Liebe zu dem Bundesstaate irre machen könnte. Das ist die gemeinsame Leitung gewisser Angelegenheiten, besonders der äußeren, zwischen Oesterreich und Preußen. So weiß man immer wieder nicht, ob der Angelpunkt unserer deutschen Staatenverhältnisse künftig, nach des Herrn v. Radowitz Absicht, in dem deutschen Reichstag oder in dem österreichisch-preußischen Unionsdirectorium liegen soll.

Es gehört zu den Eigenthümlichkeiten dieser ungewöhnlichen Persönlichkeit, daß sie sich in Geheimnisse hüllt und für alle ihre Umgebungen immer unberechenbar dasteht, während sie selbst aus diesem Dunkel heraus um so sicherer die Ziele und die Mittel ihres Wirkens berechnet. Wenn daher augenblicklich die katholisch-österreichische Partei ein lautes Zetergeschrei über Herrn v. Radowitz erhebt, daß er ihre Sache verrathe, so halte ich Dies eben so wenig für ein ausreichendes Kennzeichen der aufrichtig deutschen Politik des Herrn v. Radowitz, als ich aus den Stimmen, welche diesen Staatsmann als den letzten Widerhalt gegen das Hereinbrechen Leo-Gerlach-Thiele'scher Restaurationsideen preisen, die Beruhigung schöpfen kann, daß diese Ideen bei fortdauerndem Radowitz'schen Einflusse nicht gleichfalls, vielleicht weniger plump, aber um so gefährlicher, wieder in das preußische Regierungssystem hineinschlüpfen möchten. Selbst die neueste Rede dieses Staatsmannes, wie vortrefflich sie ist, kann mich über seine Intentionen nicht völlig beruhigen. Denn, so gut er damals in Frankfurt es für „vermessen" erklärte, die dort beschlossene Verfassung durch Machtsprüche verdrängen zu wollen, und doch wenige Wochen darauf selbst an dieser Vermessenheit sich betheiligte, ebensowohl könnte er jetzt, während er mit Begeisterung von dem starken Bundesstaate, und mit Entschiedenheit von der Unmöglichkeit eines Eingehens auf die österreichischen Pläne spricht, insgeheim an

die Möglichkeit eines solchen Eingehens und an seine Theilnahme daran denken.

Warum aber, wenn dem so ist, wenn Herr v. Radowitz so wenig oder eigentlich gar keine Bürgschaften dafür bietet, daß er mit aufrichtigem Sinn der deutschen Sache diene, warum haben jene Männer in Gotha, die doch gewiß gute und verständige Patrioten sind, ihre Unterstützung diesem Manne gewährt? Man würde unrecht thun, wenn man glauben wollte, die dort ausgesprochene, immer auch nur bedingte Adhäsion an das Berliner Verfassungsproject habe ein Vertrauensvotum für Herrn v. Radowitz sein sollen. Insoweit die Radowitzsche Politik eine wirklich deutsche ist, insoweit sie wirklich einen deutschen Bundesstaat mit einheitlicher Executive und einer Nationalvertretung in Staaten- und Volkshaus anstrebt, insoweit, und nur insoweit, mag und soll sie eine Stütze finden in jener Erklärung der Centralpartei. Ob Radowitz wirklich Dies und nur Dies wolle, oder ob seine Politik in der deutschen Sache noch mit andern Hintergedanken schwanger gehe, darüber waren auch in Gotha die Meinungen sehr getheilt. Alle wünschten und Viele hofften auch, daß Radowitz mit seinem überlegenen Geiste den im deutschem Volke lebenden Drang nach einer festen Einheit in seiner vollen Berechtigung begreifen, daß er die Unmöglichkeit, diesen Drang abermals zu täuschen, ohne die Gefahr einer neuen, furchtbaren Explosion herbeizu-

führen, einsehen, daß er wenigstens aus Klugheit, wenn nicht aus Hingebung an die Idee, in diesem Sinne seinen Einfluß auf den König benutzen werde. Andere freilich erinnerten daran, wie Radowitz früher schon seinen Geist einer Politik geliehen, die auch in ihren kurzsichtigen Berechnungen jenen Factor des Volksgeistes gar nicht oder viel zu gering in Ansatz brachte und darum schmählich Bankerott litt, wie er die Möglichkeit und Dauer einer künstlichen Compression der Volkskraft selbst dort überschätzt habe, wo deren Unhaltbarkeit schon längst eine geschichtliche Thatsache geworden war; könnte ihm dasselbe nicht weit leichter in Deutschland begegnen, wo die ganze Vergangenheit der Nation eine solche Täuschung so sehr begünstigt?

Ich wünsche von Herzen, daß jene Ersten mit ihren Hoffnungen und ihrer Zuversicht auf Radowitz Recht behalten mögen; aber ich fürchte beinahe, Radowitz wird auch diesmal „so klug sein, nicht klug zu sein"; er wird aus den mechanischen Gewaltmitteln der Macht, aus der Schlechtigkeit und Schwäche der Menschen sich einen Plan combiniren und einen politischen Kunstbau emporgipfeln, der eine Zeit lang stolz und stattlich dastehen und den klugen Baumeister loben mag, der aber hoffentlich noch weniger „fest wie Eisen" sein wird, als im Jahre 1848 Ludwig Philipps Thron.

Anastasius Grün (der als Graf Auersperg auch eine Zeit lang, leider nur zu kurz, Mitglied des Parlaments war)

hat in seinen trefflichen „Spaziergängen eines Wiener Poeten" die Mönche eingetheilt in „Dicke" und „Dünne". Aehnlich könnte man die Ultramontanen in der Paulskirche eintheilen in „Grobe" und „Feine". Zu den Groben würden gehören: Lassaulx, Beda Weber, Gfrörer, Buß, zu den Feinen: Döllinger, Dieringer, Ketteler. Abwechselnd fein und grob zeigten sich Reichensperger und Edel. Eine dritte Classe bildeten die Langweiligen und Ungeschickten (in dieser Partei eine Seltenheit), wohin ich vor Allen Sepp und Linde rechne, dann Philipps, H. Müller, Knoodt und Clemens. Unter den Groben repräsentirten Buß und Gfrörer den derben Volksrednerton des Capuciners, Lassaulx war bald cynisch unverschämt, bald hämisch; in einer klareren Atmosphäre und mit höherem Schwunge bewegte sich der Humor des Tyrolers Beda Weber, der zwar gewöhnlich scharf und beißend bis auf's Blut einschnitt, aber sich doch so unbefangen gab und mit so gesundem Witze und so naturwüchsiger Anschauung der Dinge gewürzt war, daß selbst der Getroffene sich in der Regel mehr zum Lachen, als zum Aerger gereizt fand. Nicht mit Unrecht hat man ihn den Abraham a Santa Clara der Paulskirche genannt. Unter den Feinen war Döllinger der Feinste, eine rechte Jesuitengestalt, verdünnt und vergeistigt durch scharfes, unablässiges Denken und Sinnen im Dienste der Kirche. Auch Dieringer ist ein feiner Kopf und gewandter Dialektiker. Schwungvoller und

musculöser in seinen Reden, als beide Vorgenannte, war Ketteler, der feurige Apostel des Glaubens, dessen Verdammungseifer gegen alles außerhalb der alleinseligmachenden Kirche Stehende selbst vor der Friedenspalme auf Lichnowskys Sarge nicht zurückwich. Bei Reichensperger und Edel gesellte sich zu der Verschlagenheit wohlgeschulter Jünger der Propaganda die Kunst juristischer Dialektik. Edel hatte dabei noch den Vortheil, Unkundige durch den äußeren Schein einer gewissen Offenheit und Geradheit zu täuschen, obschon kaum ein Anderer so sehr seine eigenen früher bekannten Ueberzeugungen, ja, seine ausdrücklichen Versicherungen Lügen gestraft hat, als er — Alles i. m. D. g. Reichenspergers glatte und ewiglächelnde Züge hatten schon weniger Zutrauenerweckendes. Er sowohl, wie Edel, waren Mitglieder des Casino, letzterer sogar eine Zeit lang dessen Vorstand. Bei der großen Parteischeidung zu Ende des vorigen Jahres traten Beide zur ultramontan-österreichischen Partei über.

Was außer den Ultramontanen zur großdeutschen Partei gehörte, das waren theils Oesterreicher — und zwar diese beinahe ohne Ausnahme —, theils Bayern — meist Altbayern und Schwaben, außerdem Beamte —, theils andere Partikularisten, endlich politische Sonderlinge und Querköpfe. Zu den letztern rechne ich die Herren Heckscher, Jürgens, Ahrens, M. Mohl und Wuttke. Nicht minder würde ich unseren gefeierten Sänger Uhland

dahin zählen müssen, falls man nicht diesem auch auf politischem Gebiet eine gewisse poetische Freiheit zu Gute halten will. Denn auch er war in seinen Abstimmungen ziemlich unberechenbar und folgte, wie es schien, mehr seinem poetischen Gefühle, als dem kalt abwägenden politischen Verstande.

Herr Heckscher, der ehemalige Reichsminister des Auswärtigen, hatte schon im Fünfzigerausschusse jenen Sonderlingsgeist verrathen, der sich im plötzlichen Umspringen von einer Stimmung auf eine andere, in der halsstarrigen Vertheidigung von Ansichten, welche den von der Mehrheit angenommenen widersprechen, in einer gewissen Rechthaberei und einem Gefallen an den Triumphen des eigenen Scharfsinns kundgiebt. Nicht anders zeigte er sich in der Nationalversammlung. Er war geschätzt und gefürchtet als ein Meister haarscharfer Dialektik, als ein Redner von großer Kraft und Präcision des Ausdruckes und von schonungsloser Derbheit in der persönlichen Polemik. Sein klares Exposé über die Verhältnisse Schleswig-Holsteins und sein gewandter Schlußvortrag als Berichterstatter in dieser Sache brachten ihm viel Lob ein, obschon deren glänzendste Seite ebenfalls in der hartnäckigen Vertheidigung von Ansichten bestand, die mehr juristisch spitzfindig, als politisch richtig waren. Ob sie seine Befähigung zum Minister des Auswärtigen hinreichend documentirten, ist eine andere Frage. Indeß ward er Minister. Ueber seine Amtsführung als solcher will ich hier nicht urtheilen. Gewiß ist,

daß die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, sehr groß waren, und daß ein mehr als gewöhnliches staatsmännisches Talent dazu gehört haben würde, über diese Schwierigkeiten zu triumphiren. Daß Heckscher ein solches nicht besaß, darf man behaupten, ohne ihm zu nahe zu treten. Als das in Folge des Malmöer Waffenstillstandes am 5. September gestürzte Ministerium am 16. September die Majorität wieder erlangte und am 18. September seine Functionen mit voller Verantwortlichkeit von Neuem antrat, blieb Heckscher allein ohne Portefeuille. Der Haß des Volkes, der sich vorzugsweise auf ihn geworfen, und die Antipathien, welche sein persönliches Benehmen als Minister auch in der Versammlung gegen ihn erregt hatte, standen seiner Wiedereinsetzung im Wege. Als ehrenvoller und angenehmer Rückzugsposten ward ihm eine Sendung an die italienischen Höfe übertragen.

Ob nicht damals in Heckschers Seele ein Stachel der Kränkung zurückgeblieben ist gegen Preußen, dessen eigenmächtiges Verfahren in der Waffenstillstandsfrage die Verlegenheiten und die Niederlage des Ministeriums, indirect auch die Scenen des 18. Septembers verschuldet hatte, desgleichen gegen die Majorität der Nationalversammlung, die, während seine Collegen sämmtlich wieder eingesetzt wurden, für ihn nichts that, vielmehr ihn, wie er wohl wußte, nicht ungern ausscheiden sah, bleibe ununtersucht. Unnatürlich wäre es nicht. Als Heckscher nach längerer

Abwesenheit in die Paulskirche zurückkehrte, schloß er sich jener Partei an, welche den Fortgang des Verfassungswerkes auf dem von der Mehrheit eingeschlagenen Wege, welche das Zustandekommen des preußischen Erbkaiserthums um jeden Preis zu verhindern suchte, liebäugelte auch, wie sie, mit der Linken, mit der er doch früher, ehe er Minister ward, die heftigsten Auftritte gehabt hatte. Er ließ sich von den Großdeutschen, nebst Hermann und Somaruga, nach Olmütz schicken, um im Namen der Partei mit dem österreichischen Cabinete zu unterhandeln — er, der in jener berühmten Philippika über das Leyelsche Promemoria im Fünfzigerausschusse jede Einmischung der Regierungen in das Werk der Nationalversammlung, ganz besonders aber jeden Versuch einer Privatunterhandlung derselben mit einzelnen Mitgliedern auf das allerentschiedenste verdammt hatte. Die Vertheidigung dieses Schrittes, die er nach seiner Rückkehr von der verunglückten Olmützer Mission auf der Tribune versuchte, war matt und wirkungslos; der früher so viel beklatschte Redner trat diesmal ab ohne Zeichen von Theilnahme, selbst aus den Reihen seiner neuen politischen Freunde. Bald darauf verschwand er aus der Versammlung und kehrte nicht wieder.

Keiner hat so viel „gewühlt“ (um in der familiären Parlamentssprache zu reden), d. h. die Schwankenden und Andersgesinnten im Stillen bearbeitet, Keiner hat sich so viel mit geheimen Parteiungen und kleinen parlamentarischen

Intriguen abgegeben, wie der Pfarrer von Stadtoldendorf, Jürgens. Schon beim Fünfzigerausschuß war er die Seele der conservativen Partei. Beim Beginn der Nationalversammlung gab er sich alle Mühe, eine solche in größerem Maßstabe zu bilden. Als Organ dieser Richtung gründete er mit Bernhardi und Loew von Posen die „Flugblätter", ein Blatt, welches leider nur zu bald den Pfad der Mäßigung (die es doch predigte) verließ und an verleumderischer Uebertreibung und Entstellung der Thatsachen, an Schmähsucht und gehässigen Persönlichkeiten mit der „Reichstagszeitung" und anderen Schimpfblättern der radikalen Partei glücklich wetteiferte. Bis zur Katastrophe im December vorigen Jahres gehörte Jürgens dem Casino an, von da ab weihte er seine unermüdlich im Stillen wirksame Thätigkeit der großdeutschen Partei. Als Redner war er ohne Bedeutung, trat auch kaum ein paar Male auf. Jürgens ist einer von den unglücklichen Politikern, deren Politik, statt aus dem Kopfe, aus dem — Unterleibe kommt — er ist Hypochondrist im höchsten Grade, schwarzgallig und schwarzsichtig, darum leicht ungerecht in seiner Beurtheilung der Personen, befangen in seiner Anschauung der Dinge, dazu voll Selbstüberhebung. Wie wäre es sonst auch zu erklären, daß der Freund Steinackers so wenig von dessen klarer und weitblickender Auffassung der deutschen Zukunftsgestaltung gelernt hat?

Ahrens kam nach Frankfurt, als er kaum erst von

langjähriger politischer Flüchtlingschaft und Verbannung in Belgien nach Deutschland zurückgekehrt war. Dies und seine Wirksamkeit an der freien Universität zu Brüssel, von woher man ihm eine tiefere Einsicht in die Zustände des constitutionellen Musterstaates Belgien zutraute, lenkte die Aufmerksamkeit auf ihn und verschaffte ihm den Eintritt in den Verfassungsausschuß. Bald jedoch zeigte sich, daß man sich in ihm getäuscht. Im Ausschuß wie auf der Tribune erschien er verworren und ohne gründliche staatsmännische Anschauungen. Sein politisches Schifflein gaukelte steuerlos hin und her, bald nach der Linken, bald nach den Großdeutschen, und machte gar sonderbare Kreuz- und Querfahrten.

Der fleißigste, red- und schreibseligste Mann in der Versammlung, ehrlich durch und durch, ohne Falsch und Hinterhalt, aber auch halsstarrig wie Keiner, fremder Ueberredung durchaus, aber fast eben so sehr fremder Ueberzeugung unzugänglich, für Das, was er einmal als recht und gut erkannt zu haben glaubte, fanatisch bis zum Aeußersten, so zwar, daß er ihm Alles opfern würde, sich selbst zuerst, aber eben so schonungslos auch jedes andere Interesse, als Gelehrter und Mensch hochachtbar, als Politiker freilich ein Sonderling und Querkopf der ersten Sorte, der sehr gefährlich wirken könnte, wenn ihm nicht zum Glück das Talent, Andere so wie sich zu fanatisiren, gänzlich abginge — das ist Moritz M o h l, ein rechter Typus schwäbischer Eigenthümlichkeit in ihren Uebertreibungen im Gu-

ten wie im Schlimmen. M. Mohl stimmte meist mit der Linken, sogar bis zum Extrem, besuchte aber selten ihre Versammlungen, sondern saß zu Hause ganze Abende und halbe Nächte hindurch, eifrig beschäftigt, weitläufige Anträge und noch weitläufigere Motive zu diesen Anträgen auszuarbeiten. So gründlich wie Mohl hat sich wohl Niemand auf die Sitzungen vorbereitet, so aufmerksam und eifrig ist in den Sitzungen Niemand gewesen. Mit seinen endlosen Anträgen, mit seinem ewig ungestillten Triebe zu reden brachte er die Versammlung oft fast zur Verzweiflung; schon bei Nennung seines Namens ging ein schauderndes: Oh! durch die Reihen — ihn rührte es nicht, unerschütterlich betrat er die Tribune, unerschütterlich harrte er aus troß der Unruhe und des Lärmens der auf's Aeußerste gebrachten Versammlung, und nur sein bis zur steilsten Fistel gesteigerter Ton und seine immer heftiger werdende Gesticulation, die vergeblich gegen den Sturm ankämpften, verriethen die Gemüthserregung, welche in ihm der grelle Gegensatz der unwirschen äußeren Umgebung zu seiner inneren Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit Dessen, was er sagte, offenbar hervorrief. Diese Ueberzeugung war bei ihm so groß, daß er sich förmliche Kasteiungen auferlegte, um nur zum Worte zu gelangen. So kam er bei bevorstehenden wichtigen Verhandlungen stundenlang vor dem Beginn der Sitzungen, um seinen Namen als Redner einzuzeichnen, obgleich er wußte, daß die gültige Einschreibung

erst ein Viertel vor der Sitzungsstunde begann und frühere Vormerkungen fast jedesmal wirkungslos blieben. Dabei war er so gewissenhaft, zu diesen Einzeichnungen sein eigenes Papier mitzubringen, um nicht das von Reichswegen angekaufte zu verbrauchen. Und diese Geduldsprobe wiederholte er nicht selten viele Tage nach einander, wenn der Gegenstand, über den er sprechen wollte, zufällig zwei- oder dreimal von einer Tagesordnung auf die andere verschoben ward. War es ihm dennoch mißglückt, das Wort in einer Debatte zu erhalten, so suchte er wenigstens bei der Fragestellung noch seinem Drange genug zu thun und sein Gewissen zu beruhigen. Schade, daß durch solche Sonderbarkeiten so viel trefflicher Wille, so viel gründliches Wissen und eine nach manchen Seiten hin so richtige Auffassung der Verhältnisse in Schatten gestellt und beeinträchtigt wurden. Mit wie wenig Aufmerksamkeit auch die meisten Reden Mohls angehört wurden, so enthalten sie doch neben vielem Einseitigen und Verkehrten gar manches Tüchtige und Brauchbare. Seine Rede über die Frage der Garantie der Arbeit war ein Meisterstück praktischer, auf gesunde Anschauung und gründliche Kenntniß der menschlichen Natur und der volkswirthschaftlichen Verhältnisse gestützter Beredtsamkeit. Auch erlebte Mohl die Freude, daß diese Rede nicht allein mit tiefster Ruhe angehört und mit lautem, langanhaltendem Beifall belohnt, sondern auf Veranlassung der Centralpartei (also seiner gewöhnlichen

politischen Gegner) gedruckt und verbreitet ward. Das preußische Erbkaiserthum hatte keinen erbitterteren Gegner, als M. Mohl — ihm schwebte ein österreichisches Kaiserthum über ganz Deutschland vor. Vielleicht hatte hieran neben anderen Beweggründen auch sein schutzzöllnerischer Fanatismus, der, ebenso wie seine Centralisationswuth, Alles überbot, was in diesem Punkte die Paulskirche aufweisen konnte, einigen Antheil.

In Wuttkes politischem Charakter spielt die Eitelkeit eine Hauptrolle. Wuttke trat in die Nationalversammlung mit der Prätention ein, hier rasch eine ähnliche Geltung zu erlangen, wie er sie wohl in kleineren Verhältnissen als Parteiführer und Clubredner behauptet hatte. Anfangs spielte er den „Mann von selbstständigem politischem Charakter", den „über den Parteien oder in der Mitte Stehenden", machte sich auch durch einige auffallende Acte dieser „Selbstständigkeit", z. B. durch Proteste gegen gefaßte Beschlüsse und sonstige Separaterklärungen zu Protokoll bemerklich. In seinen Abstimmungen zeigte er allerdings, daß er keiner Partei angehöre, aber nicht, weil er eine selbstständige, sondern weil er gar keine feste politische Ansicht hatte. Also (um mich abermals eines in die parlamentarische Umgangssprache aufgenommenen Ausdrucks zu bedienen) er „pieymeyerte", heute einen Schritt nach rechts, morgen einen nach links gehend. Endlich fixirte er sich im „Württemberger Hofe", wenn man es nämlich „sich fixiren"

nennen kann, einer Partei in dem Momente beitreten, wo dieselbe mehr als je in sich zwiespältig geworden war. Als ein Theil des Württemberger Hofes sich den Großdeutschen anschloß, war Wuttke unter ihnen. Nothwendiger Weise mußte ja in diesem Vereine der Großdeutschen (der, wie die Gesellschaft Jesu, seine Jüngerschaft nach Provinzen abtheilte) auch Sachsen, und zwar durch Herrn Wuttke, vertreten sein. So hatte er denn nun die Freude, Anträge und Berichte für die Großdeutschen zu fertigen, mit allerlei Leuten von Titel und Rang auf vertraulichem Fuße zu verkehren und seinen Wählern schreiben zu können, „daß er sich wohl zu den Führern der großdeutschen Partei zählen dürfe.“ Manche wollten behaupten, daß Wuttke neben diesen kleinen unschuldigen Eitelkeiten noch andere, weitergreifende Ziele des Ehrgeizes verfolge. Bei seiner außerordentlichen Rührigkeit, die ihn zum brauchbaren „Faiseur“ einer Partei macht, und seinen mancherlei, auch rednerischen Talenten, würde Wuttke allerdings eine politische Carriere machen können, wenn nicht seine maßlose und oft auf's Kleinlichste gerichtete Eitelkeit den Gesichtskreis seines Wirkens allzusehr verengerte, und wenn nicht seine Unzuverlässigkeit und Zweideutigkeit im politischen Handeln — gleichfalls eine Folge seiner Sucht, sich überall Geltung und Einfluß zu verschaffen — ihn für jede Partei trotz seiner sonstigen Brauchbarkeit zu einer Eroberung von sehr zweifelhaftem Werthe machte. Wuttke gehörte zu

jenem Reste der großdeutschen Partei, welcher auch nach der beschlossenen Verlegung des Parlaments nach Stuttgart in Frankfurt blieb, gegen jenen Beschluß protestirte und sich fortwährend als die wahre, berechtigte Versammlung oder doch als den Stamm einer solchen betrachtete. Arm in Arm mit Herrn Buß versuchte er die ins Wanken gekommene Centralgewalt zu stützen und betrieb die Berufung einer neuen Gesammtvertretung des ganzen Deutschlands durch den Reichsverweser. Daneben war er fortwährend unermüdlich thätig, durch die Presse und auf anderen Wegen seine großdeutschen Ansichten in seiner engeren Heimath Sachsen auszubreiten.

Eine mehr als gewöhnliche Wichtigkeit hatte natürlich die Stellung solcher Abgeordneten zur deutschen Verfassungsfrage, die zugleich Mitglieder von Einzelregierungen waren. Die Staatsräthe Wydenbrugk aus Weimar und Römer aus Stuttgart gehörten beide lange Zeit zu den entschiedenen Gegnern des preußischen Erbkaiserthums. Allein der „Staatsmann von Weimar", der, wie Vincke sagte, „immer auf der Höhe der Zeit steht", ging noch im günstigen Momente, unmittelbar vor der Entscheidung über den Welckerschen Antrag, in's Lager der Erbkaiserlichen über, hielt auch bei dieser Fahne aus, obschon er statt des gehofften Sieges eine Niederlage mit seinen neuen Freunden theilen mußte, was gerade ihm gewiß doppelt unerfreulich war, da sein Geschmack in dieser Beziehung weit mehr dem der Götter, als dem des Cato gleicht. Von Wydenbrugk

gilt so ziemlich das Umgekehrte Dessen, was Heine von seinem Atta Troll sagt: er ist „ein Talent, doch kein Charakter". Und das ist schade, denn er ist ein großes Talent!

Ein Charakter dagegen im vollsten Sinne des Wortes, ein recht tüchtiger und ehrenhafter Charakter — wenn auch nicht ganz frei von manchen Einseitigkeiten schwäbischer Weltanschauung — ist Römer. Unerschütterlich starr blieb dieser bis zuletzt auf seinem gegenkaiserlichen Standpunkte stehen, und selbst die gegen ihn in's Feld geführte Autorität seines großen politischen Freundes Paul Pfizer vermochte ihn nicht anderen Sinnes zu machen. Doch erklärte er auf der Tribune: was immer die Versammlung in der Verfassungsfrage beschließen möge, er werde ihren Beschluß nicht blos als Abgeordneter ehren, sondern auch als Minister zur Geltung bringen; Württemberg werde sich den Beschlüssen der Nationalversammlung unterwerfen. Und er hat wacker Wort gehalten; seiner Festigkeit verdankt man es, daß die Verfassung in Württemberg zur Anerkennung gelangte ohne Blutvergießen, wie man es wieder nur seiner Festigkeit zu verdanken hat, wenn die wahnsinnigen Beschlüsse des Stuttgarter Rumpfparlamentes und die damit Hand in Hand gehenden grenzenlosen Wühlereien, welche Württemberg zu einem Herd und Ausgangspunkt des Bürgerkrieges machen wollten, dieses verderbliche Ziel nicht erreichten.

Der hannoverische Partikularismus verhielt sich consequent schweigend, warf aber seine fünf Stimmen (mehr

zählte er glücklicher Weise nicht, wenn ich die beiden Hannoveraner Wedekind und Ahrens als Separatisten auf eigene Hand abrechne) regelmäßig gegen jeden Beschluß in die Wagschale, der eine straffere Einheit Deutschlands bezweckte. So groß war der Haß dieser Herren gegen die einheitliche Verfassung, daß sie, um diese wenigstens lebensunfähig zu machen, gegen alle Punkte stimmten, von denen sie wußten, daß man darauf bei den Regierungen und namentlich in Berlin den größten Werth lege. So erlebte man das Unerhörte, daß Männer wie Bothmer und Detmold mit der Linken für die Verwerfung von Institutionen stimmten, deren Erhaltung gerade ihnen nach ihren bekannten politischen Gesinnungen und ihrer Stellung besonders am Herzen liegen mußte. Von vieren dieser specifischen Hannoveraner, den Herren v. Bothmer, Hugo, Zum Sande und Deymann, ist gar nichts zu sagen, als daß sie kamen, stimmten und gingen; der fünfte, Detmold, würde von Seiten seiner parlamentarischen Thätigkeit eben so wenig Anspruch auf besondere Erwähnung haben, wenn er nicht theils durch seine frühere Stellung als Vorkämpfer der hannoverischen Opposition, theils durch die Ausgeburten seines ewig regen Witzes und seiner beißenden politischen Satyre, endlich durch seine Amtirung als Reichsminister (die ich beinahe auch als eine solche Ausgeburt betrachten möchte) die Aufmerksamkeit in höherem Grade auf sich gezogen und eine gewisse Berühmtheit er-

langt hätte. Bei seinem Eintritt ins Parlament erwarteten Viele von ihm, im Hinblick auf sein früheres politisches Wirken, große Dinge. Auch ward er sofort in den Verfassungsausschuß gewählt. Wer ihn näher kannte, wußte freilich, daß von jener geistigen Spannkraft, die Detmold in den Verfassungskämpfen Hannovers in den Jahren 1837 u. ff. entwickelt hatte, kaum noch eine Spur übrig war, daß er sich seit lange schon einem gewissen politischen Quietismus ergeben hatte, daß er sogar — vielleicht aus Bizarrerie — nahezu ein Bewunderer Ernst Augusts geworden war, daß er endlich, ein persönlicher Freund Stüves, auch dessen strengpartikularistische Ansichten in der deutschen Sache theilte. Zwar schien es, als ob der Aufenthalt in Frankfurt und das Verkehren in größeren politischen Verhältnissen diese partikularistische Beengtheit Detmolds sprengen würde; Detmold nahm seinen Platz auf dem Berge des linken Centrums, freilich, wie sich bald ergab, eigentlich wohl nur deshalb, weil dieser Platz der geeignetste zum — Schlafen war. Denn Detmold schlief oft ganze Sitzungen hindurch und konnte kaum beim Abstimmen von seinen Nachbarn wach geschüttelt werden. Nicht lange, so brach seine eigentliche Natur wieder durch, er zog sich von seinen deutscher gesinnten Landsleuten zurück, besuchte dagegen die Zusammenkünfte im Steinernen Hause. Als die hannoverischen Abgeordneten gegen die Stüvesche Politik, die sich dem Gesetz vom 28. Juni nicht fügen wollte,

feierliche Verwahrung einlegten, fehlte Detmolds Name unter diesem Proteste. Dagegen war er überall dabei, wo eine partikularistische Minderheit des Verfassungsausschusses durch Separatanträge den Gedanken der einheitlichen Gestaltung Deutschlands zu kreuzen suchte. Der Geist des Zersetzens, welcher geistreichen und witzigen Leuten eigen zu sein pflegt, scheint bei Detmold auch in die politische Gesinnung übergegangen zu sein und ihn verhindert zu haben, mit vollem, warmem Herzen sich an ein großes Ganzes anzuschließen. Ihm war überhaupt das politische Treiben um ihn her fast nur Gegenstand künstlerischer Beschaulichkeit, Stoff für die lustigen Spiele seines Witzes und seiner Laune. Solcher Witzspiele circulirten von ihm eine zahllose Menge. Wie scharf und fein er beobachtete, zeigt sein „Herr Piepmeyer", dieses treffliche Werk politischer Satyre, dieses treue Charakterbild einer leider nur zu zahlreichen Classe von Volksvertretern. Aber der Witz allein macht keinen Politiker, und selbst zur Intrigue schien Detmold zu träge zu sein. Vielleicht hat sein gegenwärtiger Posten ihn aus dieser Trägheit gerissen, indem er ihm einen stärkeren Anreiz und ein weiteres Feld zur Intrigue gab, worin Detmold eigentlich sehr stark ist. Der Eintritt Detmolds in das Ministerium Grävell gehört auch zu den Unbegreiflichkeiten dieser so sonderbar gearteten Natur. Trieb ihn Eitelkeit? Auch wenn er solche besaß — was, die ihn kennen, leugnen —, war doch wahrhaftig dieser Preis für einen ge-

scheidten Mann ein gar zu zweideutiger. Oder wollte er wirklich für seine politischen Ansichten sich ein ergiebiges Feld der Thätigkeit erschließen? Selbst einen solchen Parteieifer kann man ihm kaum zutrauen. Oder reizte es seinen Oppositionsgeist, an einer Gewalt Theil zu nehmen, die gegen das Gesetz parlamentarischer Regierung der Versammlung aufgezwungen ward und somit diese gewissermaßen demüthigte? Oder lag wohl endlich gar eine tiefe Bosheit darin, daß Detmold sich selbst preisgab, um durch seine Persönlichkeit, von der er wußte, daß ihr der Stempel des Komischen aufgeprägt sei, das Ministerium und damit auch die Versammlung lächerlich zu machen? Viele glaubten dieses Letztere, und das boshafte Lächeln, mit welchem Detmold — das einzige Mal, wo er sich auf der Ministerbank zeigte — die Philippika L. Simons gegen das Ministerium hinnahm (während sein College Merck sichtlich bewegt die Farbe wechselte), konnte wohl dieser Vermuthung Raum geben.

Des Hauptagitators unter den Bayern, des Herrn Edel, so wie der geistlichen Herren Lassaulx, Phillips und Döllinger ward bereits oben gedacht. Von den übrigen specifischen Bayern debutirte Beisler, damals noch königlich bayerischer Minister, sehr unglücklich mit einer im höchsten Grade partikularistischen und gouvernementalen Aeußerung über die Befugnisse der bayerischen Abgeordneten zur Nationalversammlung, einer Aeußerung,

gegen welche die große Mehrzahl dieser förmlich Protest einlegte, benahm sich dagegen tapfer und gesinnungstreu in der Kirchendebatte, unbekümmert darum, daß er durch seine Rede sich die heftigen Angriffe seiner ultramontanen Landsleute in der Paulskirche und deren wirksame Verfolgungen daheim zuzog. Arndts von München und Künßberg von Ansbach streiften stark in das Gebiet des Langweiligen. Letzterer hatte die abenteuerliche Idee: die fertige Verfassung solle nochmals durch einen neuen Ausschuß von vorn bis hinten revidirt und amendirt werden. Höchst kurzweilig dagegen war Gombart; seine altbayerische derbe Sprechweise schwankte zwischen wirklichem Humor und trivialem Witz; häufig erhob sie sich zu jenem, bisweilen aber sank sie auch zu diesem herab. Das Vereinbarungsprincip in seiner vollsten Ausdehnung (wonach Alles schließlich in die Hände der Regierungen gelegt wird) hatte keinen eifrigeren Vertheidiger, als Gombart. — Ministerialrath v. Hermann aus München setzte sich bei seinem Eintritt in die Paulskirche, entsprechend seiner Stellung, auf die Rechte, beschloß jedoch bald, „etwas mehr nach links zu rücken." So kam er bis in den Württemberger Hof, die letzte Station nach links, von der noch ein Pfad in's gelobte Land der Reichsministerportefeuilles führte. Nach einigem Harren und vergeblichem Hoffen zeigte sich das Schicksal endlich ihm günstig. Er erhielt vom Reichsverweser den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums an die Stelle des am

5. September abgetretenen Schmerling-Heckscherschen. So lockend das Glück war, so wollte doch Herr v. Hermann vor Allem eine Sicherheit haben, daß es auch dauernd sein werde. Er hatte daher die naive Absicht, die Hauptentscheidung der Versammlung über Annahme oder Nichtannahme des Waffenstillstandes abzuwarten und sich danach erst zu entscheiden. Also in dem Augenblicke, wo Alles davon abhing, welche Stellung die vollziehende Gewalt zu dem in Frage stehenden Waffenstillstand nehmen, welche Maßregeln sie für den Fall der Ablehnung der Versammlung vorschlagen würde — in diesem Augenblicke sollte, nach Hermanns Ansicht, gar keine vollziehende Gewalt vorhanden sein, die Nationalversammlung sollte allein über diese Frage der Verwaltung entscheiden, und erst nach dieser Entscheidung sollte die Vollziehungsgewalt wieder zum Vorschein kommen! Ist so etwas wohl erhört in der parlamentarischen Geschichte? Leider kam es wirklich dahin — Dank jener Zögerungspolitik des Herrn v. Hermann! Die Versammlung verhandelte über Annahme oder Ablehnung des Waffenstillstandes, ohne sich gegenüber ein verantwortliches Ministerium zu haben. Damit war die Frage so gut wie entschieden; die Majorität, welche sich am 5. September gegen den Waffenstillstand erklärt hatte, war schon dadurch geschlagen, daß sie kein Ministerium zu Stande gebracht hatte, welches die Verantwortlichkeit für die Ablehnung des Waffenstillstandes

und für das, was daraus kommen mußte, auf sich nehmen wollte.

Am Abend vor der großen Entscheidung erklärte Herr v. Hermann in der Parteiversammlung: „er habe mit dem preußischen Bevollmächtigten, Herrn Camphausen, unterhandelt und glaube, daß Modificationen des Waffenstillstandes zu erlangen seien, bei welchen man sich beruhigen könne. Er wolle daher den Antrag stellen: die Nationalversammlung möge ihren Beschluß suspendiren, bis über diese Modificationen verhandelt sei.“ Man stellte ihm vor, daß er einen solchen Antrag nicht als Abgeordneter, wohl aber als Minister stellen könne, und daß unter dieser Voraussetzung der vorgeschlagene Ausweg ganz zweckmäßig erscheine. Und gewiß wäre es die glücklichste Lösung der Waffenstillstandsfrage gewesen, wenn ein neues Ministerium vor die Versammlung mit der Erklärung hingetreten wäre: „Wir halten den Waffenstillstand, wie er ist, für unausführbar, wir unterhandeln wegen gewisser Modificationen rücksichtlich der Ausführung desselben, und wir bitten die Versammlung, ihren definitiven Beschluß so lange auszusetzen, bis wir über das Ergebniß dieser Unterhandlungen ihr berichtet haben.“ Es steht kaum zu bezweifeln, daß derartige Unterhandlungen — eine Majorität in der Versammlung für Ablehnung des Waffenstillstandes, wenn er nicht modificirt würde, im Rücken — von Erfolg gewesen wären, da sogar noch nach dem Nichtablehnungsbeschlusse der Ver-

sammlung wichtige Zugeständnisse bei Ausführung des Vertrages erreicht wurden. Der Versammlung aber wäre dadurch jene Entscheidung erspart worden, welche in vielen Beziehungen für sie so nachtheilig und in ihren unmittelbaren Wirkungen so verhängnißvoll geworden ist.

Herr v. Hermann wollte von dieser Behandlung der Sache anfänglich nichts wissen; natürlich! er mußte ja dann sofort als Minister hervortreten, ohne noch der Majorität versichert zu sein, und die ganze Herrlichkeit dauerte vielleicht nur einen Tag. Als man in ihn drang und an seine patriotische Selbstverleugnung appellirte, gab er scheinbar nach, war aber sichtlich froh, als aus dem Casino (wo er auch unterhandelt hatte) die Nachricht kam, man wolle dort auf seinen Vorschlag nicht eingehen. So erklärte er denn, seinen Auftrag in die Hände des Reichsverwesers zurückgeben zu wollen. Damit schien die Sache abgemacht. Welche Ueberraschung daher für seine Parteigenossen, als er folgenden Tages neben dieser Erklärung auch seine Verhandlungen mit Camphausen auf die Tribune brachte, sodann aber eine Art Programm entwickelte (er, der eben zurückgetretene Ministercandidat!), worin er auseinandersetzte, wie er die Sache behandelt haben würde, wäre er Minister gewesen! Diese Indiscretion, dieses unstaatsmännische Wesen, dazu der über alle Maßen triviale und abgeschmackte Inhalt dieser apokryphen Ministerrede — es war wirklich beinahe das Aergste, was der Versammlung je ge-

boten worden, und die letztere konnte hiernach wenigstens darüber sich vollkommen beruhigen, daß Herr v. Hermann nicht für gut befunden hatte, die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands in die Hand zu nehmen.

Seitdem hielt sich Hermann lange Zeit still und zurückgezogen, bis er plötzlich als eines der Häupter der großdeutschen Partei wieder auftauchte und sich bei der Pilgerfahrt nach Olmütz betheiligte. Aber weder bei dieser, noch bei den Versuchen, die er in der Nationalversammlung mit unermüdlichem Eifer bis zum letzten Stadium derselben wiederholte, Oesterreich auf Umwegen in den deutschen Bundesstaat herein- und an dessen Spitze zu bringen, war das Glück ihm günstig, und so verließ er endlich mißmuthig den Schauplatz seiner parlamentarischen Thätigkeit in Frankfurt und kehrte in sein engeres Vaterland zurück.

Ich bin unschlüssig, ob ich Herrn Eisenmann mehr zu den Partikularisten, oder mehr zu den Sonderlingen und politischen Einsiedlern zählen soll. Gewiß ist, daß er von Partikularismus nicht ganz frei, eben so gewiß aber auch, daß nicht dies allein der Grundton seiner politischen Ueberzeugungen war, die vielmehr nur aus einer ganz eigenthümlichen, durchaus redlichen, aber vielfach unklaren und einseitigen Anschauungsweise sich erklären lassen. Unvergessen und in vollster Anerkennung bleibe, was Eisenmann für die Sache der Freiheit seit mehr als einem halben Menschenalter gewirkt und gelitten; unvergessen

bleibe auch sein muthiges und nach solchen Erfahrungen doppelt ehrenwerthes Auftreten für die Monarchie beim Vorparlament, so wie das Verdienst, welches er damals sich erwarb, den rechten Weg gezeigt zu haben durch unablässiges Drängen auf Veranstaltung einer constituirenden Versammlung, statt der ziellosen und bedenklichen Debatten über Verfassungsformen, in welche man von gewissen Seiten her das Vorparlament verwickeln wollte. Aber alle diese früheren Verdienste Eisenmanns dürfen uns nicht blind machen für Das, was er gegenwärtig ist und leistet. Und da können wir nicht anders urtheilen, als daß sein politisches Wirken in der Nationalversammlung, bei unverkennbar redlichem und tüchtigem Willen, in seinen Zielen und Wegen doch allzu vag, zerfahren und unpraktisch war. Vielgeschäftig und nicht ohne ein starkes Selbstgefühl von seinem Beruf zu politischer Führerschaft, unternahm Eisenmann sogleich beim Beginn der Nationalversammlung Allerlei, um eine Partei unter seiner Leitung zu Stande zu bringen. Nachdem dies mißglückt, schloß er sich dem rechten Centrum, der späteren Casinopartei an, verließ jedoch auch diese wieder, ich weiß nicht recht, ob aus verletzter Reizbarkeit oder wegen eines wirklichen Umschwunges in seinen politischen Ansichten. Allerdings war es ungefähr um dieselbe Zeit, daß er, der im Fünfzigerausschusse jene so banal gewordene Phrase gesprochen: „Ich sehe keine Reaction“, nun plötzlich bekannte: „Jetzt sehe ich

Reaction." Genug, er machte eine starke Wendung nach links und kam allmälig so weit, daß er sich dem Märzverein anschloß und im Vorstande desselben (wo jeder der zum Vereine gehörigen Clubs repräsentirt war) ebenfalls Sitz und Stimme erhielt, als Vertreter des Club Eisenmann, der freilich aus seiner alleinigen Person bestand. Bei alledem wahrte er sich jedoch, seinen neuen politischen Bundesgenossen gegenüber, die Freiheit seiner Meinung, die er denn auch durch sein Abweichen von ihnen in gewissen Fragen, ja bisweilen selbst durch ein positives Auftreten gegen sie bekundete. Als die Linke nach Stuttgart übersiedelte, trennte sich Eisenmann gänzlich von ihr und unterzeichnete mit den übrigen Zurückgebliebenen den bekannten Protest. Eisenmann war vom Anfange an ein entschiedener Gegner der einheitlichen Spitze, an deren Stelle er ein Directorium gesetzt zu sehen wünschte.

Den Kern der großdeutschen Koalition bildete die Phalanx der Oesterreicher, welche, eng geschaart um ihre Führer und der von diesen gegebenen Losung blindlings folgend, eine compacte Masse darstellte, deren ausschlaggebendes Gewicht in allen Fragen, welche das österreichische Interesse berührten, sich mit fast mathematischer Gewißheit im voraus berechnen ließ. Die leitende Seele dieses, theils durch Nationalinstinct, theils durch Beamtenunterwürfigkeit und Gewohnheit des Gehorchens, theils durch natürliche Unfreiheit und Unfähigkeit des eigenen Urtheils (die

nirgends so groß war, als in dieser Partei) zusammengehaltenen und fast mechanisch bewegten Körpers war der Ritter v. Schmerling; neben ihm und meist wohl nach seinen Inspirationen wirkten die Herren Somaruga, Würth, v. Mayern, Giskra, Möring, selbstständiger, aber im gleichen Geiste die Herren v. Mühlfeld und Graf Deym.

Ritter v. Schmerling ist fast zu keiner Zeit als einfacher Abgeordneter in der Nationalversammlung thätig gewesen, sondern beinahe immer zugleich mit einer amtlichen Eigenschaft bekleidet. Zuerst als k. k. österreichischer Bundestags-Präsidial-Gesandter, dann als Reichsminister und lange Zeit Vorsitzender des Reichsministerraths, später wieder als k. k. österreichischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, und nur ganz zuletzt ohne ostensiblen amtlichen Charakter, wiewohl man auch da noch ihm wenigstens officiöse Beziehungen zur österreichischen Regierung, und gewiß nicht mit Unrecht, zuschrieb.

Auch war diese amtliche Stellung Schmerlings seinem Charakter ganz angemessen. Schmerling ist eine durch und durch diplomatische Natur, ein würdiger Schüler und Nacheiferer jener traditionellen österreichischen Haus- und Hofpolitik, deren Meister, den Fürsten Metternich, er zwar im März vorigen Jahres, als Sprecher der österreichischen Stände, beseitigen half; aber nur, um dessen Werk in zeitgemäßer Umgestaltung oder Verkleidung wieder

aufzunehmen und fortzusetzen. Man konnte keinen Geschickteren zum Nachfolger des Grafen Colloredo wählen, als ihn, der damals bereits in der Stellung eines Vertrauensmannes beim Bundestage thätig war. Als Bundestags-Präsidial-Gesandter leitete Schmerling jenen Act raffinirter Diplomatie, die feierliche Uebertragung der Gewalt des Bundes auf den von der Nationalversammlung gewählten Reichsverweser, einen Act, durch welchen die rechtliche Continuität zwischen dem alten Bundestage und der neugeschaffenen Gewalt, somit auch der Antheil der Regierungen an der Vollmachtgebung für diese letztere, gewahrt werden sollte. Auf das Geschrei, welches die Linke über diese „Anmaßung“ des Bundestages erhob, antwortete Schmerling mit jenem halb höhnischen, halb leichtfertigen Tone, dessen er sich überhaupt gegen derartige Angriffe zu bedienen pflegte. Als Minister war Schmerling Meister in der Beantwortung von Interpellationen und der Rechtfertigung ministerieller Acte, wenn man nämlich unter dieser Meisterschaft die Kunst versteht, die Frager und Angreifer mit nichtssagenden, aber schön klingenden Phrasen abzufertigen, auch wohl zu verblüffen. Der Unterschied zwischen seinen Antworten auf Interpellationen und denen seines Nachfolgers im Amte, Herrn v. Gagern, ward sehr treffend von einem witzigen Kopfe so bezeichnet: „Gagern sage in wenig Worten viel, während Schmerling gewöhnlich mit viel Worten nichts gesagt habe.“ Der tiefere Unterschied

war der, daß es Gagern immer um die Sache, Schmerling um den Schein zu thun war, den die Sache auf ihn und sein Ministerium werfen möchte, daß die „Ehre und Wohlfahrt Deutschlands", Worte, die Schmerling fortwährend im Munde führte, für Gagern die Bedeutung einer wahren Herzensangelegenheit hatten, daß, mit einem Worte, Gagern nicht blos Minister des deutschen Reiches, sondern wirklich deutscher Reichsminister war, Schmerling dagegen auch als Reichsminister von Deutschland doch immer „vor Allem Oesterreicher" blieb, wie er selbst in öffentlicher Rede vor seinen Wahlmännern sich rühmte. Wie diese österreichische Sonderpolitik Schmerlings bei jener Veranlassung hervortrat, welche dessen Verdrängung aus dem Cabinet zur Folge hatte, habe ich schon geschildert; daß sie auch manchen früheren Schritt des Ministeriums Schmerling dictirt habe, wird vielleicht später einmal die geheime Geschichte dieses Ministeriums, wenn sie geschrieben wird, offenbaren. In einer Richtung hat sich Schmerling unbestreitbare Verdienste um Deutschland erworben: durch die Festigkeit, womit er den anarchischen Bewegungen entgegentrat. Ihm besonders war es zu verdanken, daß am 18. September zu Frankfurt der Aufstand mit Ernst niedergekämpft, das Ansehen der Centralgewalt und der Nationalversammlung aufrechterhalten wurde. Schmerling ist überhaupt ein Mann von starkem Willen, von außerordentlicher Spannkraft des Geistes und Cha-

rakters, vor nichts zurückscheuend, kühn, auch wohl keck in seinen Unternehmungen, um die Mittel der Ausführung nicht verlegen, gewandt, geschmeidig, einschmeichelnd und durch einen täuschenden Schein von Zutraulichkeit leicht verführend, unermüdlich geschäftig zur Durchsetzung seiner Plane — ein Diplomat vom besten Stoffe bis auf die Leichtfertigkeit, womit er seine geheimsten Gedanken bisweilen unvorsichtig preisgiebt, was ihm dann Verlegenheiten bereitete, aus denen ihn aber meist entweder sein Glück oder seine Gewandtheit und Dreistigkeit rettete. Das Schlimmste dieser Art passirte ihm nach der Abstimmung über den Welckerschen Antrag, wo er in seliger Selbstvergessenheit gegen einen seiner Nachbarn (ein Mitglied der Erbkaiserpartei) äußerte: „Nun sei ja klar, daß die Versammlung nichts zu Stande bringe, und er hoffe, der preußische Bevollmächtigte werde sich nicht länger gegen seine Vorschläge einer gemeinsamen Octroyirung sperren“ — eine Aeußerung, die, von Venedey auf die Tribune gebracht und mit gerechtem Unwillen gebrandmarkt, von Schmerling mit außerordentlicher Keckheit geleugnet ward, während noch am selben Abend die Bestätigung derselben schwarz auf weiß in den Zeitungen zu lesen war. Als nach dem Erscheinen des Gagernschen Programms die österreichische Partei gegen dasselbe tobte und wüthete, versicherte Schmerling mit seiner gewöhnlichen scheinbaren Treuherzigkeit: er begreife nicht, was seine Landsleute so

sehr aufbringe, und er biete Alles auf, um sie zu beruhigen und zu verständigen. Aber noch am selben Tage reis'te er im Auftrage seiner Landsleute nach Olmütz ab, und die Vorstellungen, welche er dem dortigen Ministerrathe über die Lage der Dinge in Frankfurt gemacht haben mag, müssen wohl sehr eindringlicher Art gewesen sein, denn es erfolgte sofort ein Rückschlag in der Politik des Olmützer Cabinets gegen Deutschland; die offene Sprache, die es im Programm von Kremsier geführt, ward verleugnet und jene zweideutige Stellung zur deutschen Verfassungsangelegenheit eingenommen, welche man seitdem mit allen nur möglichen Intriguen durchzuführen bemüht gewesen ist. Ich glaube Herrn v. Schmerling nicht Unrecht zu thun (im Gegentheil wird er sich es von seinem Standpunkte aus zur Ehre rechnen), wenn ich ihn als einen der Hauptleiter dieser weitverzweigten und feingesponnenen Intrigue betrachte. In der Paulskirche war er es ganz unbestritten, und seine geheimnißvollen Reisen nach Stuttgart, Karlsruhe u. s. w. lassen vermuthen, daß er auch auf diplomatischem Wege das Ziel weiter verfolgte, dessen Erreichung auf parlamentarischem ihm nicht vollständig geglückt war.

Schmerlings dienendes Werkzeug war Herr v. Würth, ein untergeordnetes Talent ohne höhere politische Befähigung, aber für die Plane der Schmerlingschen Staatskunst brauchbar und von dem Meister, als dieser Minister ward, zum Unterstaatssecretair im Departement

des Innern erhoben. Die empörende Indiscretion, die Würth beging, indem er nach seinem Austritt aus dem Cabinet Amtsgeheimnisse auf die Tribune brachte, machte er einigermaßen wieder gut durch die ehrenhafte Erklärung, womit er aus der Nationalversammlung schied, — ein Schritt, der freilich, wenn ich recht unterrichtet bin, mehr noch auf Rechnung seines mitaustretenden Landsmannes Arneth zu schreiben war.

Nicht so untergeordnet, wie Würth, sondern in mehr ebenbürtiger Stellung, doch immer nur als Paroleträger des Höchstcommandirenden, wirkte neben und mit Schmerling der Baron v. Somaruga, Sohn des österreichischen Justizministers im Cabinet Wessenberg und mit Schmerling zugleich Vertrauensmann am Bundestage. Er war es besonders, der die Allianz mit der Linken betrieb und die Jungösterreicher auf jener Seite in den Schooß der alleinseligmachenden k. k. Gouvernementalpolitik zurückzuführen sich eifrigst bemüht zeigte, was ihm denn auch so ziemlich gelang, trotzdem daß er früher einer der heftigsten Gegner derselben und von ihnen als „Schwarzgelber" gehaßt war.

Würth sowohl als Somaruga kämpften für die österreichische Politik auch als Redner mit Eifer, der Letztere nicht ohne Geschick. Fast nur im Stillen, aber mit nicht unbedeutendem Einflusse wirkte im gleichen Sinne der Oberst v. Mayern, ein feiner Kopf und kenntnißreicher Militär.

Zwei andere Hauptacteurs der österreichisch-großdeutschen Partei waren die Herren Möring und Giskra. Möring nahm die längste Zeit über eine zurückhaltende und unklare Parteistellung in der Paulskirche ein und schien sich fast darauf beschränken zu wollen, lediglich als technische und militärische Specialität dem Reiche seine Dienste zu widmen. Aber auch diese Dienste waren sehr bedenklicher Art. Eine vom Reichsministerium ihm anvertraute geheime Sendung zum Ankauf von Schiffen ward von ihm zu Veröffentlichungen gemißbraucht, welche den Zweck derselben auf's Höchste beeinträchtigen mußten und natürlich die Zurücknahme des ertheilten Auftrages zur Folge hatten. Die Zuverlässigkeit seiner politischen Gesinnungen mag man nach folgendem Beispiel bemessen. Möring war es, der, in blasser Nachahmung Raveaux's, die Versammlung zur Kundgebung ihrer Sympathien für die freien Ungarn aufrief, und derselbe Möring war wenige Monate darauf einer der eifrigsten Verfechter des Gedankens einer österreichischen Gesammtmonarchie und ihrer Herrschaft nicht blos über Ungarn, sondern auch über Deutschland. Was Wunder, wenn durch so entschiedene Umkehr zur correcten österreichischen Cabinetspolitik Möring selbst bei Schmerling sich wieder in Gunst setzte, der ihn früher mit verächtlichem Lächeln den „faiseur de barricades“ zu nennen pflegte!

Zu den begabtesten Rednern in der Versammlung ge-

hörte Giskra. Ein hochgewachsener, kräftig gebauter, feuriger junger Mann mit blitzenden Augen und lebendigen, wenn auch nicht gerade angenehmen Zügen, mit einer sonoren und unermüdlichen Stimme und einem Zug und Schwung der Rede, der bald wie ein rascher Bergstrom dahin braus'te, bald in einzelnen Schlägen donnerte und wetterleuchtete — so besaß Giskra Alles, was ihn, wenn die innere Begabung der äußeren entsprach, zu einem wirklich großen Redner machen konnte. Auch fehlte es ihm nicht an Scharfsinn, blendender Phantasie und jenem Feuer der Beredtsamkeit, welches, indem es aus dem tiefinnersten Herzen hervorzubrechen scheint, auch die Herzen der Hörer leicht entzündet. Und doch war dies ein bloßer Schein, und doch lauerte hinter der täuschenden Hülle flammender Begeisterung und überwältigender Ueberzeugung die kalte Berechnung und der Wankelmuth einer von äußerlichen Motiven nicht unabhängigen Gesinnung. Mochte daher Giskras blitzende und flammende Rede ihm bei seinen Parteigenossen und in der Versammlung den Namen des „Schwertes" eintragen, so mußte der ruhige Beobachter doch bald wahrnehmen, daß diesem Schwerte die Schneide von echtem Stahl fehle, welche nur im Feuer der Wahrheit gehärtet wird. Keiner sprach so warm wie Giskra für die §§. 2 und 3 und für die unbedingte geschichtliche und politische Nothwendigkeit einer Zerreißung Oesterreichs in seine einzelnen Theile, und, als es zur zweiten Lesung

jener Paragraphen kam, da — enthielt sich Giskra der Abstimmung! Freilich, die Zeiten hatten sich geändert, die Politik der Gesammtmonarchie war in Oesterreich feierlich proklamirt, und die „Schwarzgelben" (die Giskra so scharf gezüchtigt, mit denen er jetzt aber auf's Vertraulichste verkehrte) waren Sieger. In der letzten Zeit soll Giskra als Privatagent des Reichsverwesers thätig gewesen sein.

Wie schwer es sein mußte, die eigene bessere Ueberzeugung und das politische Gerechtigkeitsgefühl nicht unterdrücken zu lassen durch das nationale Bewußtsein des Oesterreichers und seine jahrhundertjährigen Traditionen von der Herrschaft des Hauses Habsburg in Deutschland, das zeigte sich am deutlichsten an den beiden Abgeordneten Graf Deym und v. Mühlfeld, Männern von scharfem Verstande und im Ganzen von unabhängigem politischem Charakter. Auch sie vermochten es nicht über sich zu gewinnen, in die staatsrechtliche Abtrennung Oesterreichs von Deutschland und die Bildung eines von der österreichischen Suprematie völlig freien deutschen Bundesstaates zu willigen, trotzdem, daß Graf Deym seiner Zeit sich auf's Lebhafteste für den Gagernschen Antrag zu den §§. 2 und 3 (die Grundlage des Gagernschen Programms) interessirt und später noch von der Tribune herab der Versammlung zugerufen hatte: „Wollen Sie Deutsch-Oesterreich besitzen, so müssen Sie es mit Waffengewalt holen" — trotzdem, daß Mühlfeld bei der ersten Lesung der Verfassung selbst

einen Vorschlag, ganz ähnlich dem späteren Gagernschen, eingebracht und noch bei seiner Rückkehr aus Wien, nach dem Erscheinen des Gagernschen Programms, sich mit dessen Grundgedanken einverstanden erklärt hatte.

Ein Einziger von den conservativen Oesterreichern hat mit ehrenwerther Standhaftigkeit seine festbegründete politische Ueberzeugung über allen Anmuthungen der in seinem engern Vaterlande zur Herrschaft gelangten Politik, über allen Regungen des eigenen angestammten österreichischen Patriotismus frei und unberührt zu erhalten gewußt. Es ist dies der Baron v. Andrian, der Verfasser jenes berühmten Buches: „Oesterreich und seine Zukunft", er, der zuerst die Leuchte der Kritik mit kühner Hand in die lange verschlossenen, dumpfigen Räume des österreichischen Staatslebens zu tragen wagte, der seitdem von den kühneren Söhnen der Revolution von 1848 überholt und beseitigt schien, der aber jetzt, im entscheidenden Augenblicke, zeigte, daß wahre Charakterstärke des Mannes und tiefe Einsicht des Politikers und Geschichtforschers mehr werth sind, als jene rasch auflodernde Begeisterung, die eben so rasch wieder erlischt oder gar entgegengesetzter Richtung sich dienstbar macht. Andrian hat während seiner kurzen Anwesenheit in der Paulskirche keine besondern Proben seines politischen oder oratorischen Talentes abgelegt; eben so wenig glückte es ihm, als Diplomat bei der, allerdings wenig erquicklichen Mission nach England sich

auszuzeichnen. Allein die einsichtsvolle und ehrenhafte Weise, womit er nach seiner Rückkehr in die Versammlung über die damals gerade obschwebende Frage der Stellung Oesterreichs zu Deutschland, ganz im Sinne des Gagernschen Programms, in seinem offenen Schreiben an seine Wähler sich aussprach, sichert ihm auch im übrigen Deutschland den Ruf fester Grundsätze und klarer Ansichten, der in seiner engern Heimat ihm schon früher zu Theil ward. Andrian verließ die Versammlung bald nach jenem Schreiben wieder, ist seitdem immer nur auf kurze Zeit dahin zurückgekehrt und hat an den letzten entscheidenden Abstimmungen nicht mehr Theil genommen.

Noch anerkennenswerther war der Muth jener vier österreichischen Abgeordneten, welche nicht blos ihren österreichischen Patriotismus, sondern ihre ganze Stellung als österreichische Staatsbürger, alle ihre Verhältnisse in der Heimath, Beruf und Familie, ja beinahe ihre Existenz ihrem warmen Gefühle für Deutschlands Einheit und Größe, ihrer unerschütterlichen Ueberzeugungstreue zum Opfer brachten. Begeisterte Vorkämpfer der deutschen Sache und der Freiheit in Wien und Prag in den glorreichen Tagen des März und Mai vorigen Jahres, hielten sie bei dieser Fahne treu aus ohne Wanken, und, da sie dieselbe in Oesterreich sinken sahen, klammerten sie sich um so fester an den Gedanken eines auf Freiheit und einheitliche Macht gegründeten deutschen Bundesstaates und an die Hoffnung an,

daß von diesem aus früher oder später auch den Deutschen in Oesterreich die Wiedererlösung von dem Joche slawisch-absolutistischer Politik kommen werde. Und so stimmten sie, unbeirrt durch die unwürdigen Einschüchterungsversuche, Drohungen und Beschimpfungen ihrer Landsleute, für das Erbkaiserthum, von dem sie wohl wußten, daß es nur ein preußisches sein könne. Ein sonderbarer Zufall wollte es, daß gerade nur mit vier Stimmen das Erbkaiserthum siegte. Um so heftiger war der Zorn der übrigen Oesterreicher gegen jene vier, die sie „Abtrünnige" schalten, als ob nicht sie vielmehr abtrünnig geworden wären ihrer Aufgabe als deutsche Nationalvertreter, indem sie sich dem Interesse habsburgischer Hauspolitik dienstbar erwiesen. Mögen sich indessen jene vier Männer beruhigen! Die deutsche Nation, alle wahrhaft deutsch und frei Gesinnten, auch in Oesterreich, werden die Namen Rößler von Wien, Schneider von Wien, Makowiczka und Reitter immerfort ehrend und anerkennend nennen, als die Namen von Männern, denen selbst das größte Opfer nicht zu schwer war für Deutschlands dauernde Macht und des deutschen Volkes Freiheit und Wohlfahrt!

Noch ein Fünfter, Groß von Prag, hat in dieser edlen Selbstverleugnung mit seinen vier Freunden gewetteifert, wennschon er bis zu jener äußersten Consequenz, wie sie, sich nicht entschließen konnte.

2) Die erbkaiserliche Partei.

Die erbkaiserliche Partei war nicht, wie die großdeutsche, aus den Bruchstücken und Abfällen einzelner Clubs zusammengesetzt, sondern ging aus der Vereinigung mehrer Clubs hervor, welche daneben immer noch, wenn auch mit beschränkter Thätigkeit, fortbestanden. Ich schließe daher wohl am Besten meine Schilderung an diese einzelnen Clubs an und wende mich zuerst an die äußerste Rechte oder das

Café Milani,

insoweit dieses nicht zur großdeutschen Partei gehörte. Innerhalb der äußersten Rechten hatten immer schon zwei verschiedene Richtungen sich begegnet: eine rein politische, vertreten durch Vincke und seinen Anhang, uud eine zugleich religiös oder kirchlich gefärbte, die Ultramontanen, an ihrer Spitze Radowitz. Diese Letztern schlugen sich, wie wir gesehen, zu den Großdeutschen, mit Ausnahme von Radowitz selbst und einigen wenigen Andern. Außerdem spalteten sich noch die Partikularisten, wie Detmold, Wulffen, Bothmer u. A., ab. Der Rest, meist aus Preußen bestehend, hielt zum Erbkaiserthum. Vincke selbst war bei den Hauptentscheidungen, dem Welckerschen Antrag und der zweiten Abstimmung über die Erblichkeitsfrage, nicht in Frankfurt anwesend, kämpfte aber um so tapferer für dieselbe Sache in Berlin, wo leider eine befangene und kleinliche Kabinetspolitik dem raschen Zustandekommen eines

starken Deutschlands unter Preußens Vortritt fast ebenso beharrlich entgegenarbeitete, wie zu Frankfurt die österreichische Intrigue. Vinckes Reden über die deutsche Sache in der zweiten Kammer zu Berlin gehören zu dem Glänzendsten und Schärfsten, was dieser glänzende und scharfe Redner je gesprochen. Dennoch kann ich den Vorwurf nicht unterdrücken, daß Vincke in jener verhängnißvollen Sitzung vom 5. April der Sache, die er so feurig vertheidigte, selbst geschadet hat durch zu starres Festhalten an Formen, welche die Vereinigung der im Wesentlichen sich so nahestehenden Parteien zu einem gemeinsamen Ausdruck ihrer Ansichten hinderten. Hätte damals eine Einigung zwischen den Fractionen Vincke und Kirchmann stattgefunden, wäre dadurch ein energischer Beschluß gegen die Politik des Kabinets in der deutschen Sache mit starker Mehrheit zu Stande gekommen, vielleicht stände es anders mit unserer Verfassungsangelegenheit und der Einheit Deutschlands; vielleicht wäre Manches verhütet worden, was seitdem geschehen ist und was gewiß Keiner mehr beklagt, als der strenge Anhänger des Rechts und der ächten deutschen Ehrenhaftigkeit, der aufrichtige Freund der Monarchie und speciell der preußischen Monarchie, Vincke. Doch, wer hätte nicht geirrt in jener Zeit so großer Irrthümer, so schwerer Verwicklungen? So viel ist gewiß: Vincke hat in der großen Schule des Jahres 1848 bedeutende Fortschritte gemacht von dem glänzenden Redner und gefürchteten Vor=

kämpfer der Opposition zum wirklichen Staatsmann. Die gewaltige Strömung eines ganz neuen politischen und parlamentarischen Lebens, die schwache Naturen aus ihren Fugen brachte, hat seine ausgiebige Kraft nur noch mehr gestählt, zugleich aber sein sprödes Wesen etwas flüssiger gemacht. Sein Blick hat sich geweitet; sein Standpunkt ist aus der unfruchtbaren Einsamkeit des starren Rechtsbodens etwas mehr vorwärtsgerückt in das fruchtbarere Gebiet des Thatsächlichen, der politischen Nothwendigkeit. Er, der emphatische Lobpreiser der ständischen Monarchie und Tadler des Constitutionalismus noch auf dem vereinigten Landtage 1847, ist, wenn nicht Alles täuscht, ein aufrichtiger Freund eben dieser constitutionellen Regierungsform mit allen ihren wahren Consequenzen geworden; er, der Sohn der rothen Erde, der nach der Weise seines Stammes so großen Werth legt auf die Eigenthümlichkeiten und die Selbstständigkeit jedes Landes, jeder Provinz, jeder Oertlichkeit, hat doch den Gedanken der Einheit und der Unterordnung aller jener Eigenthümlichkeiten unter ein großes Ganzes tief und lebendig in sich aufgenommen, und selbst sein starrer Eifer für strenghistorisches Recht und für die juristische Vereinbarungstheorie beugte sich zur rechten Zeit der politischen Nothwendigkeit und dem Gewicht der Thatsachen. Mit überzeugender Beredsamkeit trat er für die Anerkennung der einseitig von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung in die Schranken, obgleich er fortwährend der

Ansicht war, der von der Versammlung betretene Weg sei nicht der rechte gewesen, eine Ansicht, die er auch noch bei der neuesten Zusammenkunft in Gotha bekannte und die ihn abhielt, dem dort beschlossenen Parteiprogramm beizutreten. Vincke ist ein durch und durch ehrenhafter Charakter, adlig im besten Sinne des Wortes. Das erkannten selbst seine ärgsten politischen Gegner auf der Linken an und begegneten ihm deshalb mit auszeichnender Achtung, trotzdem daß kein Redner sie so scharf und unerbittlich geißelte, wie er. Bei den Centren stand er in hohem Ansehen und man sah ihm die kleinen politischen Querköpfigkeiten, zu denen sein allzustarres Festhalten an Formen ihn bisweilen verleitete, gern nach in Berücksichtigung seines aufrichtig patriotischen Sinnes. Vincke war wirklich Das der That nach, was Radowitz in Worten anempfahl, „in Frankfurt sehr preußisch, aber in Berlin sehr deutsch".

Derselbe Geist politischer Einsicht und Selbstverleugnung, den Vincke in der deutschen Frage bewährte, waltete auch über seiner Partei, trotz der Abwesenheit des Führers. Es ist schon früher erwähnt worden, wie dieselbe beim Welckerschen Antrag ihre Parteibedenken höheren patriotischen Rücksichten zum Opfer brachte. Das wesentlichste Verdienst um diesen Entschluß gebührt Herrn v. Selchow, der an Vinckes Statt die Leitung der Partei übernommen hatte — ein edler und patriotischer Charakter, ebenso fest als mild und versöhnlich. — Neben ihm wirkte in demselben

Geiste Naumann, gleichfalls ein wohlgesinnter und einsichtiger Mann. Graf Schwerin war mit Vincke abwesend; von ihm wäre wohl eher ein Einfluß in entgegengesetzter Richtung zu befürchten gewesen; wenigstens stand er bei der Behandlung der deutschen Frage in Berlin auf einem bedeutend engeren preußischeren Standpunkte, als Vincke. In seiner neuesten Rede als Präsident der zweiten Kammer hat er sich wieder entschiedener deutsch gezeigt. Schwerins politischer Charakter ist aber überhaupt zu wenig nachhaltig; seine im Ganzen etwas zu ängstliche Auffassung der Verhältnisse wird nur zuweilen durch einen kühneren Anlauf unterbrochen, der aber bald wieder ermattet. So zeigte er sich bereits auf dem vereinigten Landtage 1847, an dessen mißlichem Ausgange sein Schwanken nicht geringe Schuld trägt. Höheres staatsmännisches Talent bewährte er in Frankfurt wenig, und als Redner war er meist nur in Formfragen thätig. — Von den übrigen Persönlichkeiten dieser Partei ist wenig zu sagen. Männer wie der Oberpräsident Flottwell, der Generallieutenant Selasinski, der Geh. Kommerzienrath Carl waren bedeutend durch ihre einflußreiche Stellung daheim, aber ohne parlamentarische Auszeichnung. Die beiden militärischen Dioskuren, Boddien und Deetz, waren vortrefflich an ihrem Platze vor der Front, wo sie namentlich am 18. September sich große Verdienste erwarben. In der Paulskirche bildeten Diese und Andere ein wohl discipli=

nirtes Corps, welches in enggeschlossenen Reihen seinen Führern folgte und seine Grundsätze mit zwar meist erfolgloser, aber um so ehrenwertherer Beharrlichkeit verfocht.

Vater Arndts Name stand auch auf der Mitgliederliste des Café Milani und bezeichnete somit den ehrwürdigen Dichterveteran nahezu als politischen Gegenfüßler seines Bruders im Apollo Uhland. So saßen denn diese beiden Männer auf den entgegengesetzten Enden der Abgeordnetenbänke, Beide als Dichter sich ebenbürtig, Beide gleich hochgehalten und geliebt vom Volke, Jener der Sänger und Mitschöpfer einer Zeit, wo der glühende Freiheitsdrang und Knechtschaftshaß sich nur gegen den fremden Unterdrücker wandte und an die angestammten Herrscher um so vertrauensvoller anschloß — Dieser dagegen der Sänger einer Zeit, welche nach jener kam, wo das Volk die Früchte der Opfer, die es den Fürsten gebracht, durch seine Befreiung im Innern zu genießen hoffte und — nicht genoß; Jener ein Landeskind der ruhmgekrönten Borussia, deren Söhne viele Geschlechter hindurch im engen Bunde mit ihren Fürsten kämpften und siegten — Dieser ein Sprößling jenes Schwabenlandes, wo man allzeit streng auf das „alte Recht" hielt und wo es ewigen Hader darum gab zwischen Landesherrn und Ständen. Darf man sich wundern, wenn Beide auf verschiedenen politischen Standpunkten stehen? Aber Beide meinen es ehrlich und treu mit Volk und Vaterland, Beide sind deutsch durch und durch, und, wo es

gilt, für Freiheit und Volksrechte einzustehen, da wird der enthusiastische Monarchist Arndt den Fürsten ebenso gut ernste Worte der Mahnung zurufen — er hat's gethan in Berlin! —, wie der Demokrat Uhland Vernunft und Vaterlandsliebe predigen wird und gepredigt hat jenen falschen Freunden der Freiheit, welche diese selbst schänden durch Mißbrauch und Verrath am Vaterlande.

Auch in der entscheidendsten Frage der Nationalversammlung, der österreichischen, gingen die Ansichten dieser beiden Lieblinge der Nation weit auseinander. Der gefeierte Sänger des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?" streifte hier den Dichter von sich und ließ nur den kalt prüfenden Politiker zu Worte kommen, indem er für Oesterreichs Ausschluß stimmte, unbeirrt durch das Hohngeschrei der Linken, die in bubenhafter Unart, nicht achtend das ehrwürdige Alter und die ruhmvolle Vergangenheit des Greises, ihm spöttisch sein: „Das ganze Deutschland soll es sein", hinüberrief. Anders Uhland. Er konnte den Schmerz nicht überwinden, den seinem poetischen Gefühl der Gedanke bereitete, Oesterreich die „Bruderhand zum Abschiede" reichen zu sollen, und, als hätte das Wort des Dichters die Kraft der Beschwörung (ach, wenn es sie doch hätte!), rief er mit aller Kraft seiner vaterländischen Begeisterung aus: „Oesterreich soll und muß bei uns bleiben in der neuen politischen Paulskirche." Aber seit wann richtet sich die Politik nach den frommen Wünschen eines Dichters?

Der Partei des Café Milani ward noch in der letzten Stunde, als bereits der größere Theil ihrer Mitglieder die Paulskirche verlassen hatte, das unverhoffte Glück zu Theil, aus ihrer Mitte ein Ministerium des Reichs gebildet zu sehen. Ob sich wohl Vincke dieses Glückes gefreut, ob er nicht, wäre er zugegen gewesen, die unerbittliche Geißel seines Spottes über das Ministerium Grävell-Merck-Detmold geschwungen haben würde — jenes Ministerium, welches schon bei seinem Eintritt mit einem Mißtrauensvotum empfangen, dessen Ernennung für eine „Beleidigung der Versammlung" erklärt ward? Die Motive zu der Standeserhöhung des Herrn Grävell, der, als der unermüdlichste und zugleich langweiligste Antragsteller, ein ganzes Jahr hindurch die komische Figur in der Versammlung gespielt hatte, liegen zur Zeit noch verborgen in dem Dunkel und Wirrsal jener mannigfach sich kreuzenden Intriguen, als deren theils passiver theils activer Mittelpunkt damals schon der Reichsverweser angesehen ward. Der so bald erfolgte Rücktritt Grävells von seinem Amte scheint darauf hinzudeuten, daß er nur die vorgeschobene Person war, hinter welcher die eigentlichen Hauptacteurs der Intrigue sich versteckten. Ihn hatte man wahrscheinlich gewählt, um nicht gleich von vornherein das Ministerium als ein rein großdeutsches erscheinen zu lassen, und weil man seine Eitelkeit und seinen Schwachsinn am Leichtesten mißbrauchen zu können meinte.

Auch dem reichen Patrizier von Hamburg, Herrn Merck, schien die Befriedigung, auf der Ministerbank zu sitzen, nicht zu theuer erkauft durch das homerische Gelächter, welches ihn mit seinen Collegen Grävell, Detmold und Jochmus-Pascha beim Eintritt in die Versammlung empfing. Eines der eifrigsten Mitglieder der Deputation nach Berlin und damals so ganz erfüllt von erbkaiserlichem Enthusiasmus, daß er zum Volksredner ward und in pathetischen Ergüssen das Glück und die Einheit Deutschlands unter preußischem Scepter anpries, gab sich Herr Merck gleichwohl jetzt dazu her, an einem Ministerium Theil zu nehmen, dessen Bestimmung, wenn irgend eine, nur die sein konnte, der parlamentarischen Majorität, die dasselbe entschieden zurückwies, zu trotzen und der österreichischen Politik in die Hände zu arbeiten. Freilich hatte Herr Merck dabei noch die besondere, für ihn als Hamburger gewiß unschätzbare Genugthuung, seine waltende Hand über die jugendliche deutsche Marine auszustrecken, die er bisher mit so schlechtverhehltem Neide in der Obhut eines Bremers gesehen hatte.

Höchst ehrenwerth war die politische Rolle, welche die zwei bayerischen Abgeordneten v. Rotenhan und Graf Giech — Jener dem Café Milani, Dieser dem Casino angehörig — bei den Verhandlungen über die Oberhauptsfrage spielten. Beide waren anfänglich für eine weitere Form der Reichsregierung, ein Direktorium; aber Beide

gaben, je länger, je mehr, der bessern Einsicht von der Nothwendigkeit einer starken und einheitlichen Bundesgewalt Raum und kamen so allmälig bis zum vollständigen Einverständniß mit der Erbkaiseridee, für die sie nicht allein stimmten, sondern auch ihre Landsleute — freilich dem größern Theile nach ohne Erfolg — zu gewinnen suchten. Männern, welche in so nahen Beziehungen zu den höchsten Regionen Münchens stehen, überhaupt mit so vielen Banden an das spezielle Interesse ihres engeren Vaterlandes geknüpft sind, war eine solche Selbstüberwindung doppelt hoch anzurechnen.

Das Casino.

Den reichsten Katalog glänzender Namen, politischer, wissenschaftlicher, geschichtlicher Berühmtheiten hatte unstreitig das Casino aufzuweisen. Da fand sich der größte Theil Dessen, was an Notabilitäten vom vereinigten Landtage zu Berlin in der Versammlung war — ein Beckerath, ein Mevissen, ein Lichnowsky, ein Saucken, ein Vardeleben — zusammen mit den populärsten Namen von Süd- und Mitteldeutschland, Namen, welche in den Verfassungskämpfen der letzten dreißig Jahre geglänzt hatten, welche jetzt freilich von einem jüngeren und hastigeren Nachwuchs als „Zurückgebliebene" oder „Abtrünnige" gescholten wurden, an denen aber doch der Kern der Bevölkerungen noch immer mit Liebe und Ver-

ehrung hing, Namen wie Welcker, Jaup, Wippermann, Schwarzenberg, Mathy, Soiron, Bassermann, Zittel, Henkel, Briegleb, Hergenhahn u. A. Da sah man von den Göttinger Sieben die Mehrzahl, vier, wieder vereinigt — voran auch hier Dahlmann, neben ihm Gervinus, den älteren Grimm und Albrecht. Sie, deren muthige That zuerst wieder, nach mehrjährigem Schlummer, das deutsche Volk zum Kampfe für ein verfassungsmäßig gesichertes Recht anfeuerte, sie, deren Schicksal den Mangel eines höchsten Rechtsschutzes in Deutschland, zugleich aber auch die Einigkeit des nationalen Bewußtseins, wo es etwas Großes und Edles mit vereinten Kräften zu erstreben gelte, recht augenfällig bekundet hatte, sie sollten jetzt abermals vereint auftreten, kämpfen und leiden, um Das dem ganzen deutschen Volke zu erringen, was sie damals einem Bruchtheile desselben wahren wollten: ein verfassungsmäßiges Recht, fest in sich gegründet und unantastbar jeglicher Willkür. Und sie haben gekämpft, und sie haben gelitten — Du vor Allen, edler Dahlmann, der Du wacker ausgehalten, obwohl mit gebrochenem Herzen, bis dahin, wo der Drang Deiner politischen Freunde auch Dich, den lange Widerstrebenden, mit hinwegriß, und Du, schweigsamer Gervinus, der Du zwar nie in der Versammlung, desto eifriger und unermüdlicher aber in der Presse das gewaltige, scharftreffende Schwert Deines patriotischen Zornes gegen

die Feinde und Verderber des von Dir so heilig gehaltenen Einheitsgedankens schwangest! Da standen wieder beisammen die nicht minder wackern Kampfesgenossen aus den religiösen Kämpfen der neuern Zeit, welche dem großen politischen Umschwunge des letzten Jahres die Bahn brachen, die „Lichtfreunde“ aus der Provinz Sachsen, Schwarz, Schwetschke, Duncker, sammt dem Vorkämpfer der gleichen Richtung im westlichen Deutschland, Zittel. Sie reichten sich auch hier die Hand zum Bunde für Glaubensfreiheit, Aufklärung, Bekämpfung der finstern Mächte der Geistesknechtschaft. Da endlich begegneten sich wissenschaftliche und gelehrte Berühmtheiten, wie G. Beseler, Waitz, Droysen, Fr. v. Raumer, Schubert, Bernhardi, Zachariä aus Göttingen, Deiters, Michelsen u. A.; administrative, juristische, diplomatische und militärische Sommitäten, wie Pinder und Lette, Scheller und Ebmeyer, Max v. Gagern und Rönne, Teichert, Staveuhagen, Auerswald, endlich auch Namen von gutem Klang in der Gewerbs- und Handelswelt, wie Brons, Degenkolb, Gevekoht. Und zuletzt, damit auch der Contrast derber Naturwüchsigkeit zu der fein zugespitzten Gelehrsamkeit und staatsmännischen Weisheit, die im Casino ihr Hauptlager aufgeschlagen hatte, nicht fehle, trieb sich mitten darunter der Turnvater Jahn herum, mit seiner schwarzen Kutte, dem breiten Hemdkragen und dem langeu weißen Barte.

Auch der Präsident der Versammlung, Ed. Simson, ging aus dieser Partei hervor, und sein Vorgänger, H. v. Gagern, würde, seinem politischen Standpunkte nach, ebenfalls ihr angehört haben, wenn nicht seine Erhebung auf den Präsidentenstuhl sogleich beim Beginn der Versammlung ihn verhindert hätte, eine bestimmte Parteistellung einzunehmen, und wenn nicht, als dieses Hinderniß wegfiel, das Casino sehr bald aufgegangen wäre in der größern Vereinigung des Weidenbusches, an welcher letztern H. v. Gagern thätigen und ausdauernden Antheil nahm.

Der Abstammung nach waren die Preußen, überhaupt die Norddeutschen, der Berufsart nach die Beamten im Casino vorherrschend. Aus Beidem erklärt sich Vieles in dem Charakter und der Verfahrungsweise dieser Partei. Der nordische Charakter im Allgemeinen, das preußische Bewußtsein im Besonderen, die angewöhnte Sinnesart des Beamtenthums, wenn auch eines noch so freisinnigen — alles Das kam instinktmäßig jener Politik der Mäßigung, des Vertrauens, des Anschlusses an die bestehenden Gewalten entgegen, welche die Führer der Partei ihrerseits als Resultat einer staatsmännischen Doctrin predigten. „Die Revolution schließen", das war das Losungswort dieser Leiter der Casinopolitik, welche im Allgemeinen die Politik der Mehrheit der Versammlung ward. Sie verstanden darunter die Feststellung der berechtigten Forderungen der Revolution in der Form gesetzlicher Rechts-

zustände durch die Verfassung. Das vernünftige Entgegenkommen der Regierungen vorausgesetzt, war dies gewiß der beste, weil friedlichste und sicherste Abschluß der Revolution. Nur mußte deren Princip, die Souveränetät der Nation, zur Anerkennung gelangen, denn eine Revolution schließt sich nicht eher, als bis sie ihr Princip durchgesetzt hat; jeder andere Abschluß ist eine bloße Vertagung. Leider täuschte jene Voraussetzung, und so ward die Casinopolitik zu einer mangelhaften und verfehlten. Es war die richtige und kunstgerechte Lösung eines schwierigen Rechenexempels, aber freilich nur mit eingebildeten Größen. Das Casino mit seiner Doctrin war vollständig an seinem Platze, so lange es sich um die Aufstellung der Verfassung auf dem Papiere handelte; es ward banquerott mit seiner Politik, als es an deren Durchführung gehen sollte.

Das Casino hat an den theoretischen Verfassungsarbeiten der Nationalversammlung unstreitig den größten und wichtigsten Antheil gehabt. Nicht nur die zahlreichsten, auch die bedeutendsten Mitglieder des Verfassungsausschusses gingen aus seiner Mitte hervor. Ihm gehörten die beiden Vorsitzenden des Ausschusses, Bassermann und Soiron, an, desgleichen die Hauptbearbeiter des Entwurfs, Dahlmann, Beseler, Waiz, Droysen. Gewann das Casino hiermit einen überwiegenden Einfluß auf diesen wichtigsten Theil der Verhandlungen der Versammlung, so war es kein Wunder, wenn ihrerseits wieder

die Persönlichkeiten, durch welche Dies geschah, einen gleichen Einfluß auf die Partei übten, wenn sie zu einer Art von Orakel für dieselbe wurden. Ein gewisser Autoritätsglaube, welcher gern die Partei durch ihre hervorragenden Persönlichkeiten und umgekehrt wieder diese durch die Partei gehoben und getragen sehen mochte, war überhaupt im Casino zu Hause. Mit Denen namentlich, welche die unterscheidenden Principien der Partei, die Principien der Erhaltung und der Ordnung, gleichsam in sich verkörpert darstellten und zu deren Ehren häufig eine Lanze mit der Linken brachen, ward ein förmlicher Cultus von der Mehrheit des Casino getrieben. So mit Bassermann, der Dies allerdings mit hervorragender Meisterschaft und einem beinahe fanatischen Eifer that. Fast zu sehr beherrscht Bassermanns ganzes Denken und Thun nur der eine Gedanke: Kampf gegen die Anarchie! Kampf gegen den Radikalismus! Kampf für die Ordnung! Alles Andere scheint ihm dagegen zu verschwinden. Bisweilen verleitet ihn dieser Eifer des Conservatismus zu Einseitigkeiten und Uebertreibungen, welche dem Conservativen ebensowenig gut anstehen, wie die nach der andern Seite dem Radikalen. Bassermann hat mich oft an Guizot erinnert, dem auch allmälig die Herstellung einer starken Regierung und die Niederhaltung der Demokratie das einzige und letzte Ziel aller Politik wurde. Wohl ist Dies ein würdiges und wichtiges Ziel der Staatskunst, aber, wo es das einzige

wird, da schrumpft die Politik zusammen zu den engen Maßstäben einer ängstlichen Polizeiwirthschaft, da verliert sie alles Großartige, Freie, Schöpferische. Möge Bassermann nicht der deutsche Guizot werden! Möge er nicht durch den gerechten Unwillen über die Ausartungen unserer Demokratie sich hinreißen lassen zu einem ungerechten Vorurtheil gegen die Demokratie überhaupt! Möge er an Guizots Beispiel lernen, daß das bloße Bekämpfen und Beargwöhnen des Volksgeistes diesen nicht bessert, sondern nur erbittert! Ich will damit nicht entfernt Herrn Bassermann das Lob verkürzen, auf welches sein unbestechlicher Scharfblick in der Entdeckung und sein unerschrockener Muth in der Geißelung der Blößen des Radikalismus vollen Anspruch hat. Ihm verdankte man die ersten ganz unbefangenen und ganz rückhaltslosen Enthüllungen über den wahren Charakter jener Berliner Zustände vom November vor. J., bei welchen die Demokratie sich in ihrer tiefsten Erniedrigung zeigte, ihm zum nicht geringsten Theile jenen Umschwung, der in der öffentlichen Meinung in Folge dieser Enthüllungen eintrat.

Daß Bassermann, als Reichscommissar nach Berlin entsandt, um die Anerkennung der Frankfurter Verfassung zu erwirken, statt dessen von dort aus die Annahme der zu Berlin vereinbarten in einem öffentlichen Schreiben an seine Wähler anempfahl, mochten selbst seine nächsten politischen Freunde nicht gutheißen. Dieser überhastige

Eifer für das Berliner Octroyirungsproject war compromittirend für das Ministerium, von dem und aus dessen Mitte Bassermann nach Berlin gesandt worden, für seine Partei, welche erklärt hatte, daß die Nationalversammlung, so lange sie bestehe, an der Verfassung des 28. März festhalten müsse, für ihn selbst, der dadurch den Verdacht auf sich zog, als ob er nicht blos der Macht der Thatsachen weiche, sondern gar nicht unzufrieden sei mit so manchen an der Verfassung vorgenommenen Aenderungen, und um ihrer willen die Verletzung des Princips leichter ertrage. Auch würde es seinem bekannten Muthe besser angestanden haben, wenn Bassermann, statt sich schriftlich von der Versammlung loszusagen, in deren Mitte zurückgekehrt wäre und persönlich mit der Kraft seiner Beredtsamkeit versucht hätte, die Majorität von der Nothwendigkeit des Schrittes, den er anempfahl, zu überzeugen.

Bassermanns Name ward am häufigsten im Verein mit dem seines Freundes Mathy genannt. Und in der That besteht zwischen Beiden eine innige politische Wahlverwandtschaft. Mathys Sinn ist ebenso nüchtern praktisch, wie der Bassermanns, ebenso auf das nächstvorliegende Thatsächliche und Erreichbare gerichtet, ebenso muthig und entschlossen im Auftreten gegen alle die Ordnung bedrohenden Elemente. Zeugniß dafür war die Verhaftung Ficklers durch Mathy, die dieser mit eigner

Hand vollzog, wofür er von den Mannheimern die ärgsten Bedrohungen erfahren mußte, denen er aber kaltblütig Trotz bot. Auch an Gewandtheit und Schärfe in der Benutzung der Blößen politischer Gegner steht Mathy seinem Freunde keineswegs nach. Ihm, mit seiner tödtlichen Kälte des Angriffs, gelang das Unerhörte, daß er (es war bei einer Verhandlung im Fünfzigerausschuß) selbst die unerschütterliche Ruhe Rob. Blums aus dem Gleichgewicht brachte und ihn zu einer heftig auffahrenden Entgegnung veranlaßte, welche nur um so deutlicher zeigte, wie gut der sicher geführte Streich getroffen habe. Mathy sprach selten, auch im Club und in kleineren Kreisen; er überließ diesen Ruhm neidlos seinem Freunde Bassermann, obgleich sein Talent der Rede nicht minder bedeutend, ja vielleicht, um der Einfachheit und streng an die Sache sich haltenden Schärfe seines Vortrags willen, noch wirksamer war, als das Bassermanns.

Soiron hat das Verdienst, der Vater jenes „Einzig und allein" zu sein, welches eine so denkwürdige Rolle in der Geschichte des ersten deutschen Parlamentes spielte. Viele wollen dies Verdienst nicht hoch anschlagen, halten es vielmehr für ein Unglück, daß die Versammlung durch jenen Beschluß des Vorparlaments auf eine schwindelnde Höhe der Selbstüberschätzung gestellt worden sei, von welcher herab sie die wahre Gestalt der Verhältnisse und die reellen Unterlagen ihrer eigenen Macht nicht mit un-

befangenem Blicke habe überschauen können. Soiron selbst pflegte, wenn in seinem Beisein jener That gedacht ward, mit halbgezwungenem Lächeln darüber hinwegzugehen, wie Einer, der im kälteren Alter nicht gern an die heißen Gefühle und starken Kraftausbrüche seiner Jugend erinnert sein mag. Er hatte Unrecht, denn jener Ausspruch, welcher die Volkssouveränetät als die Quelle einer neuen Staatsordnung für Deutschland proklamirte, war nicht der Traum eines Berauschten oder die Schwärmerei eines Phantasten; es war der wohlberechtigte Ausdruck des Selbstvertrauens einer zum Bewußtsein ihrer Kraft und Einheit gelangten großen Nation. Wehe Denen, die ihn jetzt belächeln wie den Wahn eines Fieberkranken! Sie werden vielleicht einst schwere Rechenschaft ablegen müssen für dieses Lächeln. Welcher Triumph wäre es gewesen für die deutsche Nation, diese so oft verlachte und verachtete Nation, wenn sie das Princip der Volkssouveränetät, welches bei den Franzosen und Engländern nur aus langjährigen, blutigen Bürgerkriegen, aus den abgeschlagenen Köpfen ihrer Könige emporwuchs, durch einen friedlichen parlamentarischen Akt, unter stillschweigender Zustimmung der Fürsten, als das bindende Siegel gedrückt hätte auf eine Revolution, die sich selbst in ihrem Siegeslaufe gezügelt hatte und vor den Thronen stehen geblieben war! Und es konnte so leicht geschehen, denn es bedurfte dazu nur entweder auf Seiten der Fürsten der gleichen Mäßigung, welche

das Volk gegen sie gezeigt, oder auf Seiten des Volkes derselben Hartnäckigkeit, welche die Fürsten, als sie wieder zur Macht gelangten, in Vertheidigung ihrer Rechte bewährten. Leider ist aber die Erwartung zu Schanden geworden, die Soiron bei jener Gelegenheit aussprach: „daß das Volk sich selbst vertrauen dürfe", denn das Volk hat sich unfrei und ohnmächtig erwiesen, sowohl gegenüber den Gewaltschritten der gekrönten Machthaber, als den Verführungen gewissenloser Agitatoren und Freiheitsschänder, und so ist das edle Kleinod der Volkssouveränetät noch einmal, gleich einem geheimnißvollen Talisman, hinabgesunken in die dunkle Tiefe der Zeit, und wer weiß, welches glücklichere Geschlecht künftig einmal den Schatz heben wird! Aber Die mögen nicht triumphiren, welche mit pfiffiger Hand dem Volke dieses Kleinod wegeskamotirt haben — ihnen wird es ergehen wie dem römischen König mit den Büchern der Sibylle.

Der Schmerz über das Mißlingen des so hoffnungsreich begonnenen Versuchs, eine Verfassung für Deutschland auf dem Boden des freien Volkswillens zu Stande zu bringen, dieser Schmerz, der die edelsten Herzen brach und die stärksten Geister beugte, konnte Soirons unverwüstlicher Natur nichts anhaben. Nicht als ob er fühllos geblieben wäre gegen Das, was jedes patriotische Gemüth tief ergreifen mußte — nein! aber Soirons Art ist es nicht, etwas zu beklagen, was sich nicht ungeschehen machen

läßt, oder darüber zu reflectiren, wie es hätte anders kommen können und warum es nicht so gekommen sei. Soiron ist der Mann des Momentes, des unmittelbaren Handelns und Zugreifens je nach den gegebenen Verhältnissen. Von politischer Sentimentalität oder Schwärmerei für ein Princip ist in ihm keine Spur; er nimmt die Dinge wie sie sind und sucht das Beste daraus zu machen. Zu einer Politik im großen Style, zu einer Politik der Principien und Ideen führt dieser Weg freilich nicht, aber wohl zu einer Politik, bei der man unter Umständen wenigstens Das erreicht, was überhaupt erreicht werden kann. „Es wird gut um uns stehen", äußerte Soiron bei der Zusammenkunft in Gotha, „wenn im deutschen Volke erst so viel gesunder Menschenverstand vorhanden sein wird, als jetzt Grundsätze".

Soirons politische Laufbahn hat sich seit dem März vorigen Jahres in sonderbaren Wendungen bewegt. Jenes kühne Wort beim Vorparlament verschaffte ihm den Vorsitz im Fünfzigerausschuß, was thatsächlich einer Art von Diktatur über Deutschland gleichkam. Es mag allemal ein stolzes Gefühl für Soiron gewesen sein, so oft er sich in das Palais des Bundestages begab und dem Vorsitzenden dieser höchsten Behörde für Deutschland die Beschlüsse des Fünfzigerausschusses überbrachte, die dieser als Befehle entgegennahm und gewöhnlich noch am selben Abend in schuldigem Pflichteifer zur Ausführung brachte.

In diesem Amte war übrigens Soirons praktischer

Sinn und kurzentschlossenes Handeln ganz am Platze; auch verstand er es trefflich, die Grenze innezuhalten, innerhalb deren allein der Ausschuß eine wirkliche Macht besaß, und die Formen zu beobachten, welche den Gebrauch dieser Macht sicherten. Seiner klugen und besonnenen Leitung ist es hauptsächlich zu verdanken, wenn der Fünfzigerausschuß die schwierige Aufgabe, welche das Vorparlament ihm hinterlassen hatte, ziemlich ehrenvoll löste und unter Verhältnissen, welche nach allen Seiten hin im Schwanken und in der Auflösung begriffen waren, den richtigen Mittelweg zwischen den Extremen mit sicherem Takte verfolgte.

Gegen das Ende des Fünfzigerausschusses schienen noch höhere Ehren Soirons zu warten. Man ging schon damals mit der Bildung einer neuen Centralgewalt um, und es war dabei, wie natürlich, für Soiron eine bedeutende Stellung ausersehen. Die Sache kam jedoch, wie bekannt, nicht zu Stande. Auch der Vorsitz in der Nationalversammlung entging ihm, auf den er doch um so bestimmter rechnen konnte, als der vorläufige Geschäftsordnungsentwurf den Vorsitzenden des Fünfzigerausschusses mit der Eröffnung der Nationalversammlung und der Leitung ihrer Verhandlungen bis zur Wahl eines definitiven Vorsitzenden betraute. War es nun der Stolz auf die eigene Machtvollkommenheit, welcher in der neuzusammentretenden Versammlung sich regte und, jede Spur der Abhängigkeit vom Fünfzigerausschuß verschmähend, sogar gegen den eigenen

Vater dieser Souveränetät, den Urheber des „Einzig und allein", sich empörte, oder war es ein Gefühl loyalen Unmuthes gegen den Präsidenten jenes Ausschusses, den Viele seinem Ursprunge und seinen Thaten nach als eine revolutionäre Körperschaft betrachteten — ich weiß es nicht, genug, nicht einmal die erwähnte Bestimmung der Geschäftsordnung wurde beachtet, vielmehr Soiron durch einen Alterspräsidenten beseitigt; ebenso ward bei der definitiven Präsidentenwahl, obgleich die Linke sich auf ihn, als den Verkünder der Volkssouveränetät, geeinigt hatte, oder richtiger gerade deswegen, H. v. Gagern ihm als Candidat der conservativen Partei entgegengestellt. Soiron mußte sich mit der zweiten Stelle begnügen und begnügte sich wohl gern damit, da Gagern der Vorgezogene war. Er unterstützte selbst dessen Wahl bei den Vorberathungen darüber. Die Linke kam übrigens bald zu der Erkenntniß, daß Soiron, trotz seines Votums für die Volkssouveränetät, dennoch den Conservativen weit näher stehe, als ihr. Nicht so leicht mochte es Soiron verschmerzen, daß man bei der Bildung des Reichsministeriums ihn überging. Um dieselbe Zeit hatte er das Unglück, daß unter seinem Vorsitz und durch seine Schuld die Versammlung mehrmals in völliger Auflösung auseinanderging. Dies zog seinen Rücktritt vom Präsidium nach sich, zu dem er seitdem nie wieder gelangte.

Zu den vorstehend charakterisirten drei Badensern füge ich sogleich den vierten, Welcker, hinzu. Beim Vorpar-

lament war Welcker der eifrigste und heftigste Vertheidiger des monarchischen Princips und der bestehenden Fürstengewalten gegen die republikanischen Ideen Heckers und Struves. Unwürdig war die Verdächtigung Vogts, als spreche der „Bundestagsgesandte Welcker" nicht so, wie der einfache Abgeordnete Welcker gesprochen haben würde. Ueberraschen freilich mußte es, wenn man aus Welckers Munde die leidenschaftlichsten Reden für den Bundestag hörte, wie u. A. jene merkwürdige, in welcher er dem Fünfzigerausschuß vorwarf, er wolle mit dem Bundestage „Schindluder spielen". Solch' undiplomatische Sprache war wohl noch nie am grünen Tische des Bundestages vernommen worden. Wer jedoch Welckers leidenschaftliche Natur kannte, die in jeder einmal erfaßten Richtung immer bis zum Aeußersten vorgeht, konnte an der Aufrichtigkeit seiner Ueberzeugung nicht zweifeln, wenn auch die Art und Weise, sie kundzugeben, wenig staatsmännisch befunden werden mochte. Auch gegen den Soironschen Antrag im Vorparlament trat Welcker auf. „Sie beschließen den Bürgerkrieg!" rief er der Versammlung zu. Ebenso lebhaft sprach er für die Vertragstheorie bei dem Gesetze über die Centralgewalt. Aber schon damals rief er vorahnend aus: „Es könne eine Zeit kommen, wo er sich auf die Linke setze." Und diese Zeit kam. Mit derselben Wärme und Zuversicht, mit welcher er die Rechte der Dynastien verfochten hatte, eiferte er gegen das rechtlose Verfahren, welches sich einzelne derselben ge-

gen die Nation und deren Rechte zu Schulden kommen ließen, vertheidigte er die gerechte Nothwehr des Volkes gegen solches Unrecht. Von diesem Standpunkte aus scheute er sich nicht, die Beschlüsse vom 10. und 19. Mai zu vertreten. Aber ebenso entschieden trat er wieder gegen die Linke auf, als diese in zweideutiger Haltung es verweigerte, in die an's Volk zu erlassende Proklamation eine Mahnung zur Treue gegen die Reichsverfassung und einen Protest gegen die Einmischung der Fremden in unsere innern Zwiste aufzunehmen. Als die Majorität auf dieser Weigerung beharrte, verließ Welcker die Versammlung, während Soiron unerschütterlich seinen Platz behauptete.

Dieselbe Leidenschaftlichkeit des Parteiergreifens, aber auch dasselbe rasche Umspringen in's Gegentheil bei veränderten Verhältnissen und gewonnener besserer Ueberzeugung bekundete Welcker in der Oberhauptsfrage. Lange gehörte er zur großdeutschen Partei, war einer ihrer Führer und Mitglied der Commission für Ausarbeitung des großdeutschen Verfassungsentwurfs. Keiner, selbst von den Oesterreichern nicht, zeigte sich während dieser Zeit so fanatisch eingenommen gegen das Erbkaiserthum und die Ausscheidung Oesterreichs, so unzugänglich jeder andern Ueberzeugung, so blind selbst gegen die augenfälligsten Thatsachen, wie er. Welche Ueberraschung daher für die Versammlung, als Welcker plötzlich eines schönen Morgens seinen bekannten Antrag einbrachte, worin er die Uebertragung der erb-

lichen Oberhauptswürde an den König von Preußen verlangte, selbst von einer vorgängigen Verständigung mit den Fürsten absah und nur deren nachträgliche Zustimmung zu dem Beschluß der Nationalversammlung als zweifellos bei der dringenden Gefahr des Vaterlandes voraussetzte. Niemals war die Versammlung in einer solchen Aufregung des Erstaunens und der Spannung, als da Welcker die Tribune bestieg, um die Dringlichkeit dieses Antrags zu begründen. Die Erbkaiserlichen glaubten nicht anders, als daß eine weitgreifende Spaltung im Lager der Großdeutschen ausgebrochen sei und Welckers Uebertritt das Signal zu einer ganzen Reihe ähnlicher Schritte geben werde. Welckers nähere politische Freunde, die Herren vom Pariser Hofe, waren nicht weniger erstaunt über eine Sinnesänderung ihres Führers, von der sie auch nicht die entfernteste Ahnung hatten, da Welcker noch am Abend vorher im Club die großdeutschen Ideen mit derselben Lebhaftigkeit, wie immer, verfochten hatte. Die Erleuchtung war ihm über Nacht gekommen, und der Talisman, der dies Wunder bewirkt hatte, war nichts Anderes als — die österreichische Verfassung vom 4. März, welche, so erklärte Welcker selbst, seinen felsenfesten Glauben an die Möglichkeit einer Einverleibung Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat erschüttert und ihm die handgreifliche Ueberzeugung des Gegentheils beigebracht hatte. Leider kam Welckers Bekehrung zu spät; früher hätte sie wohl man=

chen Schwankenden herübergezogen, jetzt blieb sein Beispiel fast ohne Nachfolge; sein Antrag fiel durch, und mit ihm versank die letzte Hoffnung auf einen gedeihlichen Ausgang des Frankfurter Verfassungswerkes. Welcker hat aber seitdem unerschütterlich fest zu diesem gestanden, und sein Rücktritt von der Stelle als badischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt stand wahrscheinlich in engem Zusammenhange mit dem Entschluß des Großherzogs, sich von der Frankfurter Verfassung zu der Berliner hinüberzuwenden. Bei der Zusammenkunft in Gotha fehlte Welcker.

Ein stärkerer Contrast ist kaum zu denken, als zwischen der leidenschaftlichen Weise Welckers und dem milden, versöhnlichen, in fast idealer Ruhe und Klarheit über dem Strudel der Parteileidenschaften schwebenden, dabei aber doch festen und in sich gefaßten Wesen Beckeraths. Beckerath ist eine von jenen edlen sittlichen Naturen, die, weil sie selbst nur das Gute und Rechte wollen, auch Andern nicht zutrauen, daß sie consequent und planmäßig das Gegentheil wollen könnten, die, weil sie sich gehoben und getragen fühlen von den reinsten und erhabensten Gefühlen für Menschenwohl, Völkerfreiheit und Größe des Vaterlandes, an die unwiderstehliche Macht dieser Ideen über alle Herzen und in allen Verhältnissen glauben. Dieser Glaube und dieses Vertrauen erscheinen dann wohl bisweilen als ein allzu schwaches Surrogat, ja als ein Hemmniß kräftigen Handelns und Einwirkens auf die Verhält-

nisse, als unstaatsmännische Weichherzigkeit, Schwärmerei und Leichtgläubigkeit, die in der nüchternen Wirklichkeit und den verderbten Zuständen der Gegenwart nirgends Stich hält. Mag sein! aber den edleren patriotischen Gemüthern thun solche Männer noth, die sie in ihrer Hingebung für's Vaterland und in der freudigen Zuversicht auf den Sieg des Guten bestärken, und selbst die größere Masse des Volkes, soweit sie noch nicht ganz in blinde Abgötterei schlauer Demagogen versunken ist, blickt gern hinauf zu solchen leuchtenden Vorbildern reiner und erhabener Gesinnung und erkennt darin mit richtigem Instinkte ihre ächteren Freunde. Deutscher gesinnt, als Beckerath, war wohl Keiner in der Versammlung; in ihm, dem Preußen, war auch nicht ein Tropfen specifischen Preußenthums. Wäre er weniger deutsch gewesen, so hätte ihm eine einflußreiche Stellung in seinem engeren Vaterlande schwerlich entgehen können. Allein man fand ihn zu deutsch und verschmähte ihn deshalb. Welch' ein Glück für Deutschland und Preußen, wenn Beckeraths versöhnliche Natur einen entscheidenden Einfluß auf die Politik von Berlin erlangt hätte in jenen verhängnißvollen Augenblicken, wo es so viel zu versöhnen und auszugleichen gab, im Innern Preußens selbst, wie zwischen ihm und dem übrigen Deutschland! Aber auch ohne officiellen Beruf versuchte Beckerath dennoch eine persönliche Vermittlung in der deutschen Verfassungsfrage und begab sich deshalb noch in der letzten Stunde, im April d. J.,

nach Berlin. Von dort schrieb er, voll seiner schönen Zuversicht: „Es werde noch Alles gut gehen, nur brauche es Zeit", warnte zugleich vor übereilten Schritten, welche die ruhige Entwicklung der Dinge stören möchten. Bei seiner Rückkehr, just am Abend vor dem 26. April, äußerte er sich bedenklich gegen den Beschluß, den man am folgenden Tage fassen wollte; doch ergab er sich darein. Dagegen warnte er vom Anfang an und durch alle Stadien der Vorberathung hindurch vor Annahme des Wydenbrugkschen Antrags, durch welchen, wie er sagte, die Nationalversammlung den ihr gezogenen Kreis ihrer Wirksamkeit überschreite und unwiderruflich den Weg der Revolution betrete, auf dem es dann für sie keinen Stillstand und Rückgang mehr gebe. Er rieth damals, die Versammlung möge sich auflösen und ihr Werk, die Verfassung, in die Hände des Volkes niederlegen, dem Geiste der Nation und der bildenden Macht der Zeit dessen Durchführung anvertrauend. Als er mit dieser Ansicht allein blieb und der Antrag von der Partei des Weidenbusches in die Versammlung gebracht ward, trat er aus dieser und zugleich aus dem Ministerium. Sein letztes Wort, das er beim Abschied von seinen Freunden unter Thränen diesen zurief, war: „Gott schütze unser armes Vaterland!"

Beckeraths vertrauter Freund und, wie man sagt, seine ergänzende Halbschied bei politischen Entschlüssen war Mevissen, gleich ihm ein Rheinländer, eine schweigsame,

verschlossene Natur, aber vielgeschäftig und wirksam im Stillen. Mevissen war plänereich und zum Eingreifen in die Verhältnisse leichter entschlossen, als Beckerath, aber ohne Leidenschaft, kalt berechnend und keinen Schritt weiter gehend, als der feste Boden unter ihm reichte. Abweichend von seinen Parteigenossen, war er einem thatkräftigern Handeln in der Verfassungsfrage unter gewissen Voraussetzungen nicht abgeneigt; als jedoch diese Voraussetzungen fehlschlugen, gab er den Gedanken ebenso schnell wieder auf, hielt sich, wie Jene, rein passiv und trat mit Gagern und Dahlmann aus der Versammlung. Mevissen hat in der Paulskirche ein beharrliches Schweigen beobachtet, während er auf dem vereinigten Landtage zu Berlin ziemlich häufig sprach. Er soll kein besonderer Redner auf der Tribüne sein. In kleineren Kreisen spricht er gut, scharf und klar.

Von den übrigen Koryphäen des vereinigten Landtags, die sich hier wieder zusammenfanden, war Bardeleben zu kurze Zeit in der Versammlung und machte sich zu wenig bemerkbar, als daß über ihn ein Urtheil möglich wäre. Saucken, der alte, wackere Haudegen, furchtlos und treu, ehrlich und gerade, hieb auch in der parlamentarischen Schlacht tüchtig drein für die deutsche Sache und ließ sich's wenig kümmern, wenn seine Hiebe auch einmal dem Preußenthum tief in's Fleisch fuhren. Er war ein so guter Preuße, wie Einer, aber keiner von der Sorte, die Preu-

ßens Größe auf den Sand der Marken bauen will, sondern einer jener ächten Söhne der starken Borussia, deren Patriotismus in den glorreichsten Zeiten des Vaterlandes erzeugt und großgenährt wurde. Im Freiheitskriege war er dem stolzen Flug der preußischen Adler gefolgt vom Niemen bis zum Rhein und an die Seine, hatte gesehen, wie ganz Deutschland, ganz Europa diesem kühnen Siegeszuge zujauchzte, und hätte nun gern sein jugendlich gebliebenes Herz noch einmal an dieser höchsten Freude eines preußischen Patriotenherzens gelabt: Preußen groß zu sehen durch eine große und freie Politik. Als er statt dieser nur das Gegentheil sehen mußte, trat er zuerst aus der ersten Kammer in Berlin, deren Mitglied er war, bald auch, Alles verloren gebend, aus der Nationalversammlung zu Frankfurt.

Lichnowsky und Auerswald — welche traurige und niederschlagende Erinnerungen knüpfen sich an diese zwei Namen! Wer hätte je geglaubt, daß das deutsche Volk, dieses wegen seiner Bildung, Humanität und Religiosität so viel gerühmte Volk, einer Schandthat fähig wäre, ähnlich jener, die an diesen Beiden verübt ward? Welche Verwirrung der Begriffe, welche Verwilderung der Gefühle, welche planmäßige Aufreizung aller schlechten und Betäubung aller bessern Elemente mußte in den Köpfen und Herzen jener blutigen Rotte vorausgegangen sein, um sie so gegen alle Menschlichkeit abzustumpfen, daß sie Wehrlose, vor ihr Fliehende mit thierischer Lust niedermetzelte, weder

die blühende Jugend des Einen, noch das harmlose, ehrwürdige Alter des Andern verschonend! Nicht auf die Thäter selbst fällt die schwerste Schuld und Schmach dieses Mordes, sondern auf Jene, welche die rohe, leichtentzündbare und immer zum Schlechteren hinneigende Menge durch die leidenschaftlichen Aeußerungen ihres Parteihasses zu Rachegedanken entflammten, welche für die geschehene Greuelthat kein Wort tiefer sittlicher Entrüstung und Verdammung, wohl aber viele Worte der Beschönigung und Entschuldigung hatten. Dieser Mord Lichnowskys und Auerswalds ist das blutigste Blatt in der Geschichte nicht blos unserer, sondern beinahe aller Revolutionen des vorigen Jahres, blutiger als die Ermordung Latours und Rossis, denn hier glaubte man wenigstens einen thatsächlichen Verrath am Volke zu rächen; was aber hatten jene zwei Männer gegen das Volk verbrochen, wenn nicht Dies, daß sie offen und ehrlich, wie ihnen ihre Ueberzeugung und ihre Pflicht als Volksvertreter gebot, den Ansichten und Absichten einer Partei entgegentraten?

Daß die radicale Partei Lichnowsky haßte, war begreiflich. Keiner war so eifrig und unermüdlich, wie er, die Ausschweifungen, Uebertreibungen, Thorheiten und Ungerechtigkeiten der Demagogen zu geißeln und diesen Götzen des Volkes den Nimbus der Unfehlbarkeit, mit dem sie so gern sich schmücken, vom Haupte zu reißen. Er schien gleichsam eine übernommene Ritterpflicht zu erfüllen, indem er

täglich, wie ein St. Georg, auszog, um den Lindwurm des Radicalismus zu erlegen und das Heiligthum des historischen Rechts, der Legitimität, des Bestehenden von seinen Feinden und Verwüstern zu säubern. Die Unerschrockenheit und Rücksichtslosigkeit, womit er Dies that, der Muth, den er bewies, indem er die Volksgunst wie den Volkshaß geringachtete und die unpopulärsten Sätze mit derselben Wärme vertheidigte, welche so vielen Andern nur der Widerhall ihrer Ansichten in der öffentlichen Meinung einzuflößen pflegt, — diese Selbstständigkeit und Ehrenhaftigkeit der Ueberzeugung mußte für Lichnowsky einnehmen, wie wenig man auch mit dem Inhalt seiner politischen Meinungen und mit der übermüthig herausfordernden Art, sie geltend zu machen, einverstanden sein mochte. Von Vincke und Bassermann, mit denen er den Haß gegen die Radicalen und den Eifer in der Vertheidigung conservativer Grundsätze theilte, unterschied sich Lichnowsky dadurch daß, was bei Jenen Sache des Charakters, bei ihm zugleich Sache des Temperamentes war, daß er zu dem Haß gegen die Grundsätze und die Verfahrungsweise der Demokraten auch noch eine Verachtung gegen die Personen hinzufügte, eine Verachtung, welche nicht blos seinem sittlichen Gefühl, sondern mehr noch seinem angebornen Stolze auf edlere Geburt zu entspringen schien. Dieses Racebewußtsein, dieses Gefühl, aus besserem Stoffe zu sein, als „jenes Volk", die Demokraten, welches Lich-

nowsky nicht verleugnen konnte noch wollte, trat zuweilen in verletzender Schroffheit in seinem Wesen und seinen Aeußerungen zu Tage. Vielleicht erklärt sich daraus der wilde, tödtliche Haß, mit welchem die Demokratie gerade ihn mehr als irgend einen andern ihrer politischen Gegner verfolgte und dessen blutiges Opfer er leider werden sollte.

Der alte, brave General Auerswald mischte sich selten in politische Kämpfe, beschränkte sich vielmehr in der Regel auf die Theilnahme an solchen Debatten, welche sein specielles Fach, das Kriegswesen, betrafen. Nur einmal, als Rob. Blum eine schwere und nach seiner Meinung ungerechtfertigte Beschuldigung wider die preußische Regierung erhob, trat Auerswald gegen ihn in die Schranken. Ward er deshalb der Volksrache bezeichnet? Oder fiel er wirklich von seinen Mördern selbst ungekannt, blos weil er in des verhaßten Lichnowsky Gesellschaft betroffen ward?

Eine hervorragende Gruppe im Casino bildeten die „Professoren". Der Einfluß, den sie in der Partei wie in der Versammlung selbst übten, war groß und um so bewundernswerther, da sie nicht den Ruf erprobter politischer Talente aus früherer ständischer Wirksamkeit mitbrachten, vielmehr jetzt zum ersten Male den parlamentarischen Kampfplatz betraten. Darf man auch Einiges von diesem Erfolge dem Respekte zuschreiben, den nun einmal der Deutsche unwillkürlich vor der Gelehrsamkeit hat, sowie

dem Umstande, daß der größte und wichtigste Theil der Arbeiten der Versammlung sich auf dem theoretischen Gebiete der Verfassungsbegründung bewegte, so bleibt immer noch genug übrig, was lediglich auf Rechnung der tüchtigen und bedeutenden Persönlichkeiten dieser Männer zu setzen ist. Uebrigens war ihr Einfluß auch vorzugsweise auf dem Felde der Doctrin entscheidend und wohlthätig, weniger in Fragen des unmittelbaren praktischen Handelns. Aus einer weiten und großen Anschauung der Geschichte, des Rechts, der Politik suchten sie abzuleiten, was nothwendig sei, was geschehen müsse. Freilich geschah Dies dennoch nicht immer, weil die factischen Zustände sich nicht nach jenen theoretischen Anschauungen richteten, und dann wußten sie für die Beseitigung dieser Hindernisse, für die Durchführung des von ihnen als richtig Erkannten keinen Rath und konnten nur an die geschichtliche Nothwendigkeit, an die Zukunft, an den guten Willen und die Vernunft der leitenden Mächte appelliren. So erging es ihnen namentlich in den letzten Stadien der Versammlung, als es sich um die Verwirklichung der Reichsverfassung handelte. Zu sehr durchdrungen von der Nothwendigkeit und inneren Güte dieser, hauptsächlich unter ihrem Einflusse entstandenen Verfassung, um deren Durchführung so leichten Kaufs aufzugeben und ohne Weiteres von einem Werke zurückzutreten, dem sie ein ganzes Jahr lang ihre besten Kräfte geopfert hatten, konnten sie doch ebensowenig sich

entschließen, zu energischen Schritten für die Durchsetzung des Nationalwillens die Hand zu bieten. So geriethen sie in jene unsichere und unklare Stellung, die von ihnen aus ihrer ganzen Partei sich mittheilte, in jenes Schwanken zwischen Wollen und Nichtwollen, Handeln und Nichthandeln, Bleiben und Gehen, welches zuletzt doch mit dem Verlassen des Kampfplatzes und der Sprengung der Versammlung endete.

Das Gesagte gilt vorzugsweise von dem Triumvirat Beseler, Waiz und Droysen. Dahlmann stand den betreffenden Verhandlungen ferner, war auch dem Austritt entschieden entgegen und ließ nur nach langem, beredtem Widerstande sich durch die Mehrheit der Partei überstimmen und fortreißen. Ueberhaupt nahm Dahlmann während der ganzen Zeit des Parlaments eine ziemlich schweigsame und zurückhaltende Stellung ein. Rasches, wirksames Eingreifen in die Debatte liegt außerhalb der Grenzen seines Naturells; er selbst pflegte sich einen „langsamen Kopf“ zu nennen, der Zeit brauche, um sich Etwas zurechtzulegen. Was er sich aber in der Stille ausdachte und fertig machte, Das war immer groß angelegt und von weitem Gesichtskreis, bisweilen nur von zu weitem für die gegebenen Verhältnisse und darum unausführbar. So sein Plan der deutschen Einheit, wie er ihn im sog. Siebzehnerentwurfe niederlegte — ein verführerisch schöner Plan für Deutschlands wahre Kräftigung und die nachhal-

tige Beseitigung unserer Kleinstaatenmisere, aber viel zu großartig für unsere kleine Zeit und die kleinen Menschen, denen unsere Geschicke anvertraut sind. An diesem Ideal deutscher Einheit, deutscher Macht und Ehre hing Dahlmanns starke Seele mit wahrhaft schwärmerischer Begeisterung und Sehnsucht. Wo dieses Ideal ihm angetastet ward, da sah man sein ganzes, sonst so ruhiges und scheinbar kaltes Wesen bis in die innersten Tiefen fieberhaft erzittern. So damals, als bei der Kunde vom Malmöer Waffenstillstand Dahlmann die Tribüne bestieg und, doppelt bewegt als Schleswig-Holsteiner und als Deutscher, der Versammlung mit erhobener, von innerer Aufregung bebender Stimme die Worte zurief: „Meine Herren! Es gilt die Ehre Deutschlands — die Ehre Deutschlands!" So in Berlin, wo er die stolzesten Hoffnungen seines für Deutschlands und Preußens vereinte Größe hochschlagenden Herzens so bitter getäuscht sah, wo er, schweigend zwar und äußerlich gefaßt, doch sichtlich unter dem schwersten innern Seelenkampfe tief und furchtbar litt. Immer jedoch richtete ihn die Kraft seines unerschütterlichen Glaubens an den endlichen Sieg aller großen und wahren Ideen wieder auf, und mit hingebender Selbstverleugnung, ohne eine Spur nachtragender Bitterkeit, reichte er seine vermittelnde Hand auch Denen, die ihn um seine liebsten Hoffnungen betrogen hatten, sobald er sich nur überzeugt hielt, daß sie die vaterländischen Zustände dem von ihm erstrebten Ziele, wenn

auch auf anderem Wege, entgegenführen würden. In dieser sittlichen Kraft und Reinheit seiner edlen Natur, in dieser sichern und begeisterten Zuversicht zur vaterländischen Sache, in der Unerschütterlichkeit seiner politischen Grundsätze und in der Klarheit, womit er sie zu großen geschichtlichen Anschauungen zu verbinden weiß, liegt der Grund des hohen und verdienten Ansehens, in welchem Dahlmann bei der Versammlung und bei seiner Partei stand, obschon er in der Behandlung der nächsten praktischen Verhältnisse nicht immer zureichenden politischen Takt und Blick verrieth. Dahlmanns Stimme, so oft sie erklang, ward geachtet wie die Stimme eines Sehers, der lange voraus andeutet, was kommen muß, wenn er auch die Wege nicht anzugeben weiß, die zu diesem Ziele führen. Daß er zum praktischen Staatsmann nicht tauge, bewies er damals, als ihm, nachdem er durch seine Opposition am 5. September vor. J. das Ministerium hatte stürzen helfen, die Bildung eines neuen übertragen ward. Nach mehrtägigem vergeblichem Bemühen gab er den Auftrag unerfüllt zurück. Einen leitenden Einfluß auf seine Partei übte und erstrebte Dahlmann nicht, vielmehr trat er nur dann zögernd und fast schüchtern hervor, wenn seine Freunde Dies im Interesse der Sache für durchaus nöthig fanden.

Dagegen wetteiferten um einen solchen Einfluß Dahlmanns Collegen und Landsleute G. Beseler, Waiz und Droysen. Der Letztgenannte mehr im Stillen, denn

als Redner trat er selten auf — in öffentlicher Versammlung nie — obgleich er scharf und treffend zu sprechen verstand. Desto thätiger war er in persönlicher Ansprache und Ueberredung. Besonders pflegte er diese da anzuwenden, wo er eine zu weit gehende Nachgiebigkeit gegen demokratische Tagesmeinungen zu entdecken glaubte. Für solche Nachgiebigkeit hatte er jederzeit den schärfsten Spott bereit. Ebenso scharf war er aber auch in seinen Urtheilen über die Mißbräuche der legitimen Gewalt und die Verkehrtheiten der Regierungen. Doch wollte er, wenn die Wahl nur zwischen der Reaction und einer neuen Revolution gelassen wäre, lieber der Ersteren, als der Letzteren, das Feld lassen, weil er auf jenem Wege wenigstens die Errungenschaften der Civilisation gesichert, die wahre Freiheit aber, wenn auch in langsamerer Entwickelung, unverloren glaubte. Lange Zeit hindurch hielt Droysen unerschütterlich fest an der Hoffnung auf die Unterstützung, welche die Regierungen den patriotischen Bestrebungen der conservativen Mehrheit der Nationalversammlung würden zu Theil werden lassen. Als diese Hoffnung trog, als jene beiden Extreme — Reaction und Revolution — nicht achtend auf die mahnende Stimme der Gemäßigten, schroff und kampfesfertig einander gegenübertraten, da drängte Droysen zum raschen Fortgehen, weil, wie er sagte, die Mittelpartei, zwischen jene beiden Mächte eingeklemmt, nicht mehr eine selbstständige Bahn verfolgen, sondern nur der

einen oder der andern sich in die Arme werfen und deren Kraft verstärken könne, zum eigenen wie zu des Vaterlandes Unheil.

Droysen hat große Verdienste um die Verfassung. Mehrere der wichtigsten Abschnitte derselben sind theils aus seinen Vorarbeiten hervorgegangen, theils von ihm durch die letzte Redaction zum Abschluß gebracht. Er war Protokollführer im Verfassungsausschuß und hat dort, wie im Club, in den Privatbesprechungen, in der Versammlung, überall mit dem ihm eigenen Talente des Sammelns, Beobachtens und Ordnens ein reiches und werthvolles Material zusammengebracht, welches er hoffentlich recht bald zu einer vollständigen Geschichte dieses ersten Parlaments verarbeiten wird.

Mehr, als Droysen, trat Beseler in die Oeffentlichkeit hervor, Droysens vertrauter Freund und treuer Mitarbeiter am Verfassungswerke. Berichterstatter des Ausschusses bei den wichtigsten Abschnitten der Verfassung, vertheidigte er diese mit der Schärfe und Klarheit eines geübten akademischen Lehrers, freilich auch bisweilen mit der Trockenheit und Weitschweifigkeit des Kathedervortrags. Bei eigentlichen Parteifragen, besonders wenn er die Interessen des Rechts und einer vernünftigen Staatsordnung gegen die ausschweifenden Anmuthungen eines, weder Vernunft noch Geschichte achtenden Radikalismus vertrat, ward seine Rede straffer, schwungreicher, schlagender, und

der sonst so kalte und gemessene Mann erhob sich dann nicht selten zu einer Kraft und Wärme der Beredtsamkeit, welche um so stärker ergriff, als immerfort durch sie der Ernst und Nachdruck des nordischen Charakters hindurchblickte. Bei Beseler, wie bei Dahlmann, war der Grundgedanke der Verfassung so ganz in Blut und Leben übergegangen, daß jede Antastung dieses Gedankens, mochte sie von republikanischer, mochte sie von dynastischer Seite kommen, sein ganzes Wesen aufregte und ihn — der feuriger und kampfeslustiger war, als sein älterer Freund — zum lebhaftesten Widerstand entflammte. Wer ihn gesehen hat in jenen verhängnißvollen Stunden des 3. April zu Berlin, wie er, Thränen im Auge und mit tiefbewegter Stimme, Worte der ernstesten Mahnung und des edelsten männlichen Freimuths an Die richtete, in deren Hand das Wohl und Wehe Deutschlands gelegt war, Der mußte ihn hochschätzen und lieben, als Einen, der es wahrhaft ehrlich meint mit der Sache deutscher Einheit und Freiheit. Wenn dennoch Beseler unter Denen war, welche, den Uebergang vom Worte zur That scheuend, die Durchführung der Reichsverfassung aufgaben und ihren Posten verließen, so ist ihm gewiß — und ich habe guten Grund, Dies zu glauben — dieser Entschluß nicht leicht geworden. Allein sein strenger Sinn für Gesetzlichkeit, wie sehr er sich auch gegen die Rechtsverletzungen und den rohen Machtgebrauch empörte, dessen die Cabinette sich schuldig machten, ließ

ihn doch ebenso entschieden vor jedem Schritte zurückbeben, welcher ihm nicht streng innerhalb der gesetzlichen Formen zu liegen schien, mochte er ihn auch vom höheren Standpunkte des ewigen Rechtes aus nicht tadeln können. Beseler theilte Droysens Auffassung von der Stellung der Mittelpartei und der Unmöglichkeit, zwischen den Extremen der Reaction und Revolution praktisch vermittelnd einzutreten. Auch war ihm, dem Nordländer, die Ungeduld des süddeutschen Blutes fremd; vielmehr neigte sein friesischer, dem englischen verwandter Charakter zu der Ueberzeugung hin, daß die ächte Freiheit, die Freiheit im germanischen Sinne, kräftiger gedeihe und sicherer in Fleisch und Blut des Volkes übergehe, wenn sie auf dem Wege langsamer, parlamentarischer Entwickelung sich herausarbeite, als wenn sie im ersten stürmischen Anlauf gewonnen werde.

Zwischen Beseler und Waiz bestand zwar im Ganzen ein ziemlich enges Verhältniß, aber auch eine Art von Eifersucht in Bezug auf ihre beiderseitige Geltung in der Partei und der Versammlung. Waiz war ein glänzenderer und eindrucksvollerer Redner, als Beseler, aber Beseler hatte die größere Klarheit und Sicherheit des Wollens vor Waiz voraus. Des Letztern Reden glichen bisweilen kunstvollen Räthseln, denen die Auflösung fehlt; sie waren reich an fruchtbaren Gesichtspunkten, aber eben die Mannigfaltigkeit dieser Gesichtspunkte schien den Redner verhindert zu haben, sich auf einen derselben festen Fußes zu stellen,

und so entbehrte der gedankenreiche Vortrag des praktischen Abschlusses. In der Malmöer Waffenstillstandsfrage hielt Waiz eine meisterhafte Rede, nach welcher Jedermann erwartete, er werde gegen den Waffenstillstand stimmen; dennoch stimmte er dafür. Bei der ersten Berathung der §§. 2 und 3 sprach er ein förmliches Anathema aus über Jeden, der es wagen würde, an den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland zu denken, und bei der ersten Lesung des Abschnittes vom Oberhaupte war er noch für einen Kaiser auf Zeit — ein paar Monate später aber verbreitete er sich in glänzender Rede über die Nothwendigkeit des erblichen Kaiserthums und des einheitlichen Bundesstaates ohne Oesterreich. Abgesehen von diesem Mangel eines raschen und sichern Abschlusses, war Waiz ein feiner und klarer Geist, der die Dinge immer im großen Styl zu behandeln wußte. An der Ausarbeitung der Verfassung hat er gleichen Antheil und gleiches Verdienst mit seinen drei Kollegen und Landsleuten aus Schleswig-Holstein. Mit Beseler theilte er das Talent, jedem Gedanken rasch eine zutreffende, die Gegensätze vermittelnde und dadurch auch für ungleichartige Richtungen mundgerechte Form zu geben; Beide waren Meister im Redigiren, Formuliren und Amendiren von Anträgen; Beide machten von diesem Talente sowohl in der Partei als in der Versammlung einen fruchtbaren Gebrauch. Aber Beiden war auch Das eigen, daß sie keinen fremden Gedanken passiren lassen konnten, ohne ihn seiner

ursprünglichen Form zu entkleiden und ihm den Stempel der ihrigen aufzudrücken. Durch diesen unseligen Eigensinn des Allesbessermachens brachten sie das Casino bei den andern Parteien in den übeln Ruf, daß man keinen Antrag dahin mittheilen könne, ohne daß er dort seines ursprünglichen Geistes beraubt und so lange gereckt und gestreckt werde, bis er etwas ganz Anderes vorstelle, als er gesollt; diese selbe Sucht des Abschwächens jedes etwas gliederstarken Gedankens war es, welche am 10. Mai die Weidenbuschpartei sprengte.

Unter den übrigen Professoren des Casino trat keiner so, wie die Genannten, in den Vordergrund. Zachariä von Göttingen, obgleich ein thätiger Arbeiter in den Ausschüssen, besonders dem völkerrechtlichen, auch als Sprecher rasch zur Stelle und beharrlich, sowohl in der Versammlung als in der Partei, übte doch an beiden Orten nur einen untergeordneten Einfluß im Vergleich zu dem eines Beseler oder Waiz. Er wetteiferte zwar mit Diesen in zäher Aufrechthaltung einmal gefaßter Ansichten, doch ohne ihre Schärfe und die eindrucksvolle Macht ihres Vortrags.

Von Solchen, die in der Partei und für diese sich thätig und nützlich erwiesen, ohne doch öffentlich besonders hervorzutreten, verdienen namentliche Erwähnung die Professoren Becker von Gotha, Bernhardi von Cassel, Schubert von Königsberg, Fischer von Jena und Duncker. Becker war die längste Zeit über der Haus-

hof- und Schatzmeister des Casino und verwaltete dies Amt mit der Sorglichkeit, die er auch später, bei der Zusammenkunft in Gotha, wo er gewissermaßen den Wirth für die von allen Seiten herbeikommenden Gäste machte, auf so liebenswürdige Weise bethätigt hat. — Bernhardi und Schubert waren die Statistiker der Partei, die vor jeder großen Schlacht die Stärke der eigenen und der feindlichen Truppen genau musterten und zu berechnen versuchten, wobei es freilich nicht immer ohne einige kleine verhängnißvolle Irrthümer abging. Kam dann der Tag des Kampfes, so fungirten sie als Generalstab, recognoscirten das Terrain, halfen den Angriffsplan entwerfen, machten alle Vortheile ausfindig, die man dem Feinde abgewinnen könnte, brachten als Adjutanten der eigentlichen Parteiführer den Kämpfenden die Befehle zum Angriff oder Rückzug, übernahmen auch zur Noth die Rolle von whippers in und trieben die Marodeurs herbei, wenn es zur Abstimmung gehen sollte. Schubert namentlich war in allen diesen kleinen Dienstleistungen für die Partei unübertrefflich. Fern von jeder persönlichen Eitelkeit und immer nur auf das Interesse der Sache gerichtet, war er stets bereit, andern Rednern seinen Platz einzuräumen, wenn er glaubte, daß Diese wirkungsreicher sprechen würden, als er. Doch trat er einige Male bei wichtigen Gelegenheiten auf, z. B. als Berichterstatter des völkerrechtlichen Ausschusses für Annahme des Waffenstillstandes von Malmoe. Er sprach

gründlich, mit Wärme und Nachdruck, doch gingen ihm leider die äußern Mittel der Beredtsamkeit allzusehr ab. — Dasselbe gilt von Fischer von Jena, der im kleinen Kreise wirksam zu sprechen und einen gesunden Humor, fern von doctrinärer Subtilität und Weitschweifigkeit, zu entwickeln verstand. Fischer war Einer der Wenigen aus dem Casino, die bis zuletzt in Frankfurt aushielten. — Durch gleichen praktischen Sinn, wie Fischer, zeichnete sich auch Duncker vor den meisten seiner akademischen Kollegen aus. Er war ein trefflicher Parteiführer, rasch entschlossen und sicher in Dem, was er wollte, gewandt und umsichtig in der Auffindung von Mitteln zur Ausführung, kurz und präcis in der Entwicklung seiner Gedanken. So wirkte er vielfach tüchtig als zeitweiliger Leiter des Casino und der Neunerkommission, desgleichen in verschiedenen Ausschüssen, während er als öffentlicher Redner selten auftrat. Er nebst Haym, Schrader, Veit, Droysen waren zugleich die hauptsächlichsten Historiographen und Wortführer der Partei in der Presse; unter seiner, später unter Hayms spezieller Leitung stand die „Parlamentscorrespondenz der Centren", durch welche diese ihre politischen Ansichten in weiteren Kreisen zu verbreiten und zu vertreten suchten.

Wenn tapfere Worte gleichbedeutend wären mit tapferen Thaten, Großsprecherei mit wahrem Muth, so wäre Fr. v. Raumer der tüchtigste Mann der Partei und des Parlaments gewesen. Denn Keiner floß so, wie er, über von

großen Entschlüssen und heftigen Reden für die Sache der Verfassung. Hätte man doch glauben sollen, er wolle sofort allen renitenten Kabinetten den Krieg erklären! Aber keiner blies schneller zum Rückzug, als er, da es nun wirklich zur Entscheidung kommen sollte.

Ich habe oben der Göttinger Vier erwähnt. Außer Dahlmann trat von Diesen keiner in der Versammlung bedeutend auf. Jacob Grimm sprach bisweilen patriotisch wohlgemeinte Worte, die wegen seiner schwachen Stimme Niemand verstand; Albrecht verhielt sich schweigend und zurückgezogen; ebenso Gervinus. Dieser Letzte gab nach wenigen Monaten seinen Sitz in der Paulskirche auf und verließ Frankfurt, unmuthig und verstimmt, wie man glaubte, über den Gang der Verhandlungen. Eine Zeit lang schien er sich von aller Politik fern halten zu wollen; endlich aber, als die Verwickelungen und Gefahren des Vaterlandes täglich wuchsen, ertrug sein patriotisches Gemüth dies schweigende Zusehen nicht länger, und er trat wenigstens in der Presse als rüstiger Kämpfer seinen Gesinnungsgenossen in der Nationalversammlung zur Seite. Seine geharnischten Artikel in der „Deutschen Zeitung" waren vortreffliche Bundesgenossen und Bannerträger der Kaiserpartei. Gervinus war von Haus aus für die Vereinbarung mit den Regierungen, weil er der Kraft der Nationalversammlung, ihr Werk allein durchzusetzen, mistraute. Nachdem die Versammlung aber einmal diesen letz-

tern Weg beschritten hatte, wollte Gervinus, daß sie auf demselben auch beharrlich vorwärtsgehen und der Reaction keinen Schritt weichen, nöthigenfalls sogar ihr den offenen Kampf anbieten sollte. Ein Sieg der Reaction im gegenwärtigen Augenblicke, so meinte Gervinus, müßte über kurz oder lang eine zweite, furchtbarere Revolution zur Folge haben, welche dann leicht alle Errungenschaften der Civilisation in Frage stellen möchte; eine neue Revolution im gegenwärtigen Augenblicke werde zwar vielleicht zunächst zur Republik, dann aber sicherlich durch diese hindurch zu einer festen monarchischen und einheitlichen Staatsordnung in Deutschland führen. So trat also hier Gervinus, als der Thatkräftigere, seinen gelehrten Freunden in der Paulskirche mit ihrer Politik des Nichtsthuns und Geschehenlassens entschieden gegenüber. Allein seine Stimme verklang wie eine Stimme in der Wüste; es fehlte der Versammlung (wie Gervinus schon vor deren Beginn prophezeite) an praktischen Staatsmännern, an Männern der That, wie sie eine Zeit der Bewegung und Neugestaltung braucht. Und auch Gervinus ist kein solcher praktischer Staatsmann; die starken Aufwallungen seines edlen, durch und durch patriotischen, nur leider bisweilen krankhaft verstimmten Gemüths, die oft visionsartig lichten, oft aber auch durch galliges Schwarzsehen getrübten Eingebungen seines hohen Geistes reichen nicht aus, um die ruhige und gleichmäßige Energie eines immer seiner selbst gewissen

Willens, um die sichern Combinationen eines nüchternen Verstandes, wie sie dem Staatsmanne nöthig sind, zu ersetzen. Wohl aber wäre jeder Partei ein solcher politischer Wecker und Stundenabrufer zu wünschen, wie Gervinus.

Von den übrigen Mitgliedern des Casino genügt es einige namhaftere zu bezeichnen. Rüder aus Oldenburg war lange Zeit Vorsitzender und taktischer Leiter der Partei. Er verstand sich trefflich auf die kleinen Künste der Parteitaktik und war immer aufmerksam und unverdrossen, wo es galt, dadurch einen Vortheil über den Gegner zu gewinnen. An principiellen Kämpfen betheiligte er sich seltener, obgleich er, wo es noth that — wie beim Vorparlament und im Fünfzigerausschuß — mit Muth und Geschick für die vernünftige Freiheit gegen deren Uebertreibungen aufzutreten wußte. Seltner noch ließ Briegleb von sich hören, ein straffer Charakter, ebenso besonnen als aufrichtig ergeben der Sache des Vaterlandes; desgleichen Langerfeldt, der in der Partei eines ziemlichen Ansehens wegen seines offenen und fernigen Wesens genoß. Ein immer fertiger, doch nicht immer glücklicher Kämpfer war dagegen Plathner, deshalb von der Linken mehr gehaßt, als gefürchtet.

Neben den disciplinirten Truppen giebt es in jeder Partei Freibeuter, die ohne Kommando mit dem Feinde anbinden und nur schwer in Reih und Glied zu halten sind. Solche Freibeuter, welche ziemlich grobes Geschütz auf

Deck führten, waren im Casino die Herren Henkel und Jahn. Jeder von den Beiden hatte einen besondern Gegner, auf den er Jagd zu machen liebte: Henkel die Oesterreicher, der alte Turnvater Jahn die Linke und ihren friedensstörerischen Anhang. — Das Casino zählte unter seinen Mitgliedern eine Anzahl von Männern, welche neben ihrer Wirksamkeit in der Nationalversammlung auch noch in ihren Einzelstaaten in hohen Stellungen thätig waren. Dahin gehörte der nassauische Minister Hergenhahn, der kurhessische, Wippermann, der großh. hessische, Jaup. Begreiflicherweise konnten Diese nicht mit gleicher Hingebung sich beiden Arten von Thätigkeit widmen, und der unmittelbare praktische Beruf im engern Vaterlande behauptete gewiß mit Recht den Vorrang. Daher waren sie nur selten in der Paulskirche anwesend und nahmen wenig thätigen Antheil an den Verhandlungen. Um so segensreicher wirkten sie daheim für die Sache der deutschen Einheit und für die Befestigung und Entwicklung der Märzfreiheiten auf dem Wege der Landesgesetzgebung. Diese persönliche Vermittlung zwischen den Regierungen der Einzelstaaten und der Nationalversammlung war für beide Theile gewiß eine sehr ersprießliche, und es wäre zu wünschen gewesen, daß auch die Minister größerer Staaten, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger nach Frankfurt hatte entsenden wollen, diesem Rufe, wenn auch nur für kurze Zeit, gefolgt wären. Vielleicht hätten sie in Frankfurt Manches anders ansehen ge-

lernt, als daheim, und wären gleichfalls wirksame Vermittler geworden zwischen der Gewalt, die sie vertraten, und der Nationalversammlung.

Jaup, Gagerns Nachfolger im Ministerium zu Darmstadt, regierte ganz im Geiste jenes Programmes fort, mit welchem Gagern in's Amt getreten war. Hatte doch Jaup schon beim Vorparlamente die Erlassung einer „Erklärung der Volksrechte" für ganz Deutschland beantragt! Für die Trefflichkeit der Jaupschen Politik spricht nichts mehr, als daß das von ihm regierte Land trotz der Nachbarschaft Badens und der Pfalz von den dort ausgebrochenen revolutionären Bewegungen beinahe gänzlich unberührt geblieben ist.

Dasselbe Lob einer zugleich energischen und volksthümlichen Politik hat in hohem Grade das kurhessische Ministerium Eberhard sich erworben, dessen Mitglied Wippermann ist. Auch in der deutschen Sache sind beide Ministerien mit lobenswerthestem Beispiel andern vorangegangen. Mögen sie, wie bisher, so auch ferner glücklich die Krisen überstehen, welche gegenwärtig alle deutschgesinnte und volksthümliche Ministerien bedrohen! Mögen sie sich ihren Ländern und der deutschen Sache erhalten als die Vertreter und Beschützer der Märzerrungenschaften von 1848!

Leider ist bereits ein solches Märzministerium, das Ministerium Hergenhahn in Nassau, zurückgetreten. Die Entscheidung wegen des Uebertrittes von der Frankfurter zur

Berliner Verfassung mag einigen Antheil an diesem Rücktritt gehabt haben; doch war wohl auch Hergenhahn des Regierens müde und erschöpft durch die harten Kämpfe, die er ein ganzes Jahr lang mit der täglich feindlicher gegen ihn anstürmenden Demokratie zu bestehen gehabt und immer siegreich bestanden hatte. Traurig, wenn die Männer, die im März vorigen Jahres ihren Mitbürgern die Freiheit erkämpfen halfen, angefeindet werden, weil sie nur die ächte Freiheit wollen, nicht ihr Zerrbild!

Zwei Namen zierten die Partei des rechten Centrums, welche im Laufe dieses verflossenen Jahres häufiger genannt worden sind, als wohl irgend einer sonst aus den Reihen der Nationalversammlung: die Namen Gagern und Simson. Beide waren auf den höchsten Ehrenplatz in der Versammlung gestellt, aber der Eine brachte auf diesen Platz bereits den Glanz eines weitgenannten und gefeierten Namens — damals vielleicht des populärsten in ganz Deutschland — mit; der Andere war noch fast unbekannt, als der Einfluß seiner Parteigenossen ihn zu der Ehre des Präsidiums und an Gagerns Seite erhob. Gagerns Wahl war eine politische Manifestation von höchster Bedeutung — man wollte der jungen Versammlung seinen Namen als Angebinde und Losung auf ihren Lebensweg mitgeben —, Simsons Berufung, erst zum Vicepräsidenten, dann zum Präsidenten, war die Folge des Vertrauens, welches man in sein Präsidialtalent setzte. Sim-

son rechtfertigte dies Vertrauen in ausgezeichnetem Grade — er war der gewandteste, unparteiischste, umsichtigste Präsident, ein Präsident, wie ihn vielleicht selten eine Versammlung besessen hat, wie er aber auch keiner Versammlung so nöthig war, als dieser. Gagern war kein so vollkommener Leiter der Versammlung, aber er war Mehr, er war ihr Beherrscher; er stand im vollsten Sinne des Worts über der Versammlung. Simsons Einfluß auf die Versammlung beruhte darauf, daß er sich ganz mit ihr zu identificiren, den Willen der Mehrheit zu errathen, den der Minderheit zu schonen, die Gegensätze zu vermitteln, die Schwierigkeiten der Verhandlung zu ebenen verstand; Gagerns Macht lag in seiner gebietenden Persönlichkeit, in dem Vollgewicht sittlicher und geistiger Größe, in dem sichern Bewußtsein von seiner Kraft, womit er der Versammlung gegenübertrat, nicht zum geringsten Theile auch in seiner imponirenden Aeußerlichkeit, in dem mächtigen Zucken seiner Jupiterbrauen, dem vernichtenden Blick seines Auges, dem gewaltigen Ton seiner Stimme. Gagern war nicht sonderlich vertraut mit den parlamentarischen Regeln und der Praxis des Hauses, gab sich auch wenig Mühe, sie zu studiren; allein, weil seine Entscheidungen immer auf das Wesen der Sache, auf die Würde der Versammlung, auf die Förderung ihres großen Zweckes gerichtet waren, so dachte man wenig daran, um die strenge Einhaltung der Form mit ihm zu rechten. Selbst die Linke, obgleich sie gegen Gagerns

moralische Diktatur gern hinter ihren einzigen Schild, die Geschäftsordnung, sich versteckte, wagte doch oft nicht einmal von dieser Waffe Gebrauch zu machen. Nach der Geschäftsordnung bedurfte jeder Antrag der Unterstützung von 20 Mitgliedern. Als nun die Linke eines Tages alle mögliche Anträge, selbst die handgreiflich erfolglosesten, unterstützte, herrschte Gagern unwillig sie an: „Wenn Sie freilich jeden Antrag unterstützen wollen, so kommen wir nicht vorwärts." Die Linke, statt gegen diesen vollkommen unberechtigten Eingriff in eine reglementsmäßige Befugniß zu protestiren, schwieg und war eine Zeit lang sparsamer mit ihren Unterstützungen. So wenig Gagern es leiden mochte, wenn Andere sich auf die Form zum Nachtheil der Sache steiften, eben so fern war er selbst davon, Etwas der Art zu thun. Der Unfehlbarkeitstrotz, den man so oft auf dem Präsidentenstuhle findet, war ihm gänzlich fremd; hatte er gefehlt, so war er rasch bereit, seinen Fehler mit der liebenswürdigsten Offenheit einzugestehen und die Versammlung um Nachsicht zu bitten. „Wir haben Alle noch Viel zu lernen", sagte er bei einem der ersten Fälle dieser Art. Nur in der spätern Zeit, wo der Ekel über die täglich wiederkehrenden Ruhestörungen und Unwürdigkeiten der Linken ihn verbittert und im höchsten Grade reizbar gemacht hatte, verlor er bisweilen mit der Gewalt über sich selbst auch die sichere Gewalt über die Versammlung. Unstreitig konnte der leichte und rasche Fortgang der Verhand-

lungen nur gewinnen unter Simsons kunstgerechterer Leitung und bei seiner unerschütterlichen Leidenschaftslosigkeit; allein der Zauber unnahbarer und fast übermenschlicher Hoheit, der einst Gagerns Haupt umschwebte, und jene großen Momente, wo er sein zürnendes Quos ego! in die empörten Wogen der Versammlung hinabdonnerte und diese bezwungen sich ihm zu Füßen legten, kehrten unter keinem seiner Nachfolger wieder.

Der gleiche Contrast zwischen beiden Männern zeigte sich auch da, wo sie außerhalb der Paulskirche in ihrer Eigenschaft als Präsidenten die Nationalversammlung zu repräsentiren hatten. Simsons Reden bei solchen feierlichen Gelegenheiten waren correct, fein, beziehungsreich, von einer fast classischen Eleganz der Form, nichts Nothwendiges hinweglassend und nichts Unnöthiges enthaltend; Gagern sprach minder zierlich, vielleicht selbst minder geistreich, aber was er sagte war immer groß, bedeutend, der Wurf eines gewaltigen Gedankens und mehr noch eines gewaltigen Charakters. Doch fehlte es auch Simson zur rechten Stunde an der Kraft eines tapferen Wortes nicht. Als der Reichsverweser sofort nach der Kaiserwahl abdanken wollte, da mahnte ihn Simson mit Ernst an seine ruhmvolle Vergangenheit, auf die er nicht durch einen Entschluß, der Deutschland in Verwirrung stürzen könnte, einen Schatten werfen dürfe. Der Reichsverweser stutzte, nahm sich kurze Bedenkzeit und — blieb.

Unwillkürlich muß ich hier an zwei Scenen voll bedeutungsvoller Beziehungen, voll schmerzlicher Gegensätze denken — Gagern bei den Festlichkeiten zu Köln im Aug. v. J., und Simson an der Spitze der Kaiserdeputation in Berlin.

Es ist gerade ein Jahr, da fuhren wir den Rhein hinab, unter dem Zujauchzen der Bevölkerung, die sich allerwärts an's Ufer drängte, um uns zu sehen und zu begrüßen. Natürlich! Wir führten ja am Bord unseres Schiffes das Symbol der jungen deutschen Einheit, den neugewählten Reichsverweser, und das Symbol der Volkssouveränetät, den Präsidenten der constituirenden Nationalversammlung, H. v. Gagern. Die Nationalversammlung stand damals auf dem Gipfel ihres Ansehens, ihrer Macht — die zu allen Zeiten nur eine moralische war —, ihrer Popularität. Das Volk verehrte, die Fürsten fürchteten sie. Niemand wagte ihren Aussprüchen offenen Ungehorsam entgegenzusetzen. Nur wie ein fernes Wetterleuchten deutete die versagte Huldigung am 6. August auf die Widerstandskräfte hin, die sich am Horizonte sammelten, um bald wieder den Himmel der deutschen Einheit mit den finstersten Gewitterwolken zu bedecken. Damals achtete man noch wenig, vielleicht zu wenig, darauf. Wir zogen in Köln ein unter dem Jubel einer zahllosen, dichtgedrängten Menge, die den Reichsverweser im Triumphe zu seiner Wohnung geleitete. Am Tage darauf traf der König von Preußen ein; die Deputation der Nationalversammlung begab sich zu ihm, Ga-

gern redete ihn an, sprach von den Hoffnungen, welche die Versammlung auf seinen Beistand bei ihrem großen Einigungszwecke setze. Der König erwiderte mit Ausdrücken der Begeisterung und Hingebung für diesen Gedanken der deutschen Einheit, einen Gedanken, sagte er, den er schon von seiner Mutter geerbt habe. Darauf aber sprach er jene bedeutungsvollen Worte: „Ich hoffe, wir werden gute Freunde bleiben; vergessen Sie aber nicht, meine Herren! daß es Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich einer derselben bin". Diese Worte frappirten und machten Manchen nachdenklich. Der alte Legitimitätsgedanke, den Viele schon begraben wähnten, schien sich halb schüchtern zwar, aber doch auch dräuend wieder aufzurichten. Dieser etwas peinliche Eindruck verschwand indeß wieder vor der Begeisterung, welche fortwährend uns, die Vertreter der Nation, überallhin begleitete, und vor der liebenswürdigen Unbefangenheit, womit der König selbst am folgenden Tage, bei dem Feste auf dem Gürzenich, diese der Majestät des Volkes und dem Gedanken der deutschen Einheit dargebrachten Huldigungen, welche beinahe die Achtungsbezeugungen gegen ihn selbst verdunkelten, wahrzunehmen und zu ermuntern schien. Nirgends war der Jubel der Versammelten feuriger und anhaltender, als bei den Stellen der Reden und Gesänge, welche der deutschen Sache, dem Reichsverweser, der Nationalversammlung galten; er wollte nicht enden, als Gagern von „der Einheit" sprach, „die das deutsche Volk wolle und

nicht entbehren könne." Gagern war überhaupt dort und überall, wo er sich zeigte, der wahre Abgott des Volkes, dessen lauten und stürmischen Huldigungen seine Bescheidenheit sich nur widerstrebend überließ und immer so bald als möglich entzog. Er stand damals in der vollen Blüthe seiner Kraft und seines Ruhmes. Der Repräsentant und gleichsam die Verkörperung einer Idee, die in um so erhabenerem und zukunftreicherem Glanze strahlte, je entfernter sie von ihrer Verwirklichung war, je mehr sie sich noch im Gebiete der Hoffnungen, der Wünsche, der Träume bewegte; der Leiter und das Haupt einer Versammlung, welche Alles zu vermögen schien, weil sie noch wenig Gelegenheit gefunden oder gesucht hatte, die Realität ihrer Macht an einem wirklichen Widerstande zu erproben; auf den höchsten und glänzendsten Platz gestellt, den es damals in Deutschland, unter einer Nation von 40 Mill. gab, schien Gagern diesen Platz noch zu veredeln durch den Zauber eines starken, feurigen und doch besonnenen Geistes, einer imponirenden und zugleich liebenswürdigen Persönlichkeit, eines bewährten Charakters und einer fleckenlosen, allezeit dem Rechte des Volkes und dem Wohle des Vaterlandes gewidmeten Vergangenheit. Wenn man diesen Mann so sah mit dem felsenfesten Glauben an die Zukunft, die Einheit und Freiheit Deutschlands, mit der gewaltigen Kraft des Willens, des Wortes und der Macht über die Gemüther, so konnte man nicht zweifeln, daß jene Einheit und Frei-

heit, als deren Bürge er gleichsam dastand, kommen müsse, daß sie durch ihn kommen müsse.

Acht Monate später fuhr eine andere Deputation auf dem Rheine gen Köln, den Präsidenten Simson an ihrer Spitze. Es war die Deputation, welche dem Könige von Preußen, als dem von der Nationalversammlung erwählten Kaiser der Deutschen, die Kaiserkrone überbringen sollte. Die Begrüßungen und Freudenbezeugungen längs der Ufer, an denen wir hinfuhren, waren diesmal spärlich gegen jene, die wir acht Monate früher empfangen hatten. In Köln, wo wir damals unter dem Jubel der Bevölkerung eingezogen waren, mußten wir uns jetzt durch stumme, gaffende Haufen drängen, und am Abend gab ein Stück souveränen Volkes uns sein Mißfallen über den Zweck unserer Sendung auf die unzweideutigste Weise zu erkennen. Die Demokraten grollten uns, daß wir einen Kaiser, die Ultramontanen, daß wir einen protestantischen Kaiser über Deutschland setzen wollten. Wohin war sie gekommen, die unbedingte Verehrung für die Nationalversammlung, die unbedingte Hingebung an ihren souveränen Willen, die im August vorigen Jahres uns auf allen Schritten begegnete? Ach! Jede Partei, jeder Theil des Volkes hatte ein Stückchen Souveränetät für sich zurückgenommen, bis von der Gesammtsouveränetät der Nation und der Nationalversammlung nichts mehr übrig blieb. Niederschlagende Erfahrung! Trauriger Vergleich zwischen dem Damals und dem Jetzt!

Simson, erschüttert, niedergedrückt, krank, mehr noch am Gemüth, als am Körper, ertrug gleichwohl gefaßt und mit äußerlicher Ruhe die schmerzlichen Begegnisse. Ohne mit jener gewaltigen Kraft begabt zu sein, durch welche Gagern berufen scheint, jedes Hemmniß zu besiegen, besitzt doch Simson die Zähigkeit kalter und trockner Naturen, welche sich durch keinen Widerstand und kein Mißlingen so leicht außer Fassung bringen lassen.

Die folgenden Tage richteten unsern Muth wieder auf. Nicht blos die preußischen Provinzen, die wir durchschnitten, auch Hannover, auch Braunschweig jauchzten unserer Sendung Beifall zu und gaben uns ihre heißesten Wünsche mit, daß wir, rückkehrend, den Kaiser mitbringen möchten, der Deutschland die Einheit, die Macht, den Frieden wiedergeben sollte. Unter diesen erhebenden Eindrücken zogen wir in die Stadt ein, wo über den Erfolg unserer Sendung, wo über das Schicksal Deutschlands die verhängnißvolle Entscheidung fallen sollte.

Die Anzeichen für diese Entscheidung waren bei unserem Eintritt in Berlin äußerst günstig. Die Erklärung, welche das Ministerium gerade an diesem Tage in Betreff der deutschen Sache den Kammern gegeben hatte, entsprach zwar nicht ganz jener strengsten Ansicht von Volkssouveränetät, wie man sie in Frankfurt hegte, aber wohl dem praktischen Interesse, um dessentwillen eigentlich hauptsächlich die Einsichtigeren an jenem Grundsatz festhielten, dem raschen und

sichern Zustandekommen der Einheit. Denn an der freien Zustimmung der Fürsten war nicht zu zweifeln, wenn nur der erwählte Kaiser die ihm dargebotene Krone sammt der Verfassung rasch und entschlossen annähme. Daß der Geist dieser Erklärung in der Antwort des Königs an die Deputation sich wiederfinden werde, Das war Niemandem zweifelhaft, und die preußischen Abgeordneten, die uns begrüßend entgegenkamen, beglückwünschten uns wegen des schnellen und glücklichen Ausganges unserer Sendung. Eine Besprechung, die zwischen dem Ministerpräsidenten und Mitgliedern der Deputation noch am Abend unserer Ankunft stattfand, bestärkte uns in diesen frohen Hoffnungen. Wir haben seitdem aus guter Quelle erfahren, daß die königliche Antwort, ganz im Sinne jener Erklärung des Ministeriums abgefaßt, bereits fertig war, daß aber noch im letzten Augenblicke der Wille des Königs sich änderte — durch welchen Einfluß, wer mag es wissen? — daß er die ihm vorgelegte Antwort entschieden verwarf, daß er auf die dringlichen Vorstellungen seiner Minister mit Abdankung drohte und dadurch deren Widerstand brach. So erfolgte denn in der feierlichen Audienz am Morgen des 3. April jene Antwort, in welcher nicht blos das Darbieten der Nationalversammlung als ein unzulängliches, der Bekräftigung durch die Fürsten bedürftiges, sondern auch die von Jener endgültig beschlossene Verfassung als ein bloßer Entwurf behandelt wurde, über

welchen die Regierungen erst das Weitere zu beschließen hätten.

Das war der praktische Commentar zu jenen Worten, die acht Monate zuvor der König in Köln an uns gerichtet hatte: „Meine Herren! vergessen Sie nicht, daß es in Deutschland noch Fürsten giebt, und daß ich einer davon bin!“ Was damals wie eine halbschüchterne Mahnung klang, Das tönte jetzt wie ein zürnendes und dräuendes: Quos ego! uns entgegen. Hatten wir wirklich vergessen, daß es Fürsten in Deutschland gebe, und daß der König von Preußen einer sei? O nein! Wir hatten ja so viel Rücksichten — nur zu viel, meinten Manche — auf die Fürsten genommen. Wir hatten ein volles Jahr lang die schwersten Kämpfe mit den Republikanern bestanden, weil wir behaupteten, die Erhaltung der Throne sei nothwendig zur Erhaltung der Ordnung und des innern Friedens. Wir hatten schon beim Vorparlament, unter Gagerns Führung, die Versuche zur Republikanisirung Deutschlands vereitelt und die Throne — die damals in ihrem tiefsten Grunde wankten — gerettet. Und waren wir nicht später abermals dem bedrohten monarchischen Principe zu Hülfe geeilt, als die Berliner Versammlung durch ihren Steuerverweigerungsbeschluß demselben den Krieg erklärte? Hatten wir nicht diesen Rücksichten auf das monarchische Princip unsere Popularität und das Ansehen der Versammlung bei einem großen Theile des Volkes geopfert? Waren wir nicht deshalb als Volks-

verräther den Massen bezeichnet, auf Proscriptionslisten gesetzt, bedroht, geschmäht, insultirt worden? Hatten wir nicht noch eben in jenem kalten Empfange am Rhein, in jenen Beschimpfungen, die uns in Köln widerfuhren, dafür büßen müssen, daß wir den neuen Staatsbau Deutschlands auf den festen Boden der Erbherrschaft, und zwar einer preußischen Erbherrschaft, gründen wollten? Und dafür solcher Undank, solche Verkennung unserer patriotischen Absichten und, was schlimmer war, der thatsächlichen Nothwendigkeit, die uns gezwungen hatte, so zu handeln, wie wir gethan!

Diese Gedanken und Empfindungen bewegten uns, als wir aus dem Schlosse in die Wohnung unseres Präsidenten zurückkehrten. Alle waren niedergeschlagen, kummervoll, zum Theil erbittert. Was sollte nun geschehen? Die Debatte begann; eine Reihe von Sprechern drang entschieden auf sofortige Abreise. Unser Auftrag, sagten sie, sei erledigt: wir hätten die Krone anzubieten gehabt, sie sei abgelehnt worden; mehr zu thun seien wir weder befugt noch verpflichtet; uns bleibe nichts, als schleunigst in die Mitte der Nationalversammlung zurückzukehren; Diese möge das Weitere beschließen. Simson selbst schien diese Ansicht zu theilen. Ich erhob zuerst dagegen Widerspruch; ich führte aus, daß, wenn wir jetzt, mit dieser Antwort, zurückkehrten, die Versammlung unter dem Eindruck derselben und durch das gemeinschaftliche Andringen der Linken und der

Großdeutschen leicht zu Entschließungen fortgerissen werden könnte, die unser ganzes Verfassungswerk in Frage stellen möchten. Ich fürchtete nämlich, daß man die Oberhauptsfrage sofort für offen erklären und entweder ein Directorium einsetzen oder den Kaiser von Oesterreich zum deutschen Kaiser wählen möchte. Ich bestand darauf, daß wir in einer Erklärung an den König Diesem die Lage der Dinge und die Gefahren des Weges, auf welchen er das deutsche Verfassungswerk verweise, rückhaltlos auseinandersetzen, daß wir ihn zu einer nochmaligen Erwägung seines Entschlusses auffordern sollten. Soiron trat mir bei; Andere folgten, und so ward die Abreise verschoben und die Abfassung einer Erklärung beschlossen. Man beauftragte damit Dahlmann, Riesser und mich. Wir entwarfen sie so, daß darin eine Brücke der Verständigung zwischen dem König und der Nationalversammlung geschlagen ward; wir bezogen uns auf die Ministerialerklärung vom 2. April und deuteten darauf hin, wie wir nach dieser nur eine Antwort in gleichem Sinne auf unser Anerbieten hätten erwarten können, wie aber auch eine solche die Nationalversammlung, wenigstens in ihrer Mehrheit, zufriedengestellt haben würde. Wir boten also die Hand zu einem Wiedereinlenken, begründeten zugleich die Nothwendigkeit eines solchen, die Unmöglichkeit einer Vereinbarung der Verfassung zwischen der Nationalversammlung, zumal in ihrer gegenwärtigen Lage, und 38 Regierungen.

Unser Entwurf fand zahlreichen Widerspruch. Man erklärte es für eine Ueberschreitung des Auftrags der Deputation, daß wir gewissermaßen unterhandeln wollten. Die Deputation habe nur Eines zu erklären: daß eine Annahme der Krone oder selbst nur ein „Anrecht" darauf undenkbar sei ohne gleichzeitige Annahme der Verfassung, daß wir ein bedingtes Annehmen als eine Ablehnung betrachten müßten, daß der König nur die Wahl habe, Krone und Verfassung oder keines von Beiden anzunehmen. Simson war es, der diesen streng juristischen Standpunkt am Nachdrücklichsten verfocht, der auch, da die Mehrheit der Deputation ihm beistimmte, in diesem Sinne jene bekannte Erklärung redigirte, die wir vor unserer Abreise von Berlin dem Ministerium übersandten. Wie jener römische Abgesandte vor den Senat von Sagunt, so trat Simson gleichsam vor die Regierung des Königs hin mit der kurzen, stolzen Aufforderung: „Nun wählt!"

Am Abend des 3. April waren wir zum Prinzen von Preußen geladen. Wir kamen dahin noch voll der schmerzlichen Eindrücke des Morgens. Der Prinz, ein grader, straffer, militärischer Charakter, empfing uns durchdrungen, wie man sah, von der hohen Bedeutung dieses Tages. In ernstem, tiefeingehendem Gespräch suchte er uns zu überzeugen, daß der Eindruck, den wir aus der Antwort des Königs und der Aufnahme unserer Sendung bei ihm geschöpft hatten, der Eindruck, als wolle man mit der National-

versammlung brechen, sie wenigstens bei Seite schieben und seinen Weg ohne sie gehen, nicht der richtige, nicht der beabsichtigte sei, daß man den Werth und die Bedeutung des Anerbietens der Gesammtvertretung Deutschlands vollkommen anerkenne und nur aus Rücksichten der Pflicht wie der Politik den entscheidenden Schritt nicht ohne die freie Zustimmung der andern Fürsten thun könne. Die Prinzessin, eine Frau, bei welcher Geist und Gemüth um den Vorrang streiten, vielleicht der klarste politische Kopf und das wärmste patriotische Herz am Hofe zu Berlin, hat, beschwor uns fast, mit tiefer Bewegung in ihrer Stimme und in ihren Mienen, an dem glücklichen Ausgange unserer Sendung nicht zu verzweifeln, das Werk der Verständigung nicht vorschnell abzubrechen. Es werde, es müsse Alles noch gut enden; das Ziel sei ja ein so herrliches, ein so nothwendiges. Leider war es nicht das erste Mal, daß diese edle Frau das unglückliche Schicksal der Cassandra theilte, ungehört zu weissagen und zu warnen. „Ach! er hat ja keine Kinder!" hatte sie schon damals gerufen, als sie, die drohenden Märzstürme lange voraus ahnend, rechtzeitiges Einlenken und Vorbeugen vergebens flehendlich anrieth. Sie konnte es jetzt wieder ausrufen, im schmerzlichen Hinblick auf ihren Sohn, mit dessen einstigem Erbtheil ein so gewagtes Spiel gespielt ward. Gewiß! um kinderlos eine Politik zu verfolgen, welche nicht auf das kurze Leben eines Menschen, sondern auf die Dauer, die Größe und den

Ruhm ganzer Geschlechter berechnet ist, muß man — ein Friedrich der Große sein.

Es war ein schmerzlicher und doch wohlthuender Austausch von Empfindungen und Gedanken, in welchem uns dieser Abend nach den so peinlichen Erlebnissen des Tages verging. Von der einen Seite Hoffnungen und Tröstungen, mit aufrichtigstem Sinne gegeben, aber doch erfolglos, weil wir nicht daran glauben konnten; von der andern Seite ebenso vergebliche Klagen und Wünsche, denen abzuhelfen und entgegenzukommen jenseits gewiß nicht der Wille, leider aber die Macht fehlte.

In Keinem prägte sich das Tragische dieser Situation so ergreifend aus, wie in Simson. Hatte er dort, wo man die Machtbefugniß der Nationalvertretung in Frage stellte, noch einmal sich mit dem ganzen Stolze dieser Machtbefugniß bekleidet, so ließ er hier, wo er so warmen Sympathien für jene Versammlung und ihr Werk begegnete, seinen patriotischen Klagen um die zerstörten Hoffnungen Deutschlands, seinen trüben Ahnungen von den kommenden Verwicklungen, seinem bittern Schmerz über die Verkennung der guten Absichten und des aufopfernden Eifers der Frankfurter Mehrheit ungescheut freien Lauf. Wenn das stolze Wort, das Gagern zu Köln sprach: „Das deutsche Volk muß die Einheit haben" — dem Feldgeschrei eines siegreich anstürmenden Heeres glich, so klang Simsons Rede an diesem Abend wie das: Finis Poloniae!

jenes polnischen Patrioten, der, selbst zum Tode getroffen, den Stern seines Vaterlandes erbleichen sah.

Tief gebeugt und schwer leidend kehrte Simson nach Frankfurt zurück und nahm den Präsidentenstuhl nur auf kurze Momente wieder ein. Eine ernste Krankheit warf ihn bald nieder, und er mußte aus der Versammlung scheiden, ohne nur die Paulskirche noch einmal betreten zu haben.

Eben im Begriff, seine zerrüttete Gesundheit durch eine Badekur zu stärken, eilte Simson doch mitten aus dieser nach Gotha, um bei den Berathungen seiner alten Parteigenossen nicht zu fehlen. „Ich würde mir es in der Sterbestunde nicht vergeben haben, wenn ich gefehlt hätte", sagte er. In scharfer Auffassung schilderte er uns den neuesten Stand der deutschen Frage, wie er ihn in Berlin gefunden habe. Er versicherte, daß die augenblicklich in Berlin am Ruder befindlichen Männer wirklich aufrichtig den Bundesstaat mit parlamentarischen Institutionen wollten, und rieth inständig und mit drängender patriotischer Angst zur Unterstützung dieser Bestrebungen, zur raschen Ergreifung des letzten Weges, auf dem vielleicht noch ein deutscher Bundesstaat möglich sei. Simson wird daher auch in seiner neuesten Stellung als Abgeordneter zur zweiten preußischen Kammer das Ministerium Brandenburg unterstützen, so lange es jenen Weg nicht verläßt, obschon dasselbe ihm persönlich so feindselig und mit so kleinlich nachtragendem

Grolle entgegengetreten ist. Denn darin wetteifert Simson mit Gagern, daß Beiden die eigene Person nichts gilt gegen das Allgemeine, das Vaterland.

Simsons Bedeutung und Einfluß in Frankfurt beschränkte sich so ziemlich auf den Kreis seiner Thätigkeit als Präsident. Weder als politischer Redner, noch als Parteiführer trat er in den Vordergrund. Anders Gagern. Er war nicht blos der anerkannte Führer der stärksten und einflußreichsten Partei sogleich beim Beginne des Parlaments, sondern weit mehr, als Dies, er war für einen großen und, man darf wohl sagen, den besten Theil der Nation der Typus, die Verkörperung des nationalen Gedankens selbst, der Apostel einer neuen Zeit. Keine der politischen Größen der Paulskirche, selbst die bedeutendsten nicht, konnten sich in dieser Hinsicht mit ihm auf gleiche Stufe stellen — alle erkannten ihm willig eine überragende, eine Ausnahmestellung zu. Sogar seine Feinde thaten Dies unwillkürlich durch die Art, wie sie ihn anfeindeten. Gagern verdankte diese Ausnahmestellung mehr noch, als seinen staatsmännischen und rednerischen Talenten, den Eigenschaften seines sittlichen und politischen Charakters. Das war auch der Maßstab, womit er selbst sich maß. „Auf meinen Verstand bilde ich mir wenig ein," pflegte er zu sagen, „aber auf meinen Charakter — ja!" Ein anderes Mal ging er in seiner Bescheidenheit noch weiter und meinte: „Es sei doch ein trauriges Zeichen einer charakterarmen Zeit, daß man

um seinen Charakter so viel Wesens mache". Als Staatsmann und Redner war Gagern zwar hervorragend, doch keineswegs ohne Mängel. Große, einfache, naturgemäße Grundverhältnisse staatlicher und internationaler Bildungen mit sicherer Hand zu erfassen und in kühnen Umrissen hinzustellen, das verstand er meisterhaft. Aber wenn es an die praktische Ausführung, an die Durcharbeitung im Einzelnen, an die Ueberwindung entgegenstehender Schwierigkeiten kam, dann schien ihm bisweilen der sichere praktische Blick, die geschäftliche Gewandtheit, die diplomatische Berechnung der Verhältnisse und der Menschen, selbst die ausdauernde Energie des Handelns zu versagen. Es bedurfte dann wohl der äußeren Anregung und des unterstützenden Rathes seiner Freunde, um die großen, instinktartigen Eingebungen seiner Seele zu klaren Gedanken und praktischen Entschließungen zu gestalten. Allein in Zeiten großer Bewegungen und in den Augen des Volks ist es überhaupt weniger die Vollkommenheit des Könnens, als die Stärke des Wollens, was den Werth der Männer bestimmt, die es sich zu seinen Führern und Lieblingen erwählt. Und so war es auch bei Gagern vorzugsweise die über jeden Verdacht erhabene Reinheit und Uneigennützigkeit seiner Absichten, die bewährte Festigkeit seines Charakters, die Innigkeit seiner Begeisterung für die Größe, Macht und Einheit des Vaterlandes, die Entschlossenheit und unerschütterliche Zuversicht, womit er die großen Grundgedanken seines poli-

tischen Strebens unter allen Verhältnissen festzuhalten, ihnen Alles unterzuordnen, sich gleichsam ganz damit zu identificiren wußte — Das war es, was ihm jene zauberhafte Macht über die Gemüther, was ihm jenen Nimbus des Einzigen, des Unvergleichlichen verlieh. Auch noch andere Eigenschaften wirkten dazu mit, Eigenschaften, die zum Theil nur in entfernterer Beziehung zu den politischen Leistungen Gagerns standen: seine hohe männliche Schönheit, die in seltenem Grade Anmuth mit Majestät vereinigte, seine Liebenswürdigkeit im Umgange, die Kraft und Biegsamkeit seines Organs, die ausdrucksvolle Gewalt seiner Bewegungen und seiner Mienen, kurz, die harmonische Vollendung seiner ganzen körperlich und geistig ausgezeichneten Persönlichkeit. Gestehen wir es nur, wir Deutsche sind in der Politik darin noch etwas Poeten, daß wir auch hier immer einen persönlichen Mittelpunkt haben müssen, in den wir unser Interesse für die Sache hineinlegen, und daß auf diese Weise ein gewisser Kultus der Person entsteht, der freilich auf politischem Gebiete noch weniger unbedenklich ist, als auf künstlerischem. Ich sage nicht, daß ein solcher Kultus wirklich mit Gagern getrieben worden sei, — Dem beugte Gagerns Bescheidenheit vor, die nichts mehr haßte, als solche Abgötterei — allein nahe daran war es, daß ein Theil der Freunde und Parteigenossen dieses großen Mannes das bekannte: „Er hat's gesagt!" auf ihn anwandte und bei politischen Zweifelsfällen nicht mehr fragte:

„Was ist das Rechte?“ sondern: „Was sagt Gagern dazu? was wird er thun?“

Um Gagerns Stellung an der Spitze unserer nationalen Bewegung und die Bedeutung, die sein Name in den verschiedensten Kreisen erlangt hat, ganz zu verstehen, muß man sich die Geschichte seiner politischen Wirksamkeit seit den Märztagen vor. J. vergegenwärtigen.

Als die Bewegung des vor. Jahres auch das Großherzogthum Hessen ergriff, ward Gagern, bis dahin Führer der Opposition und von der Regierung heftig angefeindet, an die Spitze der Geschäfte berufen. Das Programm, womit er den Beginn einer neuen politischen Zeit für Hessen ankündigte, ward ein Muster für alle Staaten, welche später in die Bewegung eintraten; so klar, so offen, in so großen und freien Zügen zeichnete es die gerechten Forderungen des Volkes und die Mittel zu ihrer Befriedigung. Von da an ward Gagerns Name, lange schon populär im südwestlichen Deutschland, auch im östlichen mit Hochachtung genannt. Das Vorparlament begann. Gagern, der unter den Anstiftern desselben war, trat jetzt, in Folge seiner neuen, einflußreichen Stellung, noch entschiedener in den Vordergrund. Der ihm zugedachte Vorsitz ward zwar abgelehnt; dagegen galt er sofort als Führer der monarchisch-constitutionellen Partei, die sich um ihn, wie die republikanische um Hecker, schaarte. Bald standen diese beiden Männer im heißen Kampfe einander gegenüber. Ein bedeu-

tungsvoller Contrast! Dort der jugendlich stürmische, feurige Hecker mit seinem halb ritterlichen, halb burschikosen Wesen; hier der männlich kräftige, ernste Gagern, den ganzen Adel sittlicher Größe auf der Stirn und die ganze Macht zermalmender Rede auf den Lippen. Dies gewaltige Dreinfahren, diese keulenschlagende Beredtsamkeit im Munde eines Ministers imponirte besonders den Norddeutschen, welche außerdem durch die Entschlossenheit und den Erfolg, womit Gagern die monarchischen Grundsätze verfocht, für ihn gewonnen wurden. War er es doch, der die Permanenz der Versammlung siegreich bekämpfte und dadurch die beabsichtigte Republikanisirung Deutschlands, den Bürgerkrieg, die Spaltung zwischen Nord und Süd, und was sonst noch alles im Gefolge jenes gefährlichen Antrags kommen mußte, glücklich verhinderte. Gagerns Ruf, als des tapfern Vertheidigers der Monarchie gegen republikanische Umsturztheorien, breitete sich auch in den conservativen Kreisen Norddeutschlands immer weiter aus. Das schmerzliche Opfer, welches seine Familie durch den Tod des ältern Bruders der Sache der Ordnung brachte, verknüpfte den Namen Gagern noch enger und unauflöslicher mit dem Gedanken der conservativen und monarchischen Interessen. Dabei blieb Gagern gleichwohl seinen längst bewährten freisinnigen Grundsätzen, seinem Märzprogramme und den Errungenschaften des Vorparlaments unerschütterlich treu. Das „Einzig und allein“ seines Freun=

des Soiron fand an ihm, dem Minister, (bei Gelegenheit des famosen Lepelschen Promemoria) einen entschlossenen und gewichtigen Vertreter. Als die Nationalversammlung zusammentrat, war Gagern wieder der Führer, um den die constitutionelle Partei sich schaarte. Gern hätte man ihn als Leiter und Vorkämpfer bei den Debatten an der Spitze der Partei gesehen; aber wichtiger schien es, durch seine Erhebung zum Präsidenten eine nach innen und außen bedeutungsvolle Demonstration zu vollziehen. So ward Gagern durch die vereinten Stimmen der Rechten und der Centren mit großer Mehrheit gewählt. Nur die Linke, die ihm vom Vorparlamente her grollte, schloß sich aus; aber auch sie versöhnte er durch seine Antrittsrede, worin er die „Souveränetät der Nation" proklamirte, noch mehr dadurch, daß er seine Ministerstelle aufgab, um sich ganz unabhängig den Inteerssen der Versammlung zu widmen. Die Conservativen waren etwas verdutzt, als sie ihren Führer so kühn den Fuß auf den schlüpfrigen Boden der Nationalsouveränetät setzen sahen. Allein Gagern hatte damit nicht ein abstractes Princip ausgesprochen, sondern nur das Ergebniß einer thatsächlichen Nothwendigkeit. „Die Vollmacht", sagte er, „dieses Verfassungswerk zu schaffen, hat die Schwierigkeit in unsere Hände gelegt, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, daß es auf anderem Wege zu Stande käme, die Schwierigkeit einer Verständigung unter den Regierungen". Man hat der Versammlung seit-

dem ihre Vollmacht entrissen, aber jenes Wort Gagerns von der „Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, daß auf anderem Wege Etwas zu Stande komme", hat die trostlose Wendung der Dinge nur bekräftigt. In der Versammlung selbst brach sich Gagerns Ansicht immer mehr Bahn, und so feierte Gagern den Triumph, daß, was er damals, wo die noch unbezweifelte Souveränetät der Versammlung einen solchen Ausspruch zu legitimiren schien, als den einzigen Weg zur Zustandebringung einer Verfassung bezeichnete, unter ganz veränderten Umständen, bei schon fast gebrochener Macht der Versammlung, von der überwiegenden Mehrheit dieser als das noch immer allein zum Zweck Führende anerkannt ward.

Nicht minder überraschend für seine Partei war der „kühne Griff", welchen Gagern in der berühmten Rede über Schaffung einer Centralgewalt that, indem er der Versammlung rieth, selbst den Träger dieser Gewalt, ohne Befragen der Regierungen, zu wählen. Die Monarchisten von strenger Observanz schrieen laut über Verrath, über weichliche Nachgiebigkeit gegen die Linke, und selbst die näheren Freunde Gagerns schüttelten bedenklich die Köpfe. Wenig fehlte, so wäre er von seiner Partei im Stiche gelassen worden — doch riß er sie noch glücklich mit sich fort. Daß er einen Fürsten als den zu Wählenden bezeichnete, söhnte die Erschrockenen einigermaßen mit ihm aus. Auch die Regierungen machten gute Miene zum bösen Spiel und

gaben mit sauersüßem Lächeln ihre nachträgliche Genehmigung zu der geschehenen Wahl. Der Erfolg — dieser höchste Richter in politischen Dingen — rechtfertigte also den in der That sehr kühnen Schritt. Denn fast allzugewagt war es allerdings, einen solchen „Griff" zu thun, ohne sich vorher der Stimmung in der Versammlung und des guten Willens der Kabinette versichert zu haben. Manche Mitglieder von der Rechten konnten übrigens Gagern diesen Handstreich gegen ihr Princip niemals ganz vergeben und behaupteten: die Schwierigkeiten, auf welche die Centralgewalt bei Ausübung ihrer Befugnisse in den Einzelstaaten stieß (Schwierigkeiten, die Gagern selbst später als Reichminister in vollem Maße gekostet hat), würden nicht eingetreten sein, wenn man sich über die Einsetzung dieser Gewalt mit den Regierungen verständigt hätte. Ein anderer Vorwurf, den man gegen Gagern gerichtet hat, ist der, daß er nicht vor Abschluß des Verfassungswerkes die Stimmung in Berlin genauer sondirt und der Versammlung die Demüthigung einer Ablehnung ihres Anerbietens, sammt allen daraus entstandenen Verwickelungen, erspart habe. Daß Gagern nicht ernstlich genug diese wichtige Aufgabe ins Auge gefaßt habe, diesen Vorwurf wird man ihm schwerlich machen, wenn man bedenkt, daß er noch als Präsident der Versammlung längere Zeit in Berlin verweilte, um eine Lösung der deutschen Frage, wie er sie für nothwendig hielt, anzubahnen. Schwerer

ist's, ihn davon freizusprechen, daß er die Personen, mit denen er dort zu thun hatte, nicht genug durchschaut, daß er auf ihren guten Willen und ihre Einsicht Hoffnungen gebaut habe, die sich später als Täuschungen erwiesen. Gagern hat hier allerdings gezeigt, daß er ein Staatsmann im Sinne der alten Kabinetspolitik nicht ist, daß er nicht mit den kleinen Maßstäben fürstlichen Eigenwillens und erbärmlicher Hofintriguen zu messen versteht, sondern bei seinen politischen Berechnungen die Einsicht und das Wollen des Rechten, Guten und geschichtlich Nothwendigen, die er selbst überall zu Grunde legt, auch bei Andern voraussetzt. Das ist, wie nun einmal die Verhältnisse sind, freilich unstaatsmännisch und führt zu Enttäuschungen der Art, wie sie Gagern und seine Partei haben erleben müssen. Allein vor dem ewigen Richterstuhl der Geschichte wird dieser Mangel an Staatsklugheit, dieses allzugroße Vertrauen Gagerns — nicht sowohl zu den Personen, als zu der siegreichen Macht der Thatsachen und der Vernunft — ihm und Denen, die ihm gefolgt sind, weit weniger zur Unehre gereichen, als jenen Andern, die sich kitzeln, ihn überlistet zu haben, diese traurige Pfiffigkeit, die zwar für den Augenblick diplomatische Triumphe feiert, an deren Fersen aber früher oder später sich leicht die furchtbare Nemesis eines neuen, schrecklichen Gerichts der Völker über die Kabinette heften möchte.

Bei der österreichischen Frage bewährte sich Gagerns

politischer Instinkt und seine kühne, großartige Auffassung der Verhältnisse. Es ist bekannt, daß er schon bei der ersten Lesung der Verfassung den Gedanken einer Ausscheidung Oesterreichs vom engern Bundesstaate ausgesprochen wissen wollte. Seine Freunde hielten einen solchen Antrag damals noch für unzeitig, eine Initiative der Versammlung in diesem Sinne für bedenklich. Sie drangen daher in ihn: „er möge den Antrag jetzt nicht einbringen; derselbe werde ihm schaden, ihm eine Niederlage bereiten; er sei es seiner Stellung, seinem Einfluß schuldig, diesen möglichst zu schonen". Damals sprach Gagern im vertrauten Kreise die für seinen Charakter sehr bezeichnenden Worte: „Wenn ich einen Einfluß habe, wie Sie sagen, so verdanke ich diesen wohl hauptsächlich dem Umstande, daß man stets von mir gewußt hat, ich spreche und handle immer nach meiner besten Ueberzeugung, ohne persönliche Rücksichten. Ich würde mich dieser guten Meinung unwerth machen, wollte ich jetzt anders handeln." Und so brachte er den Antrag ein, der kaum ein Dutzend Stimmen für sich hatte. Aber drei Monate darauf erhielt derselbe Vorschlag, von ihm in Form eines ministeriellen Programms vorgelegt, die Majorität. Zwei Gedanken beherrschten Gagern ganz: der einer starken Einheit Deutschlands unter der Form eines preußischen Erbkaiserthums, und der einer innigen Verbrüderung des so geeinten Deutschlands mit der Gesammtmonarchie Oesterreich. Man hat seine Parteilichkeit für das

preußische Erbkaiserthum ihm zum Vorwurf gemacht. Unedle Beweggründe ihm unterzulegen, haben doch selbst seine ärgsten Widersacher nicht gewagt. Aber auch jener Vorwurf ist ungerecht. Für Gagern war das preußische Erbkaiserthum nicht Zweck, sondern nur Mittel, und zwar in seinen Augen das einzige Mittel, um den Zweck, die starke Einheit Deutschlands, zu erreichen.

Unser Verhältniß zu Oesterreich faßte er in durchaus großartiger Weise auf. Oesterreich, so wollte er, sollte als mächtiger Einheitsstaat, vom deutschen Elemente beherrscht und mit Deutschland in innigem Wechselverkehr, deutsche Kultur nach dem Osten tragen und dem russischen Einfluß dort die Spitze bieten. Hoffentlich wird auch darin noch einmal die Zukunft Gagerns vorahnendem Genius Recht geben, wie sehr auch die Gegenwart ihn Lügen zu strafen scheint.

In Einem nur litt jene Auffassung an einer bedenklichen Unklarheit, welche namentlich in der ersten großen Rede Gagerns über die österreichische Frage auffallend hervortrat, auch später sich nie ganz verlor. Gagern schien ein Verhältniß zwischen Oesterreich und dem deutschen Bundesstaate als möglich zu denken, welches eine gemeinsame Regierung über Beiden und eine gemeinsame Vertretung Beider nicht ausschlösse. Diese Unklarheit ist auch in das Radowitzsche Project einer Union mit Oesterreich übergegangen. Wo bleibt aber da die Selbstständigkeit des Bundesstaates, wo dessen parlamentarische Regierung?

Ueber Gagerns Stellung zu den Bestrebungen für Durchführung der Verfassung in den letzten Wochen der Nationalversammlung habe ich schon am betreffenden Orte mich ausführlich verbreitet. Gagern war in dieser Zeit körperlich und geistig sehr leidend, ich möchte sagen, gebrochen. Die aufreibenden Anstrengungen eines ganzen Jahres, die niederschlagenden Ereignisse der letzten Monate, die namenlosen Kränkungen, die sein edles Herz einerseits durch die raffinirte Feindseligkeit der Radicalen und mehr noch durch deren wahnsinniges Gebahren zum Verderb und zur Schande wahrer Freiheit, andererseits durch den Undank und die Verblendung der Kabinette erfahren mußte — alles Dies hatte seine so nachhaltige Kraft erschöpft, sein Vertrauen auf sich selbst gebrochen und ihn mit sich in Zwiespalt gebracht. Er war nicht mehr, der er vor einem Jahre gewesen, und er fühlte und sagte Dies selbst. Aber der sittlich reine Charakter und das starke, ganz auf ein hohes Ziel gerichtete Wollen sind ein unverwüstlicher Kern ewig jugendlicher Lebenskraft, und so hat auch Gagern rasch seine geistige und körperliche Elasticität wieder gewonnen und ist mit gewohnter Rüstigkeit von Neuem auf den Kampfplatz getreten, als ein solcher sich ihm und seiner Partei anderwärts zu erschließen schien. Er berief die Zusammenkunft in Gotha am 26. Juni und sprach dort warm und beredt für die Unterstützung des Berliner Verfassungsprojectes, damit, nachdem die Durchführung der Frankfurter

Verfassung unmöglich geworden, wenigstens annähernd dasselbe Ziel auf jenem Wege erreicht und dem Rückfall Deutschlands in die vormärzlichen Zustände der Zerrissenheit und der Unfreiheit vorgebeugt werde. Daß er dadurch sich abermals den ärgsten Verlästerungen von Seiten der Großdeutschen wie der Demokraten aussetze, kümmerte ihn wenig; war er doch überhaupt gewohnt, die öffentliche Meinung zwar nicht zu verachten, aber sich auch nicht von ihr tyrannisiren zu lassen, sondern stets nur nach der eigenen, innersten Ueberzeugung sein Ziel zu verfolgen.

Gagern hatte die Genugthuung, daß die Partei, deren Führer er zu Frankfurt war und die durch die verhängnißvollen Wirren der letzten Wochen daselbst zersprengt schien, sich in Gotha beinahe in allen ihren Elementen wieder zusammenfand und, Angesichts der immer drohender werdenden Gefahren des Vaterlandes, sich enger denn je um das gemeinsame Banner schaarte, von welchem herab sein Name ihr voranleuchtet. Dieser Name, an welchen sich der Gedanke der Einheit Deutschlands in ihrer allein wahren und dauernden Form knüpft, ist mit der Zukunft unseres Vaterlandes und mit den Hoffnungen aller Patrioten so innig verwebt, daß sein Glanz sicherlich die gegenwärtige traurige Krisis unserer Zustände überdauern und früher oder später wieder hell aufleuchten wird als Leitstern für die Geschicke des, Gott walte es! geeinigten Deutschlands.

H. v. Gagerns jüngerer Bruder, Max, ward durch

des Ersteren überstrahlende Persönlichkeit verdunkelt, schien auch selbst seine größte Genugthuung darin zu finden, Jenem bei seinen Unternehmungen mit Rath und Hülfe zur Hand zu gehen und zu dessen Verherrlichung beizutragen. Seine größere geschäftliche Gewandtheit und seine diplomatischen Erfahrungen waren eine glückliche Ergänzung zu den in anderen Beziehungen hervorragenden Eigenschaften des ältern Bruders. Dafür ward ihm ein nicht geringer Einfluß auf Diesen beigemessen. Von ihm ging im März vorigen Jahres die Idee aus, auf diplomatischem Wege eine rasche Einigung Deutschlands unter einem Oberhaupt und mit einer Nationalvertretung zu Stande zu bringen. Der Versuch, den M. Gagern machte, die Einwilligung der Fürsten im Sturme zu erobern, gelang nur theilweise, und die außerdiplomatischen Mittel, durch welche er seine Sendung zu unterstützen suchte, waren mitunter fast etwas undiplomatisch. Ich erinnere mich noch, welche Bestürzung es in Sachsen verursachte, als Robert Blum, angeblich nach ganz positiven Mittheilungen M. Gagerns, öffentlich verkündigte, wie es im Werke sei, dem König von Preußen die Oberhauptswürde anzutragen, bei seiner oder der andern Könige Weigerung aber eine süddeutsche Republik, mit Einwilligung der dortigen Fürsten, zu errichten und die Bewegung mit allen Mitteln über ganz Deutschland zu verbreiten. Freilich stellte M. Gagern, wie Das nicht anders sein konnte, die Richtigkeit dieser Mittheilun=

gen in Abrede. Aber für einen Diplomaten war es schon fatal, daß das Vertrauen, welches er einem ihm wenig bekannten Volksführer geschenkt, zu solchen Misverständnissen Anlaß hatte geben können. Bei der unglücklichen Malmoer Angelegenheit, wo er als Abgesandter der Centralgewalt fungirte, konnte er natürlich keine Lorbeern ärnten; doch schien er gethan zu haben, was sich eben thun ließ.

Der Landsberg.

Auf den Landsberg pflegten die Herren vom Casino stolzen Blicks, wie auf einen unebenbürtigen Halbbruder, herabzusehen. Sie warfen ihm — und das freilich nicht mit Unrecht — Unselbstständigkeit und Wankelmuth in den Abstimmungen vor; Viele nannten ihn geradezu die „Partei der Mittelmäßigkeiten". Die Mitglieder des Landsberg ihrerseits klagten über den Dünkel und Despotismus der „Professorenpartei", der sie aus dem Casino vertrieben, über die Langweiligkeit und doctrinäre Steifheit der dortigen Verhandlungen, die sie nicht hätten ertragen können. Auf die Ehre, Stifter des Landsberg zu sein, erhob den stärksten, doch nicht unbestrittenen Anspruch Herr Schneer. Als Führer der Partei schienen namentlich die Gebrüder Loew, Bauer aus Bamberg, Breusing, Lang, Hollandt, Wichmann, Viebig und W. Jordan theils betrachtet zu werden, theils sich selbst zu betrachten. Es war dem Landsberg eigen, daß er keinerlei

dauernde Herrschaft, weder eine monarchische, noch eine oligarchische, bei sich aufkommen ließ, deshalb selbst die formelle Leitung des Clubs möglichst oft in andere Hände übertrug, damit sich ja keine Ueberlegenheit Einzelner über die Andern ausbilde. Ob es wahr ist, was man ihm schuld gab, daß er aus gleichem Grunde nicht gern hervorragende Persönlichkeiten in sich aufgenommen habe, oder ob der Mangel an solchen, der allerdings bei dieser Partei bemerkbar hervortrat, nur der geringen Anziehungskraft des Landsberg zuzuschreiben war, bleibe dahingestellt. Dieselbe Eifersucht übrigens, mit welcher die einzelnen Mitglieder des Landsberg einander gegenseitig beobachteten, beherrschte auch den Club im Ganzen bei seinen Wechselbeziehungen mit den andern Clubs. Bei den Wahlen in das Bureau oder in Ausschüsse fühlte sich der Landsberg fast jedesmal zurückgesetzt, war es auch in der That häufig, weil die herrschende Partei, das Casino, wenig Rücksichten auf ihn nahm. Ein besonderer Grund zu dem etwas gespannten Verhältniß zwischen Landsberg und Casino lag wohl auch in der landsmannschaftlichen Zusammensetzung beider. Im Landsberg herrschte ein zwar norddeutsches, jedoch nichtpreußisches Element vor — Hannoveraner, Braunschweiger, Oldenburger, besonders die Ersten; außerdem Franken. So bildete sich hier ein Stammesbewußtsein aus, welches dem im Casino herrschenden zwar nicht feindselig, doch aber mit einer gewissen argwöhnischen Eifersucht gegenüberstand.

Der bedeutendste Name im Landsberg — der einzige fast von allgemeinem Klang in ganz Deutschland — leider kaum mehr noch als ein Name, war: Sylvester Jordan, der edle Märtyrer der Freiheit, das unglückliche Opfer jener schändlichen Willkürherrschaft, deren barbarisches Walten noch bis an die Schwelle der neuesten Zeit uns seit der Erhebung des vorigen Jahres fast wie ein böser Traum erscheinen würde, müßten wir nicht fürchten, daß am Ende diese Erhebung selbst vielmehr wie ein Traum vorübergehen und jener harten Wirklichkeit noch einmal Platz machen könnte. Der große Umschwung des Jahres 1848 brachte in Jordans Schicksal einen merkwürdigen Wechsel hervor. Unlängst erst aus ungerechter Kerkerhaft entlassen, ward er jetzt berufen, denselben Fürsten, der ihm so harte Qualen bereitet, der ihm fünf Jahre seines Lebens geraubt, der seine Manneskraft in ihrer schönsten Entfaltung gebrochen hatte, als dessen Bevollmächtigter am Bundestage zu vertreten. Mit welchen Gefühlen muß dieser Fürst dem Manne, den er so tief gekränkt, die Hand gereicht haben, um ihn für sich in Pflicht zu nehmen! Für Jordan war der Entschluß zur Uebernahme einer solchen Stellung kein so schwerer. Als ächter Constitutioneller unterschied er genau die Person des Fürsten von seiner Regierung, und, da er die letztere jetzt tüchtigen und braven Männern anvertraut sah, so dachte er nicht mehr an Das, was Jener einst, von andern Ministern berathen, an ihm verbrochen hatte, son-

dern war gern bereit, seine wiedergewonnene Freiheit dem Vaterlande zu widmen und das neue, volksthümliche Regiment mit dem Gewicht seines gefeierten Namens zu unterstützen. Ueberhaupt hat sich Jordans edler und selbstverleugnender Charakter während dieser neuesten Epoche seiner Thätigkeit im schönsten Lichte gezeigt. Das bittere Unrecht, welches Fürstenherrschaft an ihm begangen, hat seine festbegründete Ueberzeugung von der Vorzüglichkeit der monarchischen Staatsordnung nicht wankend gemacht, und er gehört nach wie vor zu den wärmsten Vertheidigern einer auf constitutionell-monarchischer Grundlage ruhenden, mit weisen Schranken umgebenen Freiheit. Leider ist Jordans körperliche und geistige Kraft durch die fünfjährige Haft und die unsäglichen Leiden, die während dieser Zeit von allen Seiten auf ihn einstürmten, tief erschüttert, und seine thätige Theilnahme an den Arbeiten der Nationalversammlung konnte daher nur eine sehr bemessene sein.

Des berühmten Marburgers Namensvetter, Wilhelm Jordan aus Preußen, hat in anderer Weise eine wechselvolle Lebensbahn durchlaufen. Im Jahre 1845 einer der leidenschaftlichsten Volkstribunen in den Schützenhausversammlungen zu Leipzig, entging er mit Noth einer gerichtlichen Verurtheilung, mußte aber, auch er ein Opfer polizeilicher Willkür, Sachsen verlassen. Als er im vorigen Jahre in die Nationalversammlung eintrat, schien er zwar von dem persönlichen Gebahren der Linken und ihren Ueber-

treibungen angewidert, hielt sich aber doch zu ihr, sprach noch bei dem Gesetz über die Centralgewalt im entschieden republikanischen Sinne, stimmte auch bei der Wahl des Reichsverwesers für Joh. Adam v. Itzstein. Aber bald darauf trat eine merkwürdige Wendung in Jordans Parteistellung ein. Es war zuerst bei der Polenfrage, wo er mit seinen bisherigen Parteigenossen brach, indem er die preußische Politik gegen Posen in Schutz nahm und das Verbleiben der Polen unter deutscher Oberherrlichkeit als eine geschichtliche Nothwendigkeit vertheidigte. Seine Rede, obgleich nicht frei von Einseitigkeiten und Uebertreibungen, aber im großen Styl gehalten, machte viel Aufsehen und verschaffte ihm den Ruf eines der bedeutenderen Redner der Paulskirche. Mit seiner Partei kam er dadurch in heftigen Conflict; Blum verlangte seine sofortige Ausschließung aus dem Club, drang aber nicht durch — man mochte wohl den Werth der Talente Jordans und die Gefahr einer Ueberlieferung desselben als Bundesgenossen an die Gegenpartei begreifen. So ging er noch eine Zeit lang in politischen Principfragen mit der Linken. Aber seit der Waffenstillstandsfrage, wo er abermals gegen sie sprach, war die Trennung entschieden; Jordan trat förmlich von der Linken zurück und nahm, mit Ueberspringung der dazwischenliegenden Clubs, seinen Platz im Landsberg. Seitdem wandte er die scharfen Waffen seiner Beredtsamkeit auch in freiheitlichen Fragen gegen seine bisherigen Parteigenossen,

geißelte die Ausschweifungen der Demokratie und vertheidigte conservative Grundsätze. Daß ein Mann von philosophischer Bildung, von hellem Geist und ästhetischem Gefühl, wie Jordan, nicht auf die Dauer sich mit der Linken vertragen, nicht an ihren kopflosen Ueberschwänglichkeiten, ihrer unhistorischen Auffassung der Verhältnisse, ihren Rohheiten und Trivialitäten Gefallen finden konnte, finde ich sehr begreiflich; daß ein Solcher, wenn er seine politischen Ansichten ändert, Dies auch offen bethätigt, sein Talent und seinen Eifer ebenso gut für seine neuen, wie früher für seine alten Bundesgenossen, aufwendet, auch dawider ist nichts zu sagen. Allein eine gewisse Zurückhaltung, ich möchte sagen ein gewisses Schaamgefühl steht, so scheint mir, Denen wohl an, welche zuvor mit leidenschaftlicher Hingebung einer politischen Richtung gefolgt sind, von welcher sie nun plötzlich zu ihrem Gegentheil überspringen. Wenn aber, wie bei Jordan, diese neue Richtung geflissentlich zur Schau gestellt wird, wenn sie sich mit auffallender Schroffheit und beinahe affectirter Absichtlichkeit immerfort gegen die früheren Bundesgenossen wendet, so hat Dies für mein Gefühl etwas Verletzendes. Ich glaube bemerkt zu haben, daß ich mit dieser Ansicht nicht allein stand, daß W. Jordan zwar von Denen auf der Rechten gefeiert ward, denen jede Unterstützung erwünscht war, und die schroffste am Meisten, daß dagegen ein großer Theil seiner neuen politischen Freunde ihn mit einem ge-

wissen Mistrauen oder doch nur mit schwachen Sympathien betrachtete. Die Linke verfolgte ihn natürlich mit ihrem ganzen Hasse, legte seinem Meinungswechsel geradezu eigennützige Beweggründe unter, ein Verdacht, dem Jordans Anstellung als Marinerath im Reichsdienste wenigstens einen Anlaß gab. Ohne Zweifel war W. Jordan das bedeutendste parlamentarische Talent des Landsberg. Doch schadete dem Eindruck seiner Reden die mehr erkünstelte als kunstreiche Anordnung, das bis zur Geschmacklosigkeit getriebene Haschen nach Effect und überhaupt die anwidernd hervortretende Eitelkeit des Redners. Diese Eitelkeit verleitete ihn bisweilen zu argen Taktlosigkeiten. Eine solche war seine dithyrambische Lobrede auf Lichnowsky an dessen Grabe; eine solche war es, daß gerade er in der Debatte des **19.** Mai die Rechtfertigung der conservativen Partei und gleichsam deren politische Standrede übernahm.

Von den übrigen Preußen des Landsberg zeichnete sich Keiner besonders aus. Wichmann sprach scharf und nachdrücklich, aber mit einer monotonen Heftigkeit, die seine Reden fast wirkungslos machte. Kerst, ein entschlossener Redner, ward durch allzu derbes und undisciplinirtes Auftreten seiner Partei mehr unbequem als nützlich. Fuchs und Schneer waren emsige Arbeiter auf dem Felde der Geschäftsordnung, mehr aber nicht. Die Gebrüder Loew wirkten mit Eifer und einflußreich in der Partei; in öffentlicher Versammlung traten sie selten auf. Sie standen unter

ihren Parteigenossen ziemlich am Weitesten rechts, stimmten fest und consequent und gingen fast immer gleichen Schrittes mit einander.

Das Contingent Bayern, welches der Landsberg zur Erbkaiserpartei lieferte, war nicht groß, aber wichtig, weil es Abgeordnete aus den größten Städten Frankens umfaßte — Bauer aus Bamberg, Krafft und Zeltner aus Nürnberg, Lammers aus Erlangen. Persönlich bedeutend war von Diesen nur Bauer, der rühmlichst bekannte Vorkämpfer der protestantischen Kirche in Bayern. Er verbindet das Kräftige, Offene des Süddeutschen mit dem Ernst und Nachdruck des Norddländers — eine glückliche Mischung, die sich überhaupt im fränkischen Stamme häufig findet. Seine Reden zeichnete eine tiefe sittliche Wärme und eine klare praktische Auffassung der Verhältnisse aus. Namentlich war die in der Kaiserfrage von schlagendster Wirkung. Zum Amte des Präsidenten, das er an zweiter Stelle einen Monat lang bekleidete, fehlte ihm die nöthige Gewandtheit und Energie.

Die Hannoveraner des Landsberg, obschon im Uebrigen nicht immer gleich stimmend, indem die Herren Breusing, Wachsmuth, Merkel, Lang etwas mehr nach rechts, die Herren Röben, Dammers und Quintus-Icilius mehr nach links sich neigten, hielten doch fest zusammen, so oft es die Vertretung von Rechtsprincipien galt — der angeborene Rechtssinn und freie Mannes-

muth des hannöverschen Stammes flammte dann in allen gleichmäßig stark empor, und sie standen in solchen Fällen ihren Landsleuten im Württemberger Hof und der Westendhall an Entschiedenheit nicht nach. In Gotha hätten sie sich beinahe von der Gagernschen Partei und deren Programm losgesagt, weil sie darin das Recht der Stände in den Einzelstaaten nicht genug gewahrt fanden. Doch schlossen die meisten noch in der letzten Stunde sich der Partei wieder an, wenn schon „mit schwerem Herzen".

Der ehrwürdige Veteran Lang, dem das Glück zu Theil ward, als Alterspräsident die erste deutsche Nationalversammlung zu eröffnen, konnte freilich, seines hohen Alters und seiner dadurch geschwächten Kräfte halber, in der Paulskirche wenig wirken; dafür hat er, als Führer der Opposition in der hannöverschen Volkskammer, mit redlichem Eifer für die deutsche Sache gekämpft. Doch war es ein Fehler von ihm und seiner Partei, daß sie die Bildung eines Ministeriums aus ihrer Mitte ablehnten. Der deutschen Sache hätte durch ein solches Ministerium in Hannover bedeutend genützt werden können.

Wie Lang, so ist auch Breusing von Osnabrück ein aus den Verfassungskämpfen Hannovers wohlbekannter, bewährter politischer Charakter. In seinem Wesen zeigt sich ganz das hannöversche Naturell— derb, kräftig, ehrlich, nicht gerade schöpferisch an politischen Gedanken, aber das einmal für recht Erkannte mit unbeugsamer Zähigkeit festhaltend.

Auf gleicher Stufe politischer Gesinnung mit den Hannoveranern stand der Oldenburger Buttel, nebst Rüder Berichterstatter der Minorität in der Frage des Gagernschen Programms.

Weiter links hielt sich Hollandt, Vicepräsident der braunschweigischen Volkskammer. Er gehörte zu Denen, die sich in Gotha definitiv von der Mehrheit trennten. Ein bedeutender politischer Charakter ist Hollandt nicht; er meint es ehrlich mit der Sache der deutschen Einheit und einer vernünftigen Freiheit, scheint aber nicht ganz unabhängig zu sein von den wechselnden Strömungen der öffentlichen Meinung.

Der Schleswig-Holsteiner Gülich gehörte zwar auch dem Landsberg an, war aber ein so eigenwilliger und querköpfiger Politiker, daß selbst seine Partei, die doch in der Toleranz gegen Meinungsabweichungen ihrer Angehörigen sehr weit ging, sich damit unzufrieden bezeigte und ihn kaum als den Ihrigen anerkennen mochte. Er war das einzige Mitglied des Landsberg im Verfassungsausschuß. Seine Wahl in denselben war von der Partei zur förmlichen Ehrensache gemacht worden — und nun wollte es der Unstern des Landsberg, daß gerade diese Wahl ihm so wenig Ehre eintrug. Denn auch im Ausschuß lief Gülich seine völlig unberechenbare Kometenbahn. Von ihm rührte der ganz ernsthaft gemeinte Vorschlag her: die Oberhauptswürde unter den deutschen Fürsten zu — verloosen.

Gülichs politische Thätigkeit in seinem engern Vaterlande (er war Vicepräsident der schleswigschen Stände, auch Mitglied der Deputation, welche den gefährlichen Auftrag vollführte, das Ultimatum der Herzogthümer nach Kopenhagen zu überbringen) ließ auf einen gefesteten Charakter und bedeutende politische und parlamentarische Eigenschaften schließen; schade, daß diese Erwartung so wenig in Erfüllung ging!

Der Augsburger Hof.

Der Augsburger Hof genoß bei allen Fractionen der Rechten einer auszeichnenden Achtung. Das Casino, sonst so stolz und eifersüchtig auf sein Recht und seine Herrschaft, pflegte auf den Augsburger Hof bei jeder vorkommenden Gelegenheit eine bevorzugende Rücksicht zu nehmen und räumte ihm mehrfach vor sich selbst den Vorrang ein. Der Landsberg fühlte sich zu dem Nachbar zur Linken weit mehr wahlverwandtschaftlich hingezogen, als zu dem zur Rechten, gegen dessen Uebermacht und herrisches Wesen er nur in der innigen Verbindung mit jenem einen Rückhalt fand. Sogar das Café Milani, obschon seiner politischen Richtung nach dem Augsburger Hof unter allen rechten Fractionen am Fernsten stehend, ließ doch seiner festen Organisation so wie der Consequenz und Zuverlässigkeit seiner Abstimmungen volle Gerechtigkeit widerfahren; ja Vincke erklärte ihn geradezu für den bestdisciplinirten von allen

Clubs, seinen eigenen nicht ausgenommen. Gewiß ein seltenes Lob aus diesem Munde! Um so gründlicher ward der Augsburger Hof von der linken Seite des Hauses gehaßt, theils wegen eben jener Eigenschaften, die ihn seinen Bundesgenossen auf der Rechten werth machten, theils weil man ihn als einen Ueberläufer von der Linken zur Rechten ansah. Wie es damit sich verhielt, habe ich anderwärts auseinandergesetzt. Den Vortheil hatte der Augsburger Hof von seiner Ausscheidung aus dem Württemberger Hof, daß nur das Gleichartige in ihn übergegangen, das Ungleichartige zurückgeblieben war. Daher die große innere Gleichmäßigkeit und Uebereinstimmung seiner Elemente, worin dieser Club gewiß alle andern übertraf, wenn man hinzunimmt, daß damit nicht, wie in manchen Fractionen, besonders auf der Linken, eine Unfreiheit der Einzelnen gegenüber den tonangebenden Führern, vielmehr die größte Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des politischen Urtheils aller Mitglieder verbunden war. Auch hatte der Club das Glück, daß persönliche Eitelkeiten oder sonstige eigensüchtige Motive, wie sie im Schooße politischer Parteien so leicht sich einnisten und ihr störendes Spiel treiben, wohl nirgends so wenig zu finden waren, als bei ihm. Daher kam es denn, daß die Berathungen des Clubs so rasch, bündig und nur auf die Sache gerichtet von Statten gingen, daß die Beschlüsse, die er faßte, so sehr das Gepräge selbstständiger, wohlerwogener und aufrichtiger Ueberzeugungen

aller seiner Mitglieder trugen, daß endlich selbst ohne vorausgegangene Verabredung bei unvorgesehenen Zwischenfällen der Augsburger Hof in seinen Abstimmungen sich selten spaltete. Diese Einmüthigkeit, Sicherheit und Raschheit seiner Entschließuugen verschaffte ihm einen Einfluß auf die Berathungen der befreundeten Clubs und folglich auch auf die Mehrheitsbeschlüsse in der Versammlung, der weit über seine eigentliche numerische Bedeutung hinausging.

Ich darf dies Alles sagen, ohne den Vorwurf der Parteilichkeit oder Anmaßlichkeit fürchten zu müssen, obgleich ich Mitbegründer und Vorstand des Augsburger Hofes gewesen bin; ich darf es sagen, weil es bekannte und anerkannte Thatsachen sind, die ich ausspreche.

Nicht wenig trug zu der innern Harmonie des Augsburger Hofes bei und schützte ihn vor Einseitigkeiten der Umstand, daß keine Landsmannschaft darin vorwiegend, vielmehr fast alle deutsche Landestheile und Gegenden, der Norden wie der Süden, der Osten wie der Westen, das Küsten- wie das Binnenland, die großen und die kleinen Staaten ziemlich gleichmäßig vertreten waren.

An Zahl und Bedeutung der hervorragenden Persönlichkeiten konnte sich der Augsburger Hof mit dem Casino nicht messen; dagegen fehlte ihm auch jener Nachtrab völlig bedeutungsloser, nur mit ihren Stimmen zählender Parteigänger, wie er großen Parteien eigen zu sein pflegt, und es gab unter seinen Mitgliedern kaum eines, das nicht auf

die oder jene Weise wirksam in die allgemeinen parlamentarischen Verhandlungen eingegriffen hätte.

Die bedeutendste Persönlichkeit des Augsburger Hofes war ohne allen Zweifel Wilhelm Hartwig Beseler, der Statthalter von Schleswig-Holstein, älterer Bruder des Professors. Er trat in die Versammlung ein, als der Waffenstillstand von Malmoe und die in dessen Folge geschehene Einsetzung einer Regentschaft für Schleswig-Holstein durch die contrahirenden Mächte seiner Wirksamkeit dort augenblicklich ein Ende gemacht hatte, und verließ sie beim Wiederausbruch der Feindseligkeiten mit Dänemark, um auf's Neue an die Spitze der Regierung zu treten. Was Beseler in dieser wichtigen Stellung den Herzogthümern gewesen ist, Das wissen nicht die Herzogthümer allein, Das weiß ganz Deutschland. Schon früher hatte Beseler als Mitglied und Präsident der schleswigschen Ständeversammlung an den Kämpfen für die nationale Selbstständigkeit und die untrennbare Verbindung Schleswig-Holsteins einen auszeichnenden Antheil genommen. Als die dänische Regierung, um ihn vom Ständesaal fernzuhalten, ihm den Urlaub verweigerte, verzichtete er auf seine Advokatur und gab damit seine ganze Existenz preis. Zum Dank für diesen selbstverleugnenden Entschluß, und um ihm eine ehrenvolle Unabhängigkeit zu sichern, ward damals auf dem Wege einer Nationalsubscription durch ganz Deutschland der sog. Beselerfonds gegründet. Aber der parlamentarische

Kampf, auf welchen sich Beseler rüstete, sollte in einen ernsteren Kampf mit den Waffen in der Hand übergehen. Das Incorporationspatent vom 4. März 1848 erschien; gleichzeitig hörte man von einem bewaffneten Einfall der Dänen, durch welchen Diese ihre vermeintlichen Rechte auf Schleswig mit Gewalt geltend zu machen entschlossen seien. Auf diese Nachricht eilte Beseler sogleich von Schleswig nach Kiel, traf dort mit dem Prinzen von Augustenburg und anderen entschlossenen und patriotischen Männern zusammen und errichtete mit ihnen, nachdem die Bürgerschaft Kiels und das dort garnisonirende Jägerbataillon sich für sie erklärt hatten, noch in der Nacht eine provisorische Regierung für beide Herzogthümer. In Kiel erfuhr Beseler, daß am andern Tage die Festung Rendsburg von dänischen Truppen besetzt und die dort befindlichen Landeskassen, im Belang von mehr als einer Million Mark, aus dem Lande geschafft werden sollten. Er begab sich daher in der Frühe des andern Morgens mit dem Prinzen von Augustenburg, gefolgt von dem getreuen Jägerbataillon und einem Zug bewaffneter Bauern, der sich ihnen unterwegs anschloß, auf der Eisenbahn nach Rendsburg, kam unaufgehalten sammt seiner Mannschaft in die Festung und nahm von dieser, da die Garnison, nach Verjagung ihrer dänischen Officiere, zu ihnen überging, ohne Schwertstreich Besitz. Das ganze Land jauchzte diesem ersten kühnen Schritte zu und rüstete sich zum Kampf; die alsbald berufene Landesversammlung

für beide Herzogthümer bestätigte mit Freuden die provisorische Regierung in ihrer selbstgeschaffenen Gewalt. Beseler war das Haupt und die Seele dieser Regierung: er leitete die innere Verwaltung beider Länder und brachte die Grundsätze einer einfachen, naturgemäßen, auf möglichste Selbstregierung des Volks gebauten Politik im weitesten Umfange und mit den glücklichsten Erfolgen zur Anwendung. Der ernste, männliche Charakter der Bevölkerung kam ihm dabei zu Hülfe, und so entstand hier das Musterbild einer ächtrepublikanischen Regierung im schönsten Sinne des Wortes, obschon man der Form nach im Namen des Herzogs von Schleswig-Holstein fortregierte und dessen Rechte streng aufrechterhielt. Zwar gab es eine Partei in den Herzogthümern, welche auch diesen letzten Faden zerreißen, überhaupt allerlei weitergreifende demokratische Ansichten zur Geltung bringen wollte; diese Partei fand aber an Beseler einen entschiedenen Gegner und an seinem festen Willen ein unübersteigliches Hinderniß ihrer Pläne. Bei der Wahl nach Frankfurt stellte sie ihm ihren Führer, Th. Olshausen (gleichfalls Mitglied der provisorischen Regierung) entgegen. Beseler siegte jedoch mit starker Majorität. Sein Eintritt in die Paulskirche ward von der ganzen Centralpartei mit Freuden begrüßt, nicht blos weil man von seinen erprobten staatsmännischen Fähigkeiten und Erfahrungen Nutzen zu ziehen hoffte, sondern auch weil man auf sein Präsidententalent rechnete, von dem er

in Schleswig so glänzende Proben abgelegt hatte. So ward Beseler, kaum in die Versammlung eingetreten, als Vicepräsident an Gagerns und Simsons Seite gesetzt. Er verwaltete dies Amt, trotz der Schwierigkeit, die für ihn in der Unbekanntschaft mit den Gebräuchen des Hauses lag, mit ziemlicher Sicherheit und Gewandtheit und wußte durch sein energisches und unparteiisches Verfahren selbst der Linken Achtung abzugewinnen, die ihn anfänglich (wahrscheinlich wegen seines Wahlsieges über Olshausen und seines Widerstandes gegen ihre Partei in den Herzogthümern) mit sichtbarer Ungunst empfing und ihm die Verwaltung seines Amtes nach Kräften erschwerte. Durch seine Stellung als Mitglied des Präsidiums, mehr noch, wie es schien, durch eigene Scheu und Abneigung ward Beseler von der Tribüne, wo man ihn öfters zu sehen erwartet hatte, ziemlich ferngehalten. Nur einmal, beim Welckerschen Antrag, trat er auf mit einer Rede, kernig von Inhalt, wenn auch in der Form vielleicht zu schlicht für den an oratorische Effekte gewöhnten Geschmack der Paulskirche. Im Allgemeinen ist Beseler weniger ein Mann der Tribune und jener Reden im großen Styl, die sich mehr an die öffentliche Meinung draußen, als an die eigentlichen Zuhörer wenden, um so entschiedener aber ein Meister der kurzen, straffen, nüchternen Debatte, welche es nur mit ihrem Gegenstande zu thun hat, vor Allem aber ein Mann der That. Im Club war er unübertrefflich durch die Schärfe

des Blicks und die rasche Sicherheit, womit er jede Frage am rechten Ende zu packen wußte, durch die Gediegenheit und unerschütterliche Festigkeit seiner Grundsätze, die er nicht aus doctrinären Begriffen, sondern aus praktischen Anschauungen und Erfahrungen schöpfte, endlich durch die einfache, bündige Art seines Vortrags. So ehrlich, gerade und fern von allen diplomatischen Kniffen Beselers ganzes Wesen war, so wußte er doch mit feiner und nicht zu täuschender Beobachtungsgabe fremde Schliche zu durchschauen. Eine große Sicherheit und Gewandtheit im persönlichen Verkehr kam ihm dabei zu Statten. Klug und vorsichtig in hohem Grade, schlau sogar, wo es noth that, aber ohne Falsch, brav durch und durch, immer nur von den edelsten Beweggründen, von den Gefühlen aufrichtigster Hingebung für eine große und gute Sache erfüllt, uneigennützig und aufopfernd bis zum Aeußersten, so stellte Beseler das Muster eines Staatsmannes dar, der als Vertreter einer Volkssache es zu thun hat mit Diplomaten, eines Staatsmannes auf dem Uebergange von der alten, geheimniß- und ränkevollen Kabinetspolitik in eine neue, offene, nur mit den Waffen des Rechts und der Wahrheit kämpfende, wie wir sie erstreben, aber leider noch lange nicht besitzen. In dieser Hinsicht würde Beseler eine glückliche Ergänzung zu Gagerns oft allzuhingebendem und vertrauendem Wesen gebildet haben, wären Beide zusammen im Reichsministerium gewesen. Beseler hatte

mit Gagern Vieles gemein — das Imponirende der Gestalt und der ganzen Erscheinung, selbst einzelne Züge des Gesichts, namentlich die weit hervorstehenden gewaltigen Brauen und die hohe, starkgewölbte Stirn. Die seltene Mischung von Anmuth und Majestät, welche allen Mienen und Bewegungen Gagerns einen so unbeschreiblichen Reiz verlieh, besaß Beseler nicht in gleichem Grade. Die Formen seines Gesichts und seines Körpers trugen mehr das starre und strenge Gepräge des nordischen Typus, als das bewegliche und weiche süddeutscher Bildung, und seine Stimme, allzusehr von dem breiten, verschwimmenden Klange des friesischen Dialekts beherrscht, ermangelte zwar nicht der Kraft, aber des hellen Wohlklanges, welcher die Simsons, und der seelenvollen Tiefe, welche die Gagerns auszeichnete. Wenn Beseler somit an Naturgaben und, ich möchte sagen, an poetischem Reiz der Erscheinung hinter Gagern zurückstand, so war er ihm vollkommen ebenbürtig an Geist und Charakter, ja er übertraf ihn vielleicht an Klarheit und Sicherheit des Wollens, an Kraft und Raschheit der Ausführung, an staatsmännischer Gewandtheit und Voraussicht, während er an Liebenswürdigkeit, Innigkeit des Gefühls und jener Bescheidenheit, Selbstverleugnung und Hingebung an das Allgemeine, welche den wahrhaft großen Mann und Patrioten bezeichnet, mindestens nicht hinter ihm zurückstand. Beselers gan-

zes Wesen macht den wohlthuenden Eindruck der Sicherheit, des wohlbegründeten Selbstvertrauens auf die eigne Kraft und auf die Güte der Sache, der diese Kraft geweiht ist. Seine Gegenwart und sein Rath wurde schmerzlich vermißt in den schweren Stunden der Entscheidung über Sein oder Nichtsein, Handeln oder Nichthandeln der Versammlung; hätte damals nicht sein engeres Vaterland so dringende und so gerechte Ansprüche an ihn gemacht, so würde sicherlich Beseler gerade in dieser Zeit der Noth am Wenigsten auf seinem Posten in Frankfurt gefehlt haben.

Das Musterbild eines kernhaften deutschen Mannes von ächtem Schrot und Korn ist Herr Wernher von Nierstein, langjähriges Mitglied und zuletzt Vicepräsident der zweiten Kammer zu Darmstadt. Praktischer Landwirth und wohlbegütert, pflegte er sich gern einen „Bauer" zu nennen, mit jenem Selbstgefühl, das sich bewußt ist, die natürlichen Vorzüge dieses Standes mit allen Errungenschaften der Bildung zu vereinigen und durch letztere den sogenannten gebildeten Klassen vollkommen ebenbürtig, durch erstere ihnen sogar überlegen zu sein. Als Gagern im J. 1836 den Staatsdienst verließ und sich eine unabhängige Stellung als Landwirth zu erwerben beschloß, ward Wernher sein Lehrer in der Landwirthschaft, wogegen Dieser wieder in Gagern seinen Meister und sein Orakel in politischen Dingen verehrte, dem er durch alle Stadien ihrer

gemeinsamen öffentlichen Wirksamkeit hindurch mit fast schwärmerischer Hingebung anhing. Wernher besaß gründliche Kenntnisse in der politischen Geschichte aller Völker und Zeiten und pflegte davon oft einen glücklichen Gebrauch in seinen Reden zu machen. Er liebte es, geschichtliche Anschauungen und allgemeine politische Wahrheiten in kurzen, kernigen Sprüchen lapidarisch hinzustellen und dann die Anwendung davon auf einen vorliegenden Fall zu machen. Wenn er mit einem solchen Kernspruch die Tribüne betrat und, den breiten Oberkörper etwas zurückgeworfen, mit ausgestrecktem Arm und weit hinausgerichtetem Blick des klaren, sinnigen Auges gleichsam in die Ferne deutete, von wo ihm seine Anschauung komme, dann glich der kräftige Mann mit dem schönen, ausdrucksvollen Gesicht, das von langem, schlichtem Haar eingefaßt war, beinahe einem Seher und Orakelverkünder. Nur vermied Wernher nicht immer sorgfältig genug die Uebertreibung, durch welche, was bei mäßigem Gebrauche eindrucksvoll und bedeutend ist, leicht zur Manier und Affectation wird. Besser noch, als aus Büchern, hatte Wernher aus dem Leben selbst die Bedürfnisse und Mittel der gesellschaftlichen Ordnung studirt. Auferzogen unter der französischen Gesetzgebung, war er mit den Vortheilen einer einfachen, naturgemäßen Behandlung der Rechts- und Verkehrsverhältnisse, eines öffentlichen, mitten im Volke sich bewegenden Gerichtsverfahrens aus eigner An-

schauung vertraut geworden, ebenso aber auch mit den Nachtheilen bureaukratischer Vielregiererei und mangelnder Selbstständigkeit des Gemeindewesens. So wußte er die Vorzüge des französischen und des germanischen Staatslebens mit klug abwägendem Geiste zu verbinden und sich danach seine Ansicht über Das, was das Beste für uns sei, zu bilden. Wernher gehörte zu den conservativsten Mitgliedern des Augsburger Hofs, in welchem er — mehr durch sein Wesen, als durch sein Alter — eine Art von Patriarchenrolle spielte und dem er längere Zeit hindurch mit Riesser und mir vorstand.

Riesser hatte beim Vorparlament sich durch die gewandte Auseinanderwickelung einer schwierigen Fragstellung bemerklich gemacht, wodurch er den Verlegenheiten des Präsidenten und der Versammlung zu Hülfe kam. In der Nationalversammlung schwieg er anfangs oder trat doch nur weniger bedeutend hervor, bis er plötzlich durch eine glänzende Improvisation, worin er einen Angriff auf seine Glaubensgenossen, die Juden, mit der siegreichen Gewalt eines tiefgekränkten sittlichen Gefühls zurückschlug, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog und mit einem Mal den Ruf eines der besten Redner der Paulskirche gewann. Dieser Ruf steigerte sich seitdem mit jedem neuen Auftreten Riessers; seinen höchsten Gipfel erreichte er in jener epochemachenden Schlußrede zur Vertheidigung des Welckerschen Antrags, einem Meisterstück klarer, scharfsinniger

geistvoller, vor Allem aber von der Wärme edler Leidenschaft und tief patriotischen Gefühls durchwehter Beredtsamkeit. Riessers Stärke als Redner beruht hauptsächlich auf diesem starken sittlichen Pathos, daneben auf einer scharfen Dialektik und einer geistreichen, ich möchte sagen sinnigen Weise, moralische und politische Wahrheiten aus der umhüllenden Schale verworrener Thatsachen wie einen leuchtenden Kern in großartiger Einfachheit und Klarheit hervortreten zu lassen. Riesser besitzt ein außerordentliches Feingefühl für alle, auch die verstecktesten Verzweigungen sowohl des ihm gleichartigen Edlen, als des ihn abstoßenden Schlechten und Gemeinen, und er weiß mit wunderbarer Kunst für Jenes die lebendigsten Sympathien, für Dieses die tiefste Entrüstung in den Herzen seiner Hörer zu entzünden. Ueberhaupt ist das vorherrschende Element in Riessers Charakter das Gefühl. Freilich kein blindes Gefühl, das der Leitung des Verstandes entbehrt, vielmehr ein von der vollendetsten Durchbildung aller geistigen Kräfte getragenes, von dem durchdringendsten Scharfsinn verklärtes, aber doch immer mit vorwiegend gemüthlichem Elemente. Wenn man sonst den Israeliten, und nicht ohne Grund, vorwirft, daß sie in der Politik wie in der Wissenschaft vorzugsweise eine kalte, zersetzende Verstandesthätigkeit entwickeln, so hat Riesser hierin den Charakter seiner Nation auf's Glänzendste verleugnet. Sein ganzes Wesen athmet Milde, Versöhnlichkeit, Begeisterung für ein großes und erhabenes

Ziel des Schaffens, für nationale Einheit und Macht und für eine auf den festen Säulen der Freiheit und der Gesetzlichkeit ruhende Staatsordnung. Das Schlechte, Gemeine, die leichtfertige oder böswillige Sucht des Zerstörens findet an ihm einen unerbittlichen Feind und vermag ihn in wahrhaft heiligen Zorn zu versetzen. Nichts hält ihn dann zurück, die Blitze seiner strafenden Beredtsamkeit gegen die Schuldigen zu schleudern und sein empörtes Gefühl in Worten der Entrüstung zu entladen. Und so sehr konnte dergleichen ihn außer sich beingen, daß der sonst sanfte und gemessene Mann zu heftigen und sogar unparlamentarischen Aeußerungen sich fortreißen ließ. Deshalb war der Vorsitz, den er eine Zeit lang als Vicepräsident führen mußte, für ihn selbst dornenvoll und für die Versammlung wenig ersprießlich. Wie alle Menschen mit vorwaltendem Gefühl, war Riesser nicht selten Schwankungen und Unsicherheiten in seinen politischen Entschlüssen ausgesetzt. Nicht immer vermochte er, was sein Gefühl ihm als das Richtigere und Wünschenswerthere darstellte, Dem unterzuordnen, was sein Verstand als das thatsächlich allein Mögliche anerkennen mußte. So in der österreichischen Frage, wo er lange sich von der Hoffnung auf eine Gewinnung Deutschösterreichs nicht trennen konnte und deshalb von dem Erbkaiser nichts wissen wollte, für den er doch nachher so überzeugend sprach. Aus Rechtsgefühl war er Demokrat, insofern es diesem Gefühle widersprach, die Ansprüche Aller auf

gleiche Theilnahme am Staat schlechthin durch die kalten Erwägungen politischer Berechnung zurückzuweisen und eine Grenze zu ziehen zwischen Berechtigten und Rechtlosen. Von diesem Standpunkte aus sprach er beim Vorparlament mit Wärme für das unbeschränkte Wahlrecht. Auf der andern Seite aber konnte sein Verstand und sein ernster Drang nach einer festen, vernünftigen Staatsordnung sich den Bedenken und Erfahrungen nicht verschließen, welche gegen die unbeschränkte Ausübung eines so wichtigen Rechts zu sprechen schienen. In den letzten Wochen des Parlaments ward Riesser durch eben jenes Gefühl in einen herben Zwiespalt mit sich selbst versetzt. Das schwere Unrecht, welches der Nation und der Nationalversammlung durch die Verwerfung der von dieser rechtmäßig zu Stande gebrachten Verfassung und durch die versuchte gewaltsame Aufdringung einer andern, von wenigen Kabinetten octroyirten, angethan werden sollte, regte Riessers ganzes sittliches Gefühl auf und brachte ihn zu dem Entschluß, Alles zu versuchen, um dieses Unrecht abzuwenden. Er trennte sich deshalb mit einigen näheren Freunden, zu denen namentlich Wurm und ich gehörten, von der Mehrheit des Weidenbusches und ging in den Nürnberger Hof über. Aber bald ließ dasselbe sittliche Gefühl ihn vor den Folgen jenes Schrittes und namentlich vor der drohenden Gemeinschaft mit den Elementen der Unordnung zurückbeben, die er von jeher mehr als alles Andere gehaßt und gefürchtet hatte.

Dieser Zwiespalt mit sich selbst versetzte ihn in einen Zustand so großen geistigen und körperlichen Leidens, daß er die Versammlung verlassen mußte, um sich in der Zurückgezogenheit und im Genusse der Natur wieder zu erholen. Er hinterließ mir Vollmacht, für den Fall, daß ich mich bestimmt fände, ganz aus der Versammlung zu treten, auch für ihn den Austritt zu erklären. Wer Riessers ganzes Wesen, wer namentlich seine Stimmung und Anschauung der Verhältnisse in dieser letzten, schweren Zeit recht genau kennen lernen will, dem empfehle ich zur Lectüre den ausführlichen, mit seiner gewohnten Meisterschaft geschriebenen „Rechenschaftsbericht" meines trefflichen Freundes, womit derselbe seinen Wählern seinen Austritt aus der Versammlung ankündigte.

Wie Riesser für die Vertheidigung politischer Grundsätze, so war Wurm der Hauptredner der Partei für Fragen des Staatsrechts und der auswärtigen Politik. Er besaß eine bewundernswerthe Kenntniß der Geschichte des Staats- und Völkerrechts bis hinab zu den kleinsten Einzelheiten der Casuistik, ebenso des parlamentarischen Lebens der größern Verfassungsstaaten, besonders Englands und Nordamerikas. In allen solchen Fragen galt er daher als Autorität nicht blos innerhalb der Partei, sondern auch in der Versammlung und in den Ausschüssen. Wurms Reden waren immer reich an gelehrten Citaten; doch hielt die Lebhaftigkeit seiner Darstellung und seine leichte, fast

kecke Behandlung der Fragen jede Spur pedantischer Trocken=
heit fern. Eher konnte man an seinem Vortrag oft eine
gewisse manierirte Nachlässigkeit und Leichtfertigkeit tadeln.
In Fragen der innern Politik gaben Viele ihm schuld, daß
er nicht frei sei von dem allgemeinen Fehler seiner schwäbi=
schen Landsleute, einer allzugroßen Nachgiebigkeit gegen
die demokratischen Strömungen der öffentlichen Meinung.
in ihrem Vaterlande. Allerdings stand Wurm so ziemlich
auf der äußersten Linken im Augsburger Hofe, ja bisweilen
schien er über denselben hinaus weiter nach links hin den
Fuß zu setzen. Doch möchte ich bezweifeln, daß dabei äuße=
rer Einfluß vorwiegend wirksam war. Wenigstens hatte
Wurm schon zu einer Zeit, wo Dies weit schwerer war.
den Muth gezeigt, Lieblingsmeinungen des Tages, die
er für schädlich hielt, mit Kraft und Entschlossenheit ent=
gegenzutreten. Er war unter Denen, die beim Vor=
parlament sowohl in öffentlicher Versammlung als bei
den improvisirten Privatverhandlungen im Weidenbusch
gegen Heckers und Struves republikanische Pläne ent=
schieden und nachdrücklich in die Schranken traten. Welche
Stellung Wurm in der letzten Zeit der Nationalver=
sammlung einnahm, ist schon bei Gelegenheit Riessers mit
erwähnt worden.

Rob. Mohl, Fallati und Wiedenmann vertra=
ten ihre Partei — zuerst den Württemberger, später den
Augsburger Hof — im Ministerium. Ihre Stellung darin

war anfangs eine ziemlich schwierige. Die Ansichten des Württemberger Hofes gingen in vielen Fragen denn doch nicht so ganz Hand in Hand mit denen des Casino, welchem die Mehrheit des Ministeriums angehörte. Als numerische Minderheit im Ministerrathe vermochten jene Drei nur durch ein sehr festes und einmüthiges Auftreten ihren politischen Standpunkt zur Geltung zu bringen und Entschließungen zu verhindern, welche sie selbst und das ganze Kabinet mit ihrer Partei in Zwiespalt gebracht haben würden. Das haben sie denn auch bei verschiedenen Gelegenheiten mit Entschiedenheit und Erfolg gethan. Die erste Feuerprobe für das Ministerium war der Waffenstillstand von Malmoe. Als dessen Bedingungen bekannt wurden, zeigten sich die Mitglieder des Ministeriums aus dem Württemberger Hofe ziemlich fest entschlossen, diesen Bedingungen, so wie sie vorlagen, ihre Zustimmung nicht zu ertheilen. Allein die Beredtsamkeit ihrer Kollegen im Ministerrathe und der Gedanke an die schwere Verantwortlichkeit, die sie durch ihre Trennung von denselben, durch die Sprengung des Ministeriums in so entscheidendem Augenblicke auf sich laden würden, siegte über diesen Entschluß. Ein Ministerium zu bilden, welches den Krieg gegen Dänemark ohne Preußens Hülfe fortführen, welches den fast unvermeidlichen harten Konflict mit Preußen bestehen, welches, statt wie das jetzige auf die rechte, auf die linke Seite der Versammlung sich stützen sollte — Das erschien

ihnen zu gewagt, für die Interessen des Vaterlandes, der Einheit und der Ordnung zu gefahrdrohend.

Diese Gründe ihres geänderten Entschlusses setzten jene Drei, namentlich Fallati in tiefbewegter und ergreifender Rede, ihrer Partei in der Clubversammlung am Abend vor dem entscheidenden 5. September auseinander. Der Letzteren gelang es nicht, sie anderen Sinnes zu machen; ebensowenig aber vermochten sie die Partei zu bewegen, daß sie ihren Entschluß, für die Sistirung des Waffenstillstandes zu stimmen, aufgebe. Ihr Austritt aus der Partei war die natürliche Folge davon. Doch traten sie nach dem **16.** September wieder ein, indem die Partei, in Anerkennung der Bedenken, die sie bewogen hatten, gegen den Beschluß vom 5. September zu stimmen, ihnen eine Indemnitätsbill bewilligte. Wie dann bald darauf der Würtemberger Hof in Folge seiner schwankenden Stellung zwischen Ministerium und Opposition sich spaltete, und der Augsburger Hof daraus hervorging, ist früher angeführt worden. Die Stellung jener drei Mitglieder im Ministerium ward dadurch eine wesentlich günstigere. Sie hatten nun wenigstens eine feste und compacte Partei hinter sich und konnten das entschiedenere Princip des Fortschrittes, welches auch der Augsburger Hof zu vertreten entschlossen war, um so zuversichtlicher an der rechten Stelle geltend machen, da sie in allen andern Fällen, wo eine mehr conservative Politik nothwendig er-

schien, ebenso sicher auf den Beistand ihrer Partei zählen durften.

Unter jenen Dreien selbst standen R. Mohl und Fallati etwas mehr links, Wiedenmann etwas mehr rechts. Das schwäbische Naturell verleugnete sich in den beiden Ersten nicht. Selbst in ziemlich wichtigen Principfragen (natürlich nicht Fragen der Verwaltung) trugen Mohl und Fallati kein Bedenken, von ihren Kollegen sich zu trennen und in mehr demokratischem Sinne zu stimmen.

Obgleich man zugestehen muß, daß steife Amtsmiene und büreaukratische Vornehmheit in dem neugeschaffenen Reichsministerium ziemlich unbekannte Dinge waren und daß es darin seinen rein parlamentarischen Ursprung niemals verleugnete, so war doch kein Minister schon von Natur so gänzlich fern davon, wie R. Mohl. Bisweilen ging er darin fast gar zu weit, so in jener bekannten, zu Karrikaturen benutzten Erzählung von den „Papierscheeren und Federmessern", die er erst anschaffen müsse, weil der Bundestag ihnen nur leere Wände hinterlassen habe, so, wenn er seine Verlegenheit über unvorhergesehene Anfragen, statt durch eine formelle Wendung sich darüber hinwegzuhelfen, nackt und kahl auf die Tribüne brachte, wie ihm Dies z. B. bei einer Anfrage wegen des Belagerungsstandes passirte. Solche kleine Versehen abgerechnet, war übrigens Mohl äußerst glücklich in der Beantwortung von Anfragen und der Abwehr von Angriffen, die sein Departement berührten.

Die Linke verzieh ihm die schwäbische Derbheit, mit der er sie oftmals auf den Mund schlug, um der schwäbischen Ehrlichkeit willen, die sie aus seinen Antworten herausfühlte, während die höfische Glätte Schmerlings, der sie mit schönen Worten hinhielt, ihren ganzen Grimm erregte.

Dieselbe schwäbische Ehrlichkeit, die sich wenig um Formen kümmert, wenn nur die Sache gut ist, gab dem Justizminister jenes improvisirte Gesetz über Aufhebung der Spielbanken ein, dessen allerdings etwas jähe Einbringung und Annahme Herrn v. Vincke so anstößig war und ihm noch lange nachher zum Gegenstande des Spottes diente. Mitten im Drange einer warmen Debatte über die Unsittlichkeit der Spielbanken schrieb Mohl mit Bleistift auf einen leeren Stimmzettel die wenigen Worte: „Gesetz über Schließung der Spielbanken. Einziger Artikel: Alle öffentlichen Spielbanken sind vom 1. Mai 1849 an in ganz Deutschland geschlossen und die Spielpachtverträge aufgehoben." — „Er wisse nicht einmal, ob es ein Stimmzettel mit Ja oder mit Nein gewesen sei", bemerkte Vincke spöttisch. Aber Mohl ließ sich nicht irren. Er hatte auf der Tribune erklärt:

„Ich glaube, daß wir jedenfalls competent sind, einen großen Act der öffentlichen Sittlichkeit zu begehen, und ich möchte die deutsche Regierung sehen, welche uns entgegenträte, wenn wir aussprechen, daß keine öffentlichen Spielbanken mehr existiren sollen",

und er gab diesen Worten Nachdruck, indem er die Spielbank zu Homburg, als man sie nicht freiwillig schloß, mit Reichsexecutionstruppen aufheben ließ.

Auf die Autorität der Centralgewalt hielt Mohl überhaupt gar streng, und seine Erlasse an renitente Regierungen — gleichviel ob große oder kleine — hatten Hand und Fuß. Dies und die Raschheit, womit er Wünschen und Beschwerden aus dem Schooße der Versammlung, sobald er sie als gerechtfertigt erkannte, gewöhnlich schon früher nachkam, als sie auf die Tribüne gebracht wurden, gewann ihm in hohem Grade die Achtung und das Zutrauen auch der Linken, und er konnte dieser um so leichter Etwas bieten, wenn sie Ungehöriges von ihm verlangte.

Bei der Versammlung in Gotha vermochte Mohl anfänglich seinem verletzten Rechtsgefühl die Zustimmung zu dem Berliner Verfassungsprojekt nicht abzugewinnen, wollte daher dem Programme nicht beitreten. Aber nicht lange ertrug er die Trennung von seinen alten Freunden; bei der nächsten Zusammenkunft erklärte er: „auch er opfere seine Bedenken der höhern Rücksicht auf die schwer gefährdete Lage des Vaterlandes und wolle mit der Partei stehen und fallen".

Fallati theilte mit Mohl die Erregbarkeit und den demokratischen Zug des schwäbischen Charakters, doch besaß er nicht dessen zähen Trotz, fügte sich leichter der Gewalt der Thatsachen und dem Gewicht nüchterner Erwägung oder fremder Autorität. Seine Thätigkeit war übrigens vorzugs-

weise den Verwaltungsinteressen des Departements, dem er als Unterstaatssekretär angehörte, und den damit zusammenhängenden Verfassungsfragen zugewendet; auch auf der Tribüne trat er größtentheils in solchen Fragen auf, und zwar mit Schärfe, gründlicher Sachkenntniß und in gewandter Form.

Wiedenmann war, wie viele Rheinländer, ein Temperamentspolitiker. In gewisser Hinsicht Demokrat aus Neigung, aus angewöhntem Oppositionsgeist, aus Anhänglichkeit an die demokratischen Einrichtungen und Sitten seiner Provinz, hatte er doch vor der Demokratie, wie sie jetzt leibhaftig ihm erschien, eine so gewaltige Furcht, daß er in der Angst seines Herzens keine Schranke zu eng, keine Maßregel zu hart fand, wenn sie ihm nur das Gespenst der Anarchie, der allgemeinen Auflösung staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung, welches er schon auf allen Straßen drohend einherwandeln sah, nachdrücklich vom Leibe hielt. Er war es, der am Entschiedensten die überstrengen Bestimmungen des Gesetzes zum Schutz der Versammlung verfocht und sie, unter dem frischen Eindruck der blutigen Vorgänge des 18. September, zuerst im Augsburger Hof, durch diesen dann auch in der Versammlung durchsetzte. Fast komisch war es bisweilen, wie diese Doppelnatur Wiedenmanns mit der ganzen Lebhaftigkeit seines rheinischen Temperamentes sich nach beiden Seiten hin Luft machte. So erinnere ich mich noch mit Vergnügen einer Scene im Englischen

Hof, bald nach dem 5. September, wo Wiedenmann zuerst auf mich und die Majorität des Württemberger Hofes losfuhr, daß wir gegen den Waffenstillstand stimmen wollten, was doch gar nicht politisch, gar nicht staatsmännisch sei, dann aber sich gegen den, wie gewöhnlich schweigend dasitzenden Camphausen wendete und diesem Bevollmächtigten Preußens die ärgsten Dinge über das Verfahren seiner Regierung in der Waffenstillstandsfrage in den härtesten Worten an den Kopf warf. Eine ähnliche Scene hatte er mit Soiron nach dem Erscheinen der octroyirten Verfassung. Soiron behauptete die Nothwendigkeit, unter den obwaltenden Umständen auf dieselbe einzugehen. Das empörte Wiedenmanns lebhaftes Rechtsgefühl auf's Tiefste, und mit einer selbst an ihm auffallenden Heftigkeit trat er jener Behauptung Soirons entgegen. Aber damit hatte sich auch sein rheinisches Blut ausgetobt; die ruhige Erwägung kam hinterher, und, nachdem er noch einige Zeit mit sich und gegen den Zwang der Verhältnisse gekämpft hatte, fügte er sich aus höhern patriotischen Rücksichten in's Unvermeidliche und trat dem Gothaer Programm bei.

In seinem Departement war Wiedenmann ein tüchtiger Arbeiter, und die allgemeine deutsche Gesetzbung verdankt ihm viele schätzbare Vorarbeiten, die hoffentlich einmal noch zu Gesetzen heranreifen werden.

Wiedenmanns Landsmann, Breuning, war in seinen politischen Ansichten ebenfalls mehr conservativ, sogar mit

einem gewissen aristokratischen Anflug, jedoch, wie sich von einem Pfleger des römischen Rechts (Breuning ist Staatsprocurator) nicht anders erwarten läßt, ein Verehrer öffentlichen und volksthümlichen Staatslebens und ein Mann von unabhängiger Gesinnung. Auch er gehörte eine Zeit lang zum Vorstande des Augsburger Hofes.

Ein Dritter, der zu dieser Partei hielt, war Stedmann, bekannt als Vorkämpfer der entschiedensten Opposition auf dem vereinigten preußischen Landtage des J. 1847, später Einer der Sieben, welche die 51 in Heidelberg Versammelten zur Vorbereitung einer Verfassung für Deutschland und zur Berufung eines Vorparlaments erwählten, dann Mitglied dieses letztern und des Fünfzigerausschusses, endlich durch mehrfache Wahl auch zur Nationalversammlung gesandt. Hier bewies er sich thätig als Vorsitzender des Ausschusses für Schaffung einer Centralgewalt und als Berichterstatter der Minorität des völkerrechtlichen Ausschusses, welche für Genehmigung des Waffenstillstandes war. So standen damals zwei Mitglieder derselben Partei, Wurm und Stedmann, einander gegenüber. Unmittelbar nach diesen Verhandlungen ward er als Reichscommissar nach Schleswig gesandt, um die Ausführung des Waffenstillstandes im Namen der Centralgewalt zu überwachen. Seine dortige Wirksamkeit gehört einer einstigen Geschichte der diplomatischen Verhandlungen des deutschen Reichs im J. 1848 an, die freilich nicht gerade glänzend ausfallen wird.

Stedmann ist ein Mann von ehrlichster Gesinnung, ein guter Preuße, aber ein noch besserer Deutscher.

Von Abgeordneten anderer preußischer Provinzen gehörten zum Augsburger Hof: der bekannte Geschichtschreiber Stenzel aus Breslau, trotz seines Alters ein lebendiges und eifriges Mitglied des Club, in der Versammlung, meines Wissens, nur einmal, als Berichterstatter in der posener Frage, aufgetreten; neben ihm ein zweiter Schlesier, Falck, der erst im Württemberger Hof, dann in der Westendhall, dann wieder im Augsburger Hof seinen Platz nahm, zuletzt aber in Gotha sich auf einen Standpunkt des Preußenthums und des Brandenburgianismus quand même stellte, auf welchen selbst die conservativsten Preußen ihm nicht folgen mochten — eine für seine nähern Freunde unbegreifliche Wendung seines anscheinend festen und selbstständigen Charakters; ferner Göden aus Krotoschyn, der gewandte Vertheidiger des Deutschthums in Posen, aber nicht ganz zuverlässig in seinen politischen Gesinnungen; der Westphale Ostendorf, trotz seiner Jugend ein Mann von tüchtiger Bildung und gründlichen Kenntnissen; endlich Albert aus Quedlinburg, der erst spät als Flottwells Ersatzmann eintrat.

Von allen Württembergern war Rümelin beinahe der Einzige, bei dem sich gar keine Spur weder von äußerlichen Rücksichten auf die radicale Ungeduld seiner Wähler, noch von jenem inneren Zuge nach der Linken hin zeigte, der

den meisten Abgeordneten dieses Landes mehr oder weniger eigen war. Mit der größten Gemüthsruhe erzählte er von den wiederholten Zeichen von Misliebigkeit, die ihm seitens seiner Wähler schriftlich und persönlich zu Theil geworden, und beharrte nur um so fester auf seinen, ziemlich streng conservativen Ansichten. Ebensowenig konnten die partikularistischen Antipathien seiner Heimath gegen das preußische Erbkaiserthum ihn in seinem Eifer für dieses irre machen. Anfangs zwar schien ihm der Entschluß dazu schwer zu werden; das Mistrauen gegen eine Hegemonie des Nordens und der Wunsch einer Antheilnahme Oesterreichs an der deutschen Einheit stak auch ihm tief im süddeutschen Blute. Allein mehr und mehr drang in seinem, nach ächter Schwabenweise erst bedächtig prüfenden, dann aber auch sicher wollenden Geiste die Erkenntniß der thatsächlichen Nothwendigkeit durch, und seitdem focht ihn kein Zweifel an, rührte ihn kein Vorwurf seiner Landsleute. Diese tiefbegründete Ueberzeugung sprach sich auch in seiner Rede für das Erbkaiserthum aus, der einzigen, die er, nebst einer sehr gediegenen über das Schulwesen, in der Paulskirche hielt.

Unter den Bayern des Augsburger Hofes befanden sich tüchtige Charaktere und bedeutende geistige Kräfte. Leider machte die Kaiserfrage einen tiefen Riß zwischen den bis dahin in ächtbayerischer Gemüthlichkeit engverbundenen Landsleuten. Die Einen — Reitmayr, Pfeuffer und die durch ihr Reichscommissariat nach Oesterreich bekannten

Beiden, Paur und Päzl — trennten sich hier von der Partei, während die übrigen: Barth, Stahl, Raumer, Zerzog und Herzog derselben treu blieben und mit ihr in den Weidenbuschverein traten.

Stahl und Barth waren Beide gleich tüchtig nach ihrem Charakter wie nach ihren Fähigkeiten, aber grundverschieden in ihrem Wesen — Stahl beweglich, schnell, scharf in seinen Beweisführungen, immer ein reiches Material zur Hand und überaus geschickt in dessen Anwendung und Vertheilung, kalt und berechnend in seinen Erwägungen, darum mit seinen Entschlüssen rasch zur Hand und sicher; Barth dagegen, obgleich dem Anschein nach eine trocknere und kältere Natur, als Stahl, dennoch weit mehr, als dieser, zugleich mit dem Gemüth und nicht blos mit dem Verstand bei den Wechselfällen des politischen und parlamentarischen Treibens betheiligt, von jedem Misgeschick, das die Sache der Einheit traf, tiefer ergriffen und schwerer niedergedrückt, als der elastischere Stahl, weniger gewandt in der Erfassung des nächsten praktischen Ziels, aber in die Idee und den Zusammenhang des Ganzen tief eindringend, überhaupt mehr Philosoph und Staatsrechtskundiger, als praktischer Politiker, übrigens ein Charakter ächt wie Gold und fest wie Eisen.

Hans Raumer, ein noch ziemlich junger Mann, war in der Reife seines Charakters und seiner politischen Bildung seinem Alter vorausgeeilt, während das weiche Ge-

müth, die zutrauliche Offenheit, das Frische und Kräftige der ganzen Erscheinung ihm das wohlthuende Gepräge ungebrochener, unverkümmerter Jugend verlieh. Bei der Rechten, die so feste conservative Grundsätze bei einem so jugendlichen Charakter doppelt hoch schätzte, stand er in großer Gunst. Die Linke, die ihn anfangs um seiner Jugend und seines fast studentischen Aussehens willen für einen ihr Geistesverwandten zu halten schien, verwunderte sich, als sie bemerkte, daß er ziemlich consequent und je länger desto consequenter gegen sie stimmte, erboste sich nur um so mehr gegen ihn und beehrte den ihr treulos Gewordenen (so wähnte sie fälschlich) mit ihrem gründlichsten Hasse. Darin traf ihr Instinkt vielleicht das Richtige, daß, hätte Raumer jederzeit nur den Eingebungen seines Herzens gefolgt, das so feurig schlug, wie seine kräftige Jugend es mit sich brachte, er wohl hier und da zu entschiedeneren Handeln geneigt gewesen wäre. Allein in solchen entscheidenden Momenten schien Raumer, gleichsam sich selbst mistrauend, gern dem Einfluß und Rath älterer, bewährter Gesinnungsgenossen zu folgen, die ihn dann von raschen Entschlüssen zurückhielten. Diese Hingebung an Männer wie Gagern, Wernher, Beseler konnte ihm wahrlich nicht zur Unehre gereichen.

Als er in Frankfurt Alles verloren, als er die Hoffnungen und die Arbeiten eines ganzen, schweren Jahres zerstört sah, da trieb es den thatenkräftigen, feurigen Mann,

dem auch die Heimath durch den in Bayern eingetretenen Rückschlag und die Häuslichkeit durch herbe Verluste verleidet war, fort, weit fort aus diesen traurigen Umgebungen, von diesen Trümmern seines Glücks und der geträumten Einheit des Vaterlandes hinweg, dorthin, wo allein noch deutsche Kraft und deutscher Mannesmuth offenes Feld und den schönen Lohn ehrenvoller Thaten zu finden hoffen durfte. „Ich wende mich dahin", schrieb er an seine Wähler, „wo der deutsche Name bis zur Stunde mit Ehren sich geltend macht; ich ziehe zu unsern norddeutschen Brüdern, welche für ihre Nationalität und ihr gutes Recht kämpfen." So verzichtete er denn auf den Bürgermeisterposten, der ihm so eben zu Theil werden sollte, verkaufte all seine Habe in seiner bisherigen Heimath und trat als Freiwilliger in die Dienste Schleswig-Holsteins. Doch vergaß er unter den Schanzarbeiten und bei den Scharmützeln vor Fridericia die große deutsche Sache und seine alten Freunde in Frankfurt nicht. Als Diese sich in Gotha wieder versammelten, da erschien er mitten unter ihnen in der Uniform eines schleswig-holsteinischen Jägers. Seitdem hat er die blutige Affaire vor Fridericia mitgemacht; das traurige Geschick, das dort so viele seiner Kameraden erreichte, hat ihn verschont, aber wie groß mag sein Seelenschmerz gewesen sein, als er alle diese Tapfern fruchtlos geopfert, als er das Glück seiner neuen Heimath und die Ehre des allgemeinen deutschen Vaterlandes so schnöde preisgegeben sah durch die schmachvolle

Politik des Staates, dem auch er die erste Stelle in Deutschland mit votirt hatte! „Sollte eine verrätherische Diplomatie" (so hatte er vorahnend schon in jenem „Abschiedswort" sich ausgesprochen) „einen schmachvollen Frieden schließen, so hoffe ich, daß die Schleswig-Holsteiner denselben sich nicht aufdrängen lassen, sondern mit eigenen Kräften den Kampf fortsetzen werden. Sollte ich mich darin täuschen, nun, so wird wohl noch wo anders auf dieser Welt ein Platz sein, wo der deutsche Mann wenigstens mit Ehren die Waffen führen kann."

Raumers treuer Genosse, ihm nahe befreundet durch verwandtschaftliche Beziehungen wie durch Gleichartigkeit ihres Wesens, war der „alte Zerzog", ein Mann in den Funfzigen, hinter dessen verwitterten Mienen aber ebenso ein noch jugendlich frischer Geist wohnte, wie hinter Raumers jugendlichen Zügen ein ernster und gereifter. Zerzog war der beharrlichste Schweiger sowohl in der Versammlung als im Club, allein aus seinem lauten und festen Ja! oder Nein! welches er bei der Abstimmung erschallen ließ, hörte man deutlich heraus, daß dieser Geist von doctrinären Skrupeln, von langem Besinnen und Spintisiren nichts wisse, sondern frisch und frei aus der lebendigen Anschauung der Dinge heraus seine Entschließungen schöpfe. Und so war es in der That. Der alte Zerzog war die leibhaftige Verkörperung des ächten, kerngesunden Menschenverstandes, nicht jenes, der noch nicht bis zur

Bildung vorgedrungen, sondern jenes, der durch sie glücklich hindurchgegangen ist, ohne in ihr zu verdumpfen und zu verstocken, der in der frischen Luft der Erfahrung, des Verkehrs mit der Natur und den Menschen den Schulstaub der Bücherweisheit glücklich wieder so weit abgeschüttelt hat, daß er den freien Flug des Geistes und den tiefen Athemzug des Gemüthes ihm nicht beengt. Wenn man die kernige Gestalt Zerzogs, wenn man die festen, fast rauhen Züge seines, von einem großen wilden Barte und dicken, buschigen Augenbrauen beschatteten Gesichts, wenn man seine ernsten, verschlossenen, nur bisweilen von einem sardonischen Lächeln erhellten Mienen sah, so hätte man zwar wohl die derbe Einfachheit des Mannes, aber schwerlich das reiche Gemüths- und Geistesleben geahnet, welches sich hinter dieser harten Schale barg und nur den vertrautesten Freunden beim herzeröffnenden Kruge oder in schriftlichen Ansprachen sich erschloß. Von diesen letztern haben mehrere — klassische Muster einer originellen, einfachen und doch höchst sinnigen, ja poetischen Schreibart — ihren Weg auch in die Oeffentlichkeit gefunden. Stärker konnte das überwältigende Leid, womit alle patriotische Herzen der trostlose Ausgang der Nationalversammlung erfüllte, sich kaum offenbaren, als darin, daß auch jener freie und kräftige Sohn der Berge, den, wie es schien, nichts anzufechten im Stande war, in den letzten Tagen seines Frankfurter Aufenthaltes gleich den Andern gedrückt und geknickt herum-

schlich, daß sein Humor gänzlich darniederlag und ihm kaum noch das vaterländische Getränk mundete. Nach Gotha kam er nicht und entschuldigte sich deshalb in einem Schreiben, welches ganz den Stempel seines originellen Geistes und des wiedergekehrten Humors an sich trug. Hofrath Becker hat dasselbe in Nr. 156 seines „Reichsanzeigers“ veröffentlicht. Er stieg eben auf den Bergen Tyrols herum, an denen er, wie er schrieb, „sein frankfurtmüdes Herz erfrischen wollte“ und die er „immer mit reactionärer Schadenfreude ansehe und dabei denke: die müßt Ihr mir doch stehen lassen, Ihr Narren und Schlingel!“ Weiter hieß es dann darin:

„Da nun die Regierungen auf unsere Kosten wieder die gehörige Stärke gewonnen haben, so ist kein Mittel mehr übrig, als, sie gescheidt zu machen, — durch vernünftige Stände verständige Ministerien zu erzwingen, und dann geht's! — Dazu ist freilich nöthig, daß das Volk nicht, von Pfaffen und Demokraten zugleich verdummt, unsinnige und unweltläufige Kerle wählt; daß der ordentliche Mann sich dabei betheiligt; daß man den Wahn zerstreut: hirnwüthige Demokraten seien der Freiheit nothwendige Stützen und eine ungeschlachte Opposition imponire den Regierungen — und dem Bauer und Bürgersmann begreiflich macht, daß nicht gerade ein Bauer oder Gewerbsmann am besten ihre Interessen verstehen und vertreten könne, — überhaupt, daß nicht jeder ehrsame, in seinem Geschäft erfahrene und fleißige Philister auch ein vortrefflicher Volksvertreter sein müsse — u. s. w. u. s. w., denn die sitzen gewöhnlich wie Kinder beim Dreck.

Bringt man dann eine passable octroyirte Verfassung daher, so greift Alles zu, wenn es nicht ganz unverschämt dumm angefangen wird. Einheit Deutschlands um jeden Preis — auch um den der vorläufigen Freiheit, ist meine Meinung! — Sie nicht aus Fürsten-

hand nehmen zu wollen, wäre noch alberner, als daß ein König sie nicht aus Volkshand nehmen sollte! Dummes Zeug! Zottige Füllen wachsen oft am schönsten sich aus, und rotzige Buben werden gewöhnlich die schönsten. Zeit bringt Rosen! — Gut Ding will Weil' haben u. s. w. Wenn man keinen andern Trost hat, so thun's auch Sprichwörter.

Wenn nicht das erbliche Kaiserthum ein nothwendiges Ergebniß der deutschen Entwickelung ist, so hätten wir's nicht machen sollen und nicht halten können. — Ist's aber das, so kommt's doch; und man muß doch beim Teufel dem Schicksal und Zufall auch etwas vertrauen; für was wären denn diese Institute sonst da?

Ich war auf dem Punkte angelangt, wo ich glaubte, wir hätten uns bitter getäuscht und es sei eine Thorheit gewesen, dem Volke so viel Verstand und den Fürsten so viel guten Willen zuzumuthen, als zum Reiche nöthig ist; aber in der frischen Luft ist mir der Muth wieder gewachsen, — und wenn's gar nicht gehen will, so geht's mit der Gewalt! Ein kräftig erzeugter Gedanke muß so gut heraus, wie ein Kind; — ob's wächst und gedeiht, geht dann die Mutter und unsern Herrgott an!"

Schleswig-Holstein war, außer durch Beseler, noch durch zwei seiner Abgeordneten, Francke und Esmarch, im Augsburger Hofe vertreten: Jener ein gewandter und bewährter Geschäftsmann, auch ein Redner voll beißender Schärfe, dem aber leider das Organ gebrach, um die weiten Räume der Paulskirche auszufüllen; Dieser ein trockener, wortkarger Mann, der nur dann, wie alle seine Landsleute, redselig wurde, wenn die Verhältnisse seiner engern Heimath zur Sprache kamen. Francke war es, der am 16. Sept. den vermittelnden Antrag stellte, welcher der Verwerfung des Waffenstillstandes vorbeugte. Er war zufrieden, wenn nur seinen Landsleuten das völlig

Unerträgliche erspart würde, was in dem ursprünglichen Vertrage von Malmoe lag, und wollte nicht, daß durch zu hochgespannte Forderungen ein Bruch mit Preußen herbeigeführt und so die einzige Macht, auf deren nachhaltige Unterstützung im Nothfalle noch gerechnet werden könnte, der Sache Schleswig-Holsteins entfremdet werde. Hätte Francke damals ahnen können, daß 10 Monate später das preußische Kabinet einen noch viel ungünstigeren Waffenstillstand schließen, ja daß es in den Friedenspräliminarien die wichtigsten Rechte der Herzogthümer preisgeben würde, vielleicht wäre er weniger rücksichtsvoll verfahren und hätte, wie sein berühmter Landsmann Dahlmann, in der Frage des Waffenstillstandes mehr eine Ehrensache für das ganze Deutschland, als eine spezielle Angelegenheit Schleswig-Holsteins gesehen.

Auch die übrigen deutschen Küstenstaaten stellten ein verhältnißmäßig starkes und ein tüchtiges Contingent zum Augsburger Hofe: Mecklenburg die Herren Sprengel, Böcler, Mann und Thöl, die zwar meist nur in den Ausschüssen, aber dort ganz nützlich wirkten, der zuletzt Genannte auch im Justizministerium als Mitarbeiter an einem deutschen Handelsgesetzbuch; Bremen erst den Abg. Dröge, später dessen Nachfolger H. H. Meyer; Hamburg (neben Wurm und Riesser) den reichen Rheder Godefroy, einen enragirten Freihändler; Oldenburg Herrn Leverkus, einen kenntnißreichen und wohlgesinn-

ten Mann, nur etwas schwerfällig und daher unbequem in der Debatte. Nur aus Hannover zählte die Partei kein Mitglied, wenn ich nicht Wachsmuths Ersatzmann, Herrn Hoppenstedt, dazu rechnen darf, der, hätte damals der Augsburger Hof noch für sich bestanden, jedenfalls durch seine politischen Ansichten ihm zugeführt worden wäre. Dagegen besaßen wir in den Herren Vannier aus Zerbst und Schierenberg aus Detmold zwei Vertreter von Staaten des kleinsten Maßstabes und lernten durch sie auch die Zustände und Mißstände dieser Kleinstaaterei gründlich kennen. Wenn nun daneben noch aus Sachsen Koch, Bürgermeister von Leipzig, aus Kurhessen der ehemalige Präsident der dortigen Kammer, Baumbach, aus Hessen-Darmstadt der Ministerialrath Emmerling eine specielle Kenntniß ihrer heimathlichen Verhältnisse, aus der Verwaltung höherer Staats- und Gemeindeämter oder aus ständischer Wirksamkeit geschöpft, mitbrachten, die sie als werthvolles Material den Clubberathungen unterbreiteten, so wird man bestätigt finden, was ich im Eingange dieser Schilderung über die glückliche Zusammensetzung des Augsburger Hofes gesagt habe. Von den österreichischen Abgeordneten, deren der Augsburger Hof ziemlich viele unter seinen Mitgliedern zählte, hielten die meisten auch noch nach entstandener Spaltung bei ihm aus und schienen, gemeinsam mit ihren bisherigen politischen Freunden, eine für beide Theile befriedigende

Lösung des unglückseligen Zwiespaltes suchen zu wollen. Allein allmälig, wie Dies kaum anders sein konnte, verfielen sie mehr und mehr dem Einflusse landsmannschaftlicher Sympathien und Einwirkungen und nahmen an den meisten feindseligen Schritten gegen ihre früheren Parteigenossen Theil. Selbst Arneth, ein nobler Charakter und ein Mann von schönen Talenten, vermochte diesem Einflusse sich nicht ganz zu entziehen; doch söhnte er seine Freunde wieder mit sich aus durch den Schritt, den er gemeinsam mit Würth noch vor der letzten entscheidenden Abstimmung that. J. Kaiser hatte schon früher die Versammlung verlassen, ohne wiederzukehren. Die übrigen trennten sich endlich auch äußerlich von uns, bis auf Rößler und Laube, welche auch innerlich in Gesinnung und That uns verbunden blieben. Von Rößler ist bereits früher die Rede gewesen. Laubes Stellung war unter allen die peinlichste. Vertreter eines österreichischen Wahlbezirks, aber nach Geburt und Heimath ein Preuße, sah er selbst den Weg sich versperrt, den Rößler mit so ehrenhaftem Muthe betrat. Was man dort als Aufopferung des partikularen Interesses an das allgemeine hochschätzen mußte, das würde, so meinte wenigstens Laube, bei ihm als bloße Vertauschung des einen Partikularismus gegen den andern, als Unredlichkeit gegen seine Wähler, als Mißbrauch ihres Vertrauens erscheinen. So, durch Sympathien und Ueberzeugung zur Partei des Erbkaiserthums,

durch Pflichtgefühl zu den Oesterreichern hingezogen, sah sich Laube gehemmt und gelähmt in seiner parlamentarischen Thätigkeit gerade zu einer Zeit, wo er am liebsten, und gewiß mit Erfolg, in die allgemeinen Verhandlungen eingegriffen hätte. Bei der ersten Lesung der §§. 2 und 3 durfte er noch hoffen, durch einen aufschiebenden Antrag für Oesterreich Zeit zu gewinnen, damit es seine Stellung zum deutschen Bundesstaate selbst klar und bestimmt fixire. Aber nach der octroyirten Verfassung vom 4. März war keine Vermittlung mehr möglich; jetzt galt es nur noch die einfache Entscheidung: Bundesstaat, oder nicht? Für Laube, dem in politischen Dingen das poetische Gefühl keineswegs den nüchternen Verstand umdämmerte, war diese Entscheidung leicht, um so schwerer dagegen der Entschluß, trotz derselben als müßiger Zuschauer dem großen Entscheidungskampfe zuzusehen und nur im Club oder in sonstigen Privatberathungen seine Meinung und seinen Rath äußern zu dürfen. Lange konnte er Dies nicht aushalten, und so legte er sein Mandat unmittelbar vor der Abstimmung über den Welckerschen Antrag nieder. Laube ist ein guter Debatter, ein scharfer, denkender Kopf, der die politischen Verhältnisse nach großen Maßstäben zu combiniren sucht und überall auf feste, organische Gestaltungen dringt — daher eine wesentlich conservative Natur.

Der Württemberger Hof.

Wie schon erwähnt, war der Württemberger Hof, nachdem er früher bereits — das Schicksal aller Mittelparteien theilend — sich zweimal gespalten und nach links und rechts Schößlinge ausgesandt hatte, bei der österreichischen Frage vollends auseinandergefallen. Von dem Theile desselben, der sich zur großdeutschen Partei schlug, ist am betreffenden Orte die Rede gewesen, und ich hätte nur Einen hier nachzutragen, Herrn Kirchgeßner, der zwar in dieser und der Oberhauptsfrage mit der Mehrzahl seiner Landsleute aus Bayern stimmte, allein im Stillen — ein so guter Patriot und einsichtiger Politiker war er doch — von ganzem Herzen und mit manchem Stoßseufzer den Erbkaiserlichen den Sieg wünschte. Nachdem dieser Wunsch in Erfüllung gegangen, gab er bei der Kaiserwahl seine Stimme ohne Zagen dem König von Preußen, ebenso wie seine beiden Landsleute Paur und Reitmayr. Als im December vor. J. die Koalition zwischen der Linken und den Oesterreichern entstand, wäre es ihr beinahe geglückt, Kirchgeßner zum ersten Präsidenten zu erheben. Indeß siegte Simson mit wenigen Stimmen über ihn, und er mußte sich mit der Stelle des zweiten Vicepräsidenten begnügen. Dies Amt verwaltete er, wenn auch nicht mit besonderer Gewandtheit, doch mit anerkennenswerther Unparteilichkeit. Im Uebrigen war seine politische Wirksamkeit unbedeutend.

Wedekind, der einen angebornen Hang zum Zweifeln hatte, konnte die längste Zeit nicht ins Reine mit sich kommen, ob es angehe, einen Bundesstaat ohne Oesterreich zu errichten. Doch bekehrte er sich noch zur guten Stunde und stimmte für das Erbkaiserthum. Aber das Naturell läßt sich schwer besiegen, und so kam auch Wedekind nach der misglückten Berliner Sendung auf seine anfänglichen Bedenken zurück. Auf der Tribüne hatte er dasselbe Unglück, wie M. Mohl, daß nämlich die Versammlung Das, was er sagte und vorschlug, des Anhörens und der Beachtung weit weniger werth fand, als er selbst zu thun schien. Seine Aergerlichkeit darüber diente gewöhnlich nur dazu, die Unruhe und Heiterkeit in der Versammlung zu vermehren.

Der Oesterreicher Reitter, Makowiczka, Schneider und Groß, die dem Württemberger Hofe angehörten, ist früher schon rühmende Erwähnung geschehen.

Leiter und Beherrscher des Württemberger Hofs seit seiner zweiten Spaltung im October vor. J. war Zell aus Trier, ein merkwürdiger, schwer zu berechnender Charakter. Das rasch aufwallende rheinländische Blut, bei ihm noch erhitzt durch krankhaften Nervenreiz, stieg ihm rasch zu Kopfe und machte ihn dann zu jedem hastigen Entschlusse bereit, ruhiger Ueberlegung und Vorstellung abgeneigt. Aber diese Hitze war nicht von Dauer; die Spannung ließ nach, verwandelte sich wohl gar in Abspannung oder machte

doch einer ruhigeren Erwägung der Verhältnisse Platz. So stellte Zells ganzes Wesen, sein Auftreten im Club, in der Versammlung, im Verfassungsausschuß ein fortwährendes Widerspiel zweier Naturen dar, eines hastigen, oft bis zur Unbändigkeit leidenschaftlichen Gefühls, welches ihn so stachelte, daß er, wie man zu sagen pflegt, mit beiden Beinen hätte dreinspringen mögen, und dann wieder eines scharfen, klugen Verstandes, der recht wohl das Mögliche von dem Unmöglichen, das dem Vaterland Heilsame von dem ihm Verderblichen unterschied und jenem Gefühle Schweigen gebot. Charaktere dieser Art bringen es schwer zu einem wirksamen Eingreifen in den Gang der Ereignisse und zu einem wohlthätigen Einfluß auf ihre Umgebungen. Sie gleichen einem Truppenführer, der in tollkühner Hitze blindlings gegen den Feind vorsprengt, ohne zu bemerken, daß seine Leute ihm nicht gleich hastig folgen, und der dann wohl oder übel umkehren, sich auf das Gros der Armee zurückziehen muß, wenn er nicht versprengt und kampfunfähig gemacht sein will. Und Das wollte Zell ebensowenig, als blos in großen Worten mit dem Feinde scharmuziren, wie es der Linken Art war. Dieses hohle Scheinwesen, das immer mit Thaten renommirte, ohne es doch wirklich zu einer That zu bringen, dieses Haschen nach dem Beifall der blinden Menge — gleichviel, ob die allgemeine Sache darunter leide — das Alles war dem verständigen, tapfern und patriotischen Sinne Zells recht herz-

lich zuwider, und Keiner ließ so unbarmherzig wie er das volle Gewicht seines Spottes und seiner Verachtung wegen dieser Renommisterei auf die Linke niederfallen. Nicht minder unerbittlich war er gegen deren Rohheiten und Verletzungen der parlamentarischen Sitte, und so kam er selten aus dem Hader mit ihr heraus, selbst in solchen Perioden, wo er principiell mehr zu ihr, als zur Rechten, sich hinneigte. Der conservativen Majorität zürnte er, daß sie, wie er meinte, zu wenig energisch verfahre, schloß sich aber doch im entscheidenden Momente gewöhnlich, wenn auch widerstrebend, ihr an, weil es ihm aufrichtig darum zu thun war, daß Etwas zu Stande komme, weil er das bloße Negiren und Opponiren, ohne es besser zu machen, nicht leiden mochte. Er war für die Unterstützung des Ministeriums nach dem 18. September, tadelte auch seine Partei offen wegen ihrer Unbeständigkeit und ihrer häufigen Rückfälle in eine unzeitige Opposition, konnte sich aber doch nicht entschließen, mit in den Augsburger Hof überzutreten. So befand sich Zell fortwährend gleichsam in der Schwebe zwischen der Rechten, von der ihn sein Drang nach kühnem Handeln, und der Linken, von der ihn sein Verstand und sein sittliches Gefühl zurückstieß. Diese peinliche Stellung machte ihn oft verstimmt, gereizt, unlustig zur thätigen Betheiligung am parlamentarischen Leben. In der Versammlung verhielt er sich meist schweigsam; nur bisweilen, wenn die Parteien scharf an einander gerie-

then, fuhr er mit ein paar zürnenden oder schlichtenden Worten dazwischen. In den Parteiversammlungen machte er es fast ebenso. Hatte er lange still dagesessen, so erhob er sich plötzlich mit einer so feurigen und so heftig gesprochenen Rede, daß alles Vorhergesagte dagegen matt erschien und man meinte: er müsse in diesem stürmischen Anlauf Alles mit sich fortreißen und der schwebenden Frage sofort die letzte Entscheidung geben. Allein, wenn der erste, gleichsam physische Eindruck des gewaltigen Redestromes vorüber war und man zum ruhigen Nachdenken über den Inhalt des Gesprochenen kam, so zeigte sich häufig, daß doch damit die eigentliche Entscheidung noch nicht gewonnen, daß nur eine vorübergehende Wirkung auf das Gefühl und die Phantasie der Hörer erzielt sei. In den Kreisen, wo die Politik des Gefühls und der abstracten Grundsätze eine überwiegende Stimme hatte, wie im Württemberger Hof, war Zells Beredtsamkeit nicht ohne Einfluß und seine persönliche Autorität bedeutend. Man konnte ihn als den eigentlichen Typus dieser Partei betrachten, die auch durch ihr Gefühl und ihre Grundsätze nach links, durch verständige Berücksichtigung der thatsächlichen Verhältnisse nach rechts gezogen wurde und so, gleich ihrem Führer, in einem steten Zwiespalt mit sich selbst und häufigen Schwankungen ausgesetzt war. In der österreichischen Frage hatte Zell einen schweren Kampf mit sich zu bestehen; um sich nicht entscheiden zu müssen, ließ er auch seine Partei zu

keiner Entscheidung kommen, vertagte diese von einem Abend zum andern, bis zuletzt doch der Drang der Ereignisse ihn zu einem Entschlusse zwang. Er trat zur Kaiserpartei, aber innerlich mit sich uneins und sich selbst grollend, daß er seine demokratischen Grundsätze und die angeborne Abneigung des Rheinländers gegen preußisches Regiment der Nothwendigkeit zum Opfer bringe. Als in den ersten Tagen des Mai die Rheinlande und Westphalen, im Zorn über jene preußische Politik, welche sie um ihre deutschen Hoffnungen zu betrügen drohte, sich zu einer, wie es schien, nachdrücklichen Opposition erhoben, da eilte Zell hocherfreut nach Köln, präsidirte dem dortigen Städtetag und brachte dessen energische Beschlüsse triumphirend nach Frankfurt zurück. Jetzt glaubte er den Moment gekommen, wo der Nationalwille in seinem edelsten Aufschwunge sich erheben und die ihm frevelhaft entgegentretenden Mächte dynastischer Eigensucht und legitimistischen Uebermuths mit unwiderstehlicher Gewalt niederwerfen müsse! Für diesen Gedanken suchte er Gagern zu gewinnen; für diesen Gedanken kämpfte er im Nürnberger Hofe. Selbst der badische Aufstand brachte ihn davon noch nicht sogleich zurück; er hielt es für möglich, gerade dadurch, daß man von Frankfurt aus diese ganze Bewegung in starke Hand nehme, den Aufstand zu dämpfen, die unreinen Elemente auszuscheiden, die reinen von Verirrungen zurückzubringen. Um dazu thätig mitzuwirken, nahm er eine Sendung als Reichs-

commissar nach Baden an. Dort fand er freilich Manches anders, als er sich es gedacht hatte, und sein scharfer Blick ließ ihn richtig voraussehen, wohin es früher oder später kommen müsse. Bei seiner Rückkehr traf er die Nationalversammlung in voller Auflösung, die Linke bereit, nach Stuttgart überzusiedeln. Er ließ sie ziehen und blieb mit den Resten des Württemberger Hofes in Frankfurt zurück, um die weitere Entwickelung der Dinge abzuwarten. Mit ihnen erschien er auf der Versammlung zu Gotha, aber mehr denn je unwirsch über die Zumuthung, die man ihnen, den Anhängern des Princips der Volkssouveränetät, in der verlangten Zustimmung zur octroyirten Verfassung mache. Diesmal war sein harter Sinn nicht zu beugen; bei der Abstimmung über das Programm ließ er ein kurzes Nein! ertönen und trennte sich so in starrer Consequenz von der Partei. Was wollte er thun? welchen Weg wollte er einschlagen statt dessen, den er zurückwies? Das sagte Zell nicht, Das wußte er selbst kaum. Revolution predigen? Das war seine Absicht nicht. Abwarten? Vielleicht. Aber was? wie lange? Und bis dahin sich jeder Theilnahme an dem deutschen Einheitswerke entziehen, weil es nicht auf dem Wege zu Stande gekommen, den er, den auch die Gothaer Mehrheit noch immer für den besseren und berechtigteren hielt? Es wäre schade, wenn Zell um eines Rechtsbedenkens willen (das man ehren, selbst theilen kann, ohne ihm doch eine so weitgehende Kraft einzuräu-

men) seine tüchtigen Fähigkeiten und seinen redlichen Eifer dem Vaterlande auf wer weiß wie lange entziehen wollte.

Von Zells nächsten Landsleuten, Becker und Cetto von Trier, ging der Erste meist den gleichen Weg mit ihm, der Andere war ruhiger, nüchterner, obschon vernünftigen demokratischen Grundsätzen nicht weniger als Jener geneigt. Cetto war es, der in Gotha die Trennung R. Mohls und der Mehrzahl der Hannoveraner von der Partei Gagern verhinderte. Auch sein demokratisches Gefühl sträubte sich gegen den Beschluß, die Berliner Verfassung zu unterstützen, aber sein patriotischer Sinn ließ ihm keine Ruhe, bis er nicht allein selbst dem Programme beigetreten war, sondern auch die Andern zum Beitritt überredet hatte.

Zu diesen Dreien gesellte sich noch ein Vierter von der obern Mosel, der brave, treuherzige Böcking, der ebenso zu Cetto, wie Becker zu Zell stand.

Leue aus Coblenz, als Kenner und Förderer der öffentlichen, volksthümlichen Rechtspflege rühmlichst genannt, fand auch im Parlamente immer seine richtige Stelle da, wo es auf juristisches Wissen und Scharfsinn ankam. In rein politischen Fragen machte sein Verfahren den Eindruck des Unklaren, Dilettantenhaften. Werner, ein stiller Mann, ward gleich in den ersten Tagen der Versammlung bekannt durch seinen Antrag in der von Raveaux angeregten Frage der Concurrenz des deutschen Reichstags mit Ein-

zellandtagen. Er vertheidigte diesen Antrag mit Wärme und nicht ohne Gewandtheit. Seitdem hielt er sich zurückgezogen. Compes, der Freund und Gesinnungsgenosse Wiedenmanns, nur weniger ängstlich als dieser vor den Folgen demokratischer Grundsätze, darum leichter seinem Gefühle, das ihn zu solchen hinzog, folgend, war besonders ein unversöhnlicher Feind des unfreien altpreußischen Beamtenthums, seiner kleinlichen und treulosen Politik, die er auch noch in Gotha nachdrücklich und schlagend bekämpfte. Er trat aus der Versammlung vor der zweiten Spaltung des Württemberger Hofes. Guter Wille war bei Ziegert und Höfken nicht zu verkennen; was ihnen schadete, war bei Jenem eine unglückselige Eitelkeit, die sich in Schönrednerei auf der Tribüne und in einem Schaukelsystem bei den Abstimmungen verrieth, bei Diesem eine gewisse herbe Schroffheit und Schwerflüssigkeit der Gedanken und der Worte, die ihm öffentliches Reden fast unmöglich machte, seine politischen Ansichten aber oft auf eine bedenkliche Spitze des Bizarren und Unpraktischen hinaufschraubte. Höfkens Spezialität, der er besondern Eifer widmete, waren Fragen der internationalen und commerciellen Verbindung Deutschlands mit fremden Ländern.

Der Geschichtsgelehrte Ad. Schmidt aus Berlin machte sich wenig bemerkbar. Pfeiffer sprach mehrmals nicht ohne Wirkung und mit guter Gesinnung, doch widerstand auch er der Versuchung nicht, in seinen Reden und Abstim-

mungen bisweilen dem Götzen der Popularität ein Opfer darzubringen.

Tellkampf wurde der Versammlung unbequem durch seine, im Einzelnen oft werthvollen, aber in allzureicher Dosis gespendeten Belehrungen über amerikanische Zustände, zu denen er sich durch seinen mehrjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten berechtigt und verpflichtet glaubte. Sparsamer gegeben, wären dieselben gewiß mit Dank aufgenommen worden. Daß Drechsler sich von der Strömung der öffentlichen Meinung immer weiter und weiter nach links treiben ließ, wollte man zum Theil weiblichem Einflusse zuschreiben, wie denn überhaupt die Einwirkungen, welche die mitanwesenden Frauen der Abgeordneten auf ihre Männer, und zum Theil auch auf andere, ausübten, nicht gering anzuschlagen waren. Sorgfältige Beobachter dieser mitwirkenden Kräfte, welche deren ausschlaggebendes Moment in jedem einzelnen Falle ganz genau berechnen zu können vorgaben, versicherten, daß das Facit, welches dabei herauskomme, sehr entschieden zu Gunsten der Linken ausfalle.

Was Drechslers Landsmann, Kierulff, der vom Fünfzigerausschuß her immer eine consequente, zwar freisinnige, aber besonnene Haltung beobachtet hatte, eine Zeit lang so sehr in's Schwanken brachte, daß er z. B. jenes Manifest der Linken an die preußische Nationalversammlung mit unterschrieb, weiß ich nicht. Zum Glück dauerte diese

Schwankung nicht lange. Kierulff war unter Denen, welche am eifrigsten den Anschluß des Württemberger Hofes an die Kaiserpartei betrieben.

Von den Hannoveranern, die nach Ausscheidung der Westendhall noch im Württemberger Hofe verblieben, war Plaß leider zu kränklich, um seiner ganz tüchtigen inneren Gesinnung den gehörigen äußern Nachdruck zu verschaffen. Besser glückt Dies Grumbrecht, der mit seiner ausgiebigen Stimme und seinem kraftvoll männlichen Wesen eine eindringliche Wirkung von der Tribüne herab zu machen wußte, besonders wenn er tapfer und unerschrocken gegen Kurzsichtigkeit und Mangel an Patriotismus zu Felde zog. Seine Reden waren von tüchtigem Schrot und Korn, von einer Offenheit, die oft an Grobheit grenzte, zwar ohne hohen Ideenflug, aber mit einer guten Dosis praktischer Erfahrung und gesunden Menschenverstandes gewürzt. Grumbrecht war, was man einen „ehrlichen Kerl" zu nennen pflegt, dabei aber ein Hitzkopf, der gleich toll ward, wenn die Dinge nicht so gingen, wie er sich's gedacht hatte, und dann am liebsten gleich davon gelaufen wäre. Dies that er denn auch wirklich in Gotha, als die dortige Behandlung der Verfassungsfrage nicht nach seinem Sinne ausfiel. Ich bin aber überzeugt, daß Grumbrecht, wenn es auf's Aeußerste kommt, doch wieder der Partei von Gotha die Hand bieten wird zur gemeinsamen Rettung des Vaterlandes; möge es dann nur nicht zu spät sein!

Das gerade Gegentheil von Grumbrechts grobkörniger Derbheit war Mittermaiers schmieg- und biegsames Wesen. Von ihm ging die Rede: „er habe es zur Aufgabe seines Lebens gemacht, die Vermittlung zwischen Ja und Nein zu finden.“ In der Paulskirche fand er sie bisweilen wirklich, und zwar dadurch, daß er — ich habe es mehrmals mit eignen Augen angesehn — zweimal bei derselben Abstimmung, bei Probe und Gegenprobe, aufstand. Es war Das pure Gutmüthigkeit; Mittermaier konnte es nicht über's Herz bringen, wenn alle seine Nachbarn aufstanden und ihn zum Mitaufstehen drängten, es ihnen abzuschlagen; wenn dann aber ein Andrer ihn auf den Gegensatz seiner Abstimmung zu den von ihm anderwärts bekannten Grundsätzen aufmerksam machte, so ward die Stimme seines politischen Gewissens in ihm laut und zwang ihn auch wieder zum Aufstehen. In Wahrheit, solch' traurige Charakterschwäche und Unselbstständigkeit, wie Mittermaiers, gab es kaum zum zweiten Male in der ganzen Paulskirche! Und sie erschien bei ihm doppelt widerwärtig in Gesellschaft eines so colossalen Reichthums an Kenntnissen, Erfahrungen und Wissen jeder Art, wie Mittermaier sich dessen rühmen durfte. So schien er dazu ausersehen, als warnendes Beispiel zu dienen für den Satz, daß Wissen und Können zwei sehr verschiedene Dinge sind und daß eine übermäßige Ausweitung des Gedächtnisses fast immer nur auf Kosten des Charakters möglich ist.

Es war wirklich ein Jammer, diesen Mann zu sehen, der, ein Riese an Wissen, ein Kind im Wollen sich erwies, der heute Etwas anempfahl, weil er „Briefe“ bekommen hatte von „hochgestellten und berühmten Männern“ aus allen Welttheilen, die „dringend dazu riethen“, und morgen wieder sich für etwas Anderes verwandte, weil abermals „Briefe“ eingegangen waren oder weil er mündliche Nachrichten empfangen hatte, aus denen er, halb scherzhaft zwar, aber doch mit sichtbarer Herzensangst, prophezeite, daß, falls die Versammlung nicht Das oder Jenes gerade so beschließe, wie es das Volk verlange, die Abgeordneten bei ihrer Heimkehr unfehlbar „Prügel bekommen“ würden. Mittermaiers Präsidium beim Vorparlament ist gewiß Allen, die dieser Versammlung beiwohnten, noch in schauderndem Andenken. Als Arbeitskraft von einer Ausdauer ohne Gleichen und einer wahrhaft dampfmaschinenartigen Schnelligkeit des Arbeitens, als unfehlbare Autorität und lebendiges Repositorium für Thatsächliches auf den Gebieten der Gesetzgebung, des Verfassungsrechts, der Geschäftsordnung aller Länder der alten und neuen Welt, und zwar bis auf die einzelne Gesetzesstelle und die einzelne Paragraphennummer, war Mittermaier in den Ausschüssen ganz unschätzbar. Als Redner verdankte er derselben Reichhaltigkeit und Sicherheit seines Wissens manchen glücklichen Erfolg. Aber damit war auch Werth und Umfang seiner Wirksamkeit umschrieben; selbstständiges Voran-

gehen oder auch nur entschiedene, charaktervolle Parteinahme war ihm versagt. In der Oberhauptsfrage debütirte er mit der Idee eines „amerikanischen Präsidenten“, stieg dann allmälig hinauf zum lebenslänglichen Kaiser und entschloß sich ganz zuletzt, wenn schon unter Zittern und Zagen vor den „Prügeln“, die er in Baden sich drohen sah, für die Erblichkeit zu stimmen.

Die Neuwestendhall.

Nur den äußern Anstoß zur Trennung dieser Fraction von ihren bisherigen Parteigenossen gab die österreichische Sache — der Grund dazu lag tiefer, und früher oder später mußte die Scheidung erfolgen. Sie mußte erfolgen, sobald eine große, entscheidende Frage die Partei auf die Probe stellte: ob ihr das Vaterland mehr gelte, oder ein abstractes Princip, ob sie den Muth habe, unpopulär zu sein, um dem Volke wahrhaft zu dienen. Die, welche diese Probe glücklich bestanden, mußten sich von Denen trennen, welche darin unterlagen. Diese Letztern freilich klagten Jene des Wankelmuthes, der Verleugnung früherer politischer Ueberzeugungen an — mit Unrecht! denn jener Maßstab, womit man sich bisher die Volksfreiheiten zugemessen hatte, mußte jetzt einem andern weichen; nicht um einzelne Freiheiten und Rechte handelte es sich mehr, sondern um die Freiheit und das Recht im Allgemeinen, um das Recht des Volkes, wirklich ein Volk, eine Nation zu sein, nicht wieder nur

eine unfreie Masse in den Händen der Kabinette. Wer dieses Recht vernichten oder verkümmern half, der war, mochte er sich noch so sehr als Volksfreund und Freiheitsheld spreizen, ein Verräther an seinem Volk und Vaterland, entweder aus Blindheit, oder aus Schwäche, oder aus Eigensucht. Allerdings gehörte kein geringer Muth dazu, jene scharfe Grenzscheide zu überspringen, welche die Linke von der Rechten, die Männer der starren Principien von den Anhängern einer Politik der Thatsachen schied. Um so mehr Anerkennung gebührt Denen, welche einen solchen Muth aus ihrem warmen patriotischen Gemüth und aus ihrem besonnenen, nicht durch falsche Popularitätssucht und nicht durch unmännliche Gefühlsschwärmerei umnebelten Verstande schöpften.

Die Mehrzahl der Mitglieder von Neuwestendhall bestand aus Abgeordneten Hannovers, denen freilich bei diesem Entschlusse die Stimmung ihres Landes und der ernste, auf positive Resultate gerichtete Stammescharakter ihrer Heimath bedeutend zu Hülfe kam. Es verdient bemerkt zu werden, daß keiner von allen Hannoveranern auf der Linken (den einzigen Ahrens ausgenommen) auch dann noch auf dieser Seite verblieb, als es sich darum handelte, ob überhaupt Etwas zu Stande gebracht werden solle, oder nicht. Reden, Gravenhorst, Nicol, v. d. Horst, Lodemann und selbst der eigensinnige, schwer zu bekehrende Freudentheil — sie alle traten in jenem kritischen

Momente auf die Seite der Partei hinüber, welche, wie ihr verständig prüfender Sinn ihnen sagte, den einzig möglichen Weg zu einer wahren, die Kraft des Ganzen wie die Freiheit des Einzelnen verbürgenden Einheit Deutschlands verfolgte. Dieser ächtpatriotische Zug und dieser sittliche Ernst, der nicht blos Dies oder Jenes nicht wollte, sondern etwas Bestimmtes, Erreichbares wollte und mit voller Hingebung anstrebte, zeichnete die hannöverische Linke vor den meisten ihrer Meinungsgenossen aus andern deutschen Ländern aus und sicherte selbst Denen unter ihnen eine achtungsvolle Anerkennung, die in anderer Hinsicht zu der oder jener Ausstellung Anlaß gaben, wie Reden, der, bei einer schätzenswerthen Vielseitigkeit des Wissens, durch Eitelkeit und eine oft übelberathene Vielgeschäftigkeit sich zu allerlei Uebereilungen hinreißen ließ, oder wie Freudentheil, dessen verdienstliche politische Wirksamkeit in seinem engern Vaterlande und dessen redliches Streben auch in Frankfurt leider getrübt ward durch sein barockes, oft in's Komische fallendes Wesen.

Schwerer, als den Hannoveranern und den in gleicher oder noch günstigerer Lage sich befindenden Kurhessen und Preußen, Werthmüller und Eckert, muß es den Abgeordneten süddeutscher Landstriche und des damals gerade auf's Höchste exaltirten Sachsens gefallen sein, ihre bisherige Parteistellung auf der Linken mit einer neuen, theilweise entgegengesetzten zu vertauschen. Dies gilt von Federer aus Stuttgart, einem

milden und klaren Charakter, sowie von seinem ebenso wackern Landsmann Haßler aus Ulm, von den beiden Sachsen Hallbauer und Maukisch, endlich und namentlich von dem Frankfurter Jucho, dem seine Wählerschaft tagtäglich im eigentlichsten Sinne des Wortes auf dem Nacken saß und für jede Abstimmung, die nicht nach ihrem Geschmacke war, ihre souveräne Misbilligung von der öffentlichen Gallerie herab auf die unzweideutigste Weise zu erkennen gab. Mochte Jucho früher bisweilen allzu nachgiebig gegen diesen Gewissenszwang gewesen sein, so bot er jetzt, in dem letzten, entscheidendsten Stadium der Verhandlungen, um so standhafter und muthiger demselben Trotz.

Als Führer der Neuwestendhall galt Reh von Darmstadt, ein höchst ehrenwerther, offener und edler Charakter von sittlichem Ernst und aufrichtigem Streben für des Volkes und Vaterlandes Wohl, welcher daher immer nur mit halbem Herzen und nicht ohne häufige Skrupel seines hellen Verstandes und seines patriotischen Gemüths der Linken angehört hatte, welcher derselben jederzeit entschieden entgegengetreten war, so oft sie die Sache der Demokratie durch unreine Motive oder unehrenhafes Betragen befleckte, und welcher deshalb bei allen Theilen des Hauses in wohlverdientem Ansehen stand. So fand er denn auch bei seinem Uebertritt zur Kaiserpatei im Weidenbuschverein eine auszeichnende Stellung und ward durch ihn zuerst zum Vicepräsidenten, dann, an Simsons Stelle, zum Präsidenten

der Versammlung erhoben. Die Linke, gegen die man sich durch diese Wahl eines ihr der Gesinnung nach Nahestehenden versöhnlich zu zeigen glaubte, war damit und mit Rehs Amtsführung als Vorsitzender nicht besonders zufrieden. Um so mehr entsprach letztere allen gerechten und unparteiischen Erwartungen — Reh zeigte sich als gewandter, würdevoller, leidenschaftsloser und doch energischer Präsident, dem nur eine größere Kraft und Klarheit der Stimme zu wünschen gewesen wäre. Eine hervorragende politische Capacität war Reh nicht, aber ein Mann von Einsicht, klarem Verstande und entschlossenem Muthe, der zur rechten Zeit das rechte Wort um so kräftiger und eindrucksvoller zu sprechen wußte, als er niemals ohne Noth und zur bloßen Befriedigung seiner Eitelkeit sprach. Unvergessen ist mir, wie bei einer Conferenz einer Deputation des Fünfzigerausschusses mit einer Deputation des Bundestags und der Vertrauensmänner, an demselben runden grünen Tische, wo so viele volksfeindliche Beschlüsse gefaßt worden waren, Reh in geharnischter Rede gegen Welcker sich erhob, als dieser die Souveränetät der künftigen constituirenden Nationalversammlung in Frage zu stellen schien. Hei! was da jene Wände, die so oft Worte des Hohns und der Verachtung gegen den Volkswillen gehört haben mochten, von den feurigen Klängen widerhallten, in denen Reh die Würde und Berechtigung des Nationalwillens, das Verbrecherische und Gefährliche einer Antastung desselben, die Heiligkeit

der Errungenschaften unserer Märzbewegung mit dem edlen Eifer eines wahren Patrioten und Volksfreundes schilderte! Welcker suchte einzulenken, und der Vorsitzende des Bundestags, Graf Colloredo, rief beschwichtigend mit dem Anschein aufrichtigster Ueberzeugung uns zu: „Aber, meine Herren! halten Sie es denn nur für möglich, daß in Deutschland jemals wieder eine Reaction eintreten könne?“ Das war im April 1848.

3) Die vereinigte Linke.

Die „vereinigte Linke“, wie sie sich nannte, bestand aus den drei Clubs: Westendhall, Deutscher Hof und Donnersberg (den Nürnberger Hof, als eine blos äußerliche und vorübergehende Abzweigung des Deutschen Hofs, will ich nicht besonders aufführen). Von diesen dreien waren Deutscher Hof und Donnersberg, welche ursprünglich einen einzigen Club bildeten, auch nach ihrer Trennung schon frühzeitig wieder bei verschiedenen Gelegenheiten auf's Engste Hand in Hand gegangen. Die

Westendhall

schien anfangs eine selbstständige Stellung zwischen der eigentlichen Linken und dem linken Centrum (Württemberger Hof) behaupten zu wollen; sie nannte sich die „rationelle Linke“, wahrscheinlich um anzudeuten, daß sie zwar die demokratischen Grundsätze der Linken zu den ihrigen mache, aber nicht in der rohen Form und mit den gewalt-

thätigen Consequenzen, welche dieselben unter den Händen der andern beiden linken Fractionen so häufig erhielten. Freilich beruhte diese Unterscheidung zum Theil auf einer Selbsttäuschung. Indem die Westendhall sich mit der Linken auf den gemeinsamen Boden eines abstracten Princips, der „Autonomie des Volkswillens" oder der „Selbstregierung der Nation", stellte, mußte sie fast nothwendig auch allen den Consequenzen verfallen, welche ein solches abstractes Princip in seiner unerbittlichen Selbstentwicklung mit sich führt. Denn wo hat die Consequenz ihre logische Grenze, sobald man sich einmal über die äußerliche Grenze der positiven Thatsachen hinwegsetzt oder dieser doch nur eine sehr zweifelhafte Berechtigung einräumt? Der Württemberger Hof hatte wenigstens noch den Willen, sich auf den Standpunkt einer Politik der Thatsachen zu stellen, wenn er auch diesem Vorsatz in der Praxis vielfach untreu ward. Die Trennung der Westendhall von ihm war zum Theil die Folge davon, daß die Dissidenten sich durch diese im Club überwiegende Rücksichtnahme auf Thatsächliches genirt fühlten. Daher kam es, daß Westendhall je länger je mehr der eigentlichen Linken sich näherte, ja in gewissen Perioden und bei gewissen Fragen ihr an Heftigkeit und Schroffheit des Auftretens kaum nachstand. Der Fanatismus des abstracten Princips war fast nirgends so mächtig, als in dieser „rationellen Linken."

Ich habe so eben einen Grund für die Trennung der

Westendhall vom Württemberger Hof angegeben. Aber Das war nicht der einzige. Persönliche Beweggründe wirkten mit. Es gab unter den Mitgliedern des Württemberger Hofs mehrere Ehrgeizige, welche den Club zu beherrschen gehofft hatten und sich in dieser Hoffnung getäuscht sahen, da die Mehrzahl ihrer Parteigenossen zwar gern besserer Ueberzeugung sich unterordnete, nicht aber persönlicher Autorität blindlings zu gehorchen oder gar persönlichen Zwecken zum Werkzeug zu dienen geneigt war.

Einer von diesen Ehrgeizigen, vielleicht der Ehrgeizigste unter Allen, wenigstens Der, dessen Ehrgeiz sich am Ungeduldigsten geberdete, war Schober. Das Ziel seines Ehrgeizes lag indeß weniger innerhalb der Paulskirche, als außerhalb derselben. Daß ich es mit einem Worte sage: Schober wünschte und hoffte, an Römers Stelle Premierminister in Württemberg zu werden. Dazu sollte ihm die Nationalversammlung verhelfen. Römer war der Minister der Bourgeoisie; Schober wollte sich auf die weitern Schichten des Volkes stützen. Deshalb, und weil ihm für seine Absichten eine Verdrängung der bestehenden, ihm zu gemäßigten Volksvertretung Württembergs durch eine neue, ganz demokratische nothwendig erschien, drang Schober mit einer so unbändigen Hast auf die rascheste Vollendung der Grundrechte und besonders gewisser Theile derselben. Es ist ihm auch wirklich geglückt, in Verfolgung dieses Weges, immer mit dem einen Fuße in Frankfurt, mit dem andern in

Stuttgart stehend, die Berufung einer constituirenden Versammlung für Württemberg zu erreichen, und der Ausfall der Wahlen dazu könnte seine Wünsche wohl zur Reife bringen, wenn nicht etwa das von ihm in Schwung gesetzte Rad seiner Hand entrollen und ganz wo andershin laufen möchte, als er gewollt. Um Württemberg vollends zu demokratisiren und durch die siegreiche Demokratie sich an's Staatsruder emporzuschwingen, unterstützte Schober lebhaft die Bestrebungen des Märzvereins. Endlich aber glaubte er der Erreichung seines Zieles ganz nahe zu rücken, wenn er es dahin brächte, daß die Nationalversammlung nach Stuttgart übersiedelte, denn, so calculirte er, Römer müsse dann sofort mit der Versammlung in Conflict kommen; die Demokratie in Württemberg werde sich dieser letztern annehmen und so werde Römer abtreten und ihm den Platz räumen müssen. Auch Das kam freilich anders, als er gedacht; Römer behauptete sich, die Versammlung mußte weichen, und Schober mit ihr. Schobers bekannter Antrag auf Verminderung der Civillisten hatte ebenfalls, neben dem directen Zweck, den Antragsteller populär zu machen, noch den indirecten, Römer in Verlegenheit zu bringen, der als Minister nicht wohl dem Antrage beistimmen, ebensowenig aber sich blos schweigend dazu verhalten konnte, also gegen einen so populären Vorschlag auftreten mußte.

Diese Vermuthungen über Schobers Charakter und Absichten sind nicht blos die meinen; sie sind mir von

Landsleuten Schobers, die ihn genau aus längerer Beobachtung kannten, die zum Theil mit ihm lange Zeit auf gleichem politischen Standpunkte gestanden hatten, mitgetheilt und durch manche andere Züge aus dessen politischem Leben bestätigt worden.

Mit Hülfe jenes Popularitätsterrorismus, dem die württembergischen Abgeordneten überhaupt unterlagen, zog Schober auch solche von seinen Landsleuten in seine Bahnen mit fort, die eigentlich ihrer Gesinnung nach nicht zu ihm gehörten. Männer, wie der alte Schott, Römers Schwiegervater, und Murschel, eines der Häupter der gemäßigten liberalen Partei in Württemberg, wagten nicht, seinem Einfluß sich zu entziehen. Vischer von Tübingen, der bekannte Philosoph und Aesthetiker, in der Politik ein bloßer Dilettant, ward ohnehin durch den eignen, unklaren Gefühlsdrang, der immerfort Etwas „für's Volk" thun wollte, ohne doch zu wissen, was? und wie?, zu einem willkommenen Werkzeug für Schobers Pläne gemacht. Erst da, als Schober, die letzte Grenze der Mäßigung überspringend, durch sein Drängen auf Verlegung der Nationalversammlung nach Stuttgart die Fackel des Bürgerkrieges mit muthwilliger Hand in sein engeres Vaterland schleuderte, trennten sich nicht blos die Vorgenannten, sondern selbst solche württembergische Abgeordnete von ihm, welche eigentlich noch viel weiter links standen, als er — ein deutlicher Beweis, daß nur die Verblendung persönlichen Ehrgeizes ihm

einen solchen, für seine Heimath so gefahrdrohenden Entschluß eingeben konnte!

Wie in Schober die Ungeduld eines strebenden und hoffenden, so lebte in H. Simon aus Breslau die Bitterkeit eines gekränkten, zurückgesetzten Ehrgeizes. Der Verfasser der epochemachenden Schrift: „Annehmen oder Ablehnen?“, der mannhafte Vertheidiger richterlicher Unabhängigkeit mochte wohl erwartet haben, daß nach dem Umschwunge des März, welcher die von ihm vertretenen Grundsätze legitimirte, er, der für jene Grundsätze Opfer gebracht und Verfolgungen erduldet hatte, nun auch an der Durchführung derselben und am Mitgenusse ihrer siegreichen Macht Theil haben werde. Das geschah aber nicht. Das Volk zwar gab ihm seine Dankbarkeit und sein Vertrauen zu erkennen, indem es ihn zuerst zum Vorparlament, dann in mehrfacher Wahl zur Nationalversammlung abordnete; die Regierung dagegen that nichts, um die Kränkungen, die er unter dem alten System erlitten, gutzumachen, um seinen Eifer und seine bedeutenden Talente bei der Neugestaltung des Staats zu benutzen. Freilich war es H. Simon gewesen, der, an der Spitze der Breslauer Deputation, welche am 21. März die Wünsche des Volkes vor den Thron brachte, dem Könige jenes herbe Wort zugerufen hatte, wohl das stärkste, was selbst in den Tagen des März an fürstliche Ohren erklungen: „Majestät, erfüllen Sie rasch und vollständig diese Wünsche! Dann wird Ihnen vielleicht

Ihr Volk verzeihen". War wohl zwischen Männern, die sich so gegenübergestanden hatten, jemals eine Annäherung möglich? Keine geringe Ueberwindung mag es daher dem stolzen und starren Sinne H. Simons gekostet haben, als er seinem gekränkten Selbstgefühl und seinen streng demokratischen Grundsätzen den schweren Entschluß abrang, für die Erhebung Friedrich Wilhems IV. zum Kaiser der Deutschen zu stimmen. Leider that er Dies unter Umständen, welche wesentlich dazu beitrugen, den parlamentarischen Sieg, den die Erbkaiseridee in der Paulskirche feierte, außerhalb derselben, an der Stelle, wo die letzte Entscheidung dieser Frage lag, in eine um so traurigere Niederlage zu verwandeln. Es ist kaum zu bezweifeln, daß, hätten H. Simon und seine Freunde für den Welckerschen Antrag gestimmt und diesem die Mehrheit verschafft, damals eine günstigere Antwort von Berlin erfolgt wäre. Weil H. Simon nicht den Muth und die Selbstüberwindung hatte, Das, was zu thun er doch als „Pflicht gegen das Vaterland" erkannte, ganz und zur rechten Zeit zu thun, war das Opfer seiner Grundsätze, welches er brachte, ein erfolgloses. Gerade diese Erfolglosigkeit aber eines Entschlusses, der ihm so schwer geworden, erfüllte Simons ohnehin reizbares und gereiztes Gemüth mit verdoppelter Bitterkeit. Er war der Consequenz seiner Grundsätze untreu geworden, er hatte für den Erbkaiser gestimmt, „um dem Volke die ungeheure moralische Niederlage der unmittelbar bevorstehenden Oc-

troyirung seitens der Fürsten zu ersparen" — und nun sollte diese Octroyirung dennoch kommen, nun wollte man — denn daran war kein Zweifel — die demokratischen Elemente aus der Verfassung entfernen und nur die monarchischen übriglassen! Simons ganzer demokratischer Stolz, sein ganzes glühendes Rechtsbewußtsein flammte hoch auf — jetzt war er zum Aeußersten entschlossen; jetzt, zum zweiten Male, durfte von Nachgiebigkeit, von einem Vergleich zwischen Demokratie und Monarchie nicht die Rede sein — reute ihn doch jener erste genug! — jetzt mußte der Rubicon überschritten, jetzt mußten die Schiffe verbrannt werden. Und so ging H. Simon nicht allein mit nach Stuttgart, sondern ließ sich auch in die Reichsregentschaft wählen und war, wie man hörte, unter seinen Collegen Der, welcher am Entschiedensten auf energische Maßregeln drang.

Simon ist kein politischer Kopf; seine hervorragenden Eigenschaften sind ein scharfer juristischer Verstand und ein von diesem Verstande ganz beherrschter, starker und fester Wille. Sein „Annehmen oder Ablehnen?" war keine staatsmännische Schrift, sondern das Plaidoyer eines scharfsinnigen, bisweilen auch etwas rabbulistischen Advocaten. Die vormärzlichen Zustände Preußens, die eine praktisch wirksame Thätigkeit der freisinnigen Partei nicht zuließen, hatten ihn, wie so Viele, auf eine blos theoretische Opposition gegen die Regierung angewiesen, hatten ihn gewöhnt, alle Consequenzen dieser Opposition mit unerbittlicher Logik zu

ziehen, ohne sich viel darum zu kümmern, ob dieselben praktisch durchführbar seien und was aus ihrer Durchführung entstehen würde. Möge kommen, was da wolle, wenn nur der ungerechte Machtgebrauch der Regierung, wenn nur der übermüthige Trotz der Reaction gebrochen werde — Das war Simons Wahlspruch. So wird es erklärlich, wie Simon bei der Krisis im November vor. J. einseitig für die Berliner Versammlung Partei nehmen, wie er sich mit ihr identificiren konnte, blind gegen das Unrecht und die Uebertreibungen, die auf ihrer Seite stattfanden. Wenn er damals im edlen Zorne sich erhob, um das Verfahren der preußischen Obergerichte in der Octroyirungsfrage von der Tribüne herab „vor ganz Deutschland als ein Zeichen schmachvoller Servilität hinzustellen", so stand Das ihm, den man, wie Vincke sagte, „längere Zeit hindurch in Preußen als die Personification des Rechts betrachtete", ganz wohl an; aber warum hatte er nicht den gleichen strafenden Blitz für die Servilität der Gerichte nach unten, für jene Erlahmung der Justiz, für jene Straflosigkeit der Verbrechen, die fast ein halbes Jahr lang in Preußen herrschte?

H. Simon besaß ein starkes Selbstgefühl und strebte daher auch in der Versammlung nach einer auszeichnenden Stellung, obschon er, in vornehmer Zurückgezogenheit schweigsam verharrend, nichts that, um eine solche zu verdienen. Einigemal schien er der Erfüllung seines Wunsches

nahe zu sein, da die Linke ihn zu ihrem Candidaten für eine der Präsidentenstellen erkor. Die zweifelhafte Unterstützung, welche diese Candidatur beim Württemberger Hofe fand, dem damals Simon noch angehörte, war vielleicht einer der Hauptgründe, die seinen Austritt aus dieser Partei veranlaßten. Später, als die Linke durch ihre Vereinigung mit den Großdeutschen über eine Stimmenmehrheit gebot, hätte Simon reüssiren können, allein er war zu stolz, um seine Erhebung einer Koalition zu verdanken, die er vom Anfange an bekämpft hatte.

Simons Einfluß in der Partei war nur ein beschränkter. Sein Stolz und eine gewisse Indolenz, wohl die Folge von Kränklichkeit, verhinderten ihn, jene Thätigkeit zu entwickeln, welche das nothwendige Erforderniß eines einflußreichen Parteiführers ist. Nur eine kleine Zahl von Landsleuten hielt fest zu ihm. Dahin gehörten: sein Vetter Max Simon, Rappard, Paur von Neisse, Graf Reichenbach u. A. Temme, dessen Eintritt in die Versammlung von der Linken wie ein Ereigniß gefeiert ward (brachte er doch den Nimbus des Steuerverweigerungsbeschlusses und der deshalb erduldeten Verfolgung mit), überbot seinen Freund H. Simon an Starrheit der Grundsätze, folgte daher auch seinem Beispiel nicht, als Jener auf die Seite des Erbkaiserthums trat.

Welche Phasen des politischen Einflusses und der Popularität hat Raveaux in dem engen Zeitraum eines

Jahres durchlaufen! Sein parlamentarischer Ruf datirt von jenem denkwürdigen Momente beim Vorparlamente, wo Hecker und sein Anhang im stürmischen Zorn die Paulskirche verließen. Damals trat er, mitten in der dadurch entstandenen Verwirrung, auf die Tribüne, erklärte, daß er zwar mit den Ausgetretenen gestimmt habe, dennoch aber geblieben sei, weil er „denjenigen für den freisinnigsten Mann halte, der seine individuelle Meinung der Mehrheit unterwerfe", und forderte alle Die, welche in gleichem Falle mit ihm wären, auf, sich zum Zeichen Dessen von ihren Sitzen zu erheben. Dieses ehrenhafte Verfahren, sowie die geschickte Entschlossenheit, womit Raveaux im entscheidenden Augenblicke der Versammlung die rechte Haltung wiedergab, ja eine erhöhte Stimmung in ihr hervorbrachte, machte den günstigsten Eindruck. Der Präsident dankte ihm „für das Zeugniß, das er abgelegt", und Herr Schaaf von Mannheim, vormärzlichen Andenkens, votirte ihm sogar den Dank „nicht blos der Versammlung, sondern des ganzen Vaterlandes." Beim Beginn der Nationalversammlung erfaßte Raveaux abermals den günstigen Moment zu einem entscheidenden parlamentarischen Erfolge. Sein Antrag über das Verhältniß der Einzellandtage zur Reichsversammlung machte seinen Namen überall in Deutschland genannt, und die Geschicklichkeit, womit er auch diesmal im rechten Augenblicke das rechte Wort sprach und die Verhandlungen zu einem versöhnlichen und förderlichen Ab-

schluß brachte, verschaffte ihm einen sichern, weitreichenden Einfluß in der Versammlung. Seitdem galt es als ausgemacht, daß Niemand so erfolgreich die Rolle eines Vermittlers zwischen der Linken und der Rechten übernehmen könne, als Raveaux. Zwar gehörte er der Linken nicht an, hatte vielmehr sich zum Stifter eines linken Centrums gemacht; allein die Linke hörte gern auf ihn, weil sie seiner Sympathien für alles Demokratische sicher war; seine eigne Partei hing mit Liebe an ihm, mehr noch um seiner persönlichen, als um seiner politischen Eigenschaften willen; die Rechte aber schätzte ihn wegen seines besonnenen und versöhnlichen Auftretens und wegen einer gewissen Ritterlichkeit seines Wesens, dem der Stempel körperlichen Leidens, welcher seiner Gestalt und den edelgeformten Zügen seines Gesichts aufgedrückt war, nur noch ein höheres Interesse verlieh. Kurz: Raveaux war der „Löwe" des Parlaments. Wer anders als er hätte vermocht, jene fast einmüthige Erhebung der Versammlung zu bewirken, durch welche diese, seiner Aufforderung Folge leistend, ihre brüderlichen Gesinnungen für die französische Republik aussprach? Die Deputation nach Wien, zur Einholung des gewählten Reichsverwesers, deren Mitglied Raveaux war, brachte seine Popularität auf ihren Gipfel. Raveaux besaß in hohem Grade jene volksthümliche, zugleich zum Herzen, zur Phantasie und zum gesunden Menschenverstande sprechende Beredsamkeit, wie sie dem lebhaften,

phantasiereichen Rheinländer überhaupt eigen ist, ihm aber aus langer Uebung öffentlichen Sprechens (er war seit Jahren Präsident eines Carnevalsvereins) besonders geläufig war. Für dieses Talent bot der Jubelzug der Deputation reiche Triumphe. Besonders dem gemüthlichen Wiener stand von allen Mitgliedern der Deputation keines so nah, war keines so rasch befreundet, als der gemüthliche Kölner, der Mann des Volkes, der zugleich in seiner Erscheinung den gedienten Soldaten verrieth (Raveaux focht unter den Christinos in Spanien), dem auch der Erzherzog Johann mit besonderer Gunst und Vertraulichkeit sich zuneigte. Als Raveaux krank in Wien zurückbleiben mußte, wetteiferten die Damen der Kaiserstadt in seiner Pflege, kamen fast Tag für Tag Deputationen, sich nach seinem Befinden zu erkundigen. Nach seiner Genesung ging er, um sich zu erholen, nach Köln. Im Triumphe ward er hier vom Volke, von der Bürgerschaft empfangen; keinem Fürsten hatte Köln seit langer Zeit solche Ehren erwiesen. Bald darauf ernannte ihn das Reichsministerium zum Gesandten der neuen Centralgewalt in der Schweiz. Man glaubte keinen bessern Vertreter zu dem republikanischen Nachbarvolke senden zu können, als ihn. Hier aber trat für Raveaux's politischen Ruf ein gefährlicher Wendepunkt ein. Nicht blos geschäftliche Gewandtheit, sondern auch der politische Takt ward an ihm vermißt, auf den der republikanische Schweizer im diplomatischen Verkehr ebenso

gut hält, wie irgend ein anderes Volk. Compromittirender noch war für ihn, daß er in einer Zeit, wo die offenkundigen Vorbereitungen der Flüchtlinge in der Schweiz zu einem neuen Einfall in Deutschland die ganze Wachsamkeit des Gesandten der Centralgewalt in Anspruch nahmen, von seinem Posten sich entfernte, um in Frankfurt bei den Verhandlungen des 16. Septembers, also in einer Kabinetsfrage, gegen das Ministerium zu stimmen, ja daß er sogar in öffentlichen Versammlungen dessen Politik auf's Heftigste angriff, ohne doch den Auftrag, den er ihm verdankte, in seine Hände zurückzugeben, bis endlich ziemlich bestimmte Aufforderungen ihn dazu zwangen. So trat Raveaux in die Versammlung zurück. Aber auch hier waren die Zeiten seines Glanzes vorüber. Die chevalereske Romantik einer Politik, welche ihre Hauptstärke in schwungvollen Effekten fand, hatte sich überlebt und hielt nicht Stand vor dem kalten Ernst der Thatsachen, die der Versammlung täglich härter auf den Leib rückten, vor der schroffen Scheidung der Parteien, die nicht mehr durch eine klangvolle Phrase zu versöhnen waren. Raveaux selbst warf sich nun ganz auf die linke Seite. Er begriff wohl, daß sein Ansehen bei der conservativen Partei immer nur ein vorübergehendes sein konnte und jetzt ein vorübergegangenes war; zugleich bemerkte er, wie seine Popularität nach der andern Seite hin in Gefahr stand, durch entschiedenere Nebenbuhler verdunkelt zu werden. In Köln

selbst war sein Einfluß schon zum größern Theile geschwunden. Da verließ ihn jene ruhige Gemüthlichkeit und instinctive Sicherheit, die immer unter ihren Füßen die breite und feste Grundlage der öffentlichen Meinung, der Volkssympathien fühlte; er ward hastig, überstürzend, unmuthig. Seine Eitelkeit und sein Ehrgeiz, je mehr sie ihre gewohnte Befriedigung vermißten, jagten um so mehr mit krankhafter Reizbarkeit einer ungewöhnlichen nach — Raveaux fühlte in sich Etwas von einem „Dictator Deutschlands". War er doch schon Vorstand sämmtlicher Märzvereine, also der ganzen organisirten demokratischen Partei! Seine Wahl zum Mitgliede der Regentschaft in Stuttgart gewährte ihm das Ersehnte wenigstens dem Namen nach — freilich ohne die Macht, die er sich geträumt haben mochte. Jetzt lebt Raveaux als Flüchtling unter dem Schutze desselben Staates, bei welchem er einst als Gesandter der Centralgewalt Deutschland repräsentirte.

Venedeys Ansprüche flogen nie so hoch, als die der Vorgenannten; er hatte daher auch weniger persönliche Enttäuschungen zu erfahren, höchstens die allgemeine, daß man es grundehrlich mit seinem Vaterlande meinen, dazu auch 18 Jahre im Auslande Politik studirt haben kann, ohne doch im Stande zu sein, ein zerrissenes und politisch verkommenes Volk mit einem Hutschwenken und Vorwärtsrufen im Fluge zu einer einigen, freien und starken Nation zu machen. Thät's der gute Wille und die aufrichtige Ge-

sinnung allein, sicherlich hätte es Venedey zu Stande gebracht. So aber ward sein ewiges Mahnen und Belehren, sein Pochen auf die achtzehnjährige Erfahrung im Auslande, das Monopol der Ehrlichkeit und des Patriotismus, welches er zu beanspruchen schien, auf die Länge nur unbequem und verdrießlich. Venedey wäre wohlberathen gewesen, wenn er seine parlamentarische Laufbahn mit dem Vorparlament oder dem Fünfzigerausschuß abgeschlossen hätte. Damals stand es ihm schön, als er, der eben erst aus der Verbannung Zurückgekehrte und mit dem Nimbus des ächten deutschen Patrioten, den er auch unter Fremden nie verleugnet hatte, Geschmückte, sich muthig und besonnen den gefährlichen Anträgen Heckers entgegenwarf, als er dann wieder seine warme und gefühlvolle Stimme für die arbeitenden Classen erhob. Für den weiteren Horizont staatsrechtlicher und staatsmännischer Erwägungen, welcher der verfassunggebenden Versammlung sich erschloß, war Venedeys politischer Ideenkreis zu eng, und, um immer nur auf einer Saite zu spielen, muß man wenigstens ein Paganini sein.

Für die übrigen Mitglieder der Westendhall genügen wenige Züge. Claussen, einst ein gefeierter Vorkämpfer der Freiheit und Nationalität im Ständesaal zu Itzehoe, der Freund und Gesinnungsgenosse Olshausens, zeigte sich in Frankfurt wider Erwarten ziemlich unbedeutend und, je länger, desto unbedeutender. Auch ihm schien der

weite Gesichtskreis größerer politischer Verhältnisse den klaren Blick zu rauben und einen Schwindel zu verursachen, der ihn taumelnd der Linken in die Arme warf. Noch unbedeutender, aber noch aufgeregter war Claussens Landsmann, Engel von Pinneberg. Claussen ermannte sich wenigstens noch im letzten Momente und stimmte, damit doch Etwas zu Stande komme, für das Erbkaiserthum; Engel verharrte auch da noch in seinem Eigensinn des Regirens.

Eine ähnliche Täuschung der Erwartungen fand statt bei W. Schulz aus Darmstadt. Der bekannte geist- und kenntnißreiche Schriftsteller, welcher vor Jahren den Absolutismus und den Militärzopf in Deutschland, dann wieder, als Flüchtling in der Schweiz, den nebelhaften Humanismus Ruges mit ebensoviel Muth als scharfem Spott bekämpft hatte, trat hier fast nur in der Rolle eines Sonderlings und Schwärmers auf mit ungeheuerlichen Anträgen, deren handgreifliche Unausführbarkeit bisweilen die ganze Versammlung und ihn selbst unwillkürlich zum Lachen zwang. Sein Namensvetter aus Weilburg hatte sich die Kolonisation der Donauländer zu seinem parlamentarischen Stecken- und Paradepferde erkoren. Die beiden Kurhessen Hildebrand und Schwarzenberg waren ebenfalls mehr auf volkswirthschaftlichem, als auf politischem Gebiete thätig.

Der Deutsche Hof und der Donnersberg.

Die Linke und die äußerste Linke waren, wie schon erwähnt, durch eine so feine Grenze geschieden und flossen so häufig in einander, daß eine gemeinschaftliche Schilderung beider in ihren Persönlichkeiten angemessener erscheint, als eine Trennung. Ein besonderer Grund tritt hinzu. Die Mitglieder dieser beiden Parteien waren mit ihrer Wirksamkeit ebensosehr, ja mehr noch dem draußenstehenden Volke, als der Versammlung in der Paulskirche zugekehrt. Diese Wirksamkeit nach außen aber war vorzugsweise nach den einzelnen Ländern abgezweigt, zu welchen hin und von welchen zurück sich die mannigfachen Fäden spannen, die in Form von Adressen, Manifesten, Ansprachen u. s. w. eine lebhafte Verbindung zwischen der Linken zu Frankfurt und ihren Parteigenossen in der Heimath unterhielten. Nirgends mehr als bei der Linken dürfte daher eine Berücksichtigung des Stammescharakters und eine gruppenweise Charakterisirung nach Landsmannschaften am Platze sein. Eine solche aber greift nothwendig über die feinen Schattirungen zwischen Deutschem Hof und Donnersberg hinüber, welche ohnehin für das größere und entfernter stehende Publikum sich bis zur Unkenntlichkeit verwischten. Ebensowenig trenne ich von beiden den Nürnberger Hof, und ich erwähne letzteren nur deshalb hier nochmals, um aufmerksam zu machen, daß man diesen Ausläufer des Deutschen Hofes — zu

welchem Eisenstuck, Löwe, Kolb, Roßmäßler u. A., überhaupt etwa ein Dutzend Mitglieder gehörten — nicht verwechseln möge mit der gleichnamigen Fraction, die gegen das Ende des Parlaments sich vom Weidenbuschverein abzweigte und die Mitglieder des Württemberger Hofes und der Neuwestendhall nebst einzelnen Elementen des Landsberg und des Augsburger Hofes in sich vereinigte.

So lange die Linke ungetrennt im Deutschen Hofe tagte, war Blum ziemlich unbestritten das Haupt derselben. Er hatte hinter sich eine starke, ihm fast blindlings ergebene Landsmannschaft und vom Vorparlament und Fünfzigerausschuß her den Ruf eines bedeutenden Redners und Parteiführers. Höchstens mußte er seine Herrschaft mit Vogt theilen, der ebenfalls schon beim Vorparlament sich hervorgethan und durch die kecke, leichte, witzsprudelnde Art seiner Beredtsamkeit mit der mehr pathetischen, wuchtend nachdrücklichen Blums glücklich wetteiferte. Beide Männer besaßen, wie das Bedürfniß, so die Fähigkeit des Herrschens, der Leitung einer Partei in hohem Grade. Diese Fähigkeit beruhte, nächst ihren hervorragenden parlamentarischen Talenten, hauptsächlich in dem Schein aufrichtiger, uneigennütziger Hingebung an die Sache, durch welchen sie nicht blos das Publikum, sondern auch ihre eigne Partei täuschten. Ich muß jedoch hier unterscheiden. Bei Vogt war die Frivolität des Egoismus und der Eitelkeit so überwiegend, daß ihm Alles, was er berührte, nur zur Folie

seines eitlen Selbst, zum Schwungbret für die lustigen Sprünge und Purzelbäume seines ewig unruhigen, ewig nach Bewegung verlangenden Geistes diente. Wenn Vogt von der Tribüne herab die Blitze seines Zornes auf die Feinde des Volks, auf die freiheitsmörderischen Kabinette, auf die feige oder verrätherische Majorität der Versammlung schleuderte, wenn er Himmel und Hölle gegen sie in Bewegung setzte, wenn er sie mit dem Fluche der Nation und dem Weltgericht der Geschichte bedräute, da hätte man schwören sollen, das Alles komme aus dem tiefsten, wärmsten und lautersten Herzen, aus einem Herzen, welches jeden Augenblick bereit sei, für die Freiheit zu verbluten. Das Volk glaubte Das auch wirklich und feierte deshalb „seinen Vogt" als seinen wärmsten und aufrichtigsten Freund. Wer ihn aber genauer beobachtete, konnte sich nicht darüber täuschen, daß diese ganze Begeisterung nichts war als das wohleinstudirte Pathos eines Schauspielers, als das prasselnde Feuerwerk, welches nur dazu dienen sollte, die Augen der Menge auf das eigne, in bengalischem Feuer strahlende Bild des Redners zu lenken. Eine Niederlage der Sache, für die er so heiß zu glühen schien, würde Vogt kaum so sehr geschmerzt haben, als ein verfehlter Effect in einer seiner „europäischen Reden". Daß, wem es so wenig um den Ernst der Sache zu thun ist, es auch mit der Wahl der Mittel und besonders mit der Wahrheit nicht streng nimmt, ist begreiflich. Vogt hatte einmal auf eine angeb-

liche Thatsache eine schwere Beschuldigung gegründet und mit seinem gewöhnlichen Apparat heiliger Entrüstung dagegen gewüthet. „Aber Das ist ja nicht wahr!“ rief man ihm zu. „Nun, wenn es nicht wahr ist, so ist's gut“, antwortete Vogt und ging, als ob nichts geschehen wäre, zu etwas Anderem über. Viele in Vogts eigner Partei durchschauten diese Unwahrheit seines Wesens wohl, und er genoß daher zwar wegen seiner unbestrittenen Rednertalente und seines glänzenden Geistes eines ziemlichen Einflusses, aber nur eines sehr zweifelhaften Vertrauens unter seinen Parteigenossen.

Blum besaß in noch höherem Grade als Vogt den Ausdruck treuherziger Ehrlichkeit und rückhaltloser Hingebung an das Allgemeine. Auch möchte ich fast annehmen, daß es ihm wirklich mehr, als Jenem, zugleich um die Sache, nicht blos um die Befriedigung der eignen Eitelkeit oder des eignen Ehrgeizes zu thun war, daß er, wie nach Mirabeaus Ausspruch Robespierre, „Das glaubte, was er sagte“. Sonst hätte er kaum einen so weitverbreiteten und so lange andauernden Einfluß üben können. Allein das eigne Selbst hatte auch bei Blum einen entscheidenden Antheil an allen seinen politischen Handlungen, und mit der Wahrheit und strengen Wahl der Mittel nahm er es ebenfalls nicht sehr genau, wenn es darauf ankam, einen Parteizweck zu fördern oder auf einen politischen Gegner einen Streich zu führen. Was hätte dieser Mann mit seiner unverwüstlichen

Körper- und Geisteskraft, mit seinem nimmermüden Eifer, mit der gewaltigen Macht seiner volksthümlichen Beredtsamkeit leisten können, wäre es ihm aufrichtig und ausschließlich um die Freiheit und den Fortschritt, nicht zugleich um die Zwecke seines Ehrgeizes zu thun gewesen, hätte er das Volk wahrhaft durch Bildung frei machen, nicht blos aus einer Abhängigkeit in die andere versetzen wollen! Blums Stärke als Agitator beruhte hauptsächlich darauf, daß er eine Bewegung erst zu entfesseln, dann aber im rechten Augenblick wieder zu zügeln und immer in fester Hand zu halten verstand, so daß er je nach Umständen bald als Anstifter, bald als Beruhiger derselben erschien, bald die bestehenden Gewalten und die „ruhigen Bürger" mit seiner drohend über ihnen ausgestreckten Hand schreckte, und bald sie zum Danke gegen seine friedenstiftende Autorität verpflichtete. Durch dieses Manöver hat Blum lange Zeit nicht blos die Massen beherrscht, sondern selbst die gebildeteren Klassen, namentlich das Bürgerthum, für sich eingenommen. Auch beim Vorparlament wußte er durch versöhnliches und beschwichtigendes Auftreten im rechten Momente sich den Ruf eines wohlmeinenden, besonnenen Mannes und großen Einfluß zu verschaffen. Beim Fünfzigerausschuß blieb er der angenommenen Rolle nicht immer treu. Zwar gab er sich das Ansehen, die Schilderhebung Heckers für gewaltsame Einführung der Republik zu mißbilligen, ließ sich aber doch darauf betreffen, daß er die-

selbe im Stillen begünstige und ihr den Sieg wünsche. Damals war es, wo Mathy ihn öffentlich blosstellte und er sich nur ungenügend und mit einer an ihm nicht gewohnten Heftigkeit vertheidigte. Sonst verstand er es trefflich, den „legalen Schein“ (dessen Beobachtung Vogt als Reichsregent in seinem bei Trützschler gefundenen Briefe Diesem anempfahl) zu wahren und dadurch nicht nur den Arm des Gesetzes von sich abzulenken, sondern auch Vertrauen und Gunst da zu erwerben, wo man ihm Beides schwerlich geschenkt haben würde, wäre man über seine wahren Absichten im Klaren gewesen.

Diese Rückhaltspolitik, die ebensowenig, wie mit dem „legalen Schein“, mit den letzten Konsequenzen des Radikalismus Ernst machte, die aus persönlichen Rücksichten, aus Rücksichten auf das Bürgerthum, auf die gesetzlichen Zustände u. dgl. sich in Halbheiten und Zweideutigkeiten bewegte, erregte bei den entschiedeneren Demokraten auf der Linken Argwohn und Widerspruch.

Ruge war es, der zuerst einen entschiedenen Bruch herbeiführte. Mit der Rücksichtslosigkeit seiner unerschrockenen Dialektik ließ er den vorsichtigen Legalitätsstandpunkt Blums und Vogts weit hinter sich und gewann damit den Beifall besonders des jüngeren, feurigeren Theils der Partei. Wenn man einmal den festen Boden des Lebens verläßt und auf dem schwanken Seile abstracter Theorien sich schaukelt, so ist der größte Künstler Der, welcher die

höchsten und halsbrecherischsten Sprünge macht. Die Partei ward gesprengt, Ruge führte die eine Hälfte davon mit sich hinweg in den Holländischen Hof, von wo dieselbe später in das Hotel Schröder, zuletzt in den Donnersberg übersiedelte. Die andere blieb unter Blum und Vogt zurück.

Blum konnte diesen Riß, der in seine Herrschaft gemacht war, nicht verschmerzen. Er fühlte sich in eine unsichere, zweideutige Lage versetzt und ward dadurch selbst unsicher. Die äußerste Linke betrachtete und behandelte ihn als einen Zurückgebliebenen, und der Schein von Legalität, womit er eine Zeit lang die Partei der Ordnung getäuscht hatte, war auch so ziemlich verflogen. Er suchte nach beiden Seiten hin wieder Terrain zu gewinnen, kam aber dadurch vollends aus dem Gleichgewicht. Während er bei der in Sachsen entstandenen Spaltung zwischen den Vaterlandsvereinen, die sich offen zur Republik bekannten, und den andern, die Dies nicht wollten, seine angerufene Entscheidung zu Gunsten der erstern abgab, hielt er bald darauf bei einer persönlichen Anwesenheit in Leipzig eine so kunstvoll mit Mäßigung und Legalität durchwebte Rede, daß er dadurch Viele auch von der nichtextremen Partei über seine Absichten beruhigte und von Neuem für sich gewann. Während er auf Volksversammlungen in der Umgegend Frankfurts in zwar verblümten, aber sehr wohl verständlichen Ausdrücken die Gegner seiner Partei der Volks-

rache bezeichnete, erhob er sich in der Paulskirche zustimmend bei dem Antrage auf Gutheißung der vom Ministerium gegen den Aufstand am 18. September ergriffenen Maßregeln, ließ aber, zur Ausgleichung, diesen Beschluß, den er in der Versammlung unterstützt hatte, in seinem Organ, der „Reichstagszeitung", auf's Heftigste angreifen. Als im October zu Wien der Kampf begann, ging Blum dorthin. Vielleicht hoffte er dort den Boden wiederzugewinnen, den er in der Paulskirche unter seinen Füßen wanken sah. Wenigstens trug ihm sein Tod nebst der Rechtsverletzung, welche sich an diesen knüpfte ein, daß er das strenge Urtheil unbefangener Richter, welches bereits gegen ihn sich zu kehren begann, entwaffnete, die Sympathien der Massen aber zur schwärmerischen Abgötterei steigerte.

Ein anderes Loos wartete Vogts. Nachdem er ein Jahr lang die Rolle des Mentors gegenüber der conservativen Mehrheit gespielt und oft zu verstehen gegeben hatte: ja, wenn wir nur die Majorität hätten! wenn wir nur könnten, wie wir wollten! gelangte er zuletzt wirklich nicht blos zur Majorität, sondern sogar zur Leitung der Geschäfte als Mitglied der Regentschaft von Deutschland. Und was vollbrachte er an dieser Stelle? Man kennt ja den traurigen Ausgang des Stuttgarter Dramas. Doch muß ich zur Ehre Vogts bemerken, daß er Das, was dort geschah, voraussah und deshalb mit allen Kräften sich dem Ver-

legungsbeschlusse widersetzte — versteht sich, blos im Club, denn öffentlich mußte er ja nothwendig dafür sprechen, was hätte sonst das Volk von ihm gedacht? Vogt wußte wohl, daß es für politische Parteien und Parteiführer nichts Gefährlicheres giebt, als — das Lächerliche. Wie oft hatte er diese Waffe gegen seine Widersacher geschwungen! Und jetzt wollte die Nemesis, daß dieselbe Waffe sich gegen ihn und seine Partei kehrte.

„Vater" Itzstein verhielt sich in der Paulskirche gänzlich zurückgezogen und scheinbar passiv. Darum aber war er sicherlich weder unthätig, noch ohne Einfluß. Vielmehr ist anzunehmen, daß alle Fäden, die hier und anderwärts gesponnen wurden, durch seine Hände gingen, die rothen nicht ausgenommen. Er hätte daher ebensogut auf der äußersten Linken sitzen können, wie die Mehrzahl seiner Landsleute. Von Diesen ist Brentano von der badischen Revolution her noch in frischestem Andenken. In der Paulskirche machte er sich nur einmal bemerklich durch den bekannten Angriff auf den Prinzen von Preußen. Mit ihm saßen im Donnersberg: Peter, Heckers Statthalter in Constanz bei dessen erstem Einfall; Fehrenbach und Kuenzer, Mitglieder der alten badischen Opposition, der Letztere ein katholischer Priester aus Wessenbergs Schule; Prof. Hagen von Heidelberg, der seinem ziemlich guten literarischen Ruf als Politiker und Redner ein starkes Dementi gab, u. A. m. Zum Deutschen Hofe gehörten nebst Itzstein Sachs, später Minister

der provisorischen Regierung in Baden und Christ, ein nachmärzlicher Radicaler, der als Reichscommissar eben dort fungirte.

Die Sachsen, von denen reichlich zwei Drittel der Linken angehörten, waren gleichfalls über beide Clubs vertheilt. Die Einen hielten zu Blum und Eisenstuck, die Andern zu Trützschler. Zu Jenen gehörten Wigard, Roßmäßler, Scharre, Watzdorf, Langbein, Heisterbergk und die beiden Gebrüderpaare Hensel und Heubner, zu Diesen Günther, Mammen, Dieskau, Dietsch aus Annaberg, Joseph und Schaffrath. Aber auch diese Scheidung war keine durchgreifende. Während Joseph und Schaffrath in Frankfurt zur äußersten Linken zählten, spielten sie auf dem sächsischen Landtage die Gemäßigten. Nur Trützschler blieb sich auch dort treu und war ein Hauptführer der entschiedensten Demokratie in Sachsen. Ein scharfer Kopf, tüchtiger Jurist und Geschäftsmann, aus einer alten und hochbegüterten Familie, auch die Spuren seines Standes in seinem Wesen keineswegs verleugnend, fand er seine Lust daran, mit den niedersten Schichten der Gesellschaft beim Glase zu verkehren und für seine Freigebigkeiten ihren unbedingten Respect und Glauben an seine Belehrungen einzuhandeln. Dem reichen Aristokraten ward natürlich dieses mehr als populäre Wesen doppelt hoch angerechnet. Daneben gewann er den ungebildeten Theil des Volkes durch maßlose Versprechungen bes-

serer Zustände, wenn nur erst seine Partei an's Ruder käme. Was Wunder, wenn er der Abgott jener Leute ward, welche den Werth politischer Ansichten nur nach deren Uebereinstimmung mit ihren eignen Wünschen bemessen. Bei seiner Partei in Frankfurt besaß er großen Einfluß durch die Entschlossenheit seines Charakters, der vor keiner Consequenz zurückschreckte, und durch die bedeutenden materiellen Opfer, die er für ihre Sache aufwandte. In der Versammlung trat er selten auf und nicht mit besonderm Glück; doch stand er wegen der anständigeren Formen, durch die er sich vor seinen Umgebungen auszeichnete, in ziemlich gutem Ansehen. Ein eignes Schicksal wollte, daß beide Führer der sächsischen Linken, Blum und Trützschler, des gleichen gewaltsamen Todes sterben sollten. Schaffrath und Joseph haben mehr von dem verschlagenen Wesen Blums, als von der wilden Rücksichtslosigkeit Trützschlers. Sie lieben es nicht, sich bloszugeben, sehen sich aber ihre Gelegenheit wohl ab und wirken mit allen Mitteln im Stillen. Daß Joseph den Aufstand des 18. September in öffentlicher Rede zu beschönigen unternahm, war wenig im Geiste seiner gewohnten Schlauheitspolitik. Schaffraths berühmtes Dictum: „ein Volksmann braucht nichts zu beweisen", und sein ewiges Herumklauben in der Geschäftsordnung versetzten ihn unter die komischen Personen der Paulskirche. In der letzten Beziehung hatte er einen treuen Genossen an Wigard.

Ueber das nüchterne Formenwesen und das leere Phrasenthum im Styl der „Reichstagszeitung“ und der „Sächsischen Vaterlandsblätter“ kam überhaupt die sächsische Linke selten hinaus. Die Besseren und Verständigeren darunter verhielten sich meist schweigend, die Täppischeren dagegen brachten um so kecker ihr ungewaschenes Zeug zu Markte. So kam es, daß an keiner Landsmannschaft solidarisch ein so übler Geruch von Unreife und Unfertigkeit haftete, als an der sächsischen Linken. Eisenstuck, der durch Bildung und Talent über der Mehrzahl seiner Landsleute stand, auch deshalb und wegen seines volkswirthschaftlichen Eifers nach Gebühr geschätzt ward, brachte auf die Tribüne eine Leidenschaftlichkeit, die sich bisweilen fast zur Raserei und zur stickflußähnlichen Erhitzung des Redners steigerte. Und dabei erwies sich die ehrliche Biederkeit, die so zornschnaubend auf die Hinterlist der Diplomaten losfuhr, doch selber nicht immer probehaltig. Die kleinen Kniffe und Pfiffe, welche die Mehrheit seiner Partei für erlaubt hält, wo sie ihre Zwecke fördern, wurden auch von ihm nicht ganz verschmäht. Der Bericht, den er über sein Reichscommissariat in der Pfalz erstattete, war nicht der einzige Beweis dafür.

Ganz das Gegentheil von Eisenstucks polternder Heftigkeit war Löwes gemessene, würdevolle und saubere Sprechweise. Löwe machte den angenehmen Eindruck eines vollkommen mit sich klaren, philosophisch gebildeten, denkenden Geistes, ein wohlthuender Contrast zu der er-

schreckenden Leere und Flachheit, die auf der Linken so behaglich ihr anwiderndes Spiel trieb. Daß einem Solchen auch die Gemeinheiten seiner Partei tief zuwider sein mußten, begreift sich. Dennoch ging er entschlossen mit ihr vorwärts bis zum Aeußersten. Er war Präsident der Versammlung in Stuttgart und blieb, während Eisenstuck sich zurückzog, standhaft auf seinem Posten bis zu deren Auflösung. Ehrgeiz und Eitelkeit mochten dabei wohl ihr Wort mitsprechen, mehr noch vielleicht der Stolz eines Charakters, der, kräftig und selbstbewußt, sich zu erniedrigen glaubte, wenn er den Anschein hätte, vor den Consequenzen seiner eignen Grundsätze zurückzuweichen. Ueber die Unmöglichkeit, diese Consequenzen auf diesem Wege durchzusetzen, täuschte sich wohl Keiner weniger, als Löwe. Schwerlich würde er auch sonst seine Stimme dem Kaiserthum gegeben haben, hätte er nicht erkannt, daß weitergehende Wünsche der Demokratie für jetzt noch unzeitig seien.

Redner und Führer wie Blum, Vogt, Löwe stellten die übrigen Persönlichkeiten des Deutschen Hofes natürlich in den Schatten. Neben ihrer kraft- und saftreichen Beredtsamkeit, was wollte da der dürre, steife Kathedervortrag Schülers von Jena, die allzeit fertige Geschäftsordnungsweisheit Röslers von Oels, die ermüdende Langweiligkeit Nauwercks bedeuten, der seine politischen Gedanken in ganzen Ladungen, wie ein Wüstenschiff, aus dem Sande der Marken herbeiführte. Auch die Württemberger,

auch die Pfälzer wirkten in diesem Verein meist nur durch das Gewicht ihrer Stimmen. Männer, die in ihrer Heimath eine Rolle spielten, wie Rödinger, Fetzer, Tafel, Spatz, ordneten sich hier fremder Führerschaft willig unter. Nur Kolb trat etwas selbstständiger hervor, ein publicistisch gebildeter Geist aus der Schule Rottecks, doch einseitig und, gegenüber der Volksmeinung in seiner Provinz, nicht unabhängig. Darin gaben überhaupt die Pfälzer ein merkwürdiges Schauspiel. Oeffentlich gingen sie mit der Bewegung ihrer Heimath gleichen Schritt, auch da noch, als diese immer mehr in's Ueberstürzen gerieth. Im Geheimen aber hatten sie, selbst die Mitglieder des Donnersberg, die größte Angst vor dieser Ueberstürzung und boten Alles auf, um ihr eine Schranke zu ziehen. So waren dieselben Leute ganz Andere, wenn sie, wie Umbscheiden, auf der Tribüne für die Erhebung der Pfalz donnerten und Alles, was dort geschah, gutbießen, und wenn sie privatim das Reichsministerium um Rath und Hülfe angingen gegen eine Bewegung, die sie selbst zu verschlingen drohte. Unstreitig der Bedeutendste unter den Pfälzern war Schüler von Zweibrücken, obgleich man die Berechtigung seines Rufes nur nach seiner politischen Vergangenheit und Dem, was er in der Kammer zu München leistete, schätzen konnte; denn in Frankfurt saß er in starrer Consequenz schweigend auf seinem Platze an einer Säule zunächst des linken Eingangs, seine beiden

Krücken neben sich. Diese traurigen Wahrzeichen verkümmerter Kraft und Körperschönheit hat er, nebst dem Rufe des feurigsten Volksredners, aus den Freiheitskämpfen und Verfolgungen der dreißiger Jahre davongetragen.

An großen und raschentschlossenen Redetalenten war der Donnersberg nicht überreich. Die nicht häufigen juristischen Plaidoyers Wesendoncks, die noch seltenern von Zitz (von welchen eigentlich nur zwei bedeutend waren, die durch und durch rabbulistische Darstellung der Mainzer Vorgänge gleich beim Beginn des Parlaments, und die mehr geschickte als muthige Vertheidigungsrede wegen seiner intellectuellen Urheberschaft der Scenen des 18. Sept.), die pathetischen, in salbungsreichem Tone vorgetragenen Reden Zimmermanns von Stuttgart, die scheidewasserartig ätzenden Bergers von Wien, die doctrinär frostigen Fröbels und die nach neuesten französischen Mustern abgeklatschten des jugendlichen Socialisten Schütz von Mainz — Das Alles (von der bänkeleerenden Beredtsamkeit Wiesners und dem Heiterkeit erregenden Zorneseifer Zimmermanns von Spandow gar nicht zu sprechen) wäre nur eine unzureichende oratorische Vertretung für eine Partei gewesen, welche mehr als jede andere auf die Propaganda der Tribüne angewiesen war, hätte dieselbe nicht in L. Simon von Trier einen Vorkämpfer von einer Unermüdlichkeit, einem Eifer und einem Feuer der Rede besessen, wie es keinen zweiten im ganzen Hause gab.

Simons Reden waren das Merkwürdigste, was man hören konnte. Was man an Anderen als rhetorische Kunst bewundert oder als rhetorischen Fehler getadelt, als Kundgebungen eines politischen Kopfes angestaunt oder als einseitige Parteiübertreibungen und Ausflüsse persönlicher Befangenheit zurückgewiesen hätte, Das hatte bei ihm nicht diesen Charakter, machte nicht diesen Eindruck. Bewunderung, Tadel, Staunen, Abwehr, überhaupt jede ruhige Kritik ging unter in dem Strudel und Wirbel eines Redestromes, der wie ein wild ausbrechender und sich nimmer erschöpfender Vulkan emporprasselte und Lavagluthen rings um sich her ausgoß. Das war keine Beredtsamkeit, die mit vorbereiteten Mitteln auf ein vorgestecktes Ziel losging; Das war der rückhaltlose und unfreiwillige Erguß eines nicht zu dämmenden inneren Dranges. Der kleine, hagere, blasse Mann auf der Tribüne, dessen dunkle Augen so unheimlich stierten und flammten, wie im Fieber oder im Wahnsinn, dessen schwarzes Haar sich sträubte, dessen helle Stimme immer lauter, immer gellender, immer markdurchschütternder an das hohe Gewölbe der Kirche schlug und in den fernsten Winkel sich einbohrte, Das war kein Redner mehr, Das war ein Verzückter, ein vom Gotte — oder vom Dämon, wie Ihr wollt — Besessener, eine Pythia, aus welcher der Geist weissagte, warnte, beschwor, verfluchte, — oder, um es in der Sprache unserer Philosophen auszudrücken, Das war der reine logische Gedanke, der sich

selbst denkt, die Idee, die aus ihrem unerschöpflichen Kerne heraus sich selbst entwickelt und fortspinnt, die von dem steilsten Gipfel des Princips in den bodenlosen Abgrund der Consequenz sich furchtlos hinunterstürzt und was sie erfaßt mit sich hinabreißt. So war L. Simon, sicherlich der fanatischste, aber auch ehrlichste Apostel der Demokratie unter der ganzen Linken zu Frankfurt. Was man auf Vogt gar nicht, auf Blum nur zweifelnd anwenden konnte, das: „Er glaubt, was er sagt," Das galt von L. Simon in seiner vollsten Bedeutung. Sein Glaube an die Nothwendigkeit, an das Recht, an den Sieg der Demokratie oder, was für ihn dasselbe war, der permanenten Revolution, der gesetzgewordenen Anarchie, war so fest, so unerschütterlich, so naiv, daß er für einen Gedankengang, der nicht auf dieses Ziel hinführte, gar keine Anknüpfung, vielmehr nur die Kraft der entschiedensten Abstoßung in seiner Seele fand. Für ihn gab es nur zwei Dinge in der Welt, die Reaction, gegen die er mit Feuer und Schwert auszog, und die Freiheit in ihrer höchsten logischen Abstraction, die Aufhebung aller die Individuen beengenden und trennenden Schranken — der äußerlichen Gesetze, der Obrigkeit, des Besitzes, der Nationalität. Vermittlung, Mäßigung, besonnenen Fortschritt zu einem erreichbaren Ziele kannte er nicht; nach dem Spruche: wer nicht mit mir ist, ist wider mich, behandelte er alle Parteien außer seiner eigenen als offene oder versteckte Helfershelfer der

Reaction und suchte mit erfinderischer Dialektik von jedem Punkte des Centrums und der Rechten aus die kürzeren oder längeren Linien zu ziehen, die nach seiner Meinung zur „rothen Reaction" zurückführten. So stark und so unpersönlich war Simons Fanatismus für sein Princip, daß, was nur für dieses geschah, ihm als gerechtfertigt erschien und er wenig danach fragte, welchen Schein es auf seine Person werfe. Während Andere seiner Partei die Koalition mit den Großdeutschen zu vertuschen suchten, trat Simon mit der offenen Erklärung auf die Tribüne, daß die Linke Jedem die Hand biete, der ihr zur Erreichung ihrer Zwecke behülflich sei. Derselbe fanatische Eifer veranlaßte L. Simon in den letzten Wochen der Nationalversammlung, sich für die Anerkennung der Verfassung zu erklären, während die Mehrzahl seiner Freunde dagegen auftrat. Er glaubte dadurch gegen die Reaction eine starke Waffe, für die Demokratie eine sichere Grundlage weitern Vorwärtsstrebens zu gewinnen. Dabei gestand er ganz naiv ein, daß die Verfassung für die Linke nur „vor der Hand" die Fahne sei, unter der sie kämpfe. Als die Linke auf einen Rückzug nach Stuttgart dachte, schien Simon das Hoffnungslose dieses Schrittes wohl zu erkennen; aber er hielt es für Pflicht, nicht das Vertrauen zu täuschen, das die Demokratie auf ihre Führer gesetzt habe. „Wir wollen ausharren", rief er uns zu, die wir ihm wegen der beabsichtigten Herabsetzung der beschlußfähigen Zahl Vorstellungen machten; „wir

werden uns opfern, aber lassen Sie, die Sie fortgehen wollen, uns wenigstens den gesetzlichen Boden der Versammlung, damit wir von diesem aus unser Letztes versuchen!"

Ein Schwärmer gleich ihm war auch Fröbel, aber bei Diesem trat die Glut der Idee nicht, wie bei Jenem, über die Lippen, sondern schlug zurück in sein reiches, doch verschlossenes Gemüth. Zu Simons flammensprühender Subjectivität bildete er, mit der kalten Ruhe seiner objectiven Anschauung, den ergänzenden Pol. Sein tiefsinniger Geist umschloß ein vollständiges System der Weltordnung nach social-demokratischem Muster, wie er solches in seiner geistvollen Schrift: „Neue Politik" von Junius, niedergelegt hat. Fest überzeugt von der Richtigkeit und Ausführbarkeit dieses Systems, sah er in der Entfesselung der rohen Gewalten ein zwar trauriges, aber unvermeidliches Mittel zur Erreichung des nothwendigen Zieles. Fröbel wird nie Unedles wollen, aber er könnte, glaub' ich, die Hand zu dem Schlimmsten bieten — aus Schwärmerei.

Charaktere wie diese, die wenigstens durch ihre Hingebung an die Idee ihre Irrthümer veredelten, standen ziemlich vereinzelt unter einer Partei, von der Viele durch Eitelkeit und Popularitätssucht, Andere durch noch schlimmere Motive, Manche durch angeborene Wildheit ihres Wesens und Mangel an Bildung auf eine Bahn fortgerissen wurden, die von den Höhepunkten principieller Bestrebungen

weit abseits immer tiefer und tiefer hinabführte zu den Morästen der ekelhaftesten Rohheit, des selbstsüchtigsten und darum frevelhaftesten Spieles mit Gut und Blut des Volkes, mit der Ehre der Nation, mit den Errungenschaften unserer Gesittung. Hier bildete sich von den Herren Schlöffel und Schmidt von Löwenberg an, durch die Herren Würth von Sigmaringen und Erbe von Altenburg hindurch, eine Reihe von Potenzen der Gemeinheit, die zuletzt in Herrn Wolf von Breslau an einem Punkte anlangte, wo jede Kritik und selbst die Disciplin des Hauses ihr Ende nahm, weil diese, wie der Präsident bemerkte, solches Gebahren inmitten einer Versammlung von Auserwählten des Volkes nicht als möglich voraussetzen konnte. Ein Theil dieser Herren verließ die Paulskirche, um in Baden und wo sonst sich Gelegenheit böte „Revolution machen zu helfen." Dort war ihr Platz weit eher, als hier. Aber auch dort zeigten sie sich als bloße Maulhelden, selbstsüchtige Feiglinge und Despoten, nicht als Männer der kühnen, aufopfernden That. Strenger und doch gerechter konnte mit dieser Klasse von Freiheitsaposteln nicht ins Gericht gegangen werden, als in jenem Absagebriefe Heckers an Deutschland geschah, worin dieser gefeierte politische Heiland des Volkes erklärt: er entsage seinen Hoffnungen und Bestrebungen für eine deutsche Republik, denn es gebe in Deutschland keine Republikaner!



Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.





